Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5376

01. 08. 96

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (Erster Teilabschlußbericht) über das Vermögen der DDR-Parteien

Christlich-Demokratische Union Deutschlands
Demokratische Bauernpartei Deutschlands
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
National-Demokratische Partei Deutschlands

und

Stellungnahme der Bundesregierung

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 5. Juni 1996 gemäß Anlage II Kapitel II Sachgebiet A Abschnitt III Buchstabe c des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. II 1990, S. 885, 1150).

Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR über das Vermögen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands und der National-Demokratischen Partei Deutschlands

Dieser Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) vom 8. März 1996, der der Bundesregierung am 4. April 1996 zugeleitet worden ist, schließt für den Bereich der genannten Parteien die Tätigkeit der UKPV ab und ist somit der erste Teil des von der UKPV zu erstattenden Schlußberichts.

Der Abschluß der Arbeiten der UKPV zu diesen vier Parteien richtet zugleich das Augenmerk darauf, daß die Arbeiten zur Ermittlung des Vermögens der ungleich bedeutsameren Partei der DDR, nämlich der SED, noch nicht beendet sind. Hier ist die UKPV mit ihren Ermittlungen zum In- und Auslandsvermögen weiterhin intensiv befaßt. Erst wenn die äußerst schwierigen Arbeiten zur Ermittlung und Sicherstellung des SED-Vermögens abgeschlossen sind, kann das gesetzgeberische Ziel der Herstellung der Chancengleichheit der Parteien erreicht werden. Aus verfassungsrechtlichen Gründen muß die Arbeit der UKPV bis zu vollständigen Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe gewährleistet sein. Es wird allerdings erwartet, daß die UKPV und ihr Sekretariat wichtige Teilbereiche ihrer Aufgaben bis zum 31. Dezember 1998 erledigt haben werden.

Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR über das Vermögen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands und der National-Demokratischen Partei Deutschlands

Inhaltsverzeichnis

Einleitung:

Nach dem am 1. Juni 1990 in Kraft getretenen § 20a Absatz 1 Parteiengesetz der DDR, der nach Maßgabe von Anlage II Abschnitt II Sachgebiet A Abschnitt III des Einigungsvertrages fortgilt, hat die Unabhängige Kommission einen Bericht über die Vermögenswerte aller Parteien und mit ihnen verbundenen Organisationen, juristischen Personen und Massenorganisationen der DDR im In- und Ausland zu erstellen. Im folgenden berichtet die Unabhängige Kommission über das Vermögen der DDR-Parteien Christlich-Demokratische Union Deutschlands (im folgenden CDU der DDR zur besseren Unterscheidung von der CDU der Bundesrepublik Deutschland), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) und National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD).

Die Unabhängige Kommission berichtet über die Entwicklung des Vermögens der genannten Parteien ab 1945, über ihren Vermögensbestand zum 7. Oktober 1989 sowie über die seitdem erfolgten Veränderungen. Mit diesem Bericht schließt die Unabhängige Kommission ihren gesetzlichen Auftrag in diesem Bereich in Fortführung und Ergänzung ihres Ersten und Zweiten Zwischenberichts (Bundestagsdrucksachen 12/622 und 12/6515) ab.

Der Bericht der Unabhängigen Kommission über das Vermögen der DDR-Parteien CDU der DDR, DBD, LDPD und NDPD besteht aus vier Teilen.

Der I. Teil berichtet über das Vermögen der CDU der DDR, der II. Teil über das Vermögen der DBD, der III. Teil über das Vermögen der LDPD und der IV. Teil über das Vermögen der NDPD.

Jeder Teil, dem jeweils eine Gliederung vorangestellt ist, besteht seinerseits aus fünf Abschnitten. Abschnitt A. enthält allgemeine Angaben zur Partei. Abschnitt B. erläutert, wie die Unabhängige Kommission das Vermögen der Partei ermittelt hat. Die Abschnitte C., D. und E. berichten im einzelnen über das Vermögen der Partei. Abschnitt C. stellt die Entwicklung der flüssigen Mittel dar. Abschnitt D. berichtet über das Anlagevermögen. Abschnitt E. schließlich enthält Angaben zu den gewerblichen Unternehmungen der Partei.

I. Teil

Bericht
über das Vermögen
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands
(CDU der DDR)

Seite:

Gliederung I. Teil (Bericht zur CDU der DDR)

Seite:

Seite:

A. Allgemeine Angaben zur Partei

Abschnitt A. gibt eine allgemeine Einführung zur CDU der DDR. Er enthält Angaben zur Geschichte der CDU der DDR, zu Organisationsstruktur/-grundlagen, zu Mitgliedern und Mitarbeitern sowie zu den organisatorischen Veränderungen der Partei im Jahr 1990 und den sich hieran anknüpfenden Folgen.

A.I. Gründung/Vorsitzende/Selbstverständnis

Die CDU der späteren DDR wurde mit Aufruf vom 26. Juni 1945 gegründet. Die Sowjetische Militär-Administration in Deutschland (SMAD) ließ am 10. Juli 1945 die Gründung zu, nachdem sie mit Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Gründung und Tätigkeit "antifaschistischer Parteien, die sich ... die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen ...", allgemein erlaubt hatte.

Am 14. Juli 1945 bildeten die KPD, die SPD, die LDP und die CDU der späteren DDR die "Einheitsfront antifaschistisch-demokratischer Parteien", den sogenannten "Block". Dieser benannte sich am 17. Juni 1949 in Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen um, nachdem am 5. August 1948 der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund als erste Massenorganisation in ihn aufgenommen worden war.

Die mit dem Ziel der Schaffung parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone gegründete Partei sah sich seit Ende 1945 erheblichen Repressionsmaßnahmen der SMAD mit Eingriffen auch in das Organisationsgefüge ausgesetzt (u.a. Absetzung des Parteivorsitzenden Hermes); mit dem Ausscheiden von Jakob Kaiser aus dem Amt des Parteivorsitzenden im Dezember 1947 auf Anweisung der SMAD und dem anschließenden Führungswechsel zu Otto Nuschke fügte sich die CDU der späteren DDR zunehmend in die Bündnispolitik der SED ein. Sie wurde neben den anderen Parteien Mitglied der Nationalen Front, die am 7.10.1949 als zusätzliche Form der Bündnispolitik auf der programmatischen Grundlage der vom SED-Parteivorstand am 4. Oktober angenommenen Entschließung "Die Nationale Front des Demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" gegründet worden war.

Die *Vorsitzenden* der CDU der (späteren) DDR waren:

Dr. Andreas Hermes	1945
Jakob Kaiser	1945 - 1947
Otto Nuschke	1948 - 1957
August Bach	1958 - 1966
Gerald Götting	1966 - 1989
(Rücktritt am 2. November 1989)	
Lothar de Maizière	10.11.1989 - 30.9.1990

Nach ihrem ***Selbstverständnis***, ausgedrückt in ihrer Satzung vom 15.10.1982 (dort vor § 1), betrachtete sich die CDU der DDR als

"eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus".

Die Satzung vom 15.10.1982 bestimmte weiter, daß

"...unverrückbare Ausgangspunkte des politischen Denkens und Handelns der christlichen Demokraten sind

- *Treue zum Sozialismus*
- *vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft und*
- *Freundschaft zur Sowjetunion."*

Nach § 1 der Satzung vom 16.12.1989 war die CDU der DDR

"...eine Partei von Bürgern, die sich in ihrem Handeln zum Wohle der Gesellschaft von christlicher Verantwortung, von religiösen Moral- und Wertvorstellungen und von humanistischer Ethik leiten lassen."

Ferner regelte § 1 der Satzung vom 16.12.1989, daß die CDU der DDR eintrat

"...für

- *Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit*
- *Marktwirtschaft mit sozialer Bindung in ökologischer Verantwortung*
- *Einheit der deutschen Nation - übergangsweise in einer deutschen Konföderation - in einem freien und vereinigten Europa auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker."*

A.II. Organisationsstruktur/-grundlagen

Die CDU der DDR gliederte sich bis 1989 in Ortsgruppen/Stadtbezirksverbände, 232 Kreisverbände, 15 Bezirksverbände und den Hauptvorstand in Berlin.

Von Januar bis März 1990 gründete die CDU der DDR Landesverbände in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Die Bezirksverbände wurden aufgelöst, ihre jeweiligen Untergliederungen in den Landesverbänden integriert.

Der Partei unmittelbar zugehörig war ab 1956 die Zentrale Schulungsstätte "Otto Nuschke" in Burgscheidungen (Kreis Nebra/Unstrut), das Schloß Burgscheidungen. Vorher betriebene Schulungsstätten in Friedersdorf, Weimar und Halle sowie in Mecklenburg und Brandenburg gab die CDU der DDR 1956 zugunsten der Zentralen Schulungsstätte auf.

Ferner betrieb die CDU der DDR Zeitungsverlage, die unter anderem das Zentralorgan der Partei, die Tageszeitung "Neue Zeit", herausgaben, Buch- und Kunstverlage sowie weitere Wirtschaftsbetriebe. Alle Wirtschaftseinrichtungen waren in der Vereinigung organisationseigener Betriebe Union, der VOB Union, zusammengefaßt (siehe hierzu unten E.).

Die CDU der DDR hatte ihre Organisationsgrundlagen im einzelnen zuletzt geregelt in Satzungen vom 15. Oktober 1982 und 16. Dezember 1989.

Regelungen der Finanzwirtschaft der CDU der DDR legte der Hauptvorstand in Finanzordnungen, zuletzt Finanzordnung vom 24.10.1978, fest. Die Finanzordnungen regelten eingehend die Verantwortlichkeiten für die Finanzpolitik der Partei.

A.III. Mitglieder

A.III.1. Mitgliederzahlen 1945 bis 1990

Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl
1945	68.425	1970	95.293
1946	207.543	1971	102.024
1947	218.189	1972	103.402
1948	211.226	1973	104.879
1949	205.988	1974	106.024
1950	181.042	1975	107.682
1951	164.214	1976	110.738
1952	152.821	1977	113.965
1953	132.863	1978	115.290
1954	124.817	1979	118.582
1955	117.255	1980	120.602
1956	110.689	1981	122.529
1957	104.604	1982	125.117
1958	99.372	1983	126.768
1959	100.405	1984	128.993
1960	100.027	1985	131.570
1961	100.603	1986	134.008
1962	101.042	1987	137.621
1963	122.529	1988	139.705
1964	101.510	1989	134.507
1965	101.641	31.1.1990	131.492
1966	98.326	28.2.1990	130.070
1967	98.364	31.3.1990	131.351
1968	98.357	30.4.1990	134.034
1969	97.047		

A.III.2. Soziale Zusammensetzung der Mitglieder im Dezember 1989

PGH-Mitglieder	1,7 %
Handwerker	3,7 %
Sonst. Gewerbetreibende	2,2 %
Fach-/Hochschullehrer	0,4 %
Pädagogische Intelligenz	3,2 %
Studenten	0,7 %
Intelligenz in staatl. Verwaltung oder in Einrichtungen d. Part./Org.	3,4 %
Intelligenz in Industrie, Bauwesen, Verkehr	4,9 %
Intelligenz in der Land-, Forst- und Nahrungswirtschaft	1,6 %
Ärzte, Zahnärzte, Apotheker	1,1 %
Pfarrer und Theologen	0,3 %
Künstlerische Intelligenz	0,4 %
Juristen	0,1 %
Mitglieder in LPG	12,6 %
Sonst. Tätige in Land-, Forst- und Nahrungswirtschaft	3,8 %
Arbeiter	10,1 %
Angestellte in staatl. Verw. od. Einricht. der Part./Org.	13,2 %
Angestellte in der Wirtschaft	24,5 %
Angest. kirchl. Einrichtungen	0,7 %
Hausfrauen	7,3 %

Anmerkung: Die Angaben zur sozialen Zusammensetzung der Mitglieder im Dezember 1989 sind entnommen aus einer Aufstellung "Jahresdaten 1945 - 1989" der Hauptgeschäftsstelle der CDU der DDR, Abteilung Informatik, aus dem Jahr 1990.

A.IV. Mitarbeiter am 1.1.1990

Am 1. Januar 1990 beschäftigte die CDU der DDR insgesamt 1.333 Mitarbeiter.

Anmerkung: Der 1. Januar 1990 ist für die Darstellung der Mitarbeiterzahlen der CDU der DDR besonders geeignet. Zu diesem Zeitpunkt war die CDU der DDR personell noch vollständig besetzt (zum späteren Personalabbau vgl. unten C.IV.3.) und organisatorisch noch entsprechend der Territorialgliederung der DDR in Bezirksverbände aufgeteilt.

Die 1.333 Mitarbeiter zum 1. Januar 1990 schlüsseln sich wie folgt auf:

Parteihauptvorstand		**164**
davon:		
politische Mitarbeiter	86	
technische Mitarbeiter	78	
Zentrale Schulungsstätte		**71**
davon:		
politische Mitarbeiter	16	
technische Mitarbeiter	55	
Bezirksverbände		**344**
davon:		
politische Mitarbeiter	186	
technische Mitarbeiter	158	
Kreisverbände		**754**
davon:		
politische Mitarbeiter	512	
technische Mitarbeiter	242	

A.V. Beitritt der Landesverbände der DBD am 1.9.1990

Überwiegend mit Wirkung zum 1.9.1990 traten die Anfang 1990 gebildeten Landesverbände der DBD den jeweiligen Landesverbänden der CDU der DDR bei. Die Landesverbände der CDU der DDR übernahmen die Konten und sonstigen flüssigen Mittel der Landesverbände der DBD sowie deren Anlagevermögen. Dem Parteivorstand der DBD zuzuordnendes Vermögen übernahm der Parteihauptvorstand der CDU der DDR (zu übernommenen flüssigen Mitteln und Anlagevermögen siehe unten C.III.3. und D.I.; zu Beitritt und Vermögensübergang/-abwicklung im einzelnen siehe II. Teil, Bericht zur DBD, A.V.).

A.VI. Beitritt zur CDU und tatsächliche Auswirkungen

A.VI.1. Beitritt zur CDU

Auf dem 38. Bundesparteitag und 1. Parteitag der CDU Deutschlands am 1. und 2. Oktober 1990 in Hamburg erklärten Delegierte der Landesverbände der CDU der DDR, daß ihr jeweiliger Landesverband ein Teil der Christlich Demokratischen Union in ganz Deutschland sei. Der 38. Bundesparteitag der CDU nahm die Erklärungen zustimmend zur Kenntnis und stellte fest, daß die Landesverbände der CDU der DDR die Organisationen der CDU in den genannten Ländern seien. Zudem erteilte der 38. Bundesparteitag rückwirkend zum 8. September 1990 seine Zustimmung dazu, daß seit diesem Zeitpunkt die CDU-Kreisverbände in Groß-Berlin einen gemeinsamen Landesverband der CDU Deutschlands bildeten.

Der Demokratische Aufbruch - DA -, gegründet am 17. Dezember 1989, schloß sich mit der CDU der DDR mit Wirkung zum 1. September 1990, die Christlich-Demokratische Jugend - CDJ -, gegründet am 15. Februar 1990, mit der Jungen Union am 14. September 1990 zusammen.

Die Unabhängige Kommission hat zu Fusionen von Parteien der DDR mit westdeutschen Parteien und damit auch für den Beitritt der Landesverbände der CDU der DDR zur CDU geltende nachfolgende Beschlüsse gefaßt:

- ***Beschluß der Unabhängigen Kommission vom 11.7.1990***

  "Die Kommissionsmitglieder sind einheitlich der Auffassung, daß § 20b Parteiengesetz der DDR Anwendung auf das Vermögen der Parteien der DDR findet, die sich mit westdeutschen Parteien zusammenschließen. Die treuhänderische Verwaltung des Vermögens wird durch die Fusion nicht berührt."

- ***Beschluß der Unabhängigen Kommission vom 1.8.1990***

  "Das von den DDR-Parteien eingebrachte Vermögen einschließlich aller damit verbundenen Rechte und Pflichten muß im Geltungsbereich der bestehenden gesetzlichen Grundlagen der DDR verbleiben. Daraus folgt notwendigerweise, daß mit der Vereinigung das Vermögen der bisherigen DDR-Parteien als abgegrenztes Sondervermögen geführt und in der DDR verwaltet bleibt.
  Der Zugriff der mit dem Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 31.5.1990 eingesetzten Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen der DDR ist bis zur Erledigung ihres Auftrages zu bewahren. Es muß garantiert werden, daß in den Rechnungslegungen der künftigen gesamtdeutschen Parteien dieses Sondervermögen der DDR-Parteien abgegrenzt ausgewiesen und nicht mit Vermögenswerten gegenwärtiger BRD-Parteien vermischt wird."

A.VI.2. Tatsächliche Auswirkungen des Beitritts auf das Vermögen der CDU der DDR

Auf das Vermögen der Landesverbände (einschließlich Untergliederungen) sowie auf Anlagevermögen und gewerbliche Unternehmung der CDU der DDR hatte der Beitritt keine tatsächlichen Auswirkungen.

Die flüssigen Mittel des Parteihauptvorstandes der CDU der DDR übernahm die CDU-Bundesgeschäftsstelle. Sie stellte die vorhandenen Mittel in das von ihr als solches bezeichnete "Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögen" (TAS) ein und verwaltete dies in der Folgezeit (zu Bestand und Entwicklung des TAS siehe im einzelnen unten C.IV.2.).

A.VII. Verzicht der CDU

Mit notarieller Erklärung vom 15.11.1990 verzichtete die CDU, vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl und den Generalsekretär Volker Rühe, gegenüber Treuhandanstalt und Unabhängiger Kommission unwiderruflich auf sämtliche, treuhänderischer Verwaltung unterliegende Vermögenswerte von CDU der DDR und DBD.

Die Erklärung beinhaltete ferner den Verzicht auf alle Rechte und Ansprüche aus Gesellschaftsrechten an der gewerblichen Unternehmung der CDU der DDR.

Mit der Erklärung verpflichtete sich die CDU weiterhin, alle Vermögenswerte der CDU der DDR und der DBD auf die Treuhandanstalt zu übertragen. Nach der Erklärung sollte die Übertragung aller Vermögenswerte die Übertragung von hierauf lastenden Verbindlichkeiten sowie die Übernahme von Arbeitsplätzen durch die Treuhandanstalt mit einschließen.

Schließlich verpflichtete sich die CDU in der Erklärung, darauf hinzuwirken, daß die Landesverbände der CDU in den neuen Ländern entsprechende Verzichts- und Verpflichtungserklärungen abgeben.

Noch im November 1990 gaben die Landesverbände der CDU in den neuen Ländern gleichlautende notarielle Erklärungen ab.

Am ***5.12.1990*** faßte die Unabhängige Kommission zu dem Verzicht der CDU folgenden ***Beschluß***:

"Nach Erörterung der rechtlichen Bedeutung der Verzichtserklärungen gegenüber der Treuhandanstalt und der Unabhängigen Kommission wird einstimmig beschlossen, daß der Annahme des Verzichts von Seiten der Kommission zugestimmt wird."

Die Unabhängige Kommission wertete die Verzichtserklärungen der CDU als unwiderruflichen Verzicht der CDU auf die Wiederzurverfügungstellung von Vermögenswerten der CDU der DDR und DBD und traf deshalb in der Folgezeit keine Entscheidungen zum materiell-rechtsstaatlichen Erwerb von Vermögenswerten der CDU der DDR und der DBD.

B. Art und Weise der Vermögensermittlung

Abschnitt B. stellt dar, auf welchen Grundlagen die Ermittlungen der Unabhängigen Kommission zu dem Vermögen der CDU der DDR beruhen und welche Einzelberichte der Unabhängigen Kommission vorgelegen haben.

B.I. Ermittlungsgrundlagen

Die das ***Parteivermögen*** der CDU der DDR belegenden Originalunterlagen haben nicht vollständig vorgelegen.

Bei einigen Bezirksverbänden fehlten teilweise Kontoauszüge und Buchungsbelege. Die sog. Grundmittelkartei (bei dem Parteihauptvorstand geführte Kartei, in der sämtliche Eigentums- und Rechtsträgergrundstücke der Partei erfaßt waren) konnte ebenfalls nicht aufgefunden werden.

Nach den Erkenntnissen der Unabhängigen Kommission ist das Fehlen von Originalunterlagen auf die strukturellen Veränderungen der CDU der DDR ab 1990 zurückzuführen. Die Gründung der Landesverbände Anfang 1990 ging mit der Auflösung der Bezirksverbände einher. Dort geführte Finanzunterlagen wurden teilweise unzureichend archiviert. Ab 1991 begann der starke Personalabbau bei der CDU in den neuen Ländern. Gleichzeitig wurden erhebliche Bestände an Originalunterlagen in den neuen Ländern von sach- und fachunkundigem Personal erfaßt und in das Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung nach St. Augustin bei Bonn gebracht. Hierdurch gingen in Einzelbereichen Unterlagen verloren.

Das Fehlen allgemeiner Finanzunterlagen konnte durch die Einholung von Saldenbestätigungen zu Parteikonten bei Banken, durch Plausibilitätsprüfungen der von der Unabhängigen Kommission beauftragten Wirtschaftsprüfer sowie durch Vollständigkeitserklärungen ehemals Verantwortlicher ausgeglichen werden. Ferner hat das Sekretariat der Unabhängigen Kommission zahlreiche Auskunftspersonen befragt, mehrfach die Archivunterlagen bei der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgesehen sowie weitere Archive abgefragt und hierdurch weitere "Ermittlungslücken" geschlossen.

Das Fehlen der Grundmittelkartei konnte das Sekretariat der Unabhängigen Kommission durch umfassende Abfragen bei Katasterämtern, Grundbuchämtern und Grundbucharchiven sowie ebenfalls durch Befragung von Auskunftspersonen und mehrfache Durchsicht der Archivunterlagen der Konrad-Adenauer-Siftung ausgleichen. Letzte Zweifel an der Vollständigkeit der ermittelten Grundstücke beseitigte ein im April 1995 bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle aufgefundener Ordner aus Unterlagen des Hauptvorstandes der CDU der DDR. Der Ordner enthält unter laufender Nummer vollständig abgeheftete Originalunterlagen zu sämtlichen Eigentums- und Rechtsträgergrundstücken der CDU der DDR, die auch das Sekretariat der Unabhängigen Kommission ermittelt hat.

Vermögensunterlagen zu der ***gewerblichen Unternehmung*** der CDU der DDR haben vollständig vorgelegen. Die Entwicklung der gewerblichen Unternehmung und ihrer Rechtsverhältnisse konnte die Unabhängige Kommission durch umfangreiche Abfragen bei den Handelsregistern nachvollziehen.

B.II. Vorliegende Einzelberichte

Der Bericht der Unabhängigen Kommission zur CDU der DDR stützt sich auf eine Vielzahl von Einzelberichten, die die Unabhängige Kommission in ihre Arbeit einbezogen, überprüft und ausgewertet hat. Hierbei handelt es sich zum einen um Berichte, die von oder im Auftrag der CDU der DDR oder der CDU erstellt wurden, und zum anderen um im Auftrag der Unabhängigen Kommission erstellte Berichte von Wirtschaftsprüfern.

B.II.1. Parteieigene Berichte

Zunächst hat die CDU der DDR selbst mit Schreiben vom 28.6.1990 eine erste, in weiten Teilen noch unvollständige Vermögensübersicht übersandt. In der Folgezeit hat die CDU der DDR die Vermögensübersicht auf Nachfragen der Unabhängigen Kommission vielfach ergänzt, erweitert und berichtigt.

Nach dem 1.10.1990 (Tag des Beitritts der Landesverbände der CDU der DDR zur CDU) hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn die Berichtspflicht für die CDU der DDR wahrgenommen und in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Unabhängigen Kommission zahlreiche weitere Übersichten, Aufstellungen und Darstellungen übersandt. Darüber

hinaus hat der Wirtschaftsprüfer Prof. Dr. Erwin Pougin, Köln, im Auftrag der CDU folgende Berichte erstellt, die auch der Unabhängigen Kommission vorliegen:

- *Bericht vom 31.10.1990* über die Prüfung der Schlußbilanz der CDU der DDR zum 30. September 1990 und der Eröffnungsbilanz zum 1. Oktober 1990.

- *Bericht vom 4.9.1991* über die Prüfung der Rechnungslegung über die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle zum 1. Oktober 1990 vom Hauptvorstand der CDU der DDR übernommenen Geldbestände und deren Verwendung bis zum 31. August 1991.

- *Bericht vom 15.11.1991* über die Prüfung des Rechenschaftsberichtes der CDU für das Kalenderjahr 1990.

Die CDU selbst hat in ihren Rechenschaftsberichten gegenüber dem Deutschen Bundestag gemäß § 23 Parteiengesetz ab dem Kalenderjahr 1990 stets auch in einem besonderen Berichtsteil über das Vermögen der CDU der DDR wie folgt berichtet:

- *Rechenschaftsbericht für das Kalenderjahr 1990* (Bundestagsdrucksache 12/2165), Seiten 331 ff.:

  Bericht

  a) betr. Rechenschaftslegung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 1990 für ehemalige CDU-Ost, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Christlich Demokratische Jugend und Demokratischer Aufbruch,

  b) betr. Rechenschaftslegung für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1990 für Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögen ehemaliger CDU Parteihauptvorstand-Ost.

- *Rechenschaftsberichte für die Kalenderjahre 1991* (Bundestagsdrucksache 12/3950, Seiten 33 ff.), *1992* (Bundestagsdrucksache 12/6140, Seiten 49 ff.) und *1993* (Bundestagsdrucksache 13/145, Seiten 78 ff.):

  jeweils Bericht betr. Rechenschaftslegung für den Zeitraum des Kalenderjahres für Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögen ehemaliger CDU Parteihauptvorstand-Ost.

B.II.2. Wirtschaftsprüferberichte im Auftrag der Unabhängigen Kommission

Ab Juni 1991 beauftragte die Unabhängige Kommission selbst Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung des Vermögens der CDU der DDR. Die Wirtschaftsprüfer haben ihre Aufträge nach umfangreichen Vorgaben des Sekretariates der Unabhängigen Kommission und in ständiger enger Abstimmung mit diesem wahrgenommen.
Die ursprünglich beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft legte Anfang 1992 einen Berichtsentwurf vor über die Prüfung des Vermögens der CDU der DDR und der VOB Union zum 7. Oktober 1989 und der Vermögensveränderungen zwischen dem 7. Oktober 1989 und dem 31. Dezember 1990. Wegen unzureichender Prüfungsergebnisse und nicht befriedigender Zusammenarbeit beendete die Unabhängige Kommission das Auftragsverhältnis im März 1992.
Unmittelbar im Anschluß beauftragte die Unabhängige Kommission die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bayerische Treuhandgesellschaft, München, mit der Fortführung der Prüfung. Als Ergebnisse der Prüfungstätigkeit der Bayerischen Treuhandgesellschaft liegen der Unabhängigen Kommission vor:

- *Bericht vom 31.8.1993*

  über die Prüfung der Rechenschaftslegung nach § 20a Absatz 2 Parteiengesetz der DDR der CDU der DDR.

- *Bericht vom 5.5.1993*

  über die Prüfung der Rechenschaftslegung nach § 20a Absatz 2 Parteiengesetz der DDR der CDU der DDR (gewerblicher Bereich).

- *Bericht vom 24.6.1994*

  über die Prüfung des Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögens der CDU der DDR für den Zeitraum 1. Oktober 1990 bis zum 31. Dezember 1993.

- *Berichte vom 4.3.1993*

  über die Belegprüfungen für die Zeit vom 7. Oktober 1989 bis zum 31. Dezember 1990 bei dem Parteivorstand der CDU der DDR, den Landesverbänden Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie bei der Zentralen Schulungsstätte in Burgscheidungen.

C. Entwicklung der flüssigen Mittel

Abschnitt C. berichtet über die flüssigen Mittel der CDU der DDR.

Dargestellt werden die Einnahmen und Ausgaben der CDU der DDR von 1945 bis 1989, der Bestand der flüssigen Mittel am 7. Oktober 1989, die Einnahmen und Ausgaben vom 7. Oktober 1989 bis zum 30. September 1990 sowie der Verbleib der flüssigen Mittel ab dem 1. Oktober 1990.

C.I. Einnahmen/Ausgaben 1945 bis 1989

Im folgenden werden die kalenderjährlichen Einnahmen und Ausgaben der CDU der DDR von ihrer Gründung im Jahr 1945 bis zum letzten vollständigen Geschäftsjahr, 1989, dargestellt.

Für den Zeitraum von 1945 bis 1956 beschränkt sich die Darstellung auf die Einnahmen und Ausgaben der Parteileitung (Parteihauptvorstand, früher Hauptgeschäftsstelle, davor Reichsgeschäftsstelle). Zu den Untergliederungen der CDU der DDR liegen für diesen Zeitraum keine aussagekräftigen Unterlagen vor.

Ab 1957 betreffen die Einnahmen und Ausgaben die gesamte Partei. Die Darstellungen ab 1957 schlüsseln die Einnahmen und Ausgaben nach Parteihauptvorstand (PV) und Bezirksverbänden (BVe) auf. In den Angaben für die Bezirksverbände sind die weiteren Parteiuntergliederungen sowie die Zentrale Schulungsstätte Burgscheidungen enthalten.

Im Anschluß an die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben werden die wesentlichen Einnahmeposten "Staatszuschüsse" und "Verlagsabführungen" und ihr prozentualer Anteil an den Gesamteinnahmen gesondert dargestellt.

C.I.1. Einnahmen/Ausgaben der Reichs-/Hauptgeschäftsstelle 1945 bis 1947

Einnahmen in TRM

	1945	1946	1947
Verlags-abführungen	255	2.093	1.430
Mitgliedsbeiträge	-	301	435
Spenden	1	4	12
Erlöse	-	10	20
Sonstige	14	84	4
Summe	270	2.492	1.901
Ausgaben-Überhang:	9	471	218

Ausgaben in TRM

	1945	1946	1947
Personal	119	452	522
politische Arbeit	19	740	264
Investitionen	83	77	55
Sonstige	58	752	842
Summe	279	2.021	1.683

Erläuterungen:

TRM = tausend Reichsmark.

Bei den Einnahmen aus "Verlagsabführungen" handelt es sich um Zahlungen der gewerblichen Unternehmung der CDU der DDR an die Parteizentrale.

C.I.2. Einnahmen/Ausgaben der Hauptgeschäftsstelle 1948 bis 1950

Einnahmen in TDM

	1948	1949	1950
Verlags-abführungen	719	524	435
Mitgliedsbeiträge	383	174	587
Spenden	-	5	-
Erlöse	93	82	55
Sonstige	51	7	53
Summe	1.246	792	1.130
Ausgaben-Überhang:	92	32	346

Ausgaben in TDM

	1948	1949	1950
Personal	405	319	369
politische Arbeit	143	88	66
Investitionen	37	37	29
Sonstige	753	380	1.012
Summe	1.338	824	1.476

Erläuterungen:

Am 23. Juni 1948 änderte sich durch die Währungsreform die ursprüngliche Währung Reichsmark (RM) in Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM). Die Angaben für 1948 wurden vollständig auf DM umgerechnet (für Barbestände im Verhältnis 10 : 1, für Guthaben bei Bank und Post im Verhältnis 1 : 1 nach dem Stand vom 1. Mai 1948 und 10 : 1 für nach dem 1. Mai 1948 entstandene Guthaben).

TDM = tausend Deutsche Mark.

C.I.3. Einnahmen/Ausgaben der Hauptgeschäftsstelle 1951 bis 1953

Einnahmen in TDM

	1951	1952	1953
Verlagsabführungen	692	1.302	991
Mitgliedsbeiträge	1.862	3.724	1.648
Spenden (und Zuschüsse)	470	134	4.030
Erlöse	27	132	51
Sonstige	371	548	142
Summe	3.422	5.840	6.862
Einnahmenüberschuß:	184	167	51

Ausgaben in TDM

	1951	1952	1953
Personal	373	470	650
politische Arbeit	117	465	149
Investitionen	109	69	96
Sonstige	2.639	4.669	5.916
Summe	3.238	5.673	6.811

Erläuterungen:

Einnahmen aus Spenden und Zuschüssen weist die Hauptgeschäftsstelle ab 1953 aus. In den Jahren zuvor werden nur Spenden ausgewiesen. Es ist davon auszugehen, daß es sich bei Einnahmen aus Spenden und Zuschüssen ab 1953 im wesentlichen um Staatszuwendungen handelt.

Die sonstigen Ausgaben enthalten überwiegend die Zuwendungen der Hauptgeschäftsstelle an die Kreis- und Landesverbände (ab 1953 Bezirksverbände) sowie an die Schulungsstätten.

C.I.4. Einnahmen/Ausgaben des Parteihauptvorstandes 1954 bis 1956

Einnahmen in TDM

	1954	1955	1956
Verlags-abführungen	1.137	1.200	-
Mitgliedsbeiträge	1.678	1.682	-
Spenden und Zuschüsse	4.029	4.233	-
Erlöse	74	75	-
Sonstige	48	5	-
Summe	6.966	7.195	-
Einnahmen-überschuß:	-	38	-
Ausgaben-Überhang:	126	-	-

Ausgaben in TDM

	1954	1955	1956
Personal	627	648	-
politische Arbeit	32	151	-
Investitionen	100	152	-
Sonstige	6.333	6.206	-
Summe	7.092	7.157	-

Erläuterungen:

Für das Kalenderjahr 1956 liegen der Unabhängigen Kommission keine Finanzunterlagen der CDU der DDR vor. Angaben für das Jahr 1956 sind deshalb nicht möglich.

Die Einnahmen aus Spenden und Zuschüssen enthalten ganz überwiegend Staatszuschüsse.

Die sonstigen Ausgaben enthalten überwiegend die Zuwendungen des Parteihauptvorstandes an die Kreis-/Bezirksverbände und Schulungsstätten.

C.I.5. Einnahmen/Ausgaben 1957 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.726	-	1.726
Staatszuschüsse	4.600	-	4.600
Mitgliedsbeiträge	-	1.521	1.521
Spenden	-	13	13
Erlöse	93	34	127
Sonstige	-	107	107
Summe	6.419	1.675	8.094

Ausgaben in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	720	4.500	5.220
politische Arbeit	787	160	947
Investitionen	70	992	1.062
Sonstige	314	672	986
Summe	1.891	6.324	8.215

Ausgaben-überhang: 121

Erläuterungen:

PV = Parteihauptvorstand.

BVe = Bezirksverbände. In den Angaben sind die weiteren Untergliederungen sowie die Zentrale Schulungsstätte Burgscheidungen enthalten.

TDM = tausend Deutsche Mark.

Ab 1957 weist die CDU der DDR im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren die Einnahmen aus Staatszuschüssen und Spenden getrennt aus.

C.I.6. Einnahmen/Ausgaben 1958 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Verlagsabführungen	1.680	-	1.680
Staatszuschüsse	5.014	-	5.014
Mitgliedsbeiträge	-	1.409	1.409
Spenden	-	19	19
Erlöse	41	61	102
Sonstige	221	742	963
Summe	6.956	2.231	9.187

Ausgaben in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	819	4.286	5.105
politische Arbeit	670	371	1.041
Investitionen	148	798	946
Sonstige	343	1.765	2.108
Summe	1.980	7.220	9.200

Ausgabenüberhang: 13

C.I.7. Einnahmen/Ausgaben 1959 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.615	-	1.615
Staatszuschüsse	6.006	-	6.006
Mitgliedsbeiträge	-	1.457	1.457
Spenden	-	10	10
Erlöse	73	67	140
Sonstige	165	827	992
Summe	7.859	2.361	10.220

Ausgaben in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	878	4.372	5.250
politische Arbeit	766	267	1.033
Investitionen	154	926	1.080
Sonstige	543	1.147	1.690
Summe	2.341	6.712	9.053

Einnahmen-überschuß: 1.167

C.I.8. Einnahmen/Ausgaben 1960 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Verlagsabführungen	1.323	-	1.323
Staatszuschüsse	6.662	-	6.662
Mitgliedsbeiträge	-	1.416	1.416
Spenden	-	11	11
Erlöse	85	66	151
Sonstige	71	112	183
Summe	8.141	1.605	9.746

Ausgaben in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	923	4.580	5.503
politische Arbeit	716	401	1.117
Investitionen	179	822	1.001
Sonstige	239	783	1.022
Summe	2.057	6.586	8.643

Einnahmenüberschuß: 1.103

C.I.9. Einnahmen/Ausgaben 1961 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.431	-	1.431
Staatszuschüsse	6.621	-	6.621
Mitgliedsbeiträge	-	1.448	1.448
Spenden	-	8	8
Erlöse	29	79	108
Sonstige	195	105	300
Summe	8.276	1.640	9.916

Einnahmen-überschuß: 323

Ausgaben in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	979	4.778	5.757
politische Arbeit	916	670	1.586
Investitionen	73	402	475
Sonstige	360	1.415	1.775
Summe	2.328	7.265	9.593

C.I.10. Einnahmen/Ausgaben 1962 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.465	-	1.465
Staatszuschüsse	6.727	-	6.727
Mitgliedsbeiträge	-	1.488	1.488
Spenden	30	8	38
Erlöse	54	103	157
Sonstige	118	46	164
Summe	8.394	1.645	10.039

Ausgaben in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.076	5.048	6.124
politische Arbeit	826	604	1.430
Investitionen	123	172	295
Sonstige	251	1.387	1.638
Summe	2.276	7.211	9.487

Einnahmen-überschuß: 552

C.I.11. Einnahmen/Ausgaben 1963 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.600	-	1.600
Staatszuschüsse	6.288	-	6.288
Mitgliedsbeiträge	-	1.553	1.553
Spenden	33	2	35
Erlöse	68	99	167
Sonstige	116	36	152
Summe	8.105	1.690	9.795

Ausgaben in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.005	5.061	6.066
politische Arbeit	852	597	1.449
Investitionen	109	70	179
Sonstige	281	1.481	1.762
Summe	2.247	7.209	9.456

Einnahmen-überschuß: 339

C.I.12. Einnahmen/Ausgaben 1964 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TMDN

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.420	-	1.420
Staatszuschüsse	6.944	-	6.944
Mitgliedsbeiträge	-	1.551	1.551
Spenden	40	4	44
Erlöse	54	73	127
Sonstige	111	54	165
Summe	8.569	1.682	10.251

Ausgaben in TMDN

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.084	5.138	6.222
politische Arbeit	833	668	1.501
Investitionen	124	187	311
Sonstige	293	1.380	1.673
Summe	2.334	7.373	9.707

Einnahmen-überschuß: 544

Erläuterungen:

TMDN = tausend Mark der Deutschen Notenbank.

C.I.13. Einnahmen/Ausgaben 1965 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TMDN

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.354	-	1.354
Staatszuschüsse	7.270	-	7.270
Mitgliedsbeiträge	-	1.570	1.570
Spenden	35	10	45
Erlöse	75	52	127
Sonstige	138	52	190
Summe	8.872	1.684	10.556

Einnahmen-überschuß: 689

Ausgaben in TMDN

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.108	5.135	6.243
politische Arbeit	980	640	1.620
Investitionen	112	168	280
Sonstige	284	1.440	1.724
Summe	2.484	7.383	9.867

C.I.14. Einnahmen/Ausgaben 1966 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TMDN

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.199	-	1.199
Staatszuschüsse	7.925	-	7.925
Mitgliedsbeiträge	-	1.605	1.605
Spenden	37	3	40
Erlöse	193	79	272
Sonstige	45	18	63
Summe	9.399	1.705	11.104

Einnahmen-überschuß: 694

Ausgaben in TMDN

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.150	5.514	6.664
politische Arbeit	837	637	1.474
Investitionen	226	371	597
Sonstige	291	1.384	1.675
Summe	2.504	7.906	10.410

C.I.15. Einnahmen/Ausgaben 1967 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.685	-	1.685
Staatszuschüsse	8.150	-	8.150
Mitgliedsbeiträge	-	1.637	1.637
Spenden	40	2	42
Erlöse	230	87	317
Sonstige	45	25	70
Summe	10.150	1.751	11.901

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.270	5.744	7.014
politische Arbeit	951	432	1.383
Investitionen	188	411	599
Sonstige	1.387	1.417	2.804
Summe	3.796	8.004	11.800

Einnahmen-überschuß: 101

Erläuterungen:

TM = tausend Mark (der DDR).

C.I.16. Einnahmen/Ausgaben 1968 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.989	-	1.989
Staatszuschüsse	9.700	-	9.700
Mitgliedsbeiträge	-	1.672	1.672
Spenden	40	8	48
Erlöse	120	96	216
Sonstige	46	23	69
Summe	11.895	1.799	13.694

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.272	5.612	6.884
politische Arbeit	1.122	889	2.011
Investitionen	1.239	528	1.767
Sonstige	1.534	1.534	3.077
Summe	5.167	8.572	13.739

Ausgaben-überhang: 45

C.I.17. Einnahmen/Ausgaben 1969 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.675	-	1.675
Staatszuschüsse	9.550	-	9.550
Mitgliedsbeiträge	-	1.735	1.735
Spenden	42	3	45
Erlöse	70	109	179
Sonstige	157	27	184
Summe	11.494	1.874	13.368

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.352	5.610	6.962
politische Arbeit	1.151	562	1.713
Investitionen	735	819	1.554
Sonstige	1.190	1.559	2.749
Summe	4.428	8.550	12.978

Einnahmen-überschuß: 390

C.I.18. Einnahmen/Ausgaben 1970 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	1.920	-	1.920
Staatszuschüsse	10.350	-	10.350
Mitgliedsbeiträge	-	1.801	1.801
Spenden	42	7	49
Erlöse	111	149	260
Sonstige	131	27	158
Summe	12.554	1.984	14.538

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.510	5.704	7.214
politische Arbeit	1.351	1.336	2.687
Investitionen	734	804	1.538
Sonstige	2.063	1.571	3.634
Summe	5.658	9.415	15.073

Ausgaben-überhang: 535

C.I.19. Einnahmen/Ausgaben 1971 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	2.510	-	2.510
Staatszuschüsse	9.300	-	9.300
Mitgliedsbeiträge	-	1.959	1.959
Spenden	42	3	45
Erlöse	85	122	207
Sonstige	128	27	155
Summe	12.065	2.111	14.176

Ausgaben-überhang: 56

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.533	5.889	7.422
politische Arbeit	968	637	1.605
Investitionen	1.094	1.901	2.995
Sonstige	549	1.661	2.210
Summe	4.144	10.088	14.232

C.I.20. Einnahmen/Ausgaben 1972 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlagsabführungen	2.524	-	2.524
Staatszuschüsse	10.200	-	10.200
Mitgliedsbeiträge	-	2.057	2.057
Spenden	31	14	45
Erlöse	97	131	228
Sonstige	109	29	138
Summe	12.961	2.231	15.192

Einnahmenüberschuß: 14

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.701	5.875	7.576
politische Arbeit	1.889	1.161	3.050
Investitionen	1.432	959	2.391
Sonstige	477	1.684	2.161
Summe	5.499	9.679	15.178

C.I.21. Einnahmen/Ausgaben 1973 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlagsabführungen	3.768	-	3.768
Staatszuschüsse	8.550	-	8.550
Mitgliedsbeiträge	-	2.124	2.124
Spenden	31	16	47
Erlöse	87	148	235
Sonstige	139	33	172
Summe	12.575	2.321	14.896

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.698	6.143	7.841
politische Arbeit	765	688	1.453
Investitionen	1.515	2.318	3.833
Sonstige	606	1.809	2.415
Summe	4.584	10.956	15.542

Ausgabenüberhang: 646

C.I.22. Einnahmen/Ausgaben 1974 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	4.641	-	4.641
Staatszuschüsse	10.000	-	10.000
Mitgliedsbeiträge	-	2.182	2.182
Spenden	31	18	49
Erlöse	76	163	239
Sonstige	132	37	169
Summe	14.880	2.400	17.280

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.838	7.676	9.514
politische Arbeit	811	725	1.536
Investitionen	1.402	2.101	3.503
Sonstige	575	1.823	2.398
Summe	4.626	12.325	16.951

Einnahmen-überschuß: *329*

C.I.23. Einnahmen/Ausgaben 1975 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	4.870	-	4.870
Staatszuschüsse	11.200	-	11.200
Mitgliedsbeiträge	-	2.276	2.276
Spenden	31	14	45
Erlöse	98	184	282
Sonstige	140	45	185
Summe	16.339	2.519	18.858

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.922	8.939	10.861
politische Arbeit	832	1.438	2.270
Investitionen	1.391	1.769	3.160
Sonstige	580	1.890	2.470
Summe	4.725	14.036	18.761

Einnahmen-überschuß: 97

C.I.24. Einnahmen/Ausgaben 1976 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	3.960	-	3.960
Staatszuschüsse	12.100	-	12.100
Mitgliedsbeiträge	-	2.372	2.372
Spenden	32	12	44
Erlöse	108	168	276
Sonstige	101	50	151
Summe	16.301	2.602	18.903

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.951	9.204	11.155
politische Arbeit	805	811	1.616
Investitionen	1.618	1.438	3.056
Sonstige	406	2.126	2.532
Summe	4.780	13.579	18.359

Einnahmen-überschuß: 544

C.I.25. Einnahmen/Ausgaben 1977 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	5.287	-	5.287
Staatszuschüsse	12.900	-	12.900
Mitgliedsbeiträge	-	2.479	2.479
Spenden	31	13	44
Erlöse	81	180	261
Sonstige	108	67	175
Summe	18.407	2.739	21.146

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.003	9.809	11.812
politische Arbeit	2.299	1.399	3.698
Investitionen	1.248	1.802	3.050
Sonstige	570	2.302	2.872
Summe	6.120	15.312	21.432

Ausgaben-überhang: 286

C.I.26. Einnahmen/Ausgaben 1978 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	5.305	-	5.305
Staatszuschüsse	12.400	-	12.400
Mitgliedsbeiträge	-	2.670	2.670
Spenden	32	12	44
Erlöse	113	219	332
Sonstige	51	68	119
Summe	17.901	2.969	20.870

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.111	10.148	12.259
politische Arbeit	933	937	1.870
Investitionen	1.142	2.291	3.433
Sonstige	486	2.446	2.932
Summe	4.672	15.822	20.494

Einnahmen-überschuß: 376

C.I.27. Einnahmen/Ausgaben 1979 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	3.600	-	3.600
Staatszuschüsse	13.700	-	13.700
Mitgliedsbeiträge	-	2.829	2.829
Spenden	33	13	46
Erlöse	592	207	799
Sonstige	50	56	106
Summe	17.975	3.105	21.080

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.169	10.475	12.644
politische Arbeit	1.092	1.019	2.111
Investitionen	1.524	1.323	2.847
Sonstige	494	2.336	2.830
Summe	5.279	15.153	20.432

Einnahmen-überschuß: 648

C.I.28. Einnahmen/Ausgaben 1980 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	4.608	-	4.608
Staatszuschüsse	14.200	-	14.200
Mitgliedsbeiträge	-	2.962	2.962
Spenden	33	12	45
Erlöse	95	215	310
Sonstige	43	78	121
Summe	18.979	3.267	22.246

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.435	11.082	13.517
politische Arbeit	1.219	1.772	2.991
Investitionen	1.384	1.312	2.696
Sonstige	469	2.055	2.524
Summe	5.507	16.221	21.728

Einnahmen-überschuß: 518

C.I.29. Einnahmen/Ausgaben 1981 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	3.842	-	3.842
Staatszuschüsse	16.200	-	16.200
Mitgliedsbeiträge	-	3.099	3.099
Spenden	33	13	46
Erlöse	107	181	288
Sonstige	96	116	212
Summe	20.278	3.409	23.687

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.469	11.334	13.803
politische Arbeit	1.020	1.177	2.197
Investitionen	2.855	1.242	4.097
Sonstige	592	1.449	2.041
Summe	6.936	15.202	22.138

Einnahmen-überschuß: 1.549

C.I.30. Einnahmen/Ausgaben 1982 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	3.694	-	3.694
Staatszuschüsse	23.120	-	23.120
Mitgliedsbeiträge	-	3.257	3.257
Spenden	34	13	47
Erlöse	56	162	218
Sonstige	103	116	219
Summe	27.007	3.548	30.555

Einnahmen-überschuß: 1.245

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.241	11.642	13.883
politische Arbeit	2.303	1.933	4.236
Investitionen	7.693	1.561	9.254
Sonstige	391	1.546	1.937
Summe	12.628	16.682	29.310

C.I.31. Einnahmen/Ausgaben 1983 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	3.755	-	3.755
Staatszuschüsse	17.627	-	17.627
Mitgliedsbeiträge	-	3.410	3.410
Spenden	34	13	47
Erlöse	96	167	263
Sonstige	134	126	260
Summe	21.646	3.716	25.362

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.483	12.087	14.570
politische Arbeit	1.521	1.257	2.778
Investitionen	2.780	2.534	5.314
Sonstige	564	2.660	3.224
Summe	7.348	18.538	25.886

Ausgaben-überhang: 524

C.I.32. Einnahmen/Ausgaben 1984 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	3.780	-	3.780
Staatszuschüsse	20.432	-	20.432
Mitgliedsbeiträge	-	3.616	3.616
Spenden	34	13	47
Erlöse	58	114	172
Sonstige	284	228	512
Summe	24.588	3.971	28.559

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.589	12.614	15.203
politische Arbeit	1.027	1.249	2.277
Investitionen	6.086	900	6.986
Sonstige	788	3.893	4.681
Summe	10.490	18.656	29.146

Ausgaben-überhang: 587

C.I.33. Einnahmen/Ausgaben 1985 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	4.386	-	4.386
Staatszuschüsse	39.280	-	39.280
Mitgliedsbeiträge	-	3.835	3.835
Spenden	37	15	52
Erlöse	147	110	257
Sonstige	366	186	552
Summe	44.216	4.146	48.362

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.738	13.011	15.749
politische Arbeit	1.816	2.212	4.028
Investitionen	15.001	1.369	16.370
Sonstige	9.085	3.367	12.452
Summe	28.640	19.959	48.599

Ausgaben-überhang: 237

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Investitionen enthalten im wesentlichen die Ausgaben für den Aus- und Neubau der Parteizentrale in Berlin, für die Rekonstruktion des Schlosses Vietgest sowie für die Rekonstruktion der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Potsdam, der "Alten Wache", Potsdam (zu den Liegenschaften vergleiche auch unten D.I.3.).

Die sonstigen Ausgaben des Parteihauptvorstandes enthalten Zahlungen in Höhe von 8.188 TM an die VOB Union zum Ausgleich der Mehraufwendungen durch Industriepreisänderungen (bis 1984 zahlte das ZK der SED die Ausgleichsbeträge unmittelbar an die VOB Union).

C.I.34. Einnahmen/Ausgaben 1986 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	4.608	-	4.608
Staatszuschüsse	34.568	-	34.568
Mitgliedsbeiträge	-	4.341	4.341
Spenden	38	14	52
Erlöse	111	95	206
Sonstige	389	185	574
Summe	39.714	4.635	44.349

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	3.213	14.987	18.200
politische Arbeit	1.584	1.384	2.968
Investitionen	8.412	1.149	9.561
Sonstige	10.119	3.341	13.460
Summe	23.328	20.861	44.189

Einnahmen-überschuß: 160

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Investitionen enthalten im wesentlichen die Ausgaben für den Aus- und Neubau der Parteizentrale in Berlin, für die Rekonstruktion des Schlosses Vietgest sowie für die Rekonstruktion der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Potsdam, der "Alten Wache", Potsdam (zu den Liegenschaften vergleiche auch unten D.I.3.).

Die sonstigen Ausgaben des Parteihauptvorstandes enthalten Zahlungen in Höhe von 9.047 TM an die VOB Union zum Ausgleich der Mehraufwendungen durch Industriepreisänderungen.

C.I.35. Einnahmen/Ausgaben 1987 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	5.130	-	5.130
Staatszuschüsse	36.960	-	36.960
Mitgliedsbeiträge	-	4.673	4.673
Spenden	40	15	55
Erlöse	131	130	261
Sonstige	417	186	603
Summe	42.678	5.004	47.682

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	3.335	15.863	19.189
politische Arbeit	3.840	2.372	6.212
Investitionen	6.298	2.761	9.059
Sonstige	10.043	3.390	13.433
Summe	23.516	24.386	47.902

Ausgaben-überhang: 220

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Investitionen enthalten im wesentlichen die Ausgaben für den Aus- und Neubau der Parteizentrale in Berlin, für die Rekonstruktion des Schlosses Vietgest sowie für die Rekonstruktion der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Potsdam, der "Alten Wache", Potsdam (zu den Liegenschaften vergleiche auch unten D.I.3.).

Die sonstigen Ausgaben des Parteihauptvorstandes enthalten Zahlungen in Höhe von 8.997 TM an die VOB Union zum Ausgleich der Mehraufwendungen durch Industriepreisänderungen.

C.I.36. Einnahmen/Ausgaben 1988 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlagsabführungen	5.220	-	5.220
Staatszuschüsse	32.489	-	32.489
Mitgliedsbeiträge	-	4.879	4.879
Spenden	40	15	55
Erlöse	134	120	254
Sonstige	412	218	630
Summe	38.295	5.232	43.527

Einnahmenüberschuß: 465

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	3.437	16.138	19.575
politische Arbeit	2.086	3.407	5.493
Investitionen	4.960	1.812	6.772
Sonstige	9.472	1.750	11.222
Summe	19.955	23.107	43.062

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Investitionen enthalten im wesentlichen die Ausgaben für den Aus- und Neubau der Parteizentrale in Berlin, für die Rekonstruktion des Schlosses Vietgest sowie für die Rekonstruktion der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Potsdam, der "Alten Wache", Potsdam (zu den Liegenschaften vergleiche auch unten D.I.3.).

Die sonstigen Ausgaben des Parteihauptvorstandes enthalten Zahlungen in Höhe von 8.400 TM an die VOB Union zum Ausgleich der Mehraufwendungen durch Industriepreisänderungen.

C.I.37. Einnahmen/Ausgaben 1989 (Gesamtpartei)

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Verlags-abführungen	5.220	-	5.220
Staatszuschüsse	31.604	-	31.604
Mitgliedsbeiträge	-	4.891	4.891
Spenden	41	50	91
Erlöse	130	284	414
Sonstige	538	81	619
Summe	37.533	5.306	42.839

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	3.429	16.270	19.699
politische Arbeit	1.765	2.933	4.698
Investitionen	3.792	2.519	6.311
Sonstige	9.210	1.968	11.178
Summe	18.196	23.690	41.886

Einnahmen-überschuß: 953

Erläuterungen:

Die Ausgaben für Investitionen enthalten im wesentlichen die Ausgaben für den Aus- und Neubau der Parteizentrale in Berlin, für die Rekonstruktion des Schlosses Vietgest sowie für die Rekonstruktion der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes Potsdam, der "Alten Wache", Potsdam (zu den Liegenschaften vergleiche auch unten D.I.3.).

Die sonstigen Ausgaben des Parteihauptvorstandes enthalten Zahlungen in Höhe von 8.220 TM an die VOB Union zum Ausgleich der Mehraufwendungen durch Industriepreisänderungen.

C.I.38. Einnahmen aus Staatszuschüssen und Verlagsabführungen 1957 bis 1989

Die Einnahmen der Gesamtpartei CDU der DDR aus Staatszuschüssen und Verlagsabführungen setzten sich in der Zeit von 1957 bis 1989 (in Zusammenfassung der voranstehenden Darstellung der Einnahmen und Ausgaben in dieser Zeit) wie folgt zusammen:

Jahr (Währung)	Staatszuschüsse	Anteil an Gesamteinn.	Verlagsabführungen	Anteil an Gesamteinn.
1957 (TDM[1])	4.600	57 %	1.726	21 %
1958 (TDM)	5.014	55 %	1.680	18 %
1959 (TDM)	6.006	59 %	1.615	16 %
1960 (TDM)	6.662	68 %	1.323	14 %
1961 (TDM)	6.621	67 %	1.431	14 %
1962 (TDM)	6.727	67 %	1.465	15 %
1963 (TDM)	6.288	64 %	1.600	16 %
1964 (TMDN[2])	6.944	68 %	1.420	14 %
1965 (TMDN)	7.270	69 %	1.354	13 %
1966 (TMDN)	7.925	71 %	1.199	11 %
1967 (TM[3])	8.150	68 %	1.685	14 %
1968 (TM)	9.700	71 %	1.989	15 %
1969 (TM)	9.550	71 %	1.675	13 %
1970 (TM)	10.350	71 %	1.920	13 %
1971 (TM)	9.300	66 %	2.510	18 %
1972 (TM)	10.200	67 %	2.524	17 %
1973 (TM)	8.550	57 %	3.768	25 %
1974 (TM)	10.000	58 %	4.641	27 %
1975 (TM)	11.200	59 %	[illegible].870	26 %
1976 (TM)	12.100	64 %	3.960	21 %

Jahr (Währung)	Staats-zuschüsse	Anteil an Gesamteinn.	Verlags-abführungen	Anteil an Gesamteinn.
1977 (TM)	12.900	61 %	5.287	25 %
1978 (TM)	12.400	59 %	5.305	25 %
1979 (TM)	13.700	65 %	3.600	17 %
1980 (TM)	14.200	64 %	4.608	21 %
1981 (TM)	16.200	68 %	3.842	16 %
1982 (TM)	23.120	76 %	3.694	12 %
1983 (TM)	17.627	70 %	3.755	15 %
1984 (TM)	20.432	72 %	3.780	13 %
1985 (TM)	39.280	81 %	4.386	9 %
1986 (TM)	34.568	78 %	4.608	10 %
1987 (TM)	36.960	78 %	5.130	11 %
1988 (TM)	32.489	75 %	5.220	12 %
1989 (TM)	31.604	74 %	5.220	12 %

1. TDM = tausend Deutsche Mark
2. TMDN = tausend Mark der Deutschen Notenbank
3. TM = tausend Mark (der DDR)

C.II. Flüssige Mittel am 7.10.1989 (Altvermögen)

Am 7.10.1989, dem Stichtag des § 20a Absatz 2 Ziffer b) Parteiengesetz der DDR, verfügte die CDU der DDR auf allen Organisationsebenen über flüssige Mittel (Kassenbestände und Bankguthaben) in Höhe von insgesamt 9.311 TM.

Dieser Betrag setzt sich im einzelnen wie folgt zusammen:

Parteihauptvorstand	3.507	TM
Zentrale Schulungsstätte Burgscheidungen	667	TM
Bezirksverband Berlin	236	TM
Bezirksverbände Schwerin, Rostock, Neubrandenburg	552	TM
Bezirksverbände Chemnitz, Dresden, Leipzig	1.120	TM
Bezirksverbände Cottbus, Frankfurt/O., Potsdam	2.048	TM
Bezirksverbände Halle, Magdeburg	679	TM
Bezirksverbände Erfurt, Gera, Suhl	502	TM
Summe	**9.311**	**TM**

Anmerkung: In den Angaben zu den Bezirksverbänden sind die Bankguthaben und Kassenbestände der territorialen Untergliederungen enthalten.

C.III. Einnahmen/Ausgaben vom 7.10.1989 bis 30.9.1990

Der folgende Abschnitt berichtet über die Einnahmen und Ausgaben der CDU der DDR in der Zeit vom 7.10.1989 bis zum 30.9.1990 (in diesen Zeitraum fiel am 1.7.1990 die Währungsumstellung von Mark der DDR auf Deutsche Mark. Deshalb werden die Einnahmen und Ausgaben getrennt für die unterschiedlichen Währungszeiträume 7.10.1989 bis 30.6.1990 und 1.7. bis 30.9.1990 dargestellt). Hierauf folgend wird berichtet, welche flüssigen Mittel die CDU der DDR mit dem Beitritt der DBD am 1.9.1990 übernommen hat und über welche flüssigen Mittel die CDU der DDR zum Zeitpunkt des Beitritts zur CDU am 1.10.1990 verfügte. Schließlich werden in Zusammenfassung der voranstehenden Abschnitte allgemeine Aussagen zur Finanzierung der CDU der DDR getroffen.

C.III.1. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei vom 7.10.1989 bis 30.6.1990

Einnahmen in TM		Ausgaben in TM	
Verlagsabführungen	4.200	Personal	14.665
Staatszuschüsse	47.707	politische Arbeit	2.481
Mitgliedsbeiträge	3.844	Investitionen	4.541
Sonstige	1.536	Sonstige	9.479
Summe	57.287	Summe	31.166
Einnahmen-Überschuß:	26.121		

Erläuterungen:

TM = tausend Mark (der DDR).

Bei den Einnahmen aus Verlagsabführungen handelt es sich um Zahlungen der gewerblichen Unternehmung der CDU der DDR an den Parteihauptvorstand (vergleiche auch unten E.).

Die sonstigen Einnahmen bestehen im wesentlichen aus Erlösen und Spenden.

In den sonstigen Ausgaben sind Zahlungen des Parteihauptvorstandes an die VOB Union zum Ausgleich von Mehraufwendungen durch Industriepreisänderungen in Höhe von 5.979 TM enthalten.

C.III.2. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei vom 1.7. bis 30.9.1990

Einnahmen in TDM		Ausgaben in TDM	
Verlagsabführungen	-	Personal	6.541
Staatszuschüsse	7.824	politische Arbeit	895
Mitgliedsbeiträge	1.492	Investitionen	1.193
Sonstige	1.380	Sonstige	816
Summe	10.696	Summe	9.445
Einnahmen-Überschuß:	1.251		

Erläuterungen:

Die Angaben erfolgen in TDM (= tausend Deutsche Mark), da zum 1.7.1990 die Währung in der DDR von Mark der DDR auf Deutsche Mark umgestellt wurde.

Einnahmen aus Verlagsabführungen (Zahlungen der gewerblichen Unternehmung der CDU der DDR an den Parteihauptvorstand - vergleiche auch unten E. -) erzielte die CDU der DDR ab dem 1.7.1990 nicht mehr. Zahlungen des Parteihauptvorstandes der CDU der DDR an die gewerbliche Unternehmung erfolgten ab dem 1.7.1990 ebenfalls nicht mehr.

Die sonstigen Einnahmen setzen sich im wesentlichen zusammen aus Verrechnungen zwischen dem Parteihauptvorstand und Untergliederungen sowie aus Erlösen und Spenden.

C.III.3. Von der DBD zum 1.9.1990 übernommene flüssige Mittel

Durch den Beitritt der Landesverbände der DBD zur CDU der DDR am 1.9.1990 übernahm die CDU der DDR zum 1.9.1990 flüssige Mittel der DBD wie folgt:

Bestand bei Organisations-einheit DBD	Bestand in TDM	übernommen durch Organisations-einheit CDU der DDR
Parteivorstand	3.090	Parteihauptvorstand
Schulungsstätten	442	Parteihauptvorstand
Gästehaus	148	Parteihauptvorstand
Landesverbände mit Untergliederungen	3.190	Landesverbände mit Untergliederungen

Die übernommenen flüssigen Mittel wurden in der Einnahmen-/Ausgabenrechnung der CDU der DDR für die Zeit vom 1.7. bis 30.9.1990 (siehe oben C.III.2.) nicht wirksam. Die Übernahme erfolgte nur tatsächlich (in der Regel durch bloße Kontenumschreibung). Einnahmen und Ausgaben der DBD wurden bis März 1991 in eigenständiger Buchhaltung erfaßt (siehe im einzelnen II. Teil, Bericht zur DBD, A.V.).

C.III.4. Flüssige Mittel am 1.10.1990

Am 30.9./1.10.1990, dem Zeitpunkt des Beitritts der Landesverbände der CDU der DDR zur CDU, verfügte die CDU der DDR über flüssige Mittel (Bankguthaben und Kassenbestände) wie folgt:

Organisationseinheit		Bestand in TDM
- Landesverbände		9.542
- beigetretene Landesverbände DBD		1.723
- Parteihauptvorstand (einschließlich Zentrale Schulungsstätte Burgscheidungen mit 475 TDM)		9.425
- durch Parteihauptvorstand übernommene flüssige Mittel von:		
- DBD-Parteivorstand	4.753	
- Demokratischer Aufbruch	442	
- Christlich-Demokratische Jugend	125	
	5.320	5.320
Summe		**26.010**

In den vom Parteihauptvorstand der CDU der DDR übernommenen flüssigen Mitteln des DBD-Parteivorstandes ist ein bei diesem am 6.9.1990 eingegangener Staatszuschuß in Höhe von 1.434 TDM enthalten.

(Zur Zusammensetzung der flüssigen Mittel vergleiche auch unten C.IV.2.).

C.III.5. Zusammenfassende Aussagen zur Finanzierung

Zur Finanzierung der Gesamtpartei CDU der DDR läßt sich zusammenfassend feststellen:

Die Einnahmen der CDU der DDR setzten sich im wesentlichen (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung) aus Staatszuschüssen, Abführungen der gewerblichen Unternehmung und Mitgliedsbeiträgen zusammen. Spendensammlungen fanden nach den Finanzordnungen der CDU der DDR in nur unbedeutendem Umfang ausschließlich im Kreis der Mitglieder und nur nach vorheriger Genehmigung des Parteivorsitzenden statt.

Die Mitgliedsbeiträge wurden nach den Finanzordnungen von den Ortsgruppen und Stadtbezirksverbänden zum Ersten eines Monats eingenommen und zu 90 % über die Kreisverbände unmittelbar an den Parteihauptvorstand weitergeleitet. Die Bezirkssekretariate hatten die monatlichen Abrechnungen der Kreissekretariate zusammenzustellen und diese bis zum Achten des darauffolgenden Monats dem Sekretariat des Parteihauptvorstandes vorzulegen.

Die Einnahmen aus Abführungen der gewerblichen Unternehmung machten von 1957 bis 1989 durchschnittlich 16 % der Gesamteinnahmen aus. Vom 7.10.1989 bis zum 30.9.1990 betrug ihr Anteil an den Gesamteinnahmen nur noch 6 %, da die gewerbliche Unternehmung ab dem 1.7.1990 keine Zahlungen mehr an den Parteihauptvorstand leistete.

Den wesentlichen Einnahmebereich bildeten die Staatszuschüsse. Ihr durchschnittlicher Anteil an den Gesamteinnahmen betrug 67 % in den Jahren 1957 bis 1989 und 81 % in der Zeit vom 7.10.1989 bis zum 1.10.1990.

Den Staatszuschüssen bis 1989 lagen Pläne der CDU der DDR für den Jahresfinanzbedarf (voraussichtliche Einnahmen und Ausgaben) zugrunde. Die CDU der DDR reichte die Pläne bei der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des Zentralkomitees (ZK) der SED ein. Diese Abteilung stimmte die Pläne mit dem Ministerium der Finanzen ab. Das Ministerium der Finanzen zahlte den Jahresfinanzbedarf an das ZK der SED aus. Das ZK der SED zahlte seinerseits alle zwei Monate an die CDU der DDR. Bis April 1982 holte der Vorsitzende der CDU der DDR das Geld in bar bei dem Leiter der Abteilung Finanzverwaltung und Betriebe des ZK der SED ab. Ab Mai 1982 überwies das ZK der SED das Geld auf ein Konto des Parteihauptvorstandes der CDU der DDR bei der Staatsbank. Die Überweisungsträger ließen den Absender der Überweisung nicht erkennen.

Ab 1990 erfolgte die Finanzierung der CDU der DDR und insbesondere die Gewährung von Zuschüssen aus dem Staatshaushalt auf der Grundlage des Parteiengesetzes der DDR.

C.IV. Flüssige Mittel ab dem 1.10.1990

Der folgende Berichtsteil zu Veränderungen der flüssigen Mittel der CDU der DDR ab dem 1.10.1990 berichtet (nur noch)

- über Berechnung und Verbleib des Altvermögens gemäß § 20b Absatz 2 Parteiengesetz der DDR im Bereich flüssiger Mittel der CDU der DDR (unten C.IV.1.),

- über Bestand und Verbleib der von der CDU-Bundesgeschäftsstelle zum 1.10.1990 in das "Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögen" (TAS) eingestellten und in der Folgezeit verwalteten flüssigen Mittel des Parteihauptvorstandes der CDU der DDR (unten C.IV.2.)

- über die Abfindungszahlungen an ehemalige Mitarbeiter der CDU der DDR und der DBD (unten C.IV.3.).

Die Berichterstattung erfolgt in der dargestellten eingeschränkten Form, da mit dem Beitritt der Landesverbände der CDU der DDR zur CDU am 1.10.1990 eine uneingeschränkte Berichterstattung der Unabhängigen Kommission über die weitere Entwicklung der flüssigen Mittel der CDU der DDR ab dem 1.10.1990 tatsächlich und rechtlich nicht mehr möglich ist.

Tatsächlich kann über die flüssigen Mittel der CDU der DDR ab dem 1.10.1990 nicht mehr uneingeschränkt berichtet werden, da mit dem Beitritt der Landesverbände der CDU der DDR das Vermögen der Landesverbände in dem Vermögen der CDU aufging. Bei der Betrachtung der weiteren Vermögensentwicklung können die flüssigen Mittel der CDU-Landesverbände in den neuen Ländern nicht mehr von den flüssigen Mitteln der CDU getrennt werden. Lediglich über die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle in das "Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögen" (TAS; siehe auch oben A.VI.2.) eingestellten Mittel kann weiterhin berichtet werden, da diese Mittel ab dem 1.10.1990 als eigenständige, abgegrenzte Vermögensmasse verwaltet wurden (siehe im einzelnen unten C.IV.2.).

Im übrigen hat die CDU über die Vermögensentwicklung der Landesverbände in den neuen Ländern ab dem Kalenderjahr 1990 gegenüber dem Deutschen Bundestag Rechenschaft gelegt in ihren Berichten gemäß § 23 Parteiengesetz, auf die verwiesen wird.

Rechtlich ist die uneingeschränkte Prüfung und Berichterstattung durch die Unabhängige Kommission ausgeschlossen, da sich die gesetzliche Zuständigkeit der Unabhängigen Kommission nicht auf die CDU erstreckt. Die CDU unterliegt als Partei der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich nicht dem Anwendungsbereich der §§ 20a und 20b Parteiengesetz der DDR. Der Aufgabenbereich der Unabhängigen Kommission gegenüber der CDU ist lediglich für die (im Ergebnis zu verneinende) Frage eröffnet, ob die CDU im Bereich flüssiger Mittel gemäß § 20b Absatz 2 Parteiengesetz der DDR treuhänderischer Verwaltung unterliegendes Altvermögen übernommen und gegebenenfalls rückzuerstatten hatte (siehe im einzelnen unten C.IV.1.).

C.IV.1. Verbleib des Altvermögens bei flüssigen Mitteln ("Entflechtung")

Für den weiteren Bericht über die flüssigen Mittel der CDU der DDR ab dem 1.10.1990 hatte die Unabhängige Kommission zu klären, ob die CDU mit dem Beitritt der Landesverbände der CDU der DDR Altvermögen von der CDU der DDR und der DBD aus dem Bereich flüssiger Mittel, das der treuhänderischen Verwaltung gemäß § 20b Absatz 2 Parteiengesetz der DDR unterlag, übernommen, unzulässig verausgabt und gegebenenfalls rückzuerstatten hatte.

Zu dem Altvermögen von CDU der DDR und DBD im Bereich flüssiger Mittel (= Geld, das am 7.10.1989 vorhanden war oder seither an dessen Stelle getreten ist) hat die Unabhängige Kommission mit ***Beschluß vom 29.5.1995*** festgestellt:

"Ansprüche gegen die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU der Bundesrepublik Deutschland; im folgenden CDU) auf Rückzahlung von Altvermögen der CDU der DDR und der DBD aus dem Bereich flüssiger Mittel bestehen nicht.

In den flüssigen Mitteln, die die CDU zum 1.10.1990 von der CDU der DDR und der DBD übernommen hat, war auch rechnerisches Altvermögen enthalten. Die CDU hat dieses rechnerische Altvermögen aber in der Folgezeit für die zulässige Tilgung von Altlasten vollständig ausgegeben."

Der Beschluß und die ihm zugrundeliegende Berechnung (von deren Wiedergabe wegen ihres Umfangs abgesehen wird) beruht auf den von der Unabhängigen Kommission aufgestellten Grundsätzen der "Entflechtung des Vermögens der Parteien und politischen Organisationen" (Beschluß vom 25.1.1994, Beschlußnummer 340).

In Anwendung dieser Grundsätze kam die Unabhängige Kommission zu dem Ergebnis, daß die CDU am 1.10.1990 von der CDU der DDR (und der DBD) ein rechnerisches Altvermögen in Form flüssiger Mittel in Höhe von 8.100 TDM übernommen, dies aber in der Folgezeit zur zulässigen Tilgung von anzuerkennenden Altlasten vollständig ausgegeben hat. Als Altlasten hat die Unabhängige Kommission eingeschränkt Abfindungsleistungen in Höhe von 7.575 TDM anerkannt (zu der nur eingeschränkten Anerkennung siehe unten C.IV.3.c.). Ferner hat die Unabhängige Kommission Kosten der CDU für die Feststellung der Rentenansprüche (freiwillige Zusatzrentenversicherung und freiwillige zusätzliche Altersversorgung) ehemaliger Mitarbeiter von CDU der DDR und DBD als das übernommene Altvermögen mindernde Altlasten anerkannt. Bis zum 31.12.1994 hat die CDU hierfür 500 TDM aufgewendet. Die Feststellung der Rentenansprüche ist noch nicht abgeschlossen. Die weiteren ab dem 1.1.1995 hierfür entstehenden Kosten (Personal- und Sachkosten), die die CDU trägt, werden das verbleibende Altvermögen in Höhe von 25 TDM vollständig verbrauchen.

Der Beschluß enthält inzident auch die Feststellung, daß in den insgesamt 26.010 TDM, die die CDU tatsächlich von der CDU der DDR - und der DBD - übernommen hat (siehe oben C.III.4. und unten C.IV.2.), 17.910 TDM Neuvermögen enthalten war (26.010 TDM ./. 8.100 TDM), das nicht der treuhänderischen Verwaltung unterlag. Der hohe Bestand des Neuvermögens setzt sich im wesentlichen aus den Zuführungen aus dem Staatshaushalt ab dem 7.10.1989 zusammen (vergleiche oben C.III.1. und C.III.2.).

C.IV.2. "Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögen" (TAS)

Mit dem Beitritt der Landesverbände der CDU der DDR zur CDU am 1.10.1990 übernahm die CDU die flüssigen Mittel des Parteihauptvorstandes der CDU der DDR, stellte sie in das von ihr so bezeichnete "Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögen" (im folgenden TAS) ein und verwaltete die eingestellten Mittel in der Folgezeit getrennt von ihrem übrigen Vermögen.

Der folgende Abschnitt berichtet über den Anfangsbestand des TAS zum 1.10.1990 (unten a.), die Entwicklung des TAS bis zum vollständigen Abfluß am 31.12.1993 (unten b.) und über die Aufwendungen aus dem TAS für personelle Abwicklungsmaßnahmen in den neuen Ländern (unten c.).

a. Anfangsbestand des TAS am 1.10.1990

Am 1.10.1990 wies das TAS einen Anfangsbestand an flüssigen Mitteln aus in Höhe von insgesamt

14.745 TDM

Hierin waren enthalten:

vom Parteihauptvorstand der CDU der DDR (einschließlich 475 TDM von der Schulungsstätte Burgscheidungen)	9.425 TDM
vom Parteivorstand der DBD sowie deren Bildungsstätten und Ferieneinrichtung	4.753 TDM
vom Demokratischen Aufbruch (im folgenden DA)	442 TDM
von der Christlich-Demokratischen Jugend (im folgenden CDJ)	125 TDM

Abweichend von den folgenden Darstellungen werden die flüssigen Mittel der CDJ noch eigenständig als Bestandteil des TAS aufgeführt. Zum Stichtag 1.10.1990 waren die Mittel noch nicht der Jungen Union zugeordnet worden. Nach vorgenommener Zuordnung erfolgte die Überweisung aus dem TAS an die Junge Union rückwirkend zum 30.9.1990.

b. Entwicklung des TAS bis zum 31.12.1993

Bis zum 31.12.1993 hat die CDU die flüssigen Mittel des TAS vollständig ausgegeben.

Die Ausgaben erfolgten in den neuen Ländern. Sie dienten ganz überwiegend der Finanzierung personeller Abwicklungsmaßnahmen (siehe unten c.) sowie der technischen Ausstattung der Landes- und Kreisgeschäftsstellen.

Die flüssigen Mittel des TAS entwickelten sich vom 1.10.1990 bis zum vollständigen Abfluß am 31.12.1993 wie folgt:

	CDU/DDR in TDM	DBD in TDM	DA in TDM	Burgscheidungen in TDM	Summe in TDM
flüssige Mittel am:					
1.10.1990	9.076	4.753	442	474	**14.745**
Saldo aus Einlagen und Entnahmen	4.089	-2.053	-139	409	2.306
31.12.1990	13.165	2.700	303	883	**17.051**
Saldo aus Einlagen und Entnahmen	-9.888	-1.694	-100	-650	-12.332
31.12.1991	3.277	1.006	203	233	**4.719**
Saldo aus Einlagen und Entnahmen	-1.806	-1.006	-203	-233	-3.248
31.12.1992	1.471	-	-	-	**1.471**
Saldo aus Einlagen und Entnahmen	-1.471				-1.471
31.12.1993	-	-	-	-	-

c. Aufwendungen aus dem TAS für personelle Abwicklungsmaßnahmen

Die CDU hat ab dem vierten Quartal 1990 aus dem TAS Abfindungszahlungen für ehemalige Mitarbeiter der CDU der DDR, der DBD und des DA geleistet. Die Zahlungen erfolgten zum Teil unmittelbar an einzelne Mitarbeiter und zum Teil als Zuschüsse an die Landesverbände in den neuen Ländern.

Unmittelbar zahlte die CDU Abfindungen aus dem TAS an ehemalige Mitarbeiter der Parteivorstände von CDU der DDR und DBD, der Schulungsstätte Burgscheidungen und des DA. Für Abfindungszahlungen an Mitarbeiter von CDU der DDR und DBD auf der Ebene der Landesverbände mit Untergliederungen zahlte die CDU Zuschüsse aus dem TAS an die Landesverbände, die fehlende Unterschiedsbeiträge zum Gesamtbetrag aus eigenen Mitteln aufbrachten.

Die vollständigen Abfindungszahlungen im einzelnen und deren nur eingeschränkte Anerkennung durch die Unabhängige Kommission werden unten unter C.IV.3. dargestellt. Aus dem TAS heraus erbrachte die CDU Abfindungsleistungen wie folgt:

	CDU/DDR in TDM	DBD in TDM	DA in TDM	Burgscheidungen in TDM	Summe in TDM
1990 unmittelbar	40	248	45	46	379
1990 an Landesverbände	-	1.465	-	-	1.465
1990	40	1.713	45	46	1.844
1991 unmittelbar	1.831	175	64	390	2.460
1991 an Landesverbände	5.393	-	-	-	5.393
1991	7.224	175	64	390	7.853
1990 und 1991	**7.264**	**1.888**	**109**	**436**	**9.697**

C.IV.3 Abfindungszahlungen

a. Beendigung der Arbeitsverhältnisse

Beginnend mit dem vierten Quartal 1990 hat die CDU Arbeitsverhältnisse mit Mitarbeitern des DA, der DBD und der CDU der DDR beendet. Mitarbeiter der DBD schieden überwiegend im vierten Quartal 1990 aus, Mitarbeiter der CDU der DDR im Verlauf des Jahres 1991.

Zur Beendigung der Arbeitsverhältnisse zahlte die CDU Abfindungen. Die Abfindungszahlungen beruhten auf Sozialplänen, deren Rahmenbedingungen die CDU-Bundesgeschäftsstelle vorgab. Die Sozialpläne berücksichtigten im wesentlichen Dauer des Arbeitsverhältnisses, Alter, Familienstand, Anzahl der Kinder und die Verhältnisse nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (neue Beschäftigung, Vorruhestand, Arbeitslosigkeit, Rente).

Auf der Grundlage der Sozialpläne zahlte die CDU-Bundesgeschäftsstelle Abfindungen unmittelbar an Mitarbeiter der Parteivorstände von DBD und CDU der DDR sowie an Mitarbeiter der Schulungsstätte Burgscheidungen und des DA. Mitarbeiter der Landesverbände und deren Untergliederungen erhielten die Abfindungszahlungen unmittelbar von den Landesverbänden der CDU in den neuen Ländern. Die Landesverbände erhielten für ihre Zahlungen von der CDU-Bundesgeschäftsstelle Zuschüsse aus dem TAS (zu Abfindungsleistungen aus dem TAS siehe im einzelnen oben C.IV.2.c.).

b. Abfindungszahlungen im einzelnen

Die CDU zahlte für insgesamt 1.542 Mitarbeiter von DBD, CDU der DDR, des DA und der Zentralen Schulungsstätte Burgscheidungen 11.461 TDM Abfindungen. Zusätzlich zahlte die CDU 1.082 TDM für weitere 198 nach dem Oktober 1989 als Ersatz für ausgeschiedene Mitarbeiter benötigte und neu eingestellte Kräfte.

Abgefunden wurden im einzelnen 779 frühere und 198 nach dem Oktober 1989 neu eingestellte Mitarbeiter der CDU der DDR, 48 Mitarbeiter von Burgscheidungen, 688 Mitarbeiter der DBD und 27 Mitarbeiter des DA.

c. Anerkennung als Altlasten

Die Unabhängige Kommission hat bei der Berechnung des von der CDU übernommenen Altvermögens im Bereich flüssiger Mittel von DBD und CDU der DDR (Entflechtung; siehe im einzelnen oben C.IV.1.) die Abfindungsleistungen nur in eingeschränkter Höhe von 7.575 TDM als das übernommene Altvermögen mindernde Altlasten anerkannt.

Nach den Grundsätzen der Unabhängigen Kommission zur "Entflechtung des Vermögens der Parteien und politischen Organisationen" sind Sozialplanleistungen als Altlasten dem Altvermögen zuzuordnen, soweit sie an Mitarbeiter gezahlt wurden, deren Arbeitsverhältnis vor dem 7.10.1989 begründet wurde und ihre Höhe nicht den Rahmen übersteigt, der sich aus der Gemeinsamen Erklärung von Treuhandanstalt, DGB und DAG über die Begleitung des unvermeidlichen Personalabbaus und die Finanzierung von Sozialplänen vom 13.4.1991 und den Ergänzungen dieser Erklärung ergibt.

Als Altlasten erkannte die Unabhängige Kommission dem Grunde nach an nur die Abfindungszahlungen für vor dem 7.10.1989 bereits beschäftigte 779 Mitarbeiter der CDU der DDR, 48 Mitarbeiter von Burgscheidungen und 688 Mitarbeiter der DBD, zusammen 1.515 Mitarbeiter. Abfindungen für nach dem 7.10.1989 neu eingestellte 198 Mitarbeiter der CDU der DDR sowie für Mitarbeiter des erst am 17.12.1989 gegründeten DA konnten keine Anerkennung finden, da diese Arbeitsverhältnisse nicht vor dem 7.10.1989 begründet wurden.

Der Höhe nach erkannte die Unabhängige Kommission auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung von Treuhandanstalt, DGB und DAG für 1.515 Mitarbeiter einen Betrag von 5 TDM je Person an. Daraus ergibt sich der bereits oben aufgeführte Gesamtbetrag von 7.575 TDM.

D. Anlagevermögen

Abschnitt D. berichtet in Form gegenständlicher Darstellung über das Anlagevermögen der CDU der DDR. Unterschieden wird zwischen Grundstücken, Kraftfahrzeugen/Mobiliar/Inventar, Kunstgegenständen und Archivunterlagen.

D.I. Grundstücke der CDU der DDR

Die Darstellung der Grundstücke der CDU der DDR unterscheidet zwischen Grundstücken im Eigentum, Grundstücken im Volkseigentum, die in Rechtsträgerschaft der CDU der DDR standen, und Grundstücken, an denen ein Nutzungsrecht der CDU der DDR bestand. Die Darstellung geht vom Grundstücksbestand zum 7.10.1989 aus und umfaßt den Erwerb der Rechte am Grundstück, die Art der Nutzung und gegebenenfalls den Verbleib/die Verwertung der Rechte am Grundstück. Erfaßt sind nur solche Grundstücke, die am 7.10.1989 noch der CDU der DDR zuzuordnen waren. Angaben zu Grundstücken, die die CDU der DDR ab 1945 erworben, aber vor 1989 wieder veräußert/abgegeben hat, erfolgen nicht.

Die zum 1.9.1990 übernommenen Grundstücke der DBD werden in dem II. Teil, Bericht zur DBD, D.I., aufgeführt.

D.I.1. Ermittlungen und Entscheidungen insgesamt

Die Unabhängige Kommission hat bei der Ermittlung des Vermögens der CDU der DDR insgesamt 25 Grundstücke erfaßt und überprüft. Im einzelnen hat die Unabhängige Kommission zu Grundstücken der CDU der DDR folgende ***Entscheidungen*** getroffen (Stand: 8. März 1996; Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- ***Einvernehmen zur Veräußerung 2***
- ***Abgabe an Bundesvermögensverwaltung 12***
- ***Einvernehmen zur Restitution 1***
- ***Einvernehmen zur ablehnenden Restitutionsentscheidung.................................. 1***
- ***Einvernehmen zur ablehnenden Restitutionsentscheidung im Widerspruchsverfahren................ 1***
- ***Feststellung, daß kein Sondervermögen 6***

Die ermittelten Grundstücke teilen sich nach dem Recht am Grundstück wie folgt auf:

D.I.2. Eigentumsgrundstücke der CDU der DDR

Am 7.10.1989 verfügte die CDU der DDR über vier Eigentumsgrundstücke.

- **Friedrich-Engels-Straße 88, Berlin (Niederschönhausen), 1.792 qm**

  Die Union Verwaltungsgesellschaft mbH erwarb das Grundstück 1956 durch notariellen Kaufvertrag von privatem Dritten. 1968 wurde das Eigentum im Grundbuch auf den Parteihauptvorstand umgeschrieben.
  Das aufstehende Gebäude wurde aus- und umgebaut und diente unter der Bezeichnung Pension "Rosenthal" als Gästehaus für den Parteihauptvorstand der CDU der DDR.
  Anfang 1990 stellte das Präsidium der CDU der DDR fest, die Einrichtung wirtschaftlich nicht tragen zu können und "übertrug" sie durch formlose Erklärung zur alleinverantwortlichen Verwaltung und Nutzung auf die VOB Union.
  Im Zuge der Veräußerung der gewerblichen Unternehmung der CDU der DDR an die Frankfurter Allgemeine Zeitung (siehe im einzelnen unten E.III.) übertrug die

Treuhandanstalt 1993 Grundstück und Pension auf die Union Verwaltungsgesellschaft mbH.

- **Schmiedhof 16, Schmalkalden, 175 qm**

  Der Parteihauptvorstand der CDU der DDR erwarb das Grundstück durch notariellen Kaufvertrag vom 18.2.1974 für 9 TM von privatem Dritten.
  Die Liegenschaft wurde als Kreisgeschäftsstelle genutzt.
  Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben veräußerte die Liegenschaft nach Ausschreibung zum Verkehrswert von 50 TDM an privaten Dritten. Die Unabhängige Kommission erteilte ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung am 7.4.1995***.

- **August-Bebel-Straße 16, Suhl, 435 qm**

  Der Parteihauptvorstand der CDU der DDR erwarb das Grundstück durch notariellen Kaufvertrag vom 13.5.1976 für 29 TM von privatem Dritten.
  Die Liegenschaft wurde als Kreisgeschäftsstelle genutzt.
  Die Treuhandanstalt veräußerte mit notariellem Vertrag vom 1.12.1994 die Liegenschaft nach Ausschreibung zum Verkehrswert von 546 TDM im Wege des Investitionsvorrangverfahrens an den Fremdenverkehrsverband Thüringer Wald e.V.. Die Unabhängige Kommission erteilte ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung am 16.12.1994***.
  Bestandskräftige Entscheidungen über Restitutionsanträge von Voreigentümern liegen noch nicht vor.

- **Geraer Straße 23, Stadtroda, 350 qm**

  Der Parteihauptvorstand der CDU der DDR erwarb das Grundstück durch notariellen Kaufvertrag vom 2.11.1976 für 11 TM von privatem Dritten.
  Die Liegenschaft wurde als Kreisgeschäftsstelle genutzt.

D.I.3. Volkseigene Grundstücke in Rechtsträgerschaft der CDU der DDR

Am 7.10.1989 hatte die CDU der DDR an 15 volkseigenen Grundstücken die Rechtsträgerschaft inne. Die Unabhängige Kommission hat bei allen Grundstücken gegenüber der Treuhandanstalt Einvernehmen zur Abgabe in das Bundesfinanzvermögen

erteilt. Mit der Abgabe endete die Zuständigkeit der Unabhängigen Kommission, so daß ihr die weitere Entwicklung dieser Grundstücke in der Regel nicht bekannt ist.

Die Rechtsträgergrundstücke im einzelnen:

- **Jägerstraße 59/60, Berlin-Mitte (am Gendarmenmarkt), 727 qm**

  Der Sowjetische Stadtkommandant stellte der CDU (der späteren DDR) am 13.7.1945 das stark beschädigte Gebäude als Verwaltungsgebäude zur Verfügung. Die Liegenschaft wurde als Parteizentrale ("Otto-Nuschke-Haus", ab 1990 "Jakob-Kaiser-Haus") genutzt und in die späteren, unten dargestellten räumlichen Erweiterungen einbezogen.
  Die formelle Rechtsträgerschaft erwarb die CDU der DDR am 1.1.1953.

- **Jägerstraße 58, Berlin-Mitte (am Gendarmenmarkt), 182 qm**

  Die Sowjetische Bezirkskommandantur Berlin-Mitte übergab der CDU (der späteren DDR) am 30.7.1946 das stark beschädigte Gebäude als zusätzliches Verwaltungsgebäude. Die Liegenschaft wurde als erweiterte Parteizentrale genutzt.
  Die formelle Rechtsträgerschaft erwarb die CDU der DDR am 1.1.1953.

- **Charlottenstraße 53, Berlin-Mitte (am Gendarmenmarkt), 435 qm**

  Die CDU der DDR vereinbarte 1954 mit der privaten Grundstückseigentümerin, auf dem Trümmergrundstück Garagen zu errichten und diese auf 10 Jahre zu nutzen. Die CDU der DDR nutzte das Grundstück unverändert bis 1984. Ab 1984 wurde ein Neubau errichtet und als erweiterte Parteizentrale genutzt.
  Ab dem 1.1.1989 war der Hauptvorstand der CDU der DDR formeller Rechtsträger des Grundstücks.

- **Charlottenstraße 54/Ecke Jägerstraße 57, Berlin-Mitte (am Gendarmenmarkt),226 qm**

  Die CDU der DDR vereinbarte 1954 mit dem privaten Grundstückseigentümer, auf dem Trümmergrundstück Garagen, Lager- und Unterstellplätze zu errichten. 1984 wurde das Grundstück in Neubau und Erweiterung der Parteizentrale einbezogen.
  Ab dem 1.1.1989 war der Hauptvorstand formeller Rechtsträger des Grundstücks.

- **Heinrich-Mann-Straße 22, Erfurt, 1.386 qm**

Die Liegenschaft wurde als Geschäftsstelle des Bezirksvorstandes Erfurt genutzt. Rechtsträger waren ab dem 18.5.1953 die Union Verwaltungsgesellschaft mbH, ab dem 16.2.1959 die Union Grundstücksverwaltung (VOB), Weimar, und ab dem 10.12.1960 die CDU der DDR, Parteileitung.

- **Käthe-Kollwitz-Straße 56, Leipzig, 1.860 qm**

Der Bezirksvorstand Leipzig der CDU der DDR nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
Rechtsträger des Grundstücks waren ab dem 15.4.1955 die Union Grundstücksverwaltung (VOB), Weimar, und ab dem 10.12.1960 die CDU der DDR, Parteileitung.

- **Schloß Burgscheidungen, Kreis Nebra/Unstrut, 112.567 qm**

Die CDU der DDR nutzte das Schloß Burgscheidungen ab 1956 als Zentrale Schulungsstätte "Otto-Nuschke". Schulungsstätten in Friedersdorf, Weimar und Halle sowie in Mecklenburg und Brandenburg gab die CDU der DDR zugunsten der Zentralen Schulungsstätte auf.
Rechtsträger des Grundstücks waren ab 1956 die VOB Union Verwaltungsgesellschaft mbH und ab dem 1.1.1961 die CDU der DDR, Parteileitung.

- **Kapellenberg 1, Chemnitz, 1.496 qm**

Der Bezirksvorstand Karl-Marx-Stadt der CDU der DDR nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
Rechtsträger des Grundstücks waren ab dem 1.1.1956 die Union Grundstücksverwaltung (VOB), Weimar, und ab dem 1.1.1961 die CDU der DDR, Parteileitung.

- **Kurallee 7, Halle, 947 qm (zuzüglich 562 qm Hoffläche)**

  Der Bezirksvorstand Halle der CDU der DDR nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger des Grundstücks waren ab dem 25.2.1959 die Union Grundstücksverwaltung (VOB), Weimar, ab dem 1.1.1961 die CDU der DDR, Parteileitung, und ab dem 1.4.1979 ebenfalls die CDU der DDR, Hauptvorstand, für 562 qm Hoffläche infolge Neuvermessung und ständiger Nutzung.

- **Schwedenstraße 11, Neubrandenburg, 1.097 qm**

  Der Bezirksvorstand Neubrandenburg der CDU der DDR nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger des Grundstücks war ab dem 1.8.1972 die CDU der DDR, Berlin.

- **Dr. Otto-Nuschke-Straße 27a, Frankfurt/Oder, 726 qm**

  Der Bezirksvorstand Frankfurt/Oder der CDU der DDR nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger des Grundstücks war ab dem 1.7.1973 der Bezirksvorstand Frankfurt/Oder der CDU der DDR.

- **Lübecker Straße 8b, Magdeburg, 1.212 qm**

  Der Bezirksvorstand Magdeburg der CDU der DDR nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger des Grundstücks war ab dem 1.8.1973 die CDU der DDR, Berlin.

- **"Alte Wache", Otto-Nuschke-Straße 45, Potsdam, 568 qm**

  Der Bezirksvorstand Potsdam der CDU der DDR nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle. 1985 begannen umfangreiche Baumaßnahmen zur Wiederherstellung des ursprünglichen historischen Gebäudezustandes.
  Rechtsträger des Grundstücks war ab dem 1.10.1976 die CDU der DDR, Bezirksverband Potsdam.

- **"Schloß Vietgest", Kreis Güstrow, 30.985 qm**

  "Schloß Vietgest" bestand aus einem ehemaligen Schloß mit Schloßzufahrt sowie einem "Haus am See" mit am See gelegener Wiese. Die CDU der DDR nutzte die gesamte Liegenschaft als Ferieneinrichtung. Die Verwaltung oblag der VOB Union. 1985 begannen umfangreiche Baumaßnahmen zur Wiederherstellung des ursprünglichen historischen Gebäudezustandes.
  Rechtsträger des Schlosses war ab dem 1.7.1979 die CDU der DDR, Sekretariat des Hauptvorstandes. Ab dem 1.9.1987 wurde die Rechtsträgerschaft erweitert auf Schloßzufahrt, "Haus am See" und Wiese.
  Anfang 1990 stellte das Präsidium der CDU der DDR fest, die Einrichtung wirtschaftlich nicht tragen zu können. Durch "formlose" Erklärung übertrug das Präsidium der CDU der DDR im Frühjahr 1990 die Einrichtung zur alleinverantwortlichen Verwaltung und Nutzung auf die VOB Union. Diese betrieb die Einrichtung in der Folgezeit als Hotel. 1994 veräußerte die Treuhandanstalt das Hotel (Geschäftsbetrieb und Grundstücke ohne das "Haus am See") an private Dritte (siehe im einzelnen unten E.IV.5.).

- **Wiesestraße 2 (früher Leninstraße), Gera, 1.687 qm**

  Der Bezirksvorstand Gera der CDU der DDR nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger des Grundstücks war ab dem 1.6.1983 die CDU der DDR, Bezirksvorstand Gera.

D.I.4. Nutzungsrechte der CDU der DDR an Grundstücken

Am 7.10.1989 hatte die CDU der DDR Nutzungsrechte an einem Grundstück wie folgt inne:

- **Feldstraße 20, Perleberg**

  Der Kreisverband Perleberg der CDU der DDR ließ 1981/1982 ein Fertighaus errichten und nutzte es als Kreisgeschäftsstelle.
  Grundstückseigentümer seit 1969 war der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter - Sparte Kleingärtner Perleberg.

D.II. Kraftfahrzeuge/Mobiliar/Inventar

Der folgende Abschnitt berichtet über den Bestand der CDU der DDR an Kraftfahrzeugen, Mobiliar und Inventar am 7.10.1989/1.1.1990. Die Entwicklung dieses Bestandes in der Vorzeit wird nicht dargestellt.

Im Anschluß wird über die Verwertung der genannten Gegenstände berichtet.

D.II.1. Bestand am 7.10.1989/1.1.1990

Gesicherte Angaben zu dem ***Kraftfahrzeugbestand*** der CDU der DDR liegen für den 1.1.1990 vor.

Gesamtzahl zum 1.1.1990: *323*

Davon:

Parteihauptvorstand: *53*
(2 Citroen, 29 Lada, 10 Wartburg, 5 Trabant,
2 Barkas, 2 VW-Busse, 1 Ford, 2 Lastenanhänger)

Bezirke: *61*
(9 Lada, 20 Wartburg, 6 Wolga, 10 Trabant,
1 Ford, 2 Dacia, 5 Wohnwagen/Campinganhänger,
8 Anhänger)

Kreise: *209*
(201 Trabant, 1 Dacia, 1 LKW,
1 Lada, 2 Kleinbusse, 3 Mopeds)

Die Kraftfahrzeuge hatten ganz überwiegend keinen materiellen Wert. Die betriebsübliche Nutzungsdauer war regelmäßig überschritten.

Die CDU der DDR verfügte am 7.10.1989 ferner über einen umfangreichen Bestand an ***Mobiliar und Inventar.*** Zum Bestand im einzelnen liegen der Unabhängigen Kommission Auflistungen vor. Von der Wiedergabe wird abgesehen.

Mobiliar und Inventar hatten ganz überwiegend keinen materiellen Wert. Die betriebsübliche Nutzungsdauer war auch hier regelmäßig überschritten.

D.II.2. Verwertung von Kraftfahrzeugen/Mobiliar/Inventar

Der Bericht über die Verwertung von Kraftfahrzeugen, Mobiliar und Inventar umfaßt die Bestände von CDU der DDR und DBD. Eine getrennte Darstellung ist nicht möglich. CDU und Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (im folgenden BVS) haben bei der Verwertung der genannten Gegenstände nicht nach deren ursprünglicher rechtlicher Zuordnung unterschieden.

Kraftfahrzeuge der Partei(haupt-)vorstände von CDU der DDR und DBD mit größerem Wert hat die CDU ab dem 1.10.1990 gegen Wertgutachten und unter Abführung der Erlöse an die BVS veräußert. Kraftfahrzeuge der Landesverbände und Untergliederungen wurden in der Regel unentgeltlich abgegeben, stillgelegt oder verschrottet. In Einzelfällen erzielte Verwertungserlöse wurden ebenfalls an die BVS abgeführt.

Mobiliar und Inventar von CDU der DDR und DBD wurde ab 1990 regelmäßig als wertlos ausgebucht. In Einzelfällen erzielte Verwertungserlöse wurden an die BVS abgeführt oder unmittelbar von dieser eingenommen.

Aus der Verwertung beweglichen Anlagevermögens von CDU der DDR und DBD in Form von Kraftfahrzeugen, Mobiliar und Inventar hat die BVS insgesamt folgende Einnahmen erzielt:

Anlagevermögen von	Verwertungserlöse
- Partei(haupt-)vorstand	104 TDM
- Schulungsstätten	11 TDM
- Landesverband Brandenburg	11 TDM
- Landesverband Berlin	-- TDM
- Landesverband Mecklenburg-Vorpommern	13 TDM
- Landesverband Sachsen-Anhalt	14 TDM
- Landesverband Sachsen	44 TDM
- Landesverband Thüringen	9 TDM
Summe	**206 TDM**

D.III. Kunstgegenstände

Der folgende Abschnitt berichtet über den Bestand der CDU der DDR an Kunstgegenständen am 7.10.1989. Die Entwicklung dieses Bestandes in der Vorzeit wird nicht dargestellt.

Anschließend wird über den Verbleib der Kunstgegenstände nach dem 7.10.1989 berichtet.

D.III.1. Bestand am 7.10.1989

Der CDU der DDR gehörten zum 7.10.1989 zahlreiche Kunstgegenstände, die im wesentlichen keine besonderen materiellen Vermögenswerte verkörperten.

Zu den Kunstgegenständen zählten

39 Gemälde,
14 Skulpturen,
76 Graphiken,
diverse Münzen und Medaillen (darunter 4 Exemplare des Otto-Nuschke-Ehrenzeichens in Gold),
weitere Gegenstände wie Teller, Vasen und Wandteppiche.

Die Kunstgegenstände wurden überwiegend in der Zentralen Schulungsstätte in Burgscheidungen oder in der Parteizentrale in Berlin aufbewahrt oder ausgestellt

Ferner befanden sich zum 7.10.1989 im Besitz der CDU der DDR

13 Graphiken des Künstlers Bernardo Bellotto, genannt Canaletto II (1720-1780).

Die Graphiken zeigen Ansichten der Stadt Dresden. Sotheby's Auktion London schätzte den Gesamtwert der 13 Graphiken im Jahr 1993 auf 141 bis 180 TDM.
Die Eigentumsverhältnisse an den 13 Graphiken konnte die Unabhängige Kommission trotz vielfältiger Bemühungen nicht aufklären. Ursprünglich gehörten die Graphiken wohl zum Inventar des Schlosses Friedersdorf, Kreis Löbau. Das Eigentum an dem Schloß ging im Zuge der Bodenreform 1946 auf die Gemeinde Friedersdorf und 1948 auf die CDU der DDR über. Die CDU der DDR betrieb in dem Schloß eine Schulungsstätte, die sie 1957 zugunsten der Zentralen Schulungsstätte in Burgscheidungen aufgab. Ab 1956 sind 11 der 13 Graphiken im Bestand der Parteizentrale in Berlin und die restlichen zwei Graphiken im Bestand von Burgscheidungen nachweisbar. Ob die Graphiken der CDU der DDR übereignet oder lediglich von dieser als "Leihgabe" genutzt wurden, ist nicht aufklärbar.

D.III.2. Verbleib der Kunstgegenstände der CDU der DDR

Die 13 Graphiken des Künstlers Bernardo Bellotto, genannt Canaletto II, stellte die Treuhandanstalt der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin, mit Vertrag vom 26.10.1993 als Dauerleihgabe bis auf Widerruf zur Verfügung.

Die übrigen Kunstgegenstände der CDU der DDR wurden zur gemeinnützigen Verwendung auf die neuen Bundesländer und das Land Berlin übertragen.

D.IV. Archivunterlagen

Die CDU der DDR verfügte am 7.10.1989 über umfangreiche Archivunterlagen. Archivunterlagen von historischer Bedeutung befanden sich überwiegend in der Parteizentrale, Finanz- und sonstige allgemeine Geschäftsunterlagen auch bei den Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen.

Ab Ende 1990 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Archivunterlagen der CDU der DDR in den neuen Ländern erfaßt, eingesammelt und in das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin gebracht. Dort wurden sämtliche Unterlagen in den folgenden Jahren für die Nutzung als Archivbestand erschlossen und aufbereitet.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung handelte auf der Grundlage eines Vertrages vom 26.9.1990 mit der CDU der DDR. Mit dem Vertrag hatte die CDU der DDR der Konrad-Adenauer-Stiftung Archivmaterial und Bücher der CDU der DDR (sowie der DBD) unentgeltlich zu Eigentum übertragen. Weder Treuhandanstalt noch Unabhängige Kommission hatten Kenntnis von diesem Vertrag. Eine (nachträgliche) Genehmigung des Vertrages erfolgte nicht.

In der Folgezeit begannen langwierige Verhandlungen zwischen Konrad-Adenauer-Stiftung, Unabhängiger Kommission, Treuhandanstalt und Bundesarchiv. Die Konrad-Adenauer-Stiftung berief sich stets auf den Vertrag mit der CDU der DDR und widersprach einer anderweitigen Übertragung des Archivgutes. Unabhängige Kommission und Treuhandanstalt betrachteten den Vertrag mangels Genehmigung als unwirksam. Das Bundesarchiv befürwortete aus fachlichen/historischen Gründen den Verbleib des Archivgutes der CDU der

DDR bei der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Übertragung der Rechte am Archivgut auf das Bundesarchiv.

In Ausführung der erreichten Verhandlungsergebnisse hat die Treuhandanstalt mit Vertrag vom 4.7./18.10.1994 dem Bundesarchiv das Archivgut der CDU der DDR für die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv übertragen. Die Unabhängige Kommission hat mit ***Beschluß vom 12.9.1994*** ihr ***Einvernehmen*** zu dem Vertrag erteilt. Mit Vertrag vom 8./22.3.1994 hat das Bundesarchiv seinerseits das Archivgut der CDU der DDR im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn hinterlegt.

E. Gewerbliche Unternehmung

Die CDU der DDR betrieb Zeitungsverlage, die unter anderem das Zentralorgan der Partei, die Zeitung "Neue Zeit", herausgaben, Buch und Kunstverlage, Druckereien sowie weitere Wirtschaftsbetriebe. Alle Wirtschaftseinrichtungen waren in der Vereinigung organisationseigener Betriebe Union, der VOB Union, zusammengefaßt.

Der folgende Abschnitt berichtet über die Entwicklung der VOB Union in der Zeit von 1945 bis 1989 (unten E.I.), das Vermögen der VOB Union am 7.10.1989 (unten E.II.), die Entwicklung der VOB Union vom 7.10.1989 bis zur Veräußerung an die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 7.2.1991 (unten E.III.) sowie über die Veräußerung selbst und die sich hieran anschließende weitere Entwicklung (unten E.IV.).

E.I. Entwicklung der gewerblichen Unternehmung 1945 bis 1989

Der folgende Abschnitt stellt dar, wie sich die VOB Union ab 1945 rechtlich entwickelte. Ferner wird im Überblick über die Entwicklung des Unternehmensbestandes der VOB Union von 1945 bis 1989 berichtet.

E.I.1. Entstehung und rechtliche Entwicklung der VOB Union

Am 23.10.1948 gründeten Otto Nuschke, Dr. Hugo Hickmann, Georg Dertinger und Dr.Dr. Helmut Brandt mit notariellem Gesellschaftsvertrag die Firma "Fortschritt-Verlag" Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gegenstand des Unternehmens war der Verlag von Zeitungen und Druckschriften sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte. Die Firma hatte ihren ursprünglichen Sitz in dem Gebäude der Parteizentrale der CDU der DDR in Berlin-Mitte.

Das Stammkapital betrug 20.000,- DM. Hiervon übernahmen

Otto Nuschke .... 6.000,- DM
Hugo Hickmann .... 4.000,- DM
Georg Dertinger .... 4.000,- DM
Helmut Brandt .... 6.000,- DM.

Am 15.11.1950 änderten die Gesellschafter mit notariellem Vertrag die Firma "Fortschritt-Verlag" GmbH in Fortschritt Vermögensverwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ab. Gegenstand des Unternehmens war nach § 1 des Vertrages nunmehr

> *"die Verwaltung des gesamten Vermögens der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands einschließlich der Rechtsträgerschaften sowie die Unterhaltung und die Führung von gewerblichen Betrieben jeder Art wie zum Beispiel Druckereien, Verlage usw. für Rechnung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands."*

Anmerkung: Nach dem abgeänderten Gesellschaftsvertrag (§ 6) war unter Christlich-Demokratischer Union Deutschlands zu verstehen *"die unter dem Namen Christlich-Demokratische Union Deutschlands im Juni 1945 auf Grund des Shukow-Befehls Nr.2 genehmigte und auf Grund dieser Genehmigung in der Deutschen Demokratischen Republik und im Demokratischen Sektor von Berlin anerkannte politische Partei."*

Das Stammkapital der geänderten Firma betrug weiterhin 20.000,- DM. Es übernahmen

Otto Nuschke (Vorsitzender der CDU der DDR
und stellv. Ministerpräsident der DDR) .... 10.000,- DM,
Georg Dertinger (Außenminister der DDR)......................4.000,- DM,
August Bach (Verlagsleiter) ....3.000,- DM
Hans-Paul Ganter-Gilmans (Staatssekretär), ...3.000,- DM.

Durch notariellen Vertrag vom 20.2.1951 wandelten die Gesellschafter die Firma der Gesellschaft ab in Union Verwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gegenstand des Unternehmens blieb unverändert. Der Firmensitz befand sich nunmehr in der Zimmerstraße 79-80, Berlin-Mitte. In Ergänzung der vorhergehenden Gesellschaftsverträge bestimmte der neue Gesellschaftsvertrag in § 6, daß der gesamte Reingewinn der Gesellschaft nach der Jahresbilanz an die CDU der DDR abzuführen war.

Mit Wirkung vom 1.1.1952 erkannte das Ministerium für Leichtindustrie die Union Verwaltungsgesellschaft mbH als Vereinigung organisationseigener Betriebe (VOB) an. Die Firma lautete daraufhin im Geschäftsverkehr VOB Union Verwaltungsgesellschaft mbH Berlin.

1954/55 trat eine umfassende Veränderung der Rechtsverhältnisse der Gesellschaft ein. Der Mitinhaber der Gesellschaftsanteile Außenminister Georg Dertinger war im Juni 1954 wegen "Verschwörung" und "Spionage" zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und aus der CDU der DDR ausgeschlossen worden. Ein weiterer Mitinhaber, der Staatssekretär Hans-Paul Ganter-Gilmans, war verstorben. Das Präsidium des Hauptvorstandes der CDU der DDR stellte am 22.2.1955 fest, daß die Gesellschaftsanteile den Gesellschaftern nicht als eigenes Vermögen zustanden, sondern treuhänderisch für die CDU der DDR verwaltet wurden. Ferner beschloß das Präsidium, den Gesundheitsminister der DDR, Luitpold Steidle, an Stelle von Ganter-Gilmans und Dertinger zum Gesellschafter zu wählen und deren Anteile auf ihn zu übertragen. Die nunmehrigen Gesellschafter Nuschke, Bach und Steidle übertrugen mit notariellem Vertrag vom 22.2.1955 ihre Stammeinlagen in Höhe von insgesamt 20.000,- DM auf die CDU der DDR. Die CDU der DDR als alleinige Gesellschafterin, vertreten durch ihren Vorsitzenden, beschloß in demselben Vertrag, den Autsichtsrat der Gesellschaft aufzulösen. Zudem beschloß die CDU der DDR, daß die Gesellschaft mindestens zweimal im Jahr über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe der Partei vor dem Präsidium des Hauptvorstandes zu berichten habe.

Am 13.11.1956 erließ das Präsidium des Hauptvorstandes der CDU der DDR ein Statut, das Aufgaben und Struktur der VOB Union Verwaltungsgesellschaft mbH bestimmte. Nach § 1 des Statuts war

> *"die Gesellschaft das zentrale Organ der CDU der DDR zur Leitung ihrer Wirtschaftsbetriebe und zur Verwaltung ihres Vermögens, soweit es der Gesellschaft zur Verwaltung übergeben war."*

Die Leitung der Gesellschaft wurde einem von der Partei zu berufenden Hauptdirektor übertragen, der dem Präsidium des Hauptvorstandes der CDU der DDR für die gesamte Geschäftstätigkeit der Gesellschaft verantwortlich und rechenschaftspflichtig war. Das Statut bestimmte den Hauptdirektor zum Mitglied des erweiterten Sekretariates des Hauptvorstandes und legte seine Teilnahme an den Sitzungen des Präsidiums des Hauptvorstandes mit beratender Stimme fest.

1964 erlosch die Gesellschaft. Die CDU der DDR löste die VOB Union Verwaltungsgesellschaft mbH durch Erklärung zum 1.1.1964 ohne Liquidation auf und überführte sie mit allen Aktiven und Passiven in die Eigentumsform einer "Vereinigung organisationseigener Betriebe" (VOB). Die Eintragung der VOB Union Verwaltungsgesellschaft mbH im Berliner Handelsregister B 4965 wurde am 24.2.1964 gelöscht. Am 30.4.1964 wurde die VOB Union im Register der volkseigenen Wirtschaft, Handelsregister Abteilung C, Blatt 766, mit

der Parteileitung der CDU der DDR als übergeordnetem Verwaltungsorgan, eingetragen. Diese Rechtsform blieb bis 1989 unverändert bestehen.

E.I.2. Entwicklung des Unternehmensbestandes der VOB Union von 1945 bis 1989 im Überblick

Der folgende Abschnitt berichtet im Überblick über die Entwicklung des Unternehmensbestandes der VOB Union in der Zeit von 1945 bis 1989. Die Berichterstattung erfolgt (nur) im Überblick, da die Unabhängige Kommission von Ermittlungen zu Anfängen und Entwicklung des Unternehmensbestandes der VOB Union ab 1945 abgesehen hat. Die Unabhängige Kommission hatte wegen der Verzichtserklärungen der CDU vom November 1990 (siehe im einzelnen oben A. VII.) keine Entscheidungen zum materiell-rechtsstaatlichen Erwerb einzelner Betriebsbestandteile oder einzelner Grundstücke zu treffen.

Der Unternehmensbestand der VOB Union setzte sich zusammen aus Zuweisungen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), aus eigenständigen Unternehmensgründungen ab 1945, aus käuflich erworbenen und aus verstaatlichten Unternehmen sowie aus Unternehmen, die die VOB Union auf der Grundlage von Pacht- oder sonstigen Nutzungsvereinbarungen betrieb.

Ursprünglich, von 1945 bis 1950, unterstanden die einzelnen Wirtschaftsbetriebe der Parteileitung oder den jeweiligen Landesverbänden der Partei. Mit Wirkung zum 1. Januar 1951 wurde das gesamte Vermögen sämtlicher Wirtschaftsbetriebe auf die Vorläufer der VOB Union, die Fortschritt Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH/Union Verwaltungs-Gesellschaft mbH, übertragen. Diese sollte nach der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 15.11.1950 die Verwaltung des gesamten Vermögens der CDU der DDR zum Unternehmensgegenstand haben.

Auf dieser Grundlage entwickelte sich der Unternehmensbestand der VOB Union ab 1945 im Überblick wie folgt:

a. Zeitungs-/Buchverlage

- *Verlag "Neue Zeit",*
  hervorgegangen aus der Union Verlag GmbH (diese gegründet am 12.7.1945 durch Dr. Hermes, Otto Nuschke, Ernst Lemmer u.a.); Verlag für Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und sonstige Druckerzeugnisse;
  1. Ausgabe "Neue Zeit" am 22.7.1945.

- *Verlag "Thüringer Tageblatt",*
  durch Thüringische Landesregierung aus 1947 sequestrierten Druckereibetrieben auf die CDU der DDR übertragen;
  1. Ausgabe "Thüringer Tageblatt" am 1.5.1946.

- *Verlag "Der Demokrat",*
  durch Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern aus sequestrierten Druckereibetrieben auf die CDU der DDR übertragen;
  1. Ausgabe "Der Demokrat" am 15.12.1945.

- *Verlag "Der Neue Weg",*
  hervorgegangen aus dem Kreuzverlag Halle (von der CDU - der späteren DDR - gegründet am 12.2.1946; am 1.1.1957 umbenannt in Verlag "Der Neue Weg");
  1. Ausgabe "Der Neue Weg" am 4./5.1.1946.

- *Verlag "Die Union",*
  hervorgegangen aus der Union Verlag und Druckerei Dresden (Eigengründung der CDU - der späteren DDR -);
  1. Ausgabe "Die Union" am 5.1.1946.

- *Verlag "Märkische Union",*
  ursprünglich Eigengründung und Organ des Landesverbandes Brandenburg; 1962 verlagert nach Dresden als Betriebsbestandteil des Verlages "Die Union";
  1. Ausgabe "Märkische Union" am 3.2.1948.

- *Union-Verlag,*
  Buchverlag;
  hervorgegangen aus der Gründung der Union Verlag GmbH Berlin vom 12.7.1945.

b. Übernahmen/Zentralisierung 1951

Mit Wirkung zum 1. Januar 1951 übertrug die CDU der DDR das gesamte Vermögen sämtlicher Wirtschaftsbetriebe, die bis dahin den Landesverbänden unterstanden hatten, auf die Vorläuferfirmen der VOB Union. Im einzelnen waren dies die folgenden Unternehmen:

- *Union Verlag "Neue Zeit"*, Berlin (Druckerei und Buchverlag)
- *Kreuz Verlag*, Halle (Druckerei und Verlag)
- *Union Verlag Dresden* (Druckerei und Verlag)
- *CDU-Verlag Weimar* (Druckerei und Verlag)
- *E.F. Keller's Witwe*, Stollberg (Druckerei)
- *Buchbinde- und Offsetdruckerei Mühlhausen* (Druckerei)
- *"Der Demokrat"*, Schwerin (Verlag)
- *"Märkische Union"*, Potsdam (Verlag)
- *Koehler & Amelang*, Leipzig (Buchverlag; Zuweisung durch SMAD)
- *Grundstücksverwaltung Thüringen/Weimar*, hierzu zählend das

  Hotel "Russischer Hof", Weimar (dem Landesverband Thüringen der CDU der DDR durch Anweisung der SMAD von der Landesverwaltung Thüringen am 6.4.1946 als Hotel und Restaurant übergeben)

c. Druckereien

- *Union Druckerei Berlin,*
  hervorgegangen aus der am 12.7.1945 gegründeten Union Verlag GmbH, Berlin.

- *Union Druckerei Dresden,*
  hervorgegangen aus Union Verlag und Druckerei Dresden.

- *Union Druck Halle,*
  hervorgegangen aus dem Kreuz-Verlag Halle.

- *Druckform Weimar,*
  entstanden aus der Übereignung sequestrierter Druckereibetriebe.

- *Druckwerkstätten Stollberg,*
  von der Landesregierung Sachsen dem Landesverband Sachsen der CDU der DDR auf der Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 64 am 1.7.1948 übertragen.

- *H.F. Jütte, Leipzig*
  durch Kaufvertrag vom 2.12.1958 zu Eigentum erworben.

d. Betriebe aus Zugang 1972

Das Sekretariat des Zentralkomitees der SED beschloß auf seiner Sitzung am 9. August 1972, in Anlagen zu dem Protokoll der Sitzung aufgeführte Druckerei-, Vervielfältigungs- und Werbebetriebe in die Vereinigungen organisationseigener Betriebe der Parteien der DDR zu überführen. Hierbei handelte es sich ganz überwiegend um kleine, bisher von Privatleuten alleine oder bereits mit staatlicher Beteiligung geführte Betriebe.

Die VOB Union erhielt durch den Beschluß des Zentralkomitees der SED folgende Betriebe:

- *Paul Altmann KG*, Leipzig (Buchbinderei; 168 Beschäftigte),
- *VEB Buch- und Offsetdruck Leipzig*, vormals Bohn & Sohn (Druckerei; 95 Beschäftigte),
- *Fa. Arthur Müller*, Leipzig (Buchbinderei; 48 Beschäftigte),
- *Fa. Walter Kabitzsch*, Leipzig (Buchbinderei; 53 Beschäftigte),
- *Fa. Starke & Sachse*, Großenhain (Transparentvordrucke; 31 Beschäftigte),
- *Fa. Hermann Starke Nachfahren H. Plasnick KG*, Großenhain (Geschäftsdruckerei; 14 Beschäftigte; beide Betriebe in Großenhain später zusammengefaßt zur Union Druckerei Großenhain),
- *Fa. Bankwitz*, Stollberg (Wirtschaftsdrucksachen; 23 Beschäftigte),
- *PGH Plastik Erfurt* (Tagungs- und Schreibmappen; 208 Beschäftigte),
- *Druckerei und Verlag F.W. Cordier*, Heiligenstadt (40 Beschäftigte),
- *VEB Druckerei Bad Blankenburg*, vormals Harfe (Verlag und Druckerei; 23 Beschäftigte).

e. Sonstige Verlage und Betriebe

- *Dresdner Kalenderherstellung* (1977 erworben)
- *H.C. Schmiedicke* (1957 erworben)
- *Oberlausitzer Kunstverlag* (1957 erworben)
- *Übersetzungsdienst "interpret"* (1958 erworben)

f. Ferienobjekte

- *Ferienheim "Inselbar"*, Kloster/Hiddensee,
  1967 Pachtvertrag mit privatem Dritten; Pachtverhältnis 1989 beendet.

- *Ferienheim Grünheide*,
  Pacht-/Nutzungsvertrag vom 3.12.1973 mit Rat der Gemeinde Rüdersdorf.

- *Ferienheim Eisenach*,
  am 8.9.1977 käuflich erworben von privatem Dritten.

- *Ferienheim Rangsdorf*,
  Nutzungsvertrag vom 27.11./22.12.1975 mit Rat der Gemeinde Blankenfelde.

- *Ferienheim "Waldfrieden"*, Schwarzmühle,
  am 14.12.1972 käuflich erworben von privatem Dritten.

- *Pension "Kühler Grund"*, Schwarzmühle,
  Pachtvertrag vom 25.1.1973 mit privatem Dritten.

- *Ferienheim "Hocheck"*, Waldbärenburg,
  am 4.3.1971 käuflich erworben von privatem Dritten.

- *Ferienheim "Bergwacht"*, Waldbärenburg,
  am 29.8.1979 käuflich erworben von privatem Dritten.

- *Ferienlager Oppin*,
  am 1.8.1986 als Rechtsträger vom Rat des Kreises Wittenberg übernommen.

- *Ferienlager Niedermülsen,*
  am 22.1.1969 käuflich erworben von privatem Dritten.

- *Ferienheim Börgerende,*
  Grundstück teils käuflich erworben von privatem Dritten am 30.9.1985, teils als Rechtsträger übernommen am 1.10.1984 vom Rat der Gemeinde Börgerende.

E.II. Vermögen der gewerblichen Unternehmung am 7.10.1989

Im folgenden wird das Vermögen der VOB Union am 7.10.1989 dargestellt nach Art und Zahl der zugehörigen Wirtschaftsbetriebe, Anzahl und rechtlicher Zuordnung der Grundstücke sowie nach bilanzieller Vermögenserfassung.

E.II.1. Wirtschaftsbetriebe der VOB Union am 7.10.1989

Zum 7.10.1989 bestand die VOB Union aus 5 Zeitungsverlagen, 4 Buch- und Kunstverlagen, 16 Druckereien, 3 sonstigen Betrieben, 6 Ferienheimen und 2 Ferienlagern.

Im einzelnen:

a. Zeitungsverlage (619 Beschäftigte)

- "Neue Zeit", Berlin
- "Der Demokrat", Rostock
- "Der Neue Weg"; Halle
- "Thüringer Tageblatt", Weimar
- "Die Union", Dresden

(Den Zeitungsverlagen waren als unselbständige Einrichtungen unmittelbar angeschlossen 38 Handelseinrichtungen "Wort und Werk - christliches Buch und Kunsthandwerk").

b. Buch-/Kunstverlage (88 Beschäftigte)

- Union Verlag, Berlin
- Koehler & Amelang, Leipzig
- Oberlausitzer Kunstverlag, Ebersbach
- Kunstverlag H.C. Schmiedicke

c. Druckereien (1160 Beschäftigte)

- Union Druckerei Berlin
- Union Druck Halle
- Union Druck Dresden
- Union Druck Weimar
- Druckwerkstätten Stollberg
- H.F. Jütte, Leipzig
- Plastic Erfurt
- Union Druckerei Großenhain
- Druckerei Bad Blankenburg
- Eichsfelddruck Heiligenstadt
- Kunst- und Verlagsbuchbinderei Leipzig
- Buchbinderei Südwest Leipzig
- Bucheinband "exquisit"
- Wirtschaftsdruck Stollberg
- Dresdner Kalenderherstellung
- Kunstgewerbewerkstätten Hirschendorf

d. Sonstige Betriebe (162 Beschäftigte)

- "interpret" Übersetzungsdienst, Berlin
- Hotel "Russischer Hof", Weimar
- ein Baubetrieb (mit Abteilungen in Berlin, Leipzig und Vietgest)

e. Ferienheime/Ferienlager (58 Beschäftigte)

- Ferienheim Grünheide
- Ferienheim Eisenach
- Ferienheim "Waldfrieden", Schwarzmühle
- Ferienheim "Hocheck", Waldbärenburg
- Ferienheim "Bergwacht", Waldbärenburg
- Ferienheim Börgerende
- Ferienlager Oppin
- Ferienlager Niedermülsen

E.II.2. Grundstücke der VOB Union am 7.10.1989

Am 7.10.1989 verfügte die VOB Union über 13 Eigentumsgrundstücke sowie über die Rechtsträgerschaft an 11 volkseigenen Grundstücken.

Im einzelnen:

a. Eigentumsgrundstücke

- Zimmerstraße 78, Berlin-Mitte, 876 qm (Hofraum; Eigentümer seit 1947 die UVG mbH, ab 1958 Verlag "Neue Zeit"; ab 1.3.1989 überließ der Verlag der VOB Union das Grundstück für künftige Bebauung)
- Kröpeliner Straße 44-47, Rostock, 954 qm (Wohn-/Verlagsgebäude)
- Wackenbergstraße 148/150, Berlin-Pankow, 1.973 qm (Wohnhaus und Unionhof Berlin)
- Freiherr-vom-Stein-Allee 5, Weimar, 1.060 qm (Wohnhaus)
- Papenbergstraße 8, Waren, 942 qm (Unionhof-Tischlerei)
- Neustädter Kirchgasse 10, Heiligenstadt, 408 qm (Wohn-/Geschäftshaus)
- Marienstraße 60, Eisenach, 1.476 qm (Ferienheim)
- Seestraße 38, Börgerende, 8.751 qm (Ferienheim; mit weiterem Flurstück, 1.143 qm, in Rechtsträgerschaft)

- Bergstraße, Bärenburg, 2.816 qm (Pension "Hocheck")
- Bergstraße 20, Bärenburg, 2.956 qm (Pension "Bergwacht")
- Berthelsdorfer Straße 4, Niedermülsen, 2.217 qm (Kinderferienlager)
- Mellenbacher Straße 2, Schwarzmühle, 3.020 qm (Ferienheim "Waldfrieden")
- Herrenstraße 18, Stollberg, 930 qm (Druckerei)

b. Rechtsträgergrundstücke

- Mittelstraße 2-4, Berlin-Mitte, 988 qm (Verlagsgebäude "Neue Zeit")
- Leipziger Straße 61-62/Franckestraße 11, Halle, 1.165 qm (Verlagsgebäude "Der Neue Weg")
- Coudraystraße 6, Weimar, 666 qm (Verlagsgebäude "Thüringer Tageblatt")
- Coudraystraße 10, Weimar, 1.122 qm (Druckerei)
- Goetheplatz 2, Weimar, 2.283 qm ("Russischer Hof")
- Eilenburger Straße 13, Leipzig, 3.362 qm (Kunst- und Verlagsbuchbinderei)
- Teubnerstraße 12/14, Leipzig, 1.810 qm (Verlagsgebäude)
- Priesnitzstraße 39, Dresden, 850 qm (Verlag/Druckerei)
- Herrenstraße 16, Stollberg, 920 qm (Druckerei)
- Mozartallee 141, Großenhain, 2.159 qm (Druckerei)
- Mozartallee 129, Großenhain, 116 qm (Druckerei)

E.II.3. Summenbilanz der VOB Union zum 31.12.1989

Bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise stellte die VOB Union 1989 einen Konzern dar, mit der VOB Union als Zentrale und den übrigen Betrieben als abhängigen und unselbständigen Betriebsbestandteilen. Die folgende Summenbilanz stellt das vollständige Vermögen der VOB Union zum 31.12.1989 dar. Die Summenbilanz weist das Vermögen nach Konsolidierung aus. Sie enthält die vollkonsolidierten, die später in Gemeinschaftsunternehmen eingebrachten (vergleiche unten E.III.2.) sowie die später reprivatisierten und aufgelösten Betriebsbestandteile (vergleiche unten E.III.5. und 6.).

Summenbilanz der VOB Union zum 31.12.1989 nach Konsolidierung (alle Angaben in TM):

Aktiva		Passiva	
Grundmittel	**84.802**	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.828
Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe	14.275	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.368
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	14.052	Verbindlichkeiten Staatshaushalt	282
Fertige Erzeugnisse		Verbindlichkeiten Kredite	1.085
und Waren	12.051	sonst. Verbindlichkeiten	1.294
Vorräte	**40.378**	**Verbindlichkeiten**	**18.857**
Forderungen aus		**Rechnungsabgrenzungsposten**	**108**
Lieferungen und Leistungen	8.089		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.522	Grundmittelfonds	84.802
Sonstige Vermögens-		Umlaufmittelfonds	36.319
gegenstände	583	Investitionsfonds	22.397
Zwischensumme	**12.194**	Kultur- und Sozialfonds	707
		Beteiligungsfonds u.a. Fonds	16.488
Flüssige Mittel	**37.736**	Prämienfonds	1.864
		Summe der Fonds	**162.577**
Zweckgebundene Mittel	4.020		
Zweckgebundene Bank-		Bilanzsumme Passiva	181.542
guthaben	2.115		
Zwischensumme	**6.135**		
Rechnungsabgrenzungsposten	297		
Bilanzsumme Aktiva	181.542		

E.III. Entwicklung der gewerblichen Unternehmung 7.10.1989 - 7.2.1991

Die Zeit vom 7.10.1989 bis zur Veräußerung der gewerblichen Unternehmung an die Frankfurter Allgemeine Zeitung (im folgenden FAZ) am 7.2.1991 ist von umfangreichen Veränderungen bei der VOB Union geprägt. Die gesellschaftsrechtliche Form der VOB Union änderte sich. Gemeinschaftsunternehmen mit anderen Firmen wurden gebildet, ehemals unselbständige Bestandteile der VOB Union in eigenständige GmbHs umgewandelt, formal der CDU der DDR zuzuordnende Betriebe wirtschaftlich übernommen, Restitutionsverfahren betrieben und Geschäftsbereiche eingestellt.

Im einzelnen:

E.III.1. Umwandlung der VOB Union in die Union Verwaltungsgesellschaft mbH

Das Präsidium der CDU der DDR beschloß am 10.4.1990, daß die VOB Union unter Übertragung sämtlicher Aktiven und Passiven in die Union Verwaltungsgesellschaft mbH (im folgenden UVG) umgewandelt werden sollte.

Mit notarieller Urkunde vom 4.5.1990 erklärten die hierfür von der CDU der DDR Bevollmächtigten (der Schatzmeister der CDU der DDR und der Generaldirektor der VOB Union) die Umwandlung der VOB Union in die UVG *"auf der Grundlage der Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinaten, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften vom 1.3.1990 (GBl. I Nr. 14)"*.

Gleichzeitig errichteten die Bevollmächtigten die UVG und erklärten, zur Durchführung der Umwandlung das Vermögen der VOB Union zum 1.5.1990 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die UVG zu übertragen.

Das Stammkapital der Gesellschaft sollte 60 Mio Mark der DDR betragen und durch das Vermögen der VOB Union belegt werden. Hieraus wurden zwei Stammeinlagen im Nennbetrag von jeweils 30 Mio Mark der DDR gebildet, die von den Bevollmächtigten treuhänderisch für die CDU der DDR gehalten wurden. Die Treuhandschaft wurde mit jeweils gleichlautenden notariellen Verträgen vom 24.9.1990 zwischen der CDU der DDR und den Treuhändern vereinbart.

Die Unabhängige Kommission hat der Umwandlung der VOB Union in die UVG, dem Gesellschaftsvertrag und den Treuhandvereinbarungen am 27.9.1990 zugestimmt.

Am 11.7.1990 wurde das Stammkapital der UVG auf 15 Mio DM herabgesetzt.. Die beiden Stammeinlagen betrugen nominal jeweils 7,5 Mio DM. Die Herabsetzung des Stammkapitals erfolgte wegen der Privatisierung von Teilbetrieben, wegen der Einbringung von Teilbetrieben in Gemeinschaftsunternehmen sowie wegen des Abgangs aufgelöster Betriebe (vgl. unten 2., 3., 5. und 6.).

Die UVG wurde am 14.1.1991 unter der Nummer HRB 36383 in das Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingetragen.

E.III.2. Bildung von Gemeinschaftsunternehmen

a. DZV Deutscher Zeitungsverlag GmbH

Am 12.6.1990 errichteten die VOB Union und die FAZ die Deutscher Zeitungsverlag GmbH (im folgenden DZV) mit Sitz in Berlin als gemeinsame Tochtergesellschaft.

VOB Union und FAZ übernahmen auf das Stammkapital von nominal 4 Mio Mark der DDR jeweils eine Stammeinlage in Höhe von nominal 2 Mio Mark der DDR. Die VOB Union erbrachte ihre Stammeinlage durch Einbringung der Zeitungsverlage/Verlags- und Titelrechte "Neue Zeit", "Der Neue Weg", "Thüringer Tageblatt", "Der Demokrat" und "Die Märkische". Die FAZ erbrachte ihre Stammeinlage in Höhe von 280 TM durch Einbringung von Forderungen aus Lieferungen von Betriebs- und Geschäftsausstattung und in Höhe von 1.720 TM durch Barzahlung.

Am 11.9.1990 trat die VOB Union wegen hoher wirtschaftlicher Verluste, die durch die FAZ getragen wurden, einen Geschäftsanteil von nominal 1 Mio DM für den symbolischen Kaufpreis von 1 DM an die FAZ ab.

Am 12.2.1991 wurde die Firma in DZV Deutscher Zeitungsverlag GmbH abgeändert. Am 21.2.1991 wurde die Firma in das Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter der Nr. HRB 36884 eingetragen.

b. Dresdner Zeitungsverlag GmbH

Am 18.6.1990 gründeten die VOB Union und die Süddeutscher Verlag GmbG (im folgenden SV) die Dresdner Zeitungsverlag GmbH mit Sitz in Dresden. Das Stammkapital betrug 200 TM. SV erbrachte eine Stammeinlage von nominal 100 TM als Bareinlage. Die VOB Union erbrachte ihre Stammeinlage als Sacheinlage in Form des Geschäftsbetriebes der Zeitung "Die Union" einschließlich der Verlags- und Titelrechte.

Ebenfalls am 18.6.1990 beschlossen die Gesellschafter die Erhöhung des Stammkapitals auf 400 TM (ab 8.8.1990 400 TDM). Zur Übernahme der neuen, bar zu erbringenden Stammeinlage von nominal 200 TM wurde allein SV zugelassen.

Am 23.4.1991 veräußerte die UVG ihren Anteil von nominal 100 TDM für 400 TDM an SV.

Am 11.7.1990 wurde die Dresdner Zeitungsverlag GmbH unter Nr. HRB 167 in das Handelsregister des Kreisgerichts Dresden eingetragen.

c. Wort und Werk Handelsgesellschaft mbH

Am 27.6.1990 gründeten *"VOB Union bzw. ihre Rechtsnachfolgerin UVG i.G."* und FAZ die Wort und Werk Handelsgesellschaft mbH mit Sitz in Berlin. Auf das Stammkapital von 250 TM (später 250 TDM) übernahmen VOB Union/UVG i.G. und FAZ jeweils eine Stammeinlage von nominal 125 TM. Die Stammeinlage der VOB Union/UVG i.G. bestand aus den 38 Handelseinrichtungen "Wort und Werk - christliches Buch und Kunsthandwerk". Die FAZ erbrachte ihre Stammeinlage in bar.

Am 26.6.1991 wurde die Gesellschaft in das Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter Nr. HRB 38464 eingetragen.

Am 31.10.1991 übertrug die FAZ ihren Geschäftsanteil für 125 TDM an die UVG.

E.III.3. Gründung weiterer Einzelgesellschaften

Mit gleichlautenden notariellen Erklärungen vom 27.6.1990 (Hotel "Russischer Hof" am 13.7.1990) wurden weitere 17 Gesellschaften als Tochtergesellschaften der UVG errichtet.

Das Stammkapital der Gesellschaften sollte (entsprechend der Umwandlung der VOB Union in die UVG; siehe oben E.III.1.) im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch Übertragung des Vermögens der jeweiligen vormals unselbständigen Betriebsbestandteile der VOB Union belegt werden. Bei den meisten Gesellschaften übernahmen Mitarbeiter Minderheitsbeteiligungen.

Im einzelnen handelte es sich um folgende Gesellschaften:

Gesellschaft	Beteiligungsquote UVG
- Union Druckerei Berlin GmbH	76 %
- Union Druckerei Dresden GmbH	80 %
- Union Druckerei Halle GmbH	99% bzw. 98 %
- Union Druckerei Weimar GmbH	90 % bzw. 99 %
- Druckwerkstätten Stollberg GmbH	99 %
- Wirtschaftsdruck GmbH	80 %
- Jütte Druck GmbH	90 %
- Kunst- und Verlagsbuchbinderei	80 %
- Buchbinderei Südwest Leipzig GmbH	99 %
- Bucheinband "exquisit" GmbH, Leipzig	80 %
- Berliner Verlagsanstalt Union GmbH	95 %
- Kunstverlag H.C. Schmiedecke Leipzig GmbH	75 % bzw. 83 %
- Oberlausitzer Kunstverlag GmbH, Ebersbach	80 %
- Interpret Übersetzungsdienst GmbH	90 bzw. 99 %
- Hotel "Russischer Hof" Weimar GmbH	60 %
- Koehler & Amelang Verlags GmbH, Berlin	50 %
- Paul Altmann Buch- und Formgestaltung GmbH	70 %

E.III.4. Übernahme von Geschäftsbetrieben

Der CDU der DDR zugehörig waren die als Gästehaus des Parteihauptvorstandes genutzte Pension "Rosenthal", Berlin, und die Ferieneinrichtung "Schloß Vietgest" (siehe im einzelnen oben D.I.1. und D.I.2.). Anfang 1990 stellte das Präsidium der CDU der DDR fest, beide Einrichtungen wirtschaftlich nicht tragen zu können. Durch formlose Erklärungen "übertrug" das Präsidium der CDU der DDR im Frühjahr 1990 beide Einrichtungen zur alleinverantwortlichen Verwaltung und Nutzung auf die VOB Union/UVG.

E.III.5. Restitutionen von Einzelbetrieben

1989/1990 erhoben ehemalige private Inhaber von sechs Betrieben der VOB Union Rückgabeansprüche. Hierbei handelte es sich überwiegend um Betriebe, die 1972 der VOB Union durch Beschluß des ZK der SED übertragen worden waren (siehe im einzelnen oben E.I.2.d.). Von Rückgabeansprüchen betroffen waren folgende Unternehmen:

- Fa. Starke & Sachse, Großenhain (R)
- Fa. Hermann Starke Nachfahren H. Plasnick KG, Großenhain
- Druckerei und Verlag Cordier, Heiligenstadt
- PGH Plastik, Erfurt (R)
- Druckerei Bad Blankenburg, vormals Harfe (R)
- Dresdner Kalenderherstellung

Die VOB Union hat die mit (R) gekennzeichneten Betriebe Anfang 1990 eigenständig an die Anspruchsteller restituiert. Die übrigen Betriebe hat in der Folgezeit die Treuhandanstalt im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission restituiert (siehe im einzelnen unten E.IV.6.).

E.III.6. Einstellung von Geschäftsbereichen

Ende 1989/Anfang 1990 löste die VOB Union/UVG ihren Baubetrieb mit Abteilungen in Berlin, Leipzig und Vietgest sowie den Kleinstbetrieb Kunstgewerbestätten Hirschendorf auf. Die Nutzungsverträge für die Ferieneinrichtungen Grünheide, Rangsdorf und Oppin wurden gekündigt.

E.III.7. Summenbilanz der UVG zum 30.6.1990 (mit Vergleich zum 31.12.1989)

	30.6.1990	31.12.1989	Veränderungen	davon Reprivatis./ Auflösungen
Aktiva (in TM)				
Grundmittel	**75.335**	**84.802**	**-9.467**	**-11.138**
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.366	14.275	-4.909	-4.768
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	8.554	14.052	-5.498	-1.377
Fertige Erzeugnisse und Waren	6.767	12.051	-5.284	-304
Vorräte	**24.687**	**40.378**	**-15.691**	**-6.449**
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.862	8.089	-3.227	-2.013
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.823	3.522	2.301	-332
Forderungen aus planmäßiger Verluststützung	268	-	268	-
Forderungen an Staatshaushalt	441	-	441	-
Sonstige Vermögensgegenstände	2.148	583	1.565	-12
Zwischensumme	**13.542**	**12.194**	**1.348**	-2.357
Flüssige Mittel	**42.835**	37.736	**5.099**	-723
Zweckgebundene Mittel	1.651	4.020	-2.369	-852
Zweckgebundene Bankguthaben	279	2.115	-1.836	-505
Deckung der Beteiligung	10	-	10	-
Zwischensumme	**1.940**	**6.135**	**-4.195**	**-1.357**
Rechnungsabgrenzungsposten	**204**	**297**	**-93**	**-128**
Gesamtvermögen	158.543	181.542	-22.999	-22.152

	30.6.1990	31.12.1989	Veränderungen	davon Reprivatis./ Auflösungen
Passiva (in TM)				
Anteile in Fremdbesitz	77	-	77	-
Rückstellungen	1	-	1	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.695	5.828	-3.133	-575
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	7.873	10.368	-2.495	-1.890
Verbindlichkeiten Staatshaushalt	215	282	-67	-53
Verbindlichkeiten Kredite	-	1.085	-1.085	-
Verbindlichkeiten aus Beteiligungen	10	-	10	0
Sonstige Verbindlichkeiten	7.636	1.294	6.342	-282
Verbindlichkeiten	**18.429**	**18.857**	**-428**	**-2.800**
Rechnungsabgrenzungsposten	**84**	**108**	**-24**	**-**
Grundmittelfonds	74.835	84.802	-9.967	-11.138
Umlaufmittelfonds	28.209	36.319	-8.110	-6.767
Investitionsfonds	1.452	22.397	-20.945	-852
Kultur- und Sozialfonds	449	707	-258	-160
Beteiligungsfonds und andere Fonds	34.512	16.488	18.024	0
Prämienfonds	495	1.864	-1.369	-435
Summe der Fonds	**139.952**	**162.577**	**-22.625**	**-19.352**
Gesamtkapital	**158.543**	**181.542**	**-22.999**	**-22.152**

Erläuterungen:

Die Bilanz stellt die UVG mit den vollkonsolidierten Betrieben und den eingebrachten Zeitungsverlagen dar. Die reprivatisierten und aufgelösten Betriebe sind in den Angaben zum 30.6.1990 nicht mehr enthalten, werden aber als Abgang in der vorherigen Zeit dargestellt.

E.III.8. Summenbilanz der UVG zum 1.7.1990

Aktiva	TDM	Passiva	TDM
Ausstehende Einlagen	**185**	Gezeichnetes Kapital	15.000
		Sonderrücklage § 26 DMBilG	8.075
		Sonderrücklage § 17 Abs. 4 DMBilG	398
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	10.769	**Eigenkapital (gesamt)**	**23.473**
Technische Anlagen und Maschinen	5.816	**Konsolidierungsausgleichsposten**	**20.160**
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.805	**Anteile Konzernfremder**	**6.764**
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	313	**Rückstellungen**	**1.513**
Sachanlagen	18.703	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	202
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.203	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.039
		Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	185
Anlagevermögen	**19.906**	Sonstige Verbindlichkeiten	591
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.854	**Verbindlichkeiten (gesamt)**	**2.017**
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	4.198	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**1**
Fertige Erzeugnisse und Waren	1.432	**Gesamtkapital**	**53.928**
Vorräte	**8.484**		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.435		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	226		
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	350		
Sonstige Vermögensgegenstände	1.268		
Zwischensumme	**3.279**		
Umlaufvermögen	**11.763**		
Flüssige Mittel	**20.665**		
Sonderverlustkonto	**1.409**		
Gesamtvermögen	**53.928**		

(Erläuterungen:

die Bilanz stellt die UVG mit den vollkonsolidierten Unternehmen dar, ohne die eingebrachten Zeitungsverlage und ohne die aufgelösten und reprivatisierten Betriebsbestandteile.)

E.III.9. Summenbilanz der UVG zum 31.12.1990 (mit Vergleich zum 1.7.1990)

	31.12.1990	1.7.1990	Veränderungen
Aktiva (TDM)			
Ausstehende Einlagen	**144**	**185**	**-41**
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	13.336	10.769	2.567
Technische Anlagen und Maschinen	7.360	5.816	1.544
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.329	1.805	524
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.918	313	2.605
Sachanlagen	25.943	18.703	7.240
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000	1.203	-203
Anlagevermögen	**26.943**	**19.906**	**7.037**
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.677	2.854	-1.177
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	2.286	4.198	-1.912
Fertige Erzeugnisse und Waren	4.164	1.432	2.732
Vorräte	8.127	8.484	-357
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.298	1.435	4.863
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	370	226	144
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.872	350	2.522
Sonstige Vermögensgegenstände	2.721	1.268	1.453
Zwischensumme	12.261	3.279	8.982
Umlaufvermögen	**20.388**	**11.763**	**8.625**
Flüssige Mittel	**13.529**	**20.665**	**-7.136**
Sonderverlustkonto	**279**	**1.409**	**-1.130**
Rechnungsabgrenzungsposten	**20**	**0**	**20**
Gesamtvermögen	61.303	53.928	7.375

I. Teil, Bericht zur CDU der DDR

	31.12.1990	1.7.1990	Veränderungen
Passiva (TDM)			
Gezeichnetes Kapital	15.000	15.000	0
Sonderrücklage § 26 Abs. 1 DMBilG	7.998	8.075	-77
Sonderrücklage § 17 Abs. 4 DMBilG	398	398	0
Gewinnrücklage	322	0	322
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	97	0	97
Eigenkapital	**23.815**	**23.473**	**342**
Konsolidierungsausgleichsposten	**20.367**	**20.160**	**207**
Anteile anderer Gesellschafter	**6.983**	**6.764**	**219**
Sonderposten mit Rücklageanteil	**1.043**	**0**	**1.043**
Rückstellungen	**2.461**	**1.513**	**948**
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	169	202	-33
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	94	0	94
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.346	1.039	3.307
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	46	185	-139
Sonstige Verbindlichkeiten	1.978	591	1.387
Verbindlichkeiten	**6.633**	**2.017**	**4.616**
Rechnungsabgrenzungsposten	**1**	**1**	**0**
Gesamtkapital	**61.303**	**53.928**	**7.375**

Erläuterungen:

Die Bilanz stellt die UVG mit den vollkonsolidierten Unternehmen dar, ohne die eingebrachten Zeitungsverlage und ohne die aufgelösten und reprivatisierten Betriebsbestandteile.
Unter "Veränderungen" wird die Entwicklung zwischen dem 1.7. und dem 31.12.1990 ausgewiesen.

E.IV. Entwicklung der gewerblichen Unternehmung ab dem 7.2.1991

Zur Entwicklung der UVG ab dem 7.2.1991 wird berichtet über den frühzeitigen Verkauf des gesamten Unternehmensbereiches an die FAZ (unten E.IV.1.), die sich nachträglich herausstellende Unwirksamkeit der Umwandlung der VOB Union in die UVG und die Folgen hieraus (unten E.IV.2.), die Maßnahmen zur Heilung der unwirksamen Umwandlung und ihrer Folgen (unten E.IV.3.), die Beschlüsse der Unabhängigen Kommission zu Veräußerung und Heilung (unten E.IV.4.), über die Veräußerung (unten E.IV.5.) und Restitution von Einzelbetrieben der UVG an Dritte (unten E.IV.6.) sowie über die Entscheidungen der Unabhängigen Kommission zu Grundstücken der UVG (unten E.IV.7.).

E.IV.1. Veräußerung der UVG an die FAZ am 7.2.1991

In Umsetzung der Verzichtserklärung der CDU vom 15.11.1990, die auch die gewerbliche Unternehmung der CDU der DDR umfaßte, übertrugen die Treuhänder der CDU der DDR (siehe im einzelnen oben E.III.1. und A.VII.) die beiden Geschäftsanteile an der UVG in Höhe von nominal je 7,5 Mio DM durch notariellen Abtretungsvertrag vom 7.2.1991 auf die Treuhandanstalt.

Mit notariellem Kauf- und Abtretungsvertrag ebenfalls vom 7.2.1991 veräußerte die Treuhandanstalt die Geschäftsanteile an der UVG mit Wirkung zum 1.1.1991 für einen Kaufpreis von 4.000 TDM an die FAZ.

Zur Kaufpreisbildung führt der Vertrag aus:

"Dem Kaufpreis von vier Millionen DM liegt der Entwurf der DM-Eröffnungsbilanz der UVG zum 1. Juli 1990, Stand 17. Dezember 1990, zugrunde. Der Entwurf weist bei einer Bilanzsumme von 27.868.826,27 DM ein Eigenkapital von 25.951.616,12 DM aus. Für den Fall, daß die endgültige, von dem Abschlußprüfer mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene DM-Eröffnungsbilanz der UVG ein gegenüber dem Entwurf höheres Eigenkapital ausweist, erhöht sich der Kaufpreis um den Differenzbetrag."

In dem Vertrag vereinbarten Treuhandanstalt und FAZ ferner die Nachbewertung der mitveräußerten Grundstücke zu Beginn des Jahres 1995 durch einen unabhängigen Sachverständigen mit der Pflicht der FAZ, mehr als 25 % Wertsteigerung des Quadratmeterpreises auszugleichen. Eine entsprechende Verpflichtung der FAZ enthielt der Vertrag für die Veräußerung von Grundstücken der UVG durch die FAZ mit Gewinn bis zum 1.1.1995. Auszugleichende Beträge sollten nach dem Vertrag zum "*Verlustausgleich der notleidenden Betriebe des Gesamtpaketes*" verwendet werden, "*um auf diese Weise ihren Erhalt zu sichern.*"

Zur wirtschaftlichen Bewertung der Veräußerung der UVG an die FAZ führte der Vertrag ferner aus:

"*Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH hält bereits 75 % der Anteile an der Deutscher Zeitungsverlag GmbH i.G. sowie 50 % der Geschäftsanteile an der Wort und Werk Handelsgesellschaft mbH i.G. Zur Sanierung dieser Unternehmen wurden bis zum 31. Dezember 1990 ca. 13.900.000,00 DM aufgebracht, denen entsprechende Erlöse nicht gegenüberstehen.*

Zwischen der Treuhandanstalt und der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH besteht Einigkeit darüber, daß die von der Union Verwaltungsgesellschaft mbH an die Einzelunternehmen seit dem 1. Juli 1990 in Höhe von über 11.000.000,00 DM gewährten Darlehen voraussichtlich nicht oder nur zu einem geringen Teil von den Darlehensnehmern zurückgezahlt werden können. Die Union Verwaltungsgesellschaft mbH wird die Darlehensforderungen über 11.000.000,00 DM auszubuchen haben.

Der am Jahresende 1990 bei der Union Verwaltungsgesellschaft mbH verfügbare Bargeldbestand bzw. das verfügbare Bankguthaben wird den Betrag von 3.000.000,00 DM nicht übersteigen. Dieser Betrag muß den Einzelunternehmen der Union Verwaltungsgesellschaft mbH zu Beginn des Jahres 1991 zur Fortführung der laufenden Geschäfte im Rahmen von Darlehen, die voraussichtlich ebenfalls nicht zurückgezahlt werden können, zur Verfügung gestellt werden."

Die Unabhängige Kommission war an Gestaltung und Schließung des Vertrages nicht beteiligt. Lediglich das Sekretariat der Unabhängigen Kommission hatte an Vertragsverhandlungen teilgenommen und der Veräußerung der UVG an die FAZ zugestimmt.

E.IV.2. Unwirksamkeit der Umwandlung und Folgen für die Veräußerung

Ende 1991/Anfang 1992 zeichnete sich ab, daß die formwechselnde Umwandlung der VOB Union in die UVG vom Mai 1990 sowie die formwechselnden Umwandlungen der einzelnen Betriebe der VOB Union in GmbHs im Juni 1990 (siehe im einzelnen oben E.III.1. und 3.) unwirksam waren. Nach heutiger Auffassung (bestätigt durch Beschlüsse des Landgerichtes Berlin vom 6.12.1991 und des Kammergerichtes vom 6.4.1993 in anderer, aber vergleichbarer Sache) konnten Vereinigungen organisationseigener Betriebe sowie deren Betriebsbestandteile weder in direkter noch in analoger Anwendung der Umwandlungsverordnung oder des Treuhandgesetzes in GmbHs umgewandelt werden.

Die unwirksamen Umwandlungen hatten zur Folge, daß die Veräußerung der UVG an die FAZ mit Vertrag vom 7.2.1991 fehlgeschlagen war. Die FAZ hatte die UVG als vermögenslose "Hülle" erworben. Zwar waren die UVG sowie die gegründeten einzelnen GmbHs durch die Eintragungen im Handelsregister entstanden. Das Vermögen der VOB Union und ihrer einzelnen Betriebe war aber nicht auf die UVG und die einzelnen GmbHs übergegangen.

E.IV.3. Heilung der unwirksamen Umwandlung

Anfang 1992 begannen umfangreiche Verhandlungen zwischen Treuhandanstalt, FAZ und Unabhängiger Kommission zur Heilung der fehlgeschlagenen Veräußerung der UVG an die FAZ vom 7.2.1991. Gegenstand und Ziel der Verhandlungen war die Erfüllung des ursprünglichen Vertrages durch nachträgliche Übertragung der Vermögensbestandteile (insbesondere der Grundstücke) der VOB Union und der ihr zugehörigen Betriebe auf die UVG und die einzelnen GmbHs.

Die Verhandlungen erfolgten vor dem Hintergrund möglicher Schadensersatzforderungen der FAZ gegenüber der Treuhandanstalt aus der Nichterfüllung des Vertrages, erheblicher wirtschaftlicher Verluste der UVG und der hierdurch verursachten Gefährdung von Arbeitsplätzen.

Im Ergebnis der Verhandlungen schlossen Treuhandanstalt und FAZ am 30.12.1993 einen notariellen Vergleich.

Nach dem Vergleich übertrug die Treuhandanstalt zur Heilung der ursprünglichen, fehlgeschlagenen Veräußerung durch notariellen Vertrag gleichen Datums mit der UVG und deren Gemeinschafts- und Tochterunternehmen diesen im Wege der Einzelrechtsübertragung das Vermögen der VOB Union und der ihr zugehörigen Wirtschaftsbetriebe. Ausgenommen von der Übertragung blieben die Wirtschaftsbetriebe Hotel "Russischer Hof" und Hotel Schloß Vietgest (zu deren Entwicklung siehe unten 5.).

In dem Vergleich vereinbarten Treuhandanstalt und FAZ in Abänderung der ursprünglichen Regelung vom 7.2.1991 eine Mehrerlösklausel für übertragene betriebsnotwendige Grundstücke. Hiernach erhöht sich der Kaufpreis für die UVG bei einer Veräußerung dieser Grundstücke in den Jahren 1994 bis 1996 um 100 %, bei einer Veräußerung in den Jahren 1997 bis 1999 um 50 % des Mehrerlöses. Soweit bis zum 31.12.1999 betriebsnotwendige Grundstücke veräußert werden und der aus der Veräußerung erzielte Kaufpreis für betriebliche Investitionen verwendet wird, verzichtete die Treuhandanstalt nach dem Vergleich im Interesse der Fortentwicklung des Unternehmens auf die Kaufpreiserhöhung. Schließlich regelte der Vergleich zu der Mehrerlösklausel, daß sich die FAZ verpflichtet, jeden Kaufvertrag zu den genannten Grundstücken schriftlich anzuzeigen und die Verwendung des Erlöses umfassend nachzuweisen.

Die Mehrerlösklausel betrifft die folgenden, als betriebsnotwendig angesehenen Grundstücke:

Grundstück	Mehrerlösgrenze in TDM
- Zimmerstraße 78, Berlin	7.000
- Mittelstraße 2-4, Berlin	17.800
- Prießnitzstraße 39, Dresden	650
- Franckeplatz 1, Halle	480
- Teubnerstraße 12-14, Leipzig	4.700
- Eilenburgerstraße 13, Leipzig	6.300
- Herrenstraße 16 und 18, Stollberg	1.100
- Coudraystraße 10, Weimar	580
- Kröpeliner Straße 44-47, Rostock	1.900

In dem Vergleich verpflichtete sich die FAZ schließlich, ab dem 1.1.1994 für die Dauer von vier Jahren 473 Arbeitsplätze bei der UVG und ihren Tochtergesellschaften einschließlich der DZV Deutscher Zeitungsverlag GmbH zu garantieren gegen eine Vertragsstrafe von 20 TDM für jeden im Kalenderjahr nicht nachgewiesenen Arbeitsplatz.

E.IV.4. Beschlüsse der Unabhängigen Kommission zu Veräußerung und Heilung

Die Unabhängige Kommission hat zur Veräußerung der UVG an die FAZ durch Vertrag vom 7.2.1991 und zur Heilung der fehlgeschlagenen Veräußerung durch Vergleich und Verträge vom 30.12.1993 nachfolgende Beschlüsse gefaßt:

- ***Beschluß vom 21.10.1992:***

  "Die Unabhängige Kommission stellt fest, daß sie zur Veräußerung der Geschäftsanteile der Union Verwaltungsgesellschaft mbH an die Frankfurter Allgemeine Zeitung kein Einvernehmen erteilt hat.

  Die Unabhängige Kommission erklärt vorsorglich die Rücknahme des vom Leiter des Sekretariates erteilten Einvernehmens zur Veräußerung.

  Die Unabhängige Kommission begrüßt die Fortführung der Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien, um eine gütliche Einigung herbeizuführen."

- ***Beschluß vom 17.11.1992:***

  "Die Unabhängige Kommission erteilt ihr Einvernehmen dazu, daß die Treuhandanstalt die zur Heilung des Vertrages zur Veräußerung der Union Verwaltungsgesellschaft mbH an die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH vom 7. Februar 1991 notwendigen Grundstücksveräußerungen mit folgenden Maßgaben vornimmt:

  1. Es ist sicherzustellen, daß die Erwerberin eine Arbeitsplatzgarantie für mindestens 560 Arbeitnehmer nach den branchenüblichen Konditionen der Treuhandanstalt übernimmt.

2. Eine Spekulationsschutzklausel für die betriebsnotwendigen Grundstücke ist zu vereinbaren.

3. Die Unabhängige Kommission geht davon aus, daß in die Gesamtlösung auch die Rechtsträgerobjekte einbezogen werden, was nicht zu Lasten des Sondervermögens erfolgen darf."

- *Beschluß vom 14.12.1993:*

"Die Unabhängige Kommission erteilt in Abänderung der Ziffer 1 des Beschlusses vom 17. November 1992 ihr Einvernehmen zum Abschluß einer Heilungsvereinbarung mit der Maßgabe, daß die FAZ 473 Arbeitsplätze zu treuhandüblichen Konditionen garantiert und daß hinsichtlich der Veräußerung betriebsnotwendiger Grundstücke eine Abführung von Mehrerlösen vereinbart wird und zwar für die Jahre 1994 bis 1996 in Höhe von 100 % und für weitere drei Jahre in Höhe von 50 %. Ausgangspunkt für die Berechnung des Mehrerlöses sind die von der FAZ akzeptierten Wertermittlungen der Treuhandanstalt."

- *Beschluß vom 25.1.1994:*

"Die Unabhängige Kommission erteilt ihr Einvernehmen zu folgender, in der Heilungsvereinbarung mit der FAZ enthaltener Mehrerlösklausel:

Bei einer Veräußerung in den Jahren 1994 bis 1996 beträgt die Kaufpreiserhöhung 100 %, bei einer Veräußerung in den Jahren 1997 bis 1999 50 % des jeweiligen Mehrerlöses.

Soweit bis zum 31.12.1999 betriebsnotwendige Grundstücke veräußert werden und der aus der Veräußerung erzielte Kaufpreis für betriebliche Investitionen (aktivierungsfähiges Sachanlagevermögen mit Ausnahme von Personenkraftwagen) verwendet wird, verzichtet die Treuhandanstalt im Interesse der Fortentwicklung des Unternehmens auf die vorstehende Kaufpreiserhöhung.

Die FAZ verpflichtet sich, jeden Kaufvertrag bezüglich der unter § 2 Ziff. 2 [des Vergleichs vom 30.12.1993] ***bezeichneten Grundstücke schriftlich anzuzeigen, eine Kopie davon zu übergeben und gegebenenfalls durch einen Wirtschaftsprüfer nachzuweisen, daß der erzielte Kaufpreis für betriebliche Zwecke investiert wurde. Die FAZ räumt der Treuhandanstalt das Recht ein, durch Einsichtnahme in die erforderlichen Geschäftsunterlagen diese Angaben zu überprüfen oder durch Dritte überprüfen zu lassen.***

Das Einvernehmen wird mit der Maßgabe erteilt, daß zwischen Veräußerung und Investition des Veräußerungserlöses ein innerer sachlicher Zusammenhang bestehen muß, die Reinvestitionen ausschließlich in den neuen Bundesländern erfolgen und die FAZ die Maßgaben in einem Begleitbrief zu der Heilungsvereinbarung bestätigt."

Die FAZ hat die Maßgaben mit Schreiben vom 25.1.1995 an die Treuhandanstalt bestätigt.

E.IV.5. Veräußerung von Einzelbetrieben der UVG

Zwei ehemalige Wirtschaftsbetriebe der VOB Union, das Hotel "Russischer Hof" in Weimar und das Hotel Schloß Vietgest, wurden nicht im Zuge der Heilung der fehlgeschlagenen Veräußerung der UVG an die FAZ auf die UVG übertragen (siehe oben E.IV.3.). Deshalb hat die Treuhandanstalt in der Folgezeit weiterhin die treuhänderische Verwaltung dieser Betriebe wahrgenommen.

Hotel Schloß Vietgest (Geschäftsbetrieb und Betriebsgrundstück, ursprünglich in Rechtsträgerschaft der CDU der DDR, ohne "Haus am See", siehe im einzelnen oben D.I.3.) hat die Treuhandanstalt nach Ausschreibung mit notariellem Vertrag vom 26.11.1993 an eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts, bestehend aus zwei Privatleuten, veräußert. Die Unabhängige Kommission hat ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung am 25.11.1993 erteilt.*** Den Kaufpreisanteil, der auf den zum Vermögen der CDU der DDR zählenden Geschäftsbetrieb entfällt, haben Wirtschaftsprüfer im Auftrag der Treuhandanstalt mit 141 TDM ermittelt.

Die Hotel "Russischer Hof" Weimar GmbH wurde bislang nicht veräußert.

E.IV.6. Restitution von Einzelbetrieben der UVG

Auf drei treuhänderischer Verwaltung unterliegende ehemalige Betriebe der VOB Union hatten die ursprünglichen privaten Inhaber Rückgabeansprüche erhoben (siehe oben E.III.5.). Die Treuhandanstalt hat diese Betriebe im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission restituiert. Hierbei handelte es sich um folgende Betriebe:

- Fa. Hermann Starke Nachfahren H. Plasnick KG, Großenhain (später Bestandteil der Union Druckerei Großenhain). Einvernehmen der Unabhängigen Kommission zur Restitution durch ***Beschluß vom 10.7.1991.***

- Dresdner Kalenderherstellung. Einvernehmen der Unabhängigen Kommission zur Restitution durch ***Beschluß vom 10.7.1991.***

- Druckerei und Verlag Cordier, Heiligenstadt. Einvernehmen der Unabhängigen Kommission zur Restitution durch ***Beschluß vom 2.8.1991.***

E.IV.7. Entscheidungen der Unabhängigen Kommission zu Grundstücken der VOB Union/UVG

Die Unabhängige Kommission hat bei der Ermittlung des Vermögens der VOB Union/UVG insgesamt 30 Grundstücke erfaßt und überprüft. Zu diesen Grundstücken hat die Unabhängige Kommission folgende ***Entscheidungen*** getroffen (Stand: 8. März 1996; Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- ***Einvernehmen zur Veräußerung 14***
- ***Abgabe an Bundesvermögensverwaltung 10***
- ***Einvernehmen zur ablehnenden Restitutionsentscheidung.................................. 5***
- ***Feststellung, daß kein Sondervermögen 1***

II. Teil

Bericht über das Vermögen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD)

Seite:

Gliederung II. Teil (Bericht zur DBD)

Seite:

A. Allgemeine Angaben zur Partei

Abschnitt A. gibt eine allgemeine Einführung zur DBD. Er enthält Angaben zur Geschichte, zu Organisationsstruktur/-grundlagen, zu Mitgliedern und Mitarbeitern sowie zu den organisatorischen Veränderungen der Partei im Jahr 1990 und den sich hieran anknüpfenden Folgen.

A.I. Gründung/Vorsitzende/Selbstverständnis

Die DBD wurde am 29. April 1948 durch und auf Veranlassung von Vertrauenspersonen der Sowjets und der SED gegründet. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) ließ die Gründung der DBD offiziell am 16. Juni 1948 zu.

Am 5. August 1948 wurde die DBD in den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien aufgenommen, der bis dahin aus SED, CDU der DDR und LDP bestand und sich am 17. Juni 1949 in Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen umbenannte. Neben den anderen Parteien und Massenorganisationen der DDR war die DBD Mitglied der Nationalen Front.

Die ***Vorsitzenden*** der DBD waren:

Ernst Goldenbaum	1948 - 1982
Ernst Mecklenburg	1982 - 1987
Günther Maleuda (Rücktritt am 30.6.1990)	1987 - 1990
Ulrich Junghanns (amtierender Vorsitzender)	30.6. - 31.8.1990

Ihr *Selbstverständnis* drückte die DBD in ihrem Statut vom 28./30.4.1987 wie folgt aus (Zitat aus Abschnitt I. des Statuts, Grundsätze und Ziele der DBD):

"Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands sieht ihre oberste Verpflichtung darin, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern auf ständig höherer Stufe festigen und entwickeln zu helfen. Sie anerkennt die gesetzmäßig wachsende führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei als Unterpfand für die weitere erfolgreiche Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Die Freundschaft zur Sowjetunion, die ständige Vertiefung des brüderlichen Bündnisses zwischen der DDR und der UdSSR sind Herzenssache aller Parteimitglieder.

...Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands fühlt sich den Traditionen bäuerlichen Fortschrittstrebens verpflichtet und damit allem Progressiven aus den Kämpfen der deutschen Bauern für Frieden, Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit sowie ihrem vielgestaltigen Ringen zur Entwicklung der Landwirtschaft. Sie berücksichtigt Erfahrungen der werktätigen Bauernschaft aus der Auseinandersetzung mit Junkertum und Kapital unter feudalen und kapitalistischen Verhältnissen sowie bei der Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der sozialistischen Revolution in der DDR."

In Abschnitt I ihres Statuts vom 27./28.1.1990 formulierte die DBD zu ihrem Selbstverständnis:

"Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) ist eine eigenständig wirkende unabhängige Partei. Sie ist offen für alle Bürger, gleich welcher Weltanschauung und Religion, die die Verfassung der DDR anerkennen. Sie vertritt die Interessen der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern, Gärtner, aller Werktätigen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, von Angehörigen der Intelligenz, Handwerkern, Gewerbetreibenden und von Kulturschaffenden, aller Bürger, die sich mit dem Leben auf dem Lande, mit der Natur, dem Schutz der Umwelt und der ökologischen Stadtentwicklung verbunden fühlen."

A.II. Organisationsstruktur/-grundlagen

Die DBD gliederte sich bis 1989 in 6.001 Orts-/Wohnbezirksgruppen, 232 Kreisverbände, 15 Bezirksverbände und den Parteivorstand in Berlin.

Im April 1990 (Thüringen März 1990) gründete die DBD Landesverbände in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Die Bezirksverbände wurden aufgelöst, ihre jeweiligen Untergliederungen in den Landesverbänden integriert.

Die DBD unterhielt eine Zentrale Schulungsstätte "Thomas Müntzer" in Borkheide (Brandenburg), weitere Schulungsstätten in Bad Kleinen und Leipzig sowie ein Gästehaus in Muldenberg.

In ihren Anfangsjahren verfügte die DBD über mehrere Vermögensverwaltungsgesellschaften auf Zentral- und Landesverbandsebene. Über sonstige gewerbliche Unternehmungen verfügte die DBD nicht (siehe im einzelnen unten E.).

Die DBD hatte ihre Organisationsgrundlagen im einzelnen zuletzt geregelt in ihren Statuten vom 28./30.4.1987 und 27./28.1.1990.

Das Präsidium des Parteivorstandes hatte die Verantwortlichkeiten für die Finanzwirtschaft der DBD zuletzt geregelt durch am 4.12.1979 beschlossene Richtlinien für die Finanzführung in den Bezirkssekretariaten, Kreissekretariaten und Ortsgruppen.

A.III. Mitglieder

A.III.1. Mitgliederzahlen 1948 bis 1990

Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl
1948	10.456	1970	84.148
1949	41.710	1971	84.567
1950	70.269	1972	84.760
1951	84.976	1973	85.907
1952	85.177	1974	87.011
1953	81.704	1975	88.483
1954	84.528	1976	90.509
1955	86.340	1977	93.494
1956	80.884	1978	95.422
1957	83.802	1979	97.357
1958	85.065	1980	99.285
1959	86.573	1981	101.117
1960	85.300	1982	103.125
1961	85.438	1983	105.273
1962	85.184	1984	107.909
1963	84.295	1985	110.534
1964	83.801	1986	113.055
1965	84.784	1987	117.279
1966	84.327	1988	121.698
1967	84.026	31.12.1989	117.232
1968	84.020	31.3.1990	98.595
1969	83.965	30.6.1990	80.806

A.III.2. Soziale Zusammensetzung der Mitglieder im Dezember 1989

Mitglieder in Land-, Forst-, Wasser- und Nahrungsgüterwirtschaft	71,2 %
Mitarb. in der DBD und in gesellschaftl. Organisationen	1,0 %
Mitarbeiter in staatl. Organen	2,5 %
Mitarbeiter in wirtschaftsleitenden Organen	0,8 %
Wissenschaftler	0,6 %
Pädagogen, Erzieher	1,6 %
Mitarbeiter im Gesundheitswesen	0,7 %
Tierärzte, Mitarbeiter im Veterinärwesen	0,5 %
Mitarbeiter im Handel, Dienstleistungen	2,0 %
Mitarbeiter im Bereich Kultur	0,1 %
sonstige Angestellte	3,4 %
freiberuflich Tätige (Künstler, Schriftsteller)	0,1 %
Arbeiter	5,5 %
sonstige Handwerker und Gewerbetreibende	0,9 %
Studenten/Schüler	0,7 %
Rentner	7,2 %
Hausfrauen	1,0 %

Anmerkung: Die Angaben zur sozialen Zusammensetzung der Mitglieder im Dezember 1989 sind entnommen aus einer Aufstellung "Information zur Mitgliederstruktur" der Abteilung Organisation des Parteivorstandes der DBD vom 20.8.1990.

A.IV. Mitarbeiter am 1.1.1990

Am 1. Januar 1990 beschäftigte die DBD insgesamt 1.221 Mitarbeiter.

Anmerkung: Der 1. Januar 1990 ist für die Darstellung der Mitarbeiterzahlen der DBD besonders geeignet. Zu diesem Zeitpunkt war die DBD personell noch vollständig besetzt (zum späteren Personalabbau vgl. I. Teil, Bericht zur CDU der DDR, C.IV.3.) und organisatorisch noch entsprechend der Territorialgliederung der DDR in Bezirksverbände aufgeteilt.

Die 1.221 Mitarbeiter zum 1. Januar 1990 schlüsseln sich wie folgt auf:

Parteivorstand		**146**
davon:		
politische Mitarbeiter	73	
technische Mitarbeiter	73	
Bezirksverbände		**326**
davon:		
politische Mitarbeiter	159	
technische Mitarbeiter	167	
Kreisverbände		**653**
davon:		
politische Mitarbeiter	447	
technische Mitarbeiter	206	
Schulungsstätten (Borkheide, Bad Kleinen, Leipzig)		69
davon:		
politische Mitarbeiter	17	
technische Mitarbeiter	52	
Gästehaus Muldenberg		27
davon:		
politische Mitarbeiter	0	
technische Mitarbeiter	27	

A.V. Beitritt der DBD zur CDU der DDR am 1.9.1990 und tatsächliche Auswirkungen

A.V.1. Beitritt zur CDU der DDR

Mit Beschluß vom 25.6.1990 schlug der Parteivorstand der DBD den Mitgliedern der DBD vor, *"durch einen Zusammenschluß mit der Christlich-Demokratischen Union* [CDU der DDR] *den Mitgliedern der DBD eine neue politische Heimat mit Perspektive zu geben."*

Delegiertenversammlungen der DBD-Landesverbände beschlossen im August/September 1990 den Zusammenschluß ihres Landesverbandes mit dem entsprechenden Landesverband der CDU der DDR überwiegend mit Wirkung zum 1.9.1990.

Eine Zentrale Delegiertenversammlung der DBD beschloß am 15.9.1990 in Anerkennung der Beitrittsbeschlüsse der Landesverbände, daß der Zusammenschluß von DBD und CDU der DDR vollendet sei und die CDU der DDR zum 1.9.1990 die Gesamtrechtsnachfolge der DBD antrete.

In Ausführung dieses Beschlusses vereinbarten das Präsidium des Parteivorstandes der DBD und das Präsidium der CDU der DDR mit Vertrag vom 15.9.1990 die Ausgestaltung des Zusammenschlusses. Nach dem Vertrag trat die CDU der DDR zum 1.9.1990 auf allen Leitungsebenen in die Rechte und Pflichten des Arbeitgebers gegenüber den hauptamtlich Beschäftigten der DBD ein. Ferner regelte der Vertrag, daß die Übernahme des Vermögens der DBD durch die CDU der DDR auf allen Ebenen auf der Grundlage der Abschlußbilanz der DBD zum 31.8.1990 erfolgen sollte.

A.V.2. Tatsächliche Auswirkungen des Beitritts auf das Vermögen der DBD

Durch den Zusammenschluß übernahmen der Parteihauptvorstand der CDU der DDR die flüssigen Mittel des Parteivorstandes der DBD und die Landesverbände der CDU der DDR die flüssigen Mittel des jeweiligen Landesverbandes der DBD. Die Übernahme flüssiger Mittel erfolgte in der Regel durch bloße Kontenumschreibungen. Bis zum 30.6.1991 übernahm eine bei dem ehemaligen Parteivorstand der DBD eingerichtete Bevollmächtigtenstelle unter Leitung des letzten amtierenden Vorsitzenden der DBD, Ulrich Junghanns, die Vermögensübertragung und -abwicklung im einzelnen.

Das Anlagevermögen der DBD erfuhr durch den Zusammenschluß keine unmittelbaren tatsächlichen Veränderungen. Formale Rechte an Grundstücken der DBD wurden nicht abgeändert. Auch das bewegliche Anlagevermögen verblieb zunächst bei der jeweiligen Organisationseinheit der ehemaligen DBD (zur späteren Verwertung von Grundstücken und beweglichem Anlagevermögen siehe unten D.I.1. und 2.).

Die Landesverbände der CDU der DDR ihrerseits traten am 1.10.1990 der CDU bei. Zu dieser Entwicklung und ihren Folgen auch für das Vermögen der DBD siehe umfassend I. Teil, Bericht zur CDU der DDR.

B. Art und Weise der Vermögensermittlung

Abschnitt B. stellt dar, auf welchen Grundlagen die Ermittlungen der Unabhängigen Kommission zu dem Vermögen der DBD beruhen und welche Einzelberichte der Unabhängigen Kommission vorgelegen haben.

B.I. Ermittlungsgrundlagen

Die das ***Parteivermögen*** der DBD belegenden Originalunterlagen haben nur unvollständig vorgelegen.

Zu mehreren Bezirksverbänden fehlten teilweise oder vollständig Kontoauszüge und Buchungsbelege. Finanzunterlagen der DBD aus den Jahren 1948 bis 1979 fehlten vollständig. Die sog. Grundmittelkartei (bei dem Parteivorstand geführte Kartei, in der sämtliche Eigentums- und Rechtsträgergrundstücke der Partei erfaßt waren) konnte ebenfalls nicht aufgefunden werden.

Nach den Erkenntnissen der Unabhängigen Kommission ist das Fehlen von Originalunterlagen eine Folge der strukturellen Veränderungen der DBD im Jahr 1990. Durch die Gründung von Landesverbänden und den Zusammenschluß mit der CDU der DDR wurden alte Finanzunterlagen als überflüssig angesehen und in großem Umfang vernichtet. Zu Vernichtungen von Unterlagen liegen zahlreiche Protokolle vor. Den Vernichtungen lag ein Beschluß des Präsidiums der DBD vom 16.8.1990, zur Beschlußfassung eingereicht durch den amtierenden Vorsitzenden Ulrich Junghanns, zugrunde. Mit diesem Beschluß übertrug das Präsidium der DBD den Landesvorständen der DBD die volle Finanzhoheit mit Wirkung zum 1.8.1990. Der Beschluß bestimmte die Eigenverantwortlichkeit der Landesvorstände ab diesem Zeitpunkt für die Abwicklung aller Finanzgeschäfte. Der Beschluß legte unter anderem fest, daß die Landesverbände ab dem 1.8.1990 eigenverantwortlich sein sollten für *"die Vernichtung bzw. Archivierung der Unterlagen des Bereiches Finanzen (zu vernichten sind alle Belege, Journale, Kontenkarten, Inventurnachweise, Bilanzen, Ergebnisrechnungen, Finanzpläne u.a. Dokumente, die vor dem 1. Januar 1989 liegen). Über die Vernichtung ist ein ordnungsgemäßes Protokoll anzufertigen."*

Auf Nachfrage der Unabhängigen Kommission haben ehemals Verantwortliche der DBD erklärt, der Beschluß vom 16.8.1990 sei gefaßt worden, um die Landesverbände von den *"zentralistischen Parteistrukturen zu befreien"* und hierdurch den Zusammenschluß mit der CDU der DDR vorzubereiten.

Das Fehlen von Finanzunterlagen konnte durch die Einholung von Saldenbestätigungen zu Parteikonten bei Banken, durch Plausibilitätsprüfungen der von der Unabhängigen Kommission beauftragten Wirtschaftsprüfer sowie durch Vollständigkeitserklärungen ehemals Verantwortlicher ausgeglichen werden. Ferner hat das Sekretariat der Unabhängigen Kommission zahlreiche Auskunftspersonen befragt, mehrfach die Archivunterlagen bei der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgesehen, weitere Archive abgefragt sowie sichergestellte Unterlagen der SED auf DBD-Bezüge durchgesehen. Hierdurch konnten, neben weiteren nicht von der Vernichtung betroffenen Unterlagen, zusammenfassende Finanzaufstellungen des Parteivorstandes der DBD aus den Jahren 1980 bis 1990 im Original aufgefunden werden.

Das Fehlen der Grundmittelkartei konnte das Sekretariat der Unabhängigen Kommission durch umfassende Abfragen bei Katasterämtern, Grundbuchämtern und Grundbucharchiven sowie ebenfalls durch Befragung von Auskunftspersonen und mehrfache Durchsicht der Archivunterlagen der Konrad-Adenauer-Siftung ausgleichen.

Die Entwicklung der ***gewerblichen Unternehmung*** der DBD und ihrer Rechtsverhältnisse konnte die Unabhängige Kommission durch Abfragen bei den Handelsregistern ermitteln.

B.II. Vorliegende Einzelberichte

Der Bericht der Unabhängigen Kommission zur DBD stützt sich auf eine Vielzahl von Einzelberichten, die die Unabhängige Kommission in ihre Arbeit einbezogen, überprüft und ausgewertet hat. Hierbei handelt es sich zum einen um Berichte, die von oder im Auftrag der DBD oder der CDU der DDR/CDU erstellt wurden, und zum anderen um im Auftrag der Unabhängigen Kommission erstellte Berichte von Wirtschaftsprüfern.

B.II.1. Parteieigene Berichte

Zunächst hat die DBD selbst mit Schreiben vom 2.7.1990 eine erste, in weiten Teilen noch unvollständige Vermögensübersicht übersandt. In der Folgezeit hat die DBD die Vermögensübersicht auf Nachfragen der Unabhängigen Kommission vielfach ergänzt, erweitert und berichtigt.

Nach dem 1.9.1990 (Tag des Beitritts der Landesverbände der DBD zur CDU der DDR) haben zunächst die CDU der DDR und später die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn die Berichtspflicht für die DBD wahrgenommen und in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Unabhängigen Kommission zahlreiche weitere Übersichten, Aufstellungen und Darstellungen übersandt. Darüber hinaus hat der Wirtschaftsprüfer Prof. Dr. Erwin Pougin, Köln, im Auftrag der CDU folgende Berichte erstellt, die auch Ausführungen zur DBD enthalten und der Unabhängigen Kommission vorliegen:

- *Bericht vom 31.10.1990* über die Prüfung der Schlußbilanz der CDU der DDR zum 30. September 1990 und der Eröffnungsbilanz zum 1. Oktober 1990,

- *Bericht vom 4.9.1991* über die Prüfung der Rechnungslegung über die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle zum 1. Oktober 1990 vom Hauptvorstand der CDU der DDR übernommenen Geldbestände und deren Verwendung bis zum 31. August 1991,

- *Bericht vom 15.11.1991* über die Prüfung des Rechenschaftsberichtes der CDU für das Kalenderjahr 1990.

Die CDU selbst hat in ihren Rechenschaftsberichten gegenüber dem Deutschen Bundestag gemäß § 23 Parteiengesetz ab dem Kalenderjahr 1990 stets auch in einem besonderen Berichtsteil über das Vermögen der DBD wie folgt berichtet:

- *Rechenschaftsbericht für das Kalenderjahr 1990* (Bundestagsdrucksache 12/2165), Seiten 331 ff.:

  Bericht

  a) betr. Rechenschaftslegung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 1990 für ehemalige CDU-Ost, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Christlich Demokratische Jugend und Demokratischer Aufbruch,

b) betr. Rechenschaftslegung für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1990 für Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögen ehemaliger CDU Parteihauptvorstand-Ost.

- *Rechenschaftsberichte für die Kalenderjahre 1991* (Bundestagsdrucksache 12/3950, Seiten 33 ff.), *1992* (Bundestagsdrucksache 12/6140, Seiten 49 ff.) und *1993* (Bundestagsdrucksache 13/145, Seiten 78 ff.):

  jeweils Bericht betr. Rechenschaftslegung für den Zeitraum des Kalenderjahres für Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögen ehemaliger CDU Parteihauptvorstand-Ost.

B.II.2. Wirtschaftsprüferberichte im Auftrag der Unabhängigen Kommission

Ab Juni 1991 beauftragte die Unabhängige Kommission selbst Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung des Vermögens der DBD. Die Wirtschaftsprüfer haben ihre Aufträge nach umfangreichen Vorgaben des Sekretariates der Unabhängigen Kommission und in ständiger enger Abstimmung mit diesem wahrgenommen.

Die ursprünglich beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft legte Anfang 1992 einen Berichtsentwurf vor über die Prüfung des Vermögens der DBD zum 7. Oktober 1989 und der Vermögensveränderungen zwischen dem 7. Oktober 1989 und dem 31. Dezember 1990. Wegen unzureichender Prüfungsergebnisse und nicht befriedigender Zusammenarbeit beendete die Unabhängige Kommission das Auftragsverhältnis im März 1992.

Unmittelbar im Anschluß beauftragte die Unabhängige Kommission die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bayerische Treuhandgesellschaft, München, mit der Fortführung der Prüfung. Als Ergebnisse der Prüfungstätigkeit der Bayerischen Treuhandgesellschaft liegen der Unabhängigen Kommission folgende Berichte vor, die entweder unmittelbar die DBD behandeln oder Ausführungen zur DBD beinhalten:

- *Bericht vom 31.8.1993*

  über die Prüfung der Rechenschaftslegung nach § 20a Absatz 2 Parteiengesetz der DDR der DBD.

- *Bericht vom 24.6.1994*

  über die Prüfung des Treuhand-Abwicklungs-Sondervermögens der CDU der DDR für den Zeitraum 1. Oktober 1990 bis zum 31. Dezember 1993.

- *Berichte vom 4.3.1993*

  über die Belegprüfungen für die Zeit vom 7. Oktober 1989 bis zum 31. Dezember 1990 bei dem Parteivorstand der CDU der DDR sowie den Landesverbänden Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

C. Entwicklung der flüssigen Mittel

Abschnitt C. berichtet über die flüssigen Mittel der DBD.

Dargestellt werden die Einnahmen und Ausgaben der DBD in den Jahren 1980 bis 1989, der Bestand der flüssigen Mittel am 7.Oktober 1989, die Einnahmen und Ausgaben vom 7. Oktober 1989 bis zum 31. August 1990 sowie der Bestand der flüssigen Mittel am 31. August/1. September 1990, dem Zeitpunkt des Beitritts der Landesverbände der DBD zu den Landesverbänden der CDU der DDR.

C.I. Einnahmen/Ausgaben 1980 bis 1989

Im folgenden werden die kalenderjährlichen Einnahmen und Ausgaben der DBD von 1980 bis zum letzten vollständigen Geschäftsjahr, 1989, dargestellt. Angaben zu den Jahren vor 1980 sind nicht möglich (vgl. oben B.I.).

Die Einnahmen und Ausgaben für die Jahre 1980 bis 1989 betreffen die gesamte Partei. Die Darstellungen schlüsseln die Einnahmen und Ausgaben nach Parteivorstand (PV) und Bezirksverbänden (BVe) auf. In den Angaben für die Bezirksverbände sind die weiteren Parteiuntergliederungen, die Schulungsstätten Borkheide, Bad Kleinen und Leipzig sowie das Gästehaus Muldenberg enthalten.

Im Anschluß an die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben werden die wesentlichen Einnahmeposten "Zuschüsse aus dem Staatshaushalt" und "Mitgliedsbeiträge" und ihr prozentualer Anteil an den Gesamteinnahmen gesondert dargestellt.

C.I.1. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1980

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Staatszuschüsse	17.704	-	17.704
Mitgliedsbeiträge	16	3.543	3.559
Spenden	58	19	77
Erlöse	12	33	45
Sonstige	35	183	218
Summe	**17.825**	**3.778**	**21.603**

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.962	12.774	14.736
pol. Arbeit	639	3.028	3.667
Investitionen	491	2.061	2.552
Sonstige	311	1.032	1.343
Summe	**3.403**	**18.895**	**22.298**

Ausgabenüberhang: 696

Erläuterungen:

TM = tausend Mark (der DDR).

PV = Parteivorstand.

BVe = Bezirksverbände mit Untergliederungen sowie Schulungsstätten Borkheide, Bad Kleinen, Leipzig und Gästehaus Muldenberg.

C.I.2. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1981

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Staatszuschüsse	17.166	-	17.166
Mitgliedsbeiträge	17	3.679	3.696
Spenden	58	7	65
Erlöse	10	33	43
Sonstige	37	218	255
Summe	**17.288**	**3.937**	**21.225**

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.040	12.968	15.008
pol. Arbeit	639	2.812	3.451
Investitionen	497	1.434	1.931
Sonstige	256	1.039	1.295
Summe	**3.432**	**18.253**	**21.685**

Ausgabenüberhang: 460

C.I.3. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1982

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Staats-zuschüsse	19.286	-	19.286
Mitglieds-beiträge	17	3.866	3.883
Spenden	58	48	106
Erlöse	10	35	45
Sonstige	40	178	218
Summe	**19.411**	**4.127**	**23.538**

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.122	13.105	15.227
pol. Arbeit	670	3.138	3.808
Investitionen	2.193	1.486	3.679
Sonstige	253	1.036	1.289
Summe	**5.238**	**18.765**	**24.003**

Ausgaben-überhang: 465

C.I.4. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1983

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Staats-zuschüsse	17961.	-	17.961
Mitglieds-beiträge	19	4.036	4.055
Spenden	68	9	77
Erlöse	14	40	54
Sonstige	38	213	251
Summe	**18.100**	**4.298**	**22.398**

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.227	13.601	15.828
pol. Arbeit	660	2.594	3.254
Investitionen	565	1.470	2.035
Sonstige	271	1.106	1.377
Summe	**3.723**	**18.771**	**22.494**

Ausgaben-überhang: 96

C.I.5. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1984

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Staats- zuschüsse	19.691	-	19.691
Mitglieds- beiträge	21	4.364	4.385
Spenden	72	10	82
Erlöse	14	79	93
Sonstige	40	232	272
Summe	**19.838**	**4.685**	**24.523**

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.472	14.122	16.594
pol. Arbeit	787	2.599	3.386
Investitionen	2.276	1.752	4.028
Sonstige	279	1.155	1.434
Summe	**5.814**	**19.628**	**25.442**

Ausgaben-
überhang: 919

C.I.6. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1985

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Staatszuschüsse	19.008	-	19.008
Mitgliedsbeiträge	20	4.670	4.690
Spenden	72	42	114
Erlöse	84	288	372
Sonstige	20	417	437
Summe	**19.204**	**5.417**	**24.621**

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.444	14.216	16.660
pol. Arbeit	898	3.887	4.785
Investitionen	367	1.252	1.619
Sonstige	296	1.361	1.659
Summe	**4.005**	**20.716**	**24.723**

Ausgabenüberhang: 102

C.I.7. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1986

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Staatszuschüsse	21.194	-	21.194
Mitgliedsbeiträge	19	5.034	5.053
Spenden	85	8	93
Erlöse	87	265	352
Sonstige	-	366	366
Summe	**21.385**	**5.673**	**27.058**

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.816	15.674	18.490
pol. Arbeit	1.334	3.579	4.913
Investitionen	387	1.243	1.630
Sonstige	327	1.417	1.744
Summe	**4.864**	**21.913**	**26.777**

Einnahmenüberschuß: 281

C.I.8. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1987

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Staatszuschüsse	27.816	-	27.816
Mitgliedsbeiträge	20	5.327	5.347
Spenden	60	33	93
Erlöse	101	263	364
Sonstige	8	670	678
Summe	**28.005**	**6.293**	**34.298**

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.911	15.911	18.822
pol. Arbeit	3.189	4.184	7.373
Investitionen	447	1.594	2.041
Sonstige	6.266	1.525	7.791
	2.813	**23.214**	**36.027**

Ausgabenüberhang: 1.729

Erläuterungen:

In den sonstigen Ausgaben des Parteivorstandes sind Zahlungen in Höhe von 5.940 TM zur Stützung des "Bauern-Echo" enthalten (siehe auch unten E.I.).

C.I.9. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1988

Einnahmen in TM

	PV	BVe	Gesamt
Staats-zuschüsse	27.804	-	27.804
Mitglieds-beiträge	21	5.979	6.000
Spenden	60	67	127
Erlöse	108	307	415
Sonstige	22	456	478
Summe	**28.015**	**6.809**	**34.824**

Ausgaben in TM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	2.970	16.085	19.055
pol. Arbeit	3.588	4.567	8.155
Investitionen	371	1.665	2.036
Sonstige	6.203	1.565	7.768
Summe	**13.132**	**23.882**	**37.014**

Ausgaben-überhang: 2.190

Erläuterungen:

In den sonstigen Ausgaben des Parteivorstandes sind Zahlungen in Höhe von 5.870 TM zur Stützung des "Bauern-Echo" enthalten (siehe auch unten E.I.).

C.I.10. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei 1989

Einnahmen in TM	PV	BVe	Gesamt	Ausgaben in TM	PV	BVe	Gesamt
Staatszuschüsse	28.140	-	28.140	Personal	3.043	16.507	19.550
Mitgliedsbeiträge	22	6.604	6.626	pol. Arbeit	3.778	3.805	7.583
Spenden	60	6	66	Investitionen	389	1.693	2.082
Erlöse	116	276	392				
Sonstige	40	398	438	Sonstige	5.802	1.911	7.313
Summe	**28.378**	**7.284**	**35.662**	**Summe**	**13.012**	**23.916**	**36.528**

Ausgabenüberhang: 866

Erläuterungen:

In den sonstigen Ausgaben des Parteivorstandes sind Zahlungen in Höhe von 5.574 TM zur Stützung des "Bauern-Echo" enthalten (siehe auch unten E.I.).

C.I.11. Einnahmen aus Staatszuschüssen und Mitgliedsbeiträgen 1980 bis 1989

Die Einnahmen der DBD setzten sich in der Zeit von 1980 bis 1989 (in Zusammenfassung der voranstehenden Darstellung der Einnahmen und Ausgaben in dieser Zeit) aus Staatszuschüssen und Mitgliedsbeiträgen wie folgt zusammen:

Jahr (Währung)	Staatszuschüsse	Anteil an Gesamteinn.	Mitgliedsbeiträge	Anteil an Gesamteinn.
1980 (TM[1])	17.704	82 %	3.559	16 %
1981 (TM)	17.166	81 %	3.696	17 %
1982 (TM)	19.286	82 %	3.883	16 %
1983 (TM)	17.961	80 %	4.055	18 %
1984 (TM)	19.691	80 %	4.385	18 %
1985 (TM)	19.008	77 %	4.690	19 %
1986 (TM)	21.194	78 %	5.053	19 %
1987 (TM)	27.816	81 %	5.347	16 %
1988 (TM)	27.804	80 %	6.000	17 %
1989 (TM)	28.140	79 %	6.626	19 %

1. TM = tausend Mark (der DDR)

C.II. Flüssige Mittel am 7.10.1989 (Altvermögen)

Am 7.10.1989, dem Stichtag des § 20a Absatz 2 Ziffer b) Parteiengesetz der DDR, verfügte die DBD auf allen Organisationsebenen über flüssige Mittel (Kassenbestände und Bankguthaben) in Höhe von insgesamt 15.946 TM.

Dieser Betrag setzt sich im einzelnen wie folgt zusammen:

Parteivorstand	9.853 TM
Bezirksverbände	5.469 TM
Schulungsstätten	468 TM
Gästehaus	156 TM
Summe	**15.946 TM**

Anmerkung: In den Angaben zu den Bezirksverbänden sind die Bankguthaben und Kassenbestände der territorialen Untergliederungen enthalten.

C.III. Einnahmen/Ausgaben vom 7.10.1989 bis 31.8.1990

Der folgende Abschnitt berichtet über die Einnahmen und Ausgaben der DBD in der Zeit vom 7.10.1989 bis zum Beitritt der Landesverbände der DBD zu den Landesverbänden der CDU der DDR mit Wirkung zum 1.9.1990 (in diesen Zeitraum fiel am 1.7.1990 die Währungsumstellung von Mark der DDR auf Deutsche Mark. Deshalb werden die Einnahmen und Ausgaben getrennt für die unterschiedlichen Währungszeiträume 7.10.1989 bis 30.6.1990 und 1.7. bis 31.8.1990 dargestellt). Hierauf folgend wird berichtet, über welche flüssigen Mittel die DBD zum Zeitpunkt des Beitritts zur CDU der DDR am 31.8./1.9.1990 verfügte (zur weiteren Entwicklung der flüssigen Mittel der DBD ab dem 1.9.1990 wird auf den I. Teil, Bericht zur CDU der DDR, C.III.3.,4. und C.IV., verwiesen). Schließlich werden in Zusammenfassung der voranstehenden Abschnitte allgemeine Aussagen zur Finanzierung der DBD getroffen.

C.III.1. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei vom 7.10.1989 bis 30.6.1990

Einnahmen in TM		Ausgaben in TM	
Staatszuschüsse	17.156	Personal	14.240
Mitgliedsbeiträge	3.575	pol. Arbeit	3.745
Spenden	31	Investitionen	1.586
Erlöse	397	Sonstige	3.463
Sonstige	-	Summe	23.034
Summe	21.159		
Ausgaben-Überhang:	1.875		

Erläuterungen:

TM = tausend Mark der DDR.

In den Staatszuschüssen sind am 12.4.1990 bei dem Parteivorstand eingegangene 1.256 TM Wahlkampfkostenerstattung enthalten.

Die sonstigen Ausgaben enthalten Zahlungen des Parteivorstandes zur Stützung des "Bauern-Echo" in Höhe von 2.301 TM (siehe auch unten E.I.).

C.III.2. Einnahmen/Ausgaben Gesamtpartei vom 1.7. bis 31.8.1990

Einnahmen in TDM		Ausgaben in TDM	
Staatszuschüsse	3.500	Personal	2.921
Mitgliedsbeiträge	30	pol. Arbeit	421
Spenden	-	Investitionen	300
Erlöse	191	Sonstige	245
Sonstige	-	**Summe**	**3.887**
Summe	**3.721**		
Ausgaben-Überhang:	166		

Erläuterungen:

Die Angaben erfolgen in TDM (= tausend Deutsche Mark), da zum 1.7.1990 die Währung in der DDR von Mark der DDR auf Deutsche Mark umgestellt wurde.

C.III.3. Flüssige Mittel am 31.8./1.9.1990

Im folgenden wird der Bestand der flüssigen Mittel der DBD zum 31.8.1990 dargestellt, den die CDU der DDR durch den Beitritt der DBD zum 1.9.1990 von der DBD übernommen hat:

Bestand bei Organisations- einheit DBD	Bestand in TDM	übernommen durch Organsiations- einheit CDU der DDR
Parteivorstand	3.090	Parteihauptvorstand
Schulungsstätten	442	Parteihauptvorstand
Gästehaus	148	Parteihauptvorstand
Landesverbände mit Untergliederungen	3.190	Landesverbände mit Untergliederungen

Zur weiteren Entwicklung der flüssigen Mittel der DBD wird auf den I. Teil, Bericht zur CDU der DDR, ab C.III.4., verwiesen.

C.III.4. Zusammenfassende Aussagen zur Finanzierung

Zur Finanzierung der DBD läßt sich ab 1980 zusammenfassend feststellen:

Die Einnahmen der DBD setzten sich ganz überwiegend (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung) aus Staatszuschüssen und Mitgliedsbeiträgen zusammen. Spenden erfolgten in sehr eingeschränktem Umfang und nur aus dem Kreis der Mitglieder.

Der durchschnittliche Anteil der Staatszuschüsse an den Gesamteinnahmen betrug 80 % in den Jahren 1980 bis 1989, der durchschnittliche Anteil der Mitgliedsbeiträge in dieser Zeit 18 %, zusammen 98 %. Vom 7.10.1989 bis zum 31.8.1990 betrug der Anteil der Staatszuschüsse an den Gesamteinnahmen 84 %, der Anteil der Mitgliedsbeiträge 13 %, zusammen 97 %.

Den Staatszuschüssen bis 1989 lagen Pläne der DBD für den Jahresfinanzbedarf (voraussichtliche Einnahmen und Ausgaben) zugrunde. Die DBD reichte die Pläne bei der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des Zentralkomitees (ZK) der SED ein. Diese Abteilung stimmte die Pläne mit dem Ministerium der Finanzen ab. Das Ministerium der Finanzen zahlte den Jahresfinanzbedarf an das ZK der SED aus. Das ZK der SED zahlte seinerseits alle zwei Monate an die DBD. Bis Anfang der achtziger Jahre holte der Vorsitzende der DBD das Geld in bar bei dem Leiter der Abteilung Finanzverwaltung und Betriebe des ZK der SED ab. In späterer Zeit überwies das ZK der SED das Geld auf ein Konto des Parteivorstandes der DBD bei der Staatsbank. Die Überweisungsträger ließen den Absender der Überweisung nicht erkennen.

Ab 1990 erfolgte die Finanzierung der DBD und insbesondere die Gewährung von Zuschüssen aus dem Staatshaushalt auf der Grundlage des Parteiengesetzes der DDR.

D. Anlagevermögen

Abschnitt D. berichtet in Form gegenständlicher Darstellung über das Anlagevermögen der DBD. Unterschieden wird zwischen Grundstücken, Kraftfahrzeugen/Mobiliar/Inventar, Kunstgegenständen und Archivunterlagen.

D.I. Grundstücke der DBD

Die Darstellung der Grundstücke der DBD unterscheidet zwischen Grundstücken im Eigentum, Grundstücken im Volkseigentum, die in Rechsträgerschaft der DBD standen, und Grundstücken, an denen ein Nutzungsrecht der DBD bestand. Die Darstellung geht vom Grundstücksbestand zum 7.10.1989 aus und umfaßt den Erwerb der Rechte am Grundstück, die Art der Nutzung und gegebenenfalls den Verbleib/die Verwertung der Rechte am Grundstück. Erfaßt sind nur solche Grundstücke, die am 7.10.1989 noch der DBD zuzuordnen waren. Angaben zu Grundstücken, die die DBD ab 1945 erworben, aber vor 1989 wieder veräußert/abgegeben hat, erfolgen nicht.

D.I.1. Ermittlungen und Entscheidungen insgesamt

Die Unabhängige Kommission hat bei der Ermittlung des Vermögens der DBD insgesamt 30 Grundstücke erfaßt und überprüft. Im einzelnen hat die Unabhängige Kommission zu Grundstücken der DBD folgende ***Entscheidungen*** getroffen (Stand: 8. März 1996; Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- *Einvernehmen zur Veräußerung 10*
- *Abgabe an Bundesvermögensverwaltung 14*
- *Einvernehmen zur Restitution 1*
- *Einvernehmen zur ablehnenden Restitutionsentscheidung.................................. 2*
- *Feststellung, daß kein Sondervermögen 2*

Die ermittelten Grundstücke teilen sich nach dem Recht der DBD am Grundstück wie folgt auf:

D.I.2. Eigentumsgrundstücke der DBD

Am 7.10.1989 verfügte die DBD über vier reine Eigentumsgrundstücke sowie über zwei weitere Grundstücke, die sich aus Flurstücken im Eigentum der DBD und aus volkseigenen Flurstücken in Rechtsträgerschaft der DBD zusammensetzten.

Im einzelnen:

- **Jahnstraße 11, Neubrandenburg, 1.280 qm**

  Der DBD-Bezirksverband Neubrandenburg erwarb das Grundstück durch notariellen Kaufvertrag vom 4.10.1972 für 56 TM von einer Erbengemeinschaft.
  Die Liegenschaft wurde als Geschäftsstelle des Bezirksvorstandes Neubrandenburg genutzt.
  Die Treuhandanstalt veräußerte die Liegenschaft mit notariellem Kaufvertrag vom 23.12.1991 nach Ausschreibung für 700 TDM an ein Rechtsanwaltsbüro. Die Unabhängige Kommission erteilte ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung am 4.4.1991.***

- **Wielandstraße 8, Rostock, 728 qm**

  Der DBD-Bezirksverband Rostock erhielt das Eigentum an der Liegenschaft mit Wirkung vom 1.9.1975 durch Inanspruchnahme des Grundstücks nach dem Aufbaugesetz gegen Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 33 TM zugunsten der privaten Voreigentümer.
  Die Liegenschaft wurde als Geschäftsstelle des Bezirksvorstandes Rostock genutzt.
  Bestandskräftige Entscheidungen über die Restitutionsanträge von Voreigentümern liegen noch nicht vor.

- **Fontanestraße 11, Waren (Müritz), 2.500 qm**

Der DBD-Bezirksverband Neubrandenburg erwarb das Grundstück durch notariellen Kaufvertrag vom 27.9.1976 für 25 TM von privatem Dritten.
Die Liegenschaft wurde als Schulungsstätte des DBD-Bezirkverbandes Neubrandenburg genutzt.
Mit notariellem Kaufvertrag vom 3.6.1992 veräußerte die Treuhandanstalt das Grundstück für 405 TDM nach Ausschreibung an eine Firma aus Waren. Die Unabhängige Kommission erteilte ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung am 30.4.1991***.

- **Ahornallee 6/Birkenallee 5, Berlin (Pankow), 2.067 qm**

Der Magistrat von Berlin überließ dem Parteivorstand der DBD das Grundstück mit notariellem Vertrag vom 25.8.1983 gegen Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 16 TM. Der Überlassung ging die Inanspruchnahme des Grundstücks durch Bescheid des Magistrats von Berlin vom 25.10.1982 nach dem Aufbaugesetz voraus.
Das Grundstück war ursprünglich mit einem stark verfallenen Gebäude bebaut. Eine Nutzung durch die DBD erfolgte nicht.
Bestandskräftige Entscheidungen über die Restitutionsanträge von Voreigentümern liegen noch nicht vor.

- **Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße 3, Cottbus, 1.414 qm**

Das Grundstück besteht aus zwei Flurstücken. Der DBD-Bezirksverband Cottbus wurde am 27.8.1975 als Eigentümer eines Flurstückes (528 qm, unbebaute Gartenfläche) im Grundbuch eingetragen. Die Rechtsträgerschaft an dem anderen, volkseigenen Flurstück (886 qm, bebaut mit einem Mehrfamilienhaus) hatte der DBD-Bezirksverband Cottbus ab dem 1.1.1980 inne.
Die Liegenschaft wurde als Geschäftsstelle des Bezirksvorstandes Cottbus genutzt.
Mit notariellem Kaufvertrag vom 20.12.1994 veräußerte die Treuhandanstalt das unbebaute Flurstück im Eigentum der DBD im Wege der Einzelvergabe zum Verkehrswert in Höhe von 56 TDM an einen privaten Dritten, dem zuvor das benachbarte Rechtsträgerflurstück restituiert worden war. Am ***24.4.1995*** erteilte die Unabhängige Kommission ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung***.

- **"Gästehaus Muldenberg", Am Bahnhof 2, Muldenberg (Chemnitz), 11.863 qm**

  Das Grundstück besteht aus fünf Flurstücken. Das Eigentum an einem Flurstück (2.718 qm.) erwarb der Parteivorstand der DBD durch notariellen Kaufvertrag vom 12.12.1969 von privatem Dritten. Die Rechtsträgerschaft an den übrigen vier volkseigenen Flurstücken erhielt der Parteivorstand der DBD in der Zeit von 1973 bis 1978.
  Der Parteivorstand baute die Liegenschaft umfangreich aus und um und nutzte sie in der Folgezeit als Gästehaus und Ferienheim.
  Die Treuhandanstalt trat von der Veräußerung der Liegenschaft an einen privaten Dritten, zu der die Unabhängige Kommission am ***30.6.1992*** ihr ***Einvernehmen*** erteilt hatte, am 21.12.1993 zurück, nachdem der Erwerber den Kaufpreis nicht zahlte. Nach Rückabwicklung des ursprünglichen Vertrages und erneuter Ausschreibung hat die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben die Liegenschaft für 300 TDM an private Dritte veräußert. Die Unabhängige Kommission hat hierzu am ***5.10.1995*** ihr ***Einvernehmen*** erteilt.

D.I.3. Volkseigene Grundstücke in Rechtsträgerschaft der DBD

Am 7.10.1989 hatte die DBD an 14 volkseigenen Grundstücken die Rechtsträgerschaft inne. Die Unabhängige Kommission hat bei allen Grundstücken gegenüber der Treuhandanstalt Einvernehmen zur Abgabe in das Bundesfinanzvermögen erteilt. Mit der Abgabe endete die Zuständigkeit der Unabhängigen Kommission, so daß ihr die weitere Entwicklung dieser Grundstücke in der Regel nicht bekannt ist.

Die Rechtsträgergrundstücke im einzelnen:

- **Karl-Marx-Straße 1, Borkheide, 63.101 qm**

  Die DBD nutzte die umfangreich bebaute Liegenschaft als zentrale Schulungsstätte "Thomas Müntzer".
  Rechtsträger war seit dem 2.12.1949 der Parteivorstand der DBD.

- **Prellerstraße 9, Dresden, 2.416 qm**

  Der Bezirksvorstand Dresden der DBD nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 3.10.1950 der Landesvorstand Sachsen der DBD.

- **Gallentiner Chaussee 11, Bad Kleinen, 4.769 qm**

  Die DBD nutzte Grundstück und Gebäude als Schulungs-, im Sommer auch als Erholungsstätte.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 1.1.1951 der DBD-Bezirksverband Schwerin.

- **Neuwerk 18, Halle, 1.443 qm**

  Der Bezirksvorstand Halle der DBD nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 1.1.1952 der Bezirksvorstand Halle der DBD.

- **Richard-Breslau-Straße 13, Erfurt, 1.787 qm**

  Der Bezirksvorstand Erfurt der DBD nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 21.4.1952 die Vermögensverwaltungsgesellschaft des DBD-Landesverbandes Thüringen, die FUNDUS, Thüringische Gesellschaft für Grundbesitz mbH, Erfurt.

- **Wiesestraße 4, Gera, 1.355 qm**

  Der Bezirksvorstand Gera der DBD nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 1.1.1953 der DBD-Bezirksverband Gera.

- **Clara-Zetkin-Straße 15, Suhl, 391 qm**

  Der Bezirksvorstand Suhl der DBD nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab 1956 der DBD-Bezirksverband Suhl.

- **Katharinenstraße 51, Neubrandenburg, 1.670 qm**

  Der Kreisvorstand Neubrandenburg der DBD nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 1.1.1960 der DBD-Bezirksverband Neubrandenburg. Vorheriger Rechtsträger war die Vermögensverwaltungsgesellschaft des DBD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, die "Deba" Mecklenburgische Gesellschaft für Grundbesitz mbH, Schwerin.

- **Marperger Straße 20, Leipzig, 2.200 qm**

  Die DBD nutzte die Liegenschaft mit 25 Schulungsplätzen als Schulungsstätte.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 1.10.1962 der Parteivorstand der DBD.

- **Behrenstraße 47/48, Berlin (Mitte), 2.810 qm**

  Die DBD nutzte Grundstück und Gebäude als Parteizentrale.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 1.1.1971 die DBD.

- **Kurt-Berthel-Straße 29, Chemnitz, 1.460 qm**

  Der Bezirksvorstand Karl-Marx-Stadt der DBD nutzte Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 1.4.1978 der DBD-Bezirksverband Karl-Marx-Stadt.

- **Mangerstraße 39, Potsdam, 3.398 qm**

  Bezirks- und Kreisvorstand Potsdam der DBD nutzten Grundstück und Gebäude als Geschäftsstelle.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 1.12.1984 der Bezirksvorstand Potsdam der DBD.

- **Ferienheim Gollwitz (bei Kirchdorf/Insel Poel), 13.451 qm**

  Der Parteivorstand der DBD übernahm am 1.3.1986 die Rechtsträgerschaft vom Kreis Wismar. Zu dieser Zeit stand auf dem Grundstück ein Rohbau, vom Kreis Wismar vorgesehen als Feierabend- und Pflegeheim. Die DBD beabsichtigte den Weiterbau als Schulungs- und Ferieneinrichtung mit 120 Betten. Die Bauarbeiten wurden am 30.6.1990 eingestellt.

- **Dorfstraße 13 g, Berlin-Wartenberg, 2.495 qm**

  Der Parteivorstand der DBD nutzte die früher als Rindermastanlage betriebene Liegenschaft zur Lagerung von Material und Baustoffen sowie für die Instandhaltung seiner Kraftfahrzeuge.
  Rechtsträger der Liegenschaft war ab dem 26.5.1987 der Parteivorstand der DBD.

D.I.4. Nutzungsrechte der DBD an Grundstücken

Am 7.10.1989 hatte die DBD Nutzungsrechte an acht Grundstücken wie folgt inne:

- **Bootshaus Bad Kleinen (am Schweriner See), 109 qm**

  Am 22.10.1967 genehmigte das Wasserstraßenamt Grabow der DBD-Schulungsstätte Bad Kleinen die Nutzung einer Ufer-/Wasserfläche zur Errichtung eines Bootshauses. 1968 errichtete die Schulungsstätte Bad Kleinen ein Bootshaus.
  Mit notariellem Vertrag vom 3.5.1993 veräußerte die Treuhandanstalt das Bootshaus nach Ausschreibung zum Verkehrswert von 40 TDM an einen privaten Dritten. Die Unabhängige Kommission erteilte ihr *Einvernehmen zur Veräußerung am 10.9.1991*.

- **Erholungsobjekt Engelsbach, Parzellen 19 und 20 (bei Gotha), 1.083 qm**

Mit Vertrag vom 3.4.1970 verpachtete der Rat der Gemeinde Engelsbach dem DBD-Bezirksverband Erfurt das volkseigene Grundstück zur Errichtung von zwei Ferienbungalows.
Mit notariellem Vertrag vom 17.2./9.3.1995 veräußerte die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben das Nutzungsrecht der DBD an dem Grundstück zum Verkehrswert von 1,5 TDM an die private Grundstückseigentümerin. Die Unabhängige Kommissiom erteilte ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung am 23.11.1994.***

- **Bungalow Nr. 30 "Wacheberg", Stausee Quitzdorf, Kollm, ca. 300 qm**

1972 errichtete der DBD-Bezirksverband Dresden auf dem volkseigenen Grundstück einen Ferienbungalow. Zu dieser Zeit war der Bezirksverband Mitglied der "Kooperationsgemeinschaft Wacheberg", die ihrerseits einen schriftlichen Nutzungsvertrag mit dem Rat des Kreises Niesky über ein größeres Feriengelände abgeschlossen hatte.
Mit notariellem Vertrag vom 11.5.1994 veräußerte die Treuhandanstalt das Gebäude zum Verkehrswert von 8 TDM an einen privaten Dritten. Die Unabhängige Kommission erteilte ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung am 7.4.1994.***

- **Ferienobjekt Hoffnungsbay, Jessern, Kreis Lübben, 850 qm**

Nach Ausreise der Eigentümerin aus der DDR wurde das Grundstück unter staatliche Verwaltung gestellt.
Mit Vertrag vom 23.4.1974 gestattete der Rat der Gemeinde Jessern dem DBD-Bezirksvorstand Cottbus die landwirtschaftliche Nutzung des Grundstücks. Der Bezirksvorstand errichtete einen Ferienbungalow mit Garage auf dem Grundstück.
Die Unabhängige Kommission erteilte am ***7.12.1995*** ihr ***Einvernehmen zur Abtretung*** des Nutzungsrechts ***und zur Veräußerung*** des Bungalows und der Garage zum Verkehrswert von 23 TDM an private Dritte.

- **Streuwiesenweg Hof Nr. 7, Diedrichshagen (Rostock), 960 qm**

1977 errichtete der DBD-Bezirksverband Rostock auf dem volkseigenen Grundstück zwei Ferienbungalows. Mit Schreiben vom 7.5.1987 räumte der Rechtsträger des

Grundstücks, die Gemüseproduktion LPG "Am Meer des Friedens", Elmenhorst, dem Bezirksverband ein kostenloses Nutzungsrecht an dem Grundstück ein.

- **Erholungsobjekt Parzelle 34, Meisdorf (Kreis Aschersleben), 356 qm**

Mit Vertrag vom 10.5.1985 räumte der Rechtsträger des volkseigenen Grundstücks, der Rat der Gemeinde Meisdorf, dem DBD-Bezirksvorstand Halle ein Nutzungsrecht an dem Grundstück für die Errichtung eines Bungalows ein.
Mit notariellem Vertrag vom 11.5.1994 veräußerte die Treuhandanstalt das Gebäude zum Verkehrswert von 25 TDM an einen privaten Dritten. Die Unabhängige Kommission erteilte ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung am 6.4.1994.***

- **Friedrich-Engels-Straße 66, Borkheide, 1.582 qm**

Nach Ausreise des Eigentümers aus der DDR wurde das Grundstück unter staatliche Verwaltung gestellt. Ein weiterer privater Dritter errichtete auf dem Grundstück einen Bungalow. Mit Vertrag vom 14.3.1986 erwarb die zentrale Schulungsstätte der DBD "Thomas Müntzer", Borkheide, den Bungalow für 46 TM. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben strebt die Beendigung des schuldrechtlichen Nutzungsverhältnisses an.
Einen auf den Bungalow erhobenen Restitutionsantrag hat das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen im ***Einvernehmen*** mit der Unabhängigen Kommission vom ***8.6.1995*** bestandskräftig zurückgewiesen.

- **Am Waldseebad, Königsee, 1.600 qm**

Mit Vertrag vom 1.10.1987 räumte der Rechtsträger des volkseigenen Grundstücks, der Staatliche Forstwirtschaftsbetrieb Saalfeld, dem DBD-Bezirksvorstand Gera ein Nutzungsrecht an dem Grundstück zur Errichtung von zwei Bungalows ein.
Mit notariellem Vertrag vom 9.6.1994 veräußerte die Treuhandanstalt die Bungalows zum Verkehrswert von 8,5 TDM an die Grundstückseigentümerin, die Gemeinde Königsee. Die Unabhängige Kommission erteilte ihr ***Einvernehmen zur Veräußerung am 5.4.1995.***

D.II. Kraftfahrzeuge/Mobiliar/Inventar

Im folgenden wird berichtet, über welchen Bestand an Kraftfahrzeugen, Mobiliar und Inventar die DBD am 7.10.1989/1.1.1990 verfügte. Die Entwicklung dieses Bestandes in der Vorzeit wird nicht dargestellt.

Im Anschluß wird über die Verwertung der genannten Gegenstände berichtet.

D.II.1. Bestand am 7.10.1989/1.1.1990

Gesicherte Angaben zu dem ***Kraftfahrzeugbestand*** der DBD liegen für den 1.1.1990 vor.

Gesamtzahl zum 1.1.1990: *371*

Davon:

Parteivorstand: (20 Personenkraftwagen und 5 Kleinbusse)	*25*
Bezirke: (alles Personenkraftwagen)	*62*
Kreise: (227 Personenkraftwagen 10 Motorräder, 30 Mopeds)	*267*
Schulungsstätten: (4 Personenkraftwagen, 6 Kleinbusse, 1 Moped)	*11*
Gästehaus: (4 Personenkraftwagen, 2 Kleinbusse)	*6*

Die Kraftfahrzeuge hatten ganz überwiegend keinen materiellen Wert. Die betriebsübliche Nutzungsdauer war regelmäßig überschritten.

Die DBD verfügte am 7.10.1989 über einen umfangreichen Bestand an ***Mobiliar und Inventar***. Zum Bestand im einzelnen liegen der Unabhängigen Kommission Auflistungen vor. Von der Wiedergabe wird abgesehen.

Mobiliar und Inventar hatten ganz überwiegend keinen materiellen Wert. Die betriebsübliche Nutzungsdauer war auch hier regelmäßig überschritten.

D.II.2. Verwertung von Kraftfahrzeugen/Mobiliar/Inventar

Zur Verwertung von Kraftfahrzeugen/Mobiliar/Inventar der DBD wird auf den I. Teil, Bericht zur CDU der DDR, D.II.2., verwiesen.

D.III. Kunstgegenstände

Die DBD verfügte über einen nur unbedeutenden Bestand an Kunstgegenständen, die bei dem Parteivorstand in Berlin oder den Bezirksvorständen aufbewahrt wurden.

Zum 7.10.1989 setzten sich die Kunstgegenstände der DBD zusammen aus 6 Gemälden, 6 Graphiken und zahlreichen weiteren, insbesondere kunstgewerblichen Gegenständen.

Die Kunstgegenstände verkörperten keine materiellen Vermögenswerte.

Die Kunstgegenstände der DBD wurden zur gemeinnützigen Verwendung auf die neuen Bundesländer und das Land Berlin übertragen.

D.IV. Archivunterlagen

Die DBD verfügte am 7.10.1989 über umfangreiche Archivunterlagen. Archivunterlagen von historischer Bedeutung befanden sich überwiegend in der Parteizentrale in Berlin, sonstige Unterlagen auch bei den Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ab Ende 1990 die Archivunterlagen der DBD in den neuen Ländern erfaßt, eingesammelt und in das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin gebracht. Dort wurden sämtliche Unterlagen in den folgenden Jahren für die Nutzung als Archivbestand erschlossen und aufbereitet.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung handelte auf der Grundlage eines Vertrages vom 26.9.1990 mit der CDU der DDR. Mit dem Vertrag hatte die CDU der DDR der Konrad-Adenauer-Stiftung Archivmaterial und Bücher der CDU der DDR sowie der DBD unentgeltlich zu Eigentum übertragen. Weder Treuhandanstalt noch Unabhängige Kommission hatten Kenntnis von diesem Vertrag. Eine (nachträgliche) Genehmigung des Vertrages erfolgte nicht.

In der Folgezeit begannen langwierige Verhandlungen zwischen Unabhängiger Kommission, Treuhandanstalt, Bundesarchiv und Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung berief sich stets auf den Vertrag mit der CDU der DDR und widersprach einer anderweitigen Übertragung des Archivgutes. Unabhängige Kommission und Treuhandanstalt betrachteten den Vertrag mangels Genehmigung als unwirksam. Das Bundesarchiv setzte sich aus fachlichen/historischen Gründen für die vollständige Übertragung des Archivgutes der DBD auf das Bundesarchiv ein.

In Ausführung der erreichten Verhandlungsergebnisse hat die Treuhandanstalt das Archivgut der DBD mit Vertrag vom 5.5./2.6.1994 dem Bundesarchiv für die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv übertragen. Mit ***Beschluß vom 2.5.1994*** hat die Unabhängige Kommission ihr ***Einvernehmen*** zu dem Vertrag erteilt. Nach Abschluß der Erschließungsarbeiten am Archivgut der DBD, spätestens jedoch zum 10.12.1997, übergibt die Konrad-Adenauer-Stiftung den Gesamtbestand an die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv. Hierüber haben sich das Bundesarchiv und die Konrad-Adenauer-Stiftung mit Vertrag vom 8./22.3.1994 geeinigt.

E. Gewerbliche Unternehmung

Am 7.10.1989 und später verfügte die DBD über keine gewerbliche Unternehmung. Es bestanden aber wirtschaftliche Verbindungen zwischen der DBD und dem Deutschen Bauernverlag (unten I.). Ferner verfügte die DBD in früherer Zeit über Vermögensverwaltungsgesellschaften (unten II.).

E.I. Deutscher Bauernverlag

Der Deutsche Bauernverlag, der auch das Zentralorgan der DBD, die Tageszeitung "Bauern-Echo", herausgab, gehörte nicht zum Vermögen der DBD. Der Bauernverlag war Bestandteil der zur SED gehörenden VOB Zentrag. Der Chefredakteur des "Bauern-Echo" war gleichzeitig Mitglied des Präsidiums der DBD.

Die Finanzierung des "Bauern-Echo" (Personal- und Sachkosten) erfolgte ursprünglich ausschließlich über die VOB Zentrag. Ab 1987 forderte der Deutsche Bauernverlag vierteljährlich von der DBD Zahlungen zum Verlustausgleich für die Herstellung des "Bauern-Echo" (Ausgleich für Personal- und Sachkosten) an. Der Parteivorstand der DBD zahlte den Verlustausgleich bis Februar 1990 unter der Bezeichnung "Stützung Bauern-Echo" (zu den Zahlungen siehe oben C.I.3. bis C.I.5. und C.III.1.).

E.II. Vermögensverwaltungsgesellschaften

Die DBD-Landesverbände Thüringen und Mecklenburg verfügten in ihren Anfangsjahren über eigene Vermögensverwaltungsgesellschaften (FUNDUS Thüringische Gesellschaft für Grundbesitz mbH, Erfurt, und "Deba" Mecklenburgische Gesellschaft für Grundbesitz mbH, Schwerin), die aber bereits Ende der fünfziger Jahre erloschen.

Der Parteivorstand der DBD betrieb ab 1949 die Firma Deba Berliner Gesellschaft für Grundbesitz mbH, Berlin. Die Gesellschaftsanteile von je 7 TDM hielten Ernst Goldenbaum, Berthold Rose und Paul Scholz treuhänderisch für die DBD. Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb und die Verwaltung von Grundstücken und Vermögenswerten der DBD. Die Firma erlosch 1973.

III. Teil

Bericht
über das Vermögen
der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands
(LDPD)

Seite:

Gliederung III. Teil (Bericht zur LDPD)

A. Allgemeine Angaben zur Partei

Abschnitt A. gibt eine allgemeine Einführung zur LDPD. Er enthält Angaben zur Geschichte der LDPD, zu Organisationsstruktur und -grundlagen, zu Mitgliedern und Mitarbeitern sowie zu den organisatorischen Veränderungen der Partei im Jahr 1990 und den sich hieran anknüpfenden Folgen.

A.I. Gründung/Vorsitzende/Selbstverständnis

Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP) wurde mit Aufruf vom 5. Juli 1945 gegründet. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) ließ am 10. Juli 1945 die Gründung zu, nachdem sie mit Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 die Gründung und Tätigkeit "antifaschistischer Parteien, die sich ... die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen ...", allgemein erlaubt hatte.

Am 14. Juli 1945 bildeten KPD, SPD, CDU der späteren DDR und LDP die "Einheitsfront antifaschistisch-demokratischer Parteien," den sogenannten "Block". Dieser benannte sich am 17. Juni 1949 in Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen um, nachdem am 5. August 1948 der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund als erste Massenorganisation in ihn aufgenommen worden war.

Die mit dem Ziel der Schaffung parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse in der damaligen SBZ gegründete Partei sah sich im Laufe der Jahre verstärkt Repressionsmaßnahmen der SMAD und der SED ausgesetzt. Die LDP fügte sich dann (etwa 1947 einsetzend) in zunehmendem Maße in die Bündnispolitik der SED ein. Sie wurde neben den anderen Parteien Mitglied der Nationalen Front, die am 7. 10. 1949 als zusätzliche Form der Bündnispolitik auf der programmatischen Grundlage der vom SED-Parteivorstand am 4. Oktober 1949 angenommenen Entschließung "Die Nationale Front des Demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" gegründet worden war.

Ab 1953 firmierte die Partei als LDPD.

Die *Vorsitzenden* der LDPD waren:

Dr. Waldemar Koch	1945
Dr. Wilhelm Külz	1945 - 1948
Arthur Lieutenant (geschäftsführend)	1948
Dr. Karl Hamann (geschäftsführend)	1948 - 1949
Dr. Karl Hamann / Prof. Dr. Hermann Kastner	1949 - 1950
Dr. Karl Hamann / Dr. Hans Loch	1950 - 1952
Dr. Hans Loch	1952 - 1960
Dr. Max Suhrbier	1960 - 1967
Dr. Manfred Gerlach	1967 - 1990
Prof. Dr. Rainer Ortleb	1990

Nach ihrem *Selbstverständnis*, ausgedrückt in ihrer Satzung vom 11. April 1987, betrachtete sich die LDPD als

"eine im und für den Sozialismus wirkende demokratische Partei". "Die LDPD wendet sich vor allem an Handwerker und Gewerbetreibende sowie an Angehörige der Intelligenz und Angestellte". "Die LDPD trägt als politischer Interessensvertreter ihrer Mitglieder und der ihr nahestehenden Bürger dazu bei, deren Interessen immer wieder mit den gesellschaftlichen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Auf diese Weise wirkt die LDPD daran mit, die politisch-moralische Einheit unseres Volkes weiter zu festigen und den sich langfristig vollziehenden Prozeß der Annäherung aller Klassen und Schichten auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltanschauung der Arbeiterklasse zu fördern."

Die LDPD forderte von ihren Mitgliedern unter anderem:

- *"sich bewußt in die sozialistische Gesellschaft einzuordnen und schöpferisch an ihrer weiteren Gestaltung mitzuwirken";*
- *"die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu festigen und weiterzuentwickeln"* sowie *"das sozialistische Eigentum zu schützen und zu mehren";*
- *"sich die Werte des Sozialismus zu eigen zu machen";*
- *"sich an der Ausübung und Festigung der sozialistischen Staatsmacht tatkräftig zu beteiligen";*
- *"die Landesverteidigung unablässig zu stärken";*
- Bekenntnis zur *"Einheit von sozialistischem Patriotismus und Internationalismus und zur deutsch-sowjetischen Freundschaft";*

- *"ständig die um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völker solidarisch zu unterstützen";*
- *"sich mit den neuen theoretischen Erkenntnissen bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft vertraut zu machen und sie richtig anzuwenden sowie einen entschiedenen Kampf gegen den Imperialismus und seine Ideologie zu führen".*

(Alle Zitate aus der Satzung vom 11. April 1987, vor § 1).

A.II. Organisationsstruktur/-grundlagen

Die LDPD hatte ihre Organisationsgrundlagen in Satzungen, zuletzt in der Satzung vom 11. April 1987 geregelt.

Die LDPD gliederte sich zum 31.12.1989 in 4.380 Grundeinheiten (Orts-, Stadt- und Stadtbezirksverbände), 232 Kreisverbände, 15 Bezirksverbände und den Zentralvorstand in Berlin.

Die zentrale Schulungsstätte "Dr. Wilhelm Külz" der Partei befand sich auf einem ehemaligen Landgut in Bantikow (Brandenburg).

Ferner betrieb die LDPD Zeitungsverlage, die unter anderem das Zentralorgan der Partei, die Tageszeitung "Der Morgen", herausgaben, Buchverlage, Druckereien sowie weitere Wirtschaftsbetriebe. Alle Wirtschaftseinrichtungen waren in der VOB (Vereinigung organisationseigener Betriebe) Aufwärts zusammengefaßt (s.u. E).

A.III. Mitglieder

A.III.1. Mitgliederzahlen

Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl
1945	88.184	1968	66.137
1946	179.456	1969	67.386
1947	188.833	1970	68.349
1948	197.090	1971	69.539
1949	184.391	1972	69.678
1950	165.020	1973	69.728
1951	150.441	1974	69.752
1952	132.005	1975	71.688
1953	114.509	1976	72.578
1954	101.850	1977	74.032
1955	93.712	1978	76.049
1956	85.350	1979	78.071
1957	79.450	1980	79.680
1958	75.077	1981	81.536
1959	72.727	1982	83.496
1960	70.397	1983	86.351
1961	67.933	1984	89.805
1962	66.434	1985	95.578
1963	65.108	1986	101.414
1964	64.753	1987	106.530
1965	64.758	1988	110.820
1966	64.527	1989	111.278
1967	65.288	31.3.1990	97.932

A.III.2. Soziale Zusammensetzung der Mitglieder im März 1990

Handwerker u. Gewerbetreibende	23,7%
Intelligenz (Akademiker)	21,3%
Angestellte	32,3%
Sonstige	22,7%

Anmerkung: Die Angaben zur sozialen Zusammensetzung der Mitglieder im März 1990 entstammen der "Parteistatistik für das I. Quartal 1990" des Bundes Freier Demokraten.

A.IV. Mitarbeiter

Am 1. Januar 1990 beschäftigte die LDPD insgesamt 1.456 Mitarbeiter.

Der Personalbestand entwickelte sich wie folgt:

31.05.1990	1.358	Mitarbeiter
31.08.1990	1.430	Mitarbeiter (LDPD und NDPD)
30.09.1990	968	Mitarbeiter (LDPD und NDPD)
31.12.1990	433	Mitarbeiter (LDPD und NDPD)
31.01.1991	246	Mitarbeiter (LDPD und NDPD)

A.V. Entwicklung nach dem 7. Oktober 1989

Ab dem 10. Februar 1990 übernahm die Partei wieder die Bezeichnung LDP, am 27. März 1990 erfolgte die Umbenennung in Bund Freier Demokraten - Die Liberalen (B.F.D.).

A.V.1. Faktischer Beitritt der NDPD zum B.F.D. / Auswirkungen

Am 28. März 1990 beschloß der Parteivorstand der NDPD den Beitritt zum B.F.D..

In der Folge wurden die Geschäftsstellen beider Parteien zusammengeführt. Flüssige Mittel und Geschäftsstellenaustattung wurden durch die jeweiligen Gliederungen des B.F.D. übernommen (zu den übernommenen flüssigen Mitteln siehe unten C.III.2.). Die Grundstücke der NDPD wurden fortan vom Zentralvorstand des B.F.D. verwaltet. Das betriebliche Vermögen wurde ab dem 1. Juli 1990 unter dem Dach der Vercon GmbH (siehe unten E.III.2.a) zusammengeführt.

A.V.2. Faktischer Beitritt des B.F.D. zur Freien Demokratischen Partei (F.D.P.) / Auswirkungen

Am 11. August 1990 übergab der Vorsitzende des B.F.D., Prof. Dr. Ortleb, dem Vorsitzenden der F.D.P., Graf Lambsdorff, die Beitrittserklärung des B.F.D. zur F.D.P.. Die Vorsitzenden der Deutschen Forum Partei und der Freien Demokratischen Partei in der DDR erklärten ebenfalls den Beitritt ihrer Parteien zur F.D.P..

In der Folge firmierten die Parteigliederungen auf den unterschiedlichen Ebenen als F.D.P.; sie führten auch die flüssigen Mittel und Geschäftsstellenaustattung weiter. Die Geldbestände auf Zentralvorstandsebene, die Grundstücke und das betriebliche Vermögen von B.F.D. und NDPD wurden vom Bundesvorstand der F.D.P. übernommen (zu den übernommenen flüssigen Mitteln siehe unten C.III.4.). Die von der Unabhängigen Kommission zu Fusionen von Parteien der DDR mit westdeutschen Parteien gefaßten allgemeinen Beschlüsse werden im Berichtsteil zur CDU der DDR unter A.VI.1. wiedergegeben.

A.V.3. Anträge der F.D.P. auf Wiederzurverfügungstellung

Die F.D.P. hat im April 1992 die Wiederzurverfügungstellung folgender Vermögenswerte der LDPD gemäß §§ 20 a, b PartG der DDR i.V.m. Anlage II Kapitel II Sachgebiet A Abschnitt III Buchstabe d Satz 4 des Einigungsvertrages beantragt: 16 Grundstücke, 6 Verwendungsersatzansprüche für Grundstücksinvestitionen, 4 Betriebe sowie die Erlöse aus 8

Betriebsveräußerungen. Die F.D.P. hat darüber hinaus die Rückübertragung eines ehemaligen Betriebes nebst Grundstück nach dem Vermögensgesetz beantragt.

In diesem vermögensbezogenen Zusammenhang hat die Unabhängige Kommission die Rechtsnachfolge für die LDPD und NDPD geprüft. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung waren sowohl der Beitritt der NDPD zum B.F.D. als auch der des B.F.D. zur F.D.P. im wesentlichem aus folgenden Gründen unwirksam:

Sowohl der Beitritt der NDPD zum B.F.D. als auch der des B.F.D. zur F.D.P. verstießen gegen § 10 Abs.2 PartG der DDR. Hiernach hatte die Mitgliederversammlung oder Delegiertenkonferenz (Parteitag) über die Satzung, die Auflösung und den Zusammenschluß mit anderen Parteien zu entscheiden. Die Satzungen von B.F.D. und NDPD beinhalteten ebenfalls sinngemäße Bestimmungen. Weder die NDPD noch der B.F.D. führten eine Beitrittsentscheidung durch eine Mitgliederversammlung oder einen Parteitag herbei.

Selbst bei Annahme der Wirksamkeit des jeweiligen Beitritts wären die im Eigentum der NDPD bzw. des B.F.D. stehenden Vermögenswerte nicht auf die F.D.P. übergegangen. Eine Fusion von Parteien begründet, wie auch Vereinsfusionen allgemein, keine Gesamtrechtsnachfolge der übernehmenden Partei. Die mit Änderungsgesetz vom 22. Juli 1990 eingefügte Bestimmung des § 13a PartG der DDR, die eine Gesamtrechtsmachfolge der durch Zusammenschluß entstandenen gesamtdeutschen Parteien statuierte, trat erst nach dem faktischen Beitritt des B.F.D. zur F.D.P. am 11. August 1990 in Kraft. Ein Übergang der Grundstücke im Wege der Einzelrechtsnachfolge scheitert bereits an der fehlenden Beachtung der entsprechenden Formvorschriften.

In ihrer Sitzung am 15. Dezember 1992 faßte die Unabhängige Kommission nach eingehender Diskussion der rechtlichen und politischen Aspekte der Vorgänge folgenden Beschluß:

"Die F.D.P. hat keinen Anspruch auf Freigabe von Vermögenswerten der NDPD und der LDPD, weil sie das Vermögen dieser Parteien nicht rechtswirksam erworben hat."

Ein entsprechender Bescheid der Treuhandanstalt gegenüber der F.D.P. zur Umsetzung dieses Beschlusses ist am 12. Februar 1993 ergangen. Den hiergegen eingelegten Widerspruch der F.D.P. hat die Treuhandanstalt im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission mit Widerspruchsbescheid vom 21. Mai 1993 zurückgewiesen. Die F.D.P. hat hiergegen am 17. Juni 1993 beim Verwaltungsgericht Berlin Klage eingereicht.

A.V.4. Bestellung der Notliquidatoren

Mit Beschluß vom 29. Oktober 1993 bestellte das Amtsgericht Charlottenburg zur Wahrnehmung der Rechte der LDPD / des B.F.D. deren letzten Vorsitzenden, Prof. Dr. Rainer Ortleb, zum Notliquidator für die LDPD / den B.F.D.. Prof. Dr. Ortleb legte dieses Amt mit Schreiben vom 23. März 1994 gegenüber dem Registergericht nieder. Mit Beschluß des Amtsgerichts Charlottenburg vom 29. Juli 1994 wurde Herr Rechtsanwalt Wolfgang Kühnel zum Notliquidator bestellt.

A.V.5. Vergleich mit LDPD und NDPD unter Einbeziehung der F.D.P.

Im Anschluß an die Bestellung der Notliquidatoren von LDPD und NDPD wurden in Abstimmung mit diesen zwischen der Unabhängigen Kommission und der F.D.P. Gespräche mit dem Ziel einer vergleichsweisen Lösung der Gesamtthematik geführt. Nach Abschluß der Gespräche faßte die Unabhängige Kommission in ihrer Sitzung am 28. August 1995 folgenden Beschluß:

"Der F.D.P. wird letztmalig ein Vergleichsangebot unterbreitet, das wie folgt lautet:
Ihr werden letztlich folgende Vermögenswerte wieder zur Verfügung gestellt:
- Grundstück An der Kastanienallee in Zinnowitz;
- Grundstück Wasastraße 2 in Dresden;
- Geldmittel in Höhe von DM 4,8 Millionen DM.
Die F.D.P. verzichtet im Gegenzug auf sämtliche weiteren Vermögenswerte der LDPD/B.F.D. und der NDPD."

Nachdem die F.D.P. dem von der Unabhängigen Kommission vorgeschlagenen Rahmen zugestimmt hatte, wurde in Ausführung dieses Beschlusses vom Sekretariat in Abstimmung mit der BVS, den Notliquidatoren von LDPD und NDPD und Vertretern der F.D.P. ein Vergleichsentwurf erarbeitet. Nach Zustimmung der Notliquidatoren und der F.D.P. zum Vergleichsentwurf faßte die Unabhängige Kommission in ihrer Sitzung am 27. November 1995 folgenden Beschluß:

"Die Unabhängige Kommission erteilt gegenüber der BVS ihr Einvernehmen zum Abschluß eines Vergleichs mit LDPD und NDPD unter Einbeziehung der F.D.P. gemäß beiliegendem Entwurf."

Hiernach werden die oben erwähnten Vermögenswerte der LDPD unter Aufhebung der treuhänderischen Verwaltung wieder zur Verfügung gestellt, die LDPD wiederum verpflichtet sich zur Übertragung dieser Werte an die F.D.P..

Rückforderungsansprüche wegen der Verwendung von Altvermögen nach dem 7. Oktober 1989 (vgl. C.IV.1.) werden von der BVS gegen LDPD, NDPD und F.D.P. nicht geltend gemacht.

LDPD, NDPD und F.D.P. verzichten im Gegenzug unwiderruflich auf die Wiederzurverfügungstellung sämtlicher anderer Werte des Altvermögens von LDPD und NDPD.

Forderungen aus Steuern und Abgaben trägt die F.D.P., soweit sie einen wirtschaftlichen Vorteil im Zusammenhang mit dem besteuerten Sachverhalt erzielt hat. Im übrigen werden Steuerforderungen aus dem Sondervermögen der LDPD und NDPD beglichen.

Die F.D.P. stellt die Notliquidatoren von LDPD und NDPD von Ansprüchen Dritter aufgrund des Verzichts auf die Geltendmachung weitergehender Wiederzurverfügungsstellungsansprüche und der Übertragung von Vermögenswerten auf die F.D.P. frei.

Der Vergleich wurde am 11. Dezember 1995 vor dem Verwaltungsgericht Berlin im Rahmen des Verfahrens über die Anträge auf Wiederzurverfügungstellung der F.D.P. (vgl. A.V.3.) protokolliert.

Der Abschluß des Vergleichs ermöglicht die zügige Verwendung des Vermögens von LDPD und NDPD zu gemeinnützigen Zwecken in den neuen Ländern und stellt die für Investitionen und die Erhaltung von Arbeitsplätzen notwendige Sicherheit in der Rechtslage streitbefangenen Vermögens her.

B. Art und Weise der Vermögensermittlung

Abschnitt B. stellt dar, auf welchen Grundlagen die Ermittlungen der Unabhängigen Kommission zu dem Vermögen der LDPD beruhen und welche Einzelberichte der Unabhängigen Kommission vorgelegen haben.

B.I. Ermittlungsgrundlagen

Die das Vermögen der LDPD belegenden Originalunterlagen haben nicht vollständig vorgelegen.

Vermögensnachweise für Parteigliederungen unterhalb der Zentralvorstandsebene - insbesondere Finanzunterlagen - liegen nur teilweise vor.

Nach den Erkenntnissen der Unabhängigen Kommission ist das Fehlen von Originalunterlagen auf die strukturellen Veränderungen der LDPD ab 1990 zurückzuführen. Im Zusammenhang mit dem faktischen Beitritt der NDPD zum B.F.D. am 28. März 1990 wurden Finanzunterlagen teilweise unzureichend archiviert. Ab 1990 begann der starke Personalabbau beim B.F.D.. Hierdurch sind in Einzelbereichen Unterlagen verloren gegangen.

Das Fehlen allgemeiner Finanzunterlagen konnte durch die Einholung von Saldenbestätigungen zu Parteikonten bei Banken, durch Plausibilitätsprüfungen der von der Unabhängigen Kommission beauftragten Wirtschaftsprüfer sowie durch weitere Angaben Dritter zum Teil ausgeglichen werden. Ferner hat das Sekretariat der Unabhängigen Kommission Auskunftspersonen befragt sowie Archivunterlagen gesichtet und hierdurch weitere "Ermittlungslücken" geschlossen. Darüber hinaus wurden durch Mitarbeiter der F.D.P. Auskünfte erteilt und Unterlagen vorgelegt.

Lücken durch fehlende Unterlagen zur Entwicklung der gewerblichen Unternehmungen im Zeitraum von 1945 bis 1989 konnten teilweise durch Einsicht in Unterlagen von Handelsregistern sowie durch Auswertung von im Zusammenhang mit Durchsuchungen gegen Verantwortliche der PDS sichergestellten Unterlagen geschlossen werden.

B.II. Vorliegende Einzelberichte

Der Abschlußbericht der Unabhängigen Kommission zur LDPD stützt sich auf eine Vielzahl von Einzelberichten, die die Unabhängige Kommission in ihre Arbeit einbezogen, überprüft und ausgewertet hat. Hierbei handelt es sich um Berichte, die von oder im Auftrag des B.F.D. oder der F.D.P. erstellt wurden, um Berichte zu den Jahresabschlüssen der Unternehmen und um im Auftrag der Unabhängigen Kommission erstellte Berichte von Wirtschaftsprüfern.

B.II.1. Parteieigene Berichte

- *Vermögensübersicht des B.F.D. zum 31.12.1989*

  Vom B.F.D. wurde mit Schreiben vom 28.6.1990 eine erste, in weiten Teilen noch unvollständige Vermögensübersicht zum 31.12.1989 übersandt. In der Folgezeit wurden diese Angaben von der F.D.P. auf Nachfragen der Unabhängigen Kommission vielfach ergänzt, erweitert und berichtigt.

- *Schlußbilanz des B.F.D. zum 12.8.1990.*

Die F.D.P. hat in ihren Rechenschaftsberichten gegenüber dem Deutschen Bundestag gemäß § 23 Parteiengesetz ab dem Kalenderjahr 1990 auch über das Vermögen von LDPD/B.F.D. wie folgt berichtet:

- *Rechenschaftsbericht der LDP zum 31.3.1990*

- *Rechenschaftsbericht des B.F.D. zum 30.6.1990 und 12.8.1990*

- *Rechenschaftsberichte der F.D.P. für die Kalenderjahre 1990* (Bundestagsdrucksache 12/2165, Seiten 106 ff.), *1991* (Bundestagsdrucksache 12/3950, Seiten 82 ff.), *1992* (Bundestagsdrucksache 12/6140, Seiten 98 ff.) und *1993* (Bundestagsdrucksache 13/145, Seiten 98 ff.

B.II.2. Berichte zu den Jahresabschlüssen der Unternehmen

Für nahezu alle Parteibetriebe (siehe unten E.III.) liegen ab dem 1.7.1990 (Stichtag für die DM - Eröffnungsbilanz) von Wirtschaftsprüfern testierte Berichte vor.

B.II.3. Berichte im Auftrag der Unabhängigen Kommission

Ab März 1991 beauftragte die Unabhängige Kommission Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung des Vermögens der LDPD und der NDPD. Die Wirtschaftsprüfer haben ihre Aufträge nach umfangreichen Vorgaben des Sekretariates der Unabhängigen Kommission und in Abstimmung mit diesem wahrgenommen.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Susat & Partner, Hamburg, hat im Oktober 1993 ihren "Bericht über die Prüfung des Vermögens der LDPD und NDPD der ehemaligen DDR für die Zeit vom 7. Oktober 1989 bis 31. Dezember 1990" vorgelegt. Teil I des Berichts betrifft das unmittelbare Vermögen der Parteien, Teil II das gewerbliche Vermögen der Parteien.

C. Entwicklung der flüssigen Mittel

Abschnitt C. berichtet über die flüssigen Mittel der LDPD.

Dargestellt werden die Einnahmen und Ausgaben der LDPD von 1954 bis 1989, der Bestand der flüssigen Mittel am 7. Oktober 1989, die Einnahmen und Ausgaben vom 7. Oktober 1989 bis zum 31. März 1990, die Einnahmen und Ausgaben des B.F.D. vom 1. April 1990 bis zum 12. August 1990 sowie der Verbleib der flüssigen Mittel ab dem 12. August 1990.

C.I. Einnahmen/Ausgaben 1954 bis 1989

Im folgenden werden die Einnahmen und Ausgaben der LDPD seit 1954 bis zum letzten vollständigen Geschäftsjahr, 1989, dargestellt.

Unterlagen für den Zeitraum von 1945 bis 1953 lagen nicht vor. Für den Zeitraum von 1954 bis 1958 beschränkt sich die Darstellung auf die Einnahmen und Ausgaben der Parteileitung (Zentralvorstand). Zu den Untergliederungen der LDPD liegen für diesen Zeitraum keine aussagekräftigen Unterlagen vor.

Ab 1959 betreffen die Einnahmen und Ausgaben die gesamte Partei. Die Darstellungen ab 1959 schlüsseln die Einnahmen und Ausgaben nach Zentralvorstand (ZV) und Bezirksverbänden (BVe) auf. In den Angaben für die Bezirksverbände sind die weiteren Parteiuntergliederungen sowie die zentrale Parteischule in Bantikow enthalten.

Im Anschluß an die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben werden die wesentlichen Einnahmeposten "Staatszuschüsse" und "Abführungen der VOB Aufwärts" und ihr prozentualer Anteil an den Gesamteinnahmen gesondert dargestellt.

C.I.1. Einnahmen/Ausgaben des Zentralvorstands 1954 bis 1958

Einnahmen in TDM

	1954	1955	1956
Abführungen VOB Aufwärts	1.581	1.734	1.850
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	-	-
Erlöse	-	-	10
Sonstige	154	75	29
Summe	1.735	1.809	1.889
Einnahmen-überschuß:	-	40	8

Ausgaben in TDM

	1954	1955	1956
Personal, Verwaltung, politische Arbeit	750	792	713
Investitionen	12	11	6
Zuschüsse an Untergliederungen	928	917	968
Sonstige	45	49	194
Summe	1.735	1.769	1.881

	1957	1958
Abführungen VOB Aufwärts	2.207	3.277
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	-
Erlöse	-	-
Sonstige	22	37
Summe	2.229	3.314
Einnahmen-überschuß:	-	18
Ausgaben-überhang:	30	-

	1957	1958
Personal, Verwaltung, politische Arbeit	965	1.226
Investitionen	34	21
Zuschüsse an Untergliederungen	1.140	1.813
Sonstige	120	236
Summe	2.259	3.296

Erläuterungen:
TDM = tausend Deutsche Mark der Deutschen Notenbank

C.I.2. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1959

Einnahmen in TDM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	4.084	100	4.184
Staatszuschüsse	-	-	-
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	1.693	1.693
Sonstige	48	50	98
Summe	4.132	1.843	5.975
Einnahmenüberschuß:			5

Ausgaben in TDM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	651	2.698	3.349
Politische Arbeit Verwaltung	858	1.346	2.204
Investitionen	102	69	171
Sonstige	-	246	246
Summe	1.611	4.359	5.970

C.I.3. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1960

Einnahmen in TDM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	1.700	-	1.700
Staatszuschüsse	3.785	-	3.785
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	1.741	1.741
Sonstige	56	47	103
Summe	5.541	1.788	7.329
Ausgabenüberhang:			130

Ausgaben in TDM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	875	3.333	4.208
Politische Arbeit Verwaltung	1.333	1.572	2.905
Investitionen	19	58	77
Sonstige	114	155	269
Summe	2.341	5.118	7.459

C.I.4. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1961

Einnahmen in TDM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	2.100	-	2.100
Staats-zuschüsse	3.213	-	3.213
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	1.680	1.680
Sonstige	150	153	303
Summe	5.463	1.833	7.296
Einnahmen-überschuß:			92

Ausgaben in TDM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	829	3.727	4.556
Politische Arbeit Verwaltung	799	1.849	2.648
Investitionen	-	-	-
Sonstige	-	-	-
Summe	1.628	5.576	7.204

C.I.5. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1962

Einnahmen in TDM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	1.900	-	1.900
Staats-zuschüsse	3.442	-	3.442
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	1.765	1.765
Sonstige	148	159	307
Summe	5.490	1.924	7.414
Einnahmen-überschuß:			92

Ausgaben in TDM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	857	3.910	4.767
Politische Arbeit Verwaltung	736	1.819	2.555
Investitionen	-	-	-
Sonstige	-	-	-
Summe	1.593	5.729	7.322

C.I.6. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1963

Einnahmen in TDM	ZV	BVe	Gesamt	Ausgaben in TDM	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	1.600	-	1.600	Personal	820	3.892	4.712
Staats-zuschüsse	3.650	-	3.650	Politische Arbeit Verwaltung	603	1.740	2.343
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	1.883	1.883	Investitionen	8	34	42
Sonstige	127	167	294	Sonstige	150	217	367
Summe	5.377	2.050	7.427	Summe	1.581	5.883	7.464
Ausgaben-überhang:			37				

C.I.7. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1964

Einnahmen in TDM	ZV	BVe	Gesamt	Ausgaben in TDM	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	1.600	-	1.600	Personal	781	3.896	4.677
Staats-zuschüsse	3.807	-	3.807	Politische Arbeit Verwaltung	586	1.623	2.209
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	1.914	1.914	Investitionen	8	34	42
Sonstige	121	191	312	Sonstige	181	469	650
Summe	5.528	2.105	7.633	Summe	1.556	6.022	7.578
Einnahmen-überschuß:			55				

C.I.8. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1965

Einnahmen in TMDN

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	1.700	-	1.700
Staats-zuschüsse	4.325	-	4.325
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	2.000	2.000
Sonstige	180	198	378
Summe	6.205	2.198	8.403
Ausgaben-überhang:			1.902

Ausgaben in TMDN

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	795	3.911	4.706
Politische Arbeit Verwaltung	787	3.743	4.530
Investitionen	16	39	55
Sonstige	287	727	1.014
Summe	1.885	8.420	10.305

C.I.9. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1966

Einnahmen in TMDN

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	2.100	-	2.100
Staats-zuschüsse	4.354	-	4.354
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	2.053	2.053
Sonstige	152	284	436
Summe	6.606	2.337	8.943
Einnahmen-überschuß:			1.186

Ausgaben in TMDN

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	856	3.972	4.828
Politische Arbeit Verwaltung	843	1.690	2.533
Investitionen	176	194	370
Sonstige	19	7	26
Summe	1.894	5.863	7.757

Erläuterungen:
TMDN = tausend Mark der Deutschen Notenbank

C.I.10. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1967

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	2.700	-	2.700
Staats-zuschüsse	4.658	-	4.658
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	2.257	2.257
Sonstige	134	234	368
Summe	7.492	2.491	9.983
Ausgaben-überhang:			436

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	902	4.281	5.183
Politische Arbeit Verwaltung	1.045	3.580	4.625
Investitionen	512	67	579
Sonstige	22	10	32
Summe	2.481	7.938	10.419

C.I.11. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1968

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	3.200	-	3.200
Staats-zuschüsse	4.291	-	4.291
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	2.369	2.369
Sonstige	138	259	397
Summe	7.629	2.628	10.257
Ausgaben-überhang:			182

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	934	4.511	5.445
Politische Arbeit Verwaltung	995	3.125	4.120
Investitionen	166	675	841
Sonstige	22	11	33
Summe	2.117	8.322	10.439

Erläuterungen:
TM = tausend Mark (der DDR)

C.I.12. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1969

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	3.500	-	3.500
Staatszuschüsse	4.408	-	4.408
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	2.539	2.539
Sonstige	139	260	399
Summe	8.047	2.799	10.846
Ausgabenüberhang:			161

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	998	4.829	5.827
Politische Arbeit Verwaltung	1.260	3.095	4.355
Investitionen	41	726	767
Sonstige	20	38	58
Summe	2.319	8.688	11.007

C.I.13. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1970

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	4.100	-	4.100
Staatszuschüsse	4.621	-	4.621
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	2.714	2.714
Sonstige	147	168	315
Summe	8.868	2.882	11.750
Einnahmenüberschuß:			418

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.088	5.177	6.265
Politische Arbeit Verwaltung	1.422	3.393	4.815
Investitionen	20	198	218
Sonstige	22	12	34
Summe	2.552	8.780	11.332

C.I.14. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1971

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	4.300	-	4.300
Staats-zuschüsse	4.693	-	4.693
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	2.963	2.963
Sonstige	148	115	263
Summe	9.141	3.078	12.219
Ausgaben überhang:			183

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.175	5.505	6.680
Politische Arbeit Verwaltung	1.367	3.722	5.089
Investitionen	-	587	587
Sonstige	33	13	46
Summe	2.575	9.827	12.402

C.I.15. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1972

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	4.600	-	4.600
Staats-zuschüsse	5.301	-	5.301
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	3.127	3.127
Sonstige	154	291	445
Summe	10.055	3.418	13.473
Einnahmen-überschuß:			223

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.217	5.656	6.873
Politische Arbeit Verwaltung	2.707	3.372	6.079
Investitionen	-	205	205
Sonstige	77	16	93
Summe	4.001	9.249	13.250

C.I.16. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1973

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	-	-	-
Staats-zuschüsse	9.336	-	9.336
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	3.297	3.297
Sonstige	235	233	468
Summe	9.571	3530	13.101
Einnahmen-überschuß:			63

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.332	5.999	7.331
Politische Arbeit Verwaltung	1.482	3.883	5.365
Investitionen	4	301	305
Sonstige	25	12	37
Summe	2.843	10.195	13.038

C.I.17. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1974

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	11.364	-	11.364
Staats-zuschüsse	1.100	-	1.100
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	3.526	3.526
Sonstige	242	282	524
Summe	12.706	3.808	16.514
Einnahmen-überschuß:			1.624

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.460	7.036	8.496
Politische Arbeit Verwaltung	1.663	4.534	6.197
Investitionen	16	122	138
Sonstige	25	34	59
Summe	3.164	11.726	14.890

C.I.18. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1975

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	11.200	-	11.200
Staatszuschüsse	883	-	883
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	3.763	3.763
Sonstige	238	382	620
Summe	12.321	4.145	16.466
Einnahmenüberschuß:			367

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.536	7.705	9.241
Politische Arbeit Verwaltung	2.014	4.554	6.568
Investitionen	6	209	215
Sonstige	35	40	75
Summe	3.591	12.508	16.099

C.I.19. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1976

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	12.047	-	12.047
Staatszuschüsse	-	-	-
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	3.977	3.977
Sonstige	199	231	430
Summe	12.246	4.208	16.454
Einnahmenüberschuß:			67

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.549	7.901	9.450
Politische Arbeit Verwaltung	1.770	5.084	6.854
Investitionen	50	74	124
Sonstige	11	82	93
Summe	3.380	13.141	16.521

C.I.20. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1977

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	13.880	-	13.880
Staatszuschüsse	-	-	-
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	4.249	4.249
Sonstige	310	470	780
Summe	14.190	4.719	18.909
Einnahmenüberschuß:			248

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.589	8.173	9.762
Politische Arbeit Verwaltung	3.434	4.987	8.421
Investitionen	-	398	398
Sonstige	12	98	110
Summe	5.035	13.656	18.691

C.I.21. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1978

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	10.100	-	10.100
Staatszuschüsse	2.025	-	2.025
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	4.479	4.479
Sonstige	171	289	460
Summe	12.296	4.768	17.064
Einnahmenüberschuß:			402

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.617	8.589	10.206
Politische Arbeit Verwaltung	1.505	4.500	6.005
Investitionen	7	339	346
Sonstige	15	90	105
Summe	3.144	13.518	16.662

C.I.22. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1979

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	8.500	-	8.500
Staats-zuschüsse	3.658	-	3.658
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	4.709	4.709
Sonstige	211	294	505
Summe	12.369	5.003	17.372
Ausgaben-überhang:			505

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.857	8.907	10.764
Politische Arbeit Verwaltung	1.865	4.468	6.333
Investitionen	83	596	679
Sonstige	16	85	101
Summe	3.821	14.056	17.877

C.I.23. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1980

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	8.600	-	8.600
Staats-zuschüsse	4.779	-	4.779
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	4.907	4.907
Sonstige	252	280	532
Summe	13.631	5.187	18.818
Ausgaben-überhang:			12

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.927	9.323	11.250
Politische Arbeit Verwaltung	1.907	5.254	7.161
Investitionen	-	298	298
Sonstige	76	45	121
Summe	3.910	14.920	18.830

C.I.24. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1981

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	6.600	-	6.600
Staatszuschüsse	6.832	-	6.832
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	5.179	5.179
Sonstige	207	376	583
Summe	13.639	5.555	19.194
Ausgabenüberhang:			328

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.941	9.488	11.429
Politische Arbeit Verwaltung	1.895	5.346	7.241
Investitionen	10	717	727
Sonstige	73	52	125
Summe	3.919	15.603	19.522

C.I.25. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1982

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	8.500	-	8.500
Staatszuschüsse	6.993	-	6.993
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	5.448	5.448
Sonstige	335	235	570
Summe	15.828	5.683	21.511
Einnahmenüberschuß:			2.308

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	1.978	9.772	11.750
Politische Arbeit Verwaltung	3.789	2.973	6.762
Investitionen	-	562	562
Sonstige	72	57	129
Summe	5.839	13.364	19.203

C.I.26. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1983

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	9.000	-	9.000
Staatszuschüsse	5.741	-	5.741
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	5.742	5.742
Sonstige	323	251	574
Summe	15.064	5.993	21.057
Einnahmenüberschuß:			641

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	2.084	10.535	12.619
Politische Arbeit Verwaltung	1.682	5.141	6.823
Investitionen	-	842	842
Sonstige	73	59	132
Summe	3.839	16.577	20.416

C.I.27. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1984

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	13.252	-	13.252
Staatszuschüsse	4.696	-	4.696
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	6.094	6.094
Sonstige			485
Summe	17.948	6.094	24.527
Einnahmenüberschuß:			71

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal			14.069
Politische Arbeit Verwaltung			6.870
Investitionen			3.369
Sonstige			148
Summe			24.456

C.I.28. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1985

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	4.740	-	4.740
Staatszuschüsse	17.008	-	17.008
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	6.526	6.526
Sonstige			556
Summe	21.748	6.526	28.830
Ausgabenüberhang:			12

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal			15.448
Politische Arbeit Verwaltung			7.455
Investitionen			5.753
Sonstige			186
Summe			28.842

C.I.29. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1986

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	13.395	-	13.395
Staatszuschüsse	15.080	-	15.080
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	7.129	7.129
Sonstige			692
Summe	28.475	7.129	36.296
Einnahmenüberschuß:			2.483

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal			18.358
Politische Arbeit Verwaltung			12.037
Investitionen			3.224
Sonstige			194
Summe			33.813

C.I.30. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1987

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	17.250	-	17.250
Staatszuschüsse	15.254	-	15.254
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	7.630	7.630
Sonstige			676
Summe	32.504	7.630	40.810
Ausgabenüberhang:			42

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal			20.306
Politische Arbeit Verwaltung			16.707
Investitionen			3.591
Sonstige			248
Summe			40.852

C.I.31. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1988

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	18.200	-	18.200
Staatszuschüsse	12.523	-	12.523
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	8.199	8.199
Sonstige			818
Summe	30.723	8.199	39.740
Einnahmenüberschuß:			2.787

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal			21.364
Politische Arbeit Verwaltung			11.776
Investitionen			3.541
Sonstige			272
Summe			36.953

C.I.32. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1989

Einnahmen in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB Aufwärts	18.700	-	18.700
Staats-zuschüsse	16.735	-	16.735
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	8.512	8.512
Sonstige	620	164	784
Summe	36.055	8.676	44.731
Einnahmen-überschuß:			2.464

Ausgaben in TM

	ZV	BVe	Gesamt
Personal	3.035	19.423	22.458
Politische Arbeit Verwaltung	8.766	5.751	14.517
Investitionen	2.035	2.675	4.710
Sonstige	377	205	582
Summe	14.213	28.054	42.267

C.I.33. Einnahmen aus Staatszuschüssen und Abführungen der VOB Aufwärts 1959 bis 1989

Die Einnahmen der LDPD aus Staatszuschüssen und Abführungen der VOB Aufwärts setzten sich in der Zeit von 1959 bis 1989 (in Zusammenfassung der voranstehenden Darstellung der Einnahmen und Ausgaben in dieser Zeit) wie folgt zusammen:

Jahr (Währung)	Staats-zuschüsse	Anteil an Gesamteinn.	Abführungen VOB Aufwärts	Anteil an Gesamteinn.
1959 (TDM[1])	-	-	4.184	70 %
1960 (TDM)	3.785	52 %	1.700	23 %
1961 (TDM)	3.213	44 %	2.100	29 %
1962 (TDM)	3.442	46 %	1.900	26 %
1963 (TDM)	3.650	49 %	1.600	22 %
1964 (TDM)	3.807	50 %	1.600	21 %
1965 (TMDN[2])	4.325	51 %	1.700	20 %
1966 (TMDN)	4.354	49 %	2.100	23 %
1967 (TM[3])	4.658	47 %	2.700	27 %
1968 (TM)	4.291	42 %	3.200	31 %
1969 (TM)	4.408	41 %	3.500	32 %
1970 (TM)	4.621	39 %	4.100	30 %
1971 (TM)	4.693	38 %	4.300	35 %
1972 (TM)	5.301	39 %	4.600	34 %
1973 (TM)	-	-	9.336	71 %
1974 (TM)	-	-	11.364	74 %
1975 (TM)	883	5 %	11.200	68 %
1976 (TM)	-	-	12.047	73 %
1977 (TM)	-	-	13.880	73 %
1978 (TM)	2.025	12 %	10.100	59 %

Jahr (Währung)	Staats-zuschüsse	Anteil an Gesamteinn.	Abführungen VOB Aufwärts	Anteil an Gesamteinn.
1979 (TM)	3.658	21 %	8.500	49 %
1980 (TM)	4.779	25 %	8.600	46 %
1981 (TM)	6.832	36 %	6.600	34 %
1982 (TM)	6.993	33 %	8.500	40 %
1983 (TM)	5.741	27 %	9.000	43 %
1984 (TM)	4.696	19 %	13.252	54 %
1985 (TM)	17.008	59 %	4.740	16 %
1986 (TM)	15.080	42 %	13.395	37 %
1987 (TM)	15.254	37 %	17.250	42 %
1988 (TM)	12.523	32 %	18.200	46 %
1989 (TM)	16.735	37 %	18.700	42 %

1. TDM = tausend Deutsche Mark
2. TMDN = tausend Mark der Deutschen Notenbank
3. TM = tausend Mark (der DDR)

C.II. Flüssige Mittel am 7.10.1989 (Altvermögen)

Am 7.10.1989, dem Stichtag des § 20a Absatz 2 Ziffer b) Parteiengesetz der DDR, verfügte die LDPD auf allen Organisationsebenen über flüssige Mittel (Kassenbestände und Bankguthaben) in Höhe von insgesamt 16.586 TM. Hiervon entfielen auf den Zentralvorstand 14.006 TM und auf die Untergliederungen 2.580 TM.

C.III. Einnahmen/Ausgaben vom 7.10.1989 bis 11.8.1990

Im folgenden wird berichtet über die Einnahmen und Ausgaben der LDPD / des B.F.D. in der Zeit vom 7.10.1989 bis zum faktischen Beitritt zur F.D.P. am 11. August 1990 (in diesen Zeitraum fiel am 1. Juli 1990 die Währungsumstellung von Mark der DDR auf Deutsche Mark, die Einnahmen und Ausgaben vor dem 1. Juli wurden zur besseren Übersichtlichkeit auf DM umgestellt).

Weiterhin wird berichtet, welche flüssigen Mittel der B.F.D. von der NDPD mit deren faktischem Beitritt am 28. März 1990 übernommen hat und über welche flüssigen Mittel der B.F.D. zum Zeitpunkt des faktischen Beitritts zur F.D.P. am 11. August 1990 verfügte.

Schließlich werden in Zusammenfassung der voranstehenden Abschnitte allgemeine Aussagen zur Finanzierung der LDPD / des B.F.D. getroffen.

Ab dem 1. April 1990 ist aufgrund der durch die Übernahme der flüssigen Mittel der NDPD eingetretenen Vermischung der Geldbestände deren Trennung nach B.F.D. und NDPD nicht mehr möglich.

C.III.1. Einnahmen/Ausgaben vom 7.10.1989 bis 31.3.1990

Einnahmen in TDM		Ausgaben in TDM	
Abführungen VOB	7.431	Personal	5.351
Staatszuschüsse	2.738	Abfindungen	-
Mitgliedsbeiträge	2.245	Investitionen	2.490
Sonstige	300	Sonstige	5.739
Summe	**12.714**	**Summe**	**13.580**

Erläuterung:

Die sonstigen Ausgaben beinhalten im wesentlichen die Ausgaben für politische Arbeit und Verwaltung.

C.III.2. Flüssige Mittel zum 28.3.1990 sowie von der NDPD übernommene flüssige Mittel

Zum Zeitpunkt des faktischen Beitritts der NDPD zum B.F.D. am 28. März 1990 verfügte der B.F.D. über flüssige Mittel (Kassenbestände und Bankguthaben) in Höhe von umgerechnet 7.427 TDM. Hiervon entfielen auf den Zentralvorstand 6.040 TDM und auf die Untergliederungen 1.387 TDM.

Zu diesem Stichtag übernahm der B.F.D. die flüssigen Mittel der NDPD in Höhe von umgerechnet 13.475 TDM (Zentralvorstand 12.757 TDM, Untergliederungen 718 TDM).

C.III.3. Einnahmen/Ausgaben vom 1.4. bis 11.8.1990

Einnahmen in TDM		Ausgaben in TDM	
Abführungen VOB	828	Personal	15.217
Staatszuschüsse	7.010	Abfindungen	36
Mitgliedsbeiträge	1.033	Investitionen	2.628
Sonstige	4.553	Sonstige	3.052
Summe	13.424	Summe	20.933

Erläuterung:

Die sonstigen Einnahmen beinhalten im wesentlichen Einnahmen aus Vermögen.
Die sonstigen Ausgaben beinhalten im wesentlichen die Ausgaben für politische Arbeit und Verwaltung.

C.III.4. Flüssige Mittel am 11.8.1990

Zum Zeitpunkt des faktischen Beitritts des B.F.D. zur F.D.P. am 11. August 1990 verfügte der B.F.D. über flüssige Mittel (Kassenbestände und Bankguthaben) wie folgt:

Organisationseinheit		**Bestand in TDM**
Zentralvorstand		5.732
davon:		
Hauptgeschäftsstelle	5.134	
Parteischulen und Gästehäuser	598	
Bezirksverbände		6.279
Kreisverbände und Grundeinheiten		1.382
Summe		**13.393**

C.III.5. Zusammenfassende Aussagen zur Finanzierung

Zur Finanzierung der LDPD läßt sich zusammenfassend feststellen:

Die Einnahmen der LDPD setzten sich im wesentlichen aus Staatszuschüssen, Abführungen der VOB Aufwärts und Mitgliedsbeiträgen zusammen.

Die Staatszuschüsse und die Abführungen der VOB Aufwärts bildeten im gesamten Berichtszeitraum mit 70 - 80 % der Gesamteinnahmen die Haupteinnahmequelle der Partei. Die Gewichtung zwischen den Staatszuschüssen und den Abführungen der VOB Aufwärts unterlag jedoch starken Schwankungen.

Die Einnahmen aus Abführungen der gewerblichen Unternehmung stiegen von 1960 (23 %) bis 1974 auf 74 % der Gesamteinnahmen an und fielen dann bis 1989 auf 42 % der Gesamteinnahmen.

Der durchschnittliche Anteil der Staatszuschüsse an den Gesamteinnahmen betrug in den Jahren 1960 bis 1972 45 %. Für die Jahre 1973/1974 und 1976/1977 sind Staatszuschüsse belegmäßig nicht nachweisbar. Der durchschnittliche Anteil an den Gesamteinnahmen betrug in den Jahren 1978 bis 1989 32 %.

Den Staatszuschüssen bis 1989 lagen Pläne der LDPD für den Jahresfinanzbedarf (voraussichtliche Einnahmen und Ausgaben) zugrunde. Die LDPD reichte die Pläne bei der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK der SED ein. Diese Abteilung stimmte die Pläne mit dem Ministerium der Finanzen ab. Das Ministerium der Finanzen zahlte den Jahresfinanzbedarf an das ZK der SED aus. Das ZK der SED zahlte seinerseits an die LDPD. Bis 1981 holte der Vorsitzende der LDPD das Geld in bar bei dem Leiter der Abteilung Finanzverwaltung und Betriebe des ZK der SED ab. Danach wurden die Zuschüsse überwiesen. In den Jahresfinanzberichten der Partei sind die Staatszuweisungen nicht erkennbar, sie wurden als Zuweisungen der VOB Aufwärts ausgewiesen.

Ab 1990 wurden Staatszuschüsse unmittelbar aus dem Staashaushalt auf der Grundlage des Parteiengesetzes der DDR gewährt.

C.IV. Flüssige Mittel ab dem 12.8.1990

Der folgende Berichtsteil zu Veränderungen der flüssigen Mittel des B.F.D. ab dem 12.8.1990 berichtet

- über Berechnung und Verbleib des Altvermögens gemäß § 20b Absatz 2 Parteiengesetz der DDR im Bereich flüssiger Mittel der LDPD / des B.F.D. (unten C.IV.1.),

- über die Abfindungszahlungen an ehemalige Mitarbeiter der LDPD und der NDPD (unten C.IV.2.).

Die Berichterstattung erfolgt in der dargestellten eingeschränkten Form, da mit der Übernahme der flüssigen Mittel des B.F.D. durch die F.D.P. eine uneingeschränkte Berichterstattung der Unabhängigen Kommission über die weitere Entwicklung der flüssigen Mittel des B.F.D. ab dem 12.8.1990 tatsächlich und rechtlich nicht mehr möglich ist.

Tatsächlich kann über die flüssigen Mittel des B.F.D. ab dem 12.8.1990 nicht mehr uneingeschränkt berichtet werden, da mit der Übernahme der Mittel des B.F.D. durch die F.D.P. diese im Vermögen der F.D.P. aufgingen. Bei der Betrachtung der weiteren Vermögensentwicklung können die flüssigen Mittel der B.F.D.-Untergliederungen nicht mehr von den flüssigen Mitteln der F.D.P. getrennt werden. Lediglich über die von der F.D.P. weitergeführten Konten des ehemaligen Zentralvorstands des B.F.D. kann weiterhin berichtet werden, da diese Mittel ab dem 12.8.1990 im wesentlichen getrennt verwaltet wurden.

Rechtlich ist die uneingeschränkte Prüfung und Berichterstattung durch die Unabhängige Kommission ausgeschlossen, da sich die gesetzliche Zuständigkeit der Unabhängigen Kommission nicht auf das Vermögen der F.D.P. erstreckt. Die F.D.P. unterliegt als Partei der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich nicht dem Anwendungsbereich der §§ 20a und 20b Parteiengesetz der DDR. Der Aufgabenbereich der Unabhängigen Kommission gegenüber der F.D.P. ist lediglich für die Frage eröffnet, ob die F.D.P. im Bereich flüssiger Mittel gemäß § 20b Absatz 2 Parteiengesetz der DDR treuhänderischer Verwaltung unterliegendes Altvermögen übernommen und gegebenenfalls rückzuerstatten hatte (siehe im einzelnen unten C.IV.1.).

C.IV.1. Verbleib des Altvermögens bei flüssigen Mitteln

Für den weiteren Bericht über die flüssigen Mittel der LDPD / des B.F.D. ab dem 12.8.1990 hatte die Unabhängige Kommission zu klären, ob die F.D.P. die übernommenen flüssigen Mittel des B.F.D., die der treuhänderischen Verwaltung gemäß § 20b Absatz 2 Parteiengesetz der DDR unterlagen, unzulässig verausgabt und gegebenenfalls rückzuerstatten hatte.

Die Berechnung des Altvermögens von LDPD / B.F.D. und NDPD im Bereich flüssiger Mittel (= Geld, das am 7.10.1989 vorhanden war oder seither an dessen Stelle getreten ist) beruht auf den von der Unabhängigen Kommission aufgestellten Grundsätzen der "Entflechtung des Vermögens der Parteien und politischen Organisationen" (Beschluß vom 25.1.1994, Beschlußnummer 340).

In Anwendung dieser Grundsätze hat die F.D.P. vom B.F.D. (und der NDPD) ein rechnerisches Altvermögen in Form flüssiger Mittel in Höhe von 13.393 TDM übernommen. Hinzugerechnet werden müssen die von der F.D.P. nach dem 12. August 1990 erzielten Einnahmen aus Altvermögen i.H.v. 12.339 TDM. Hiernach hat die F.D.P. insgesamt TDM 25.732 rechnerisches Altvermögen in Form flüssiger Mittel übernommen.
Hiervon sind auf das Altvermögen anzurechnende Ausgaben i.H.v. 4.000 TDM (Abfindungen an Parteimitarbeiter - siehe im einzelnen unten C.IV.2. - und getätigte Grundstücksinvestitionen) sowie die noch vorhandenen Geldbestände unter treuhänderischer Verwaltung i.H.v. 4.440 TDM abzuziehen. Es verbleibt somit ein Rückforderungsbetrag i.H.v. 17.292 TDM.

Die F.D.P. bestreitet eine Rückzahlungsverpflichtung. Im Rahmen des mit der LDPD und NDPD unter Einbeziehung der F.D.P. geschlossenen Vergleichs (vgl. A.V.5.) hat sich die BVS im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission verpflichtet, keine Rückforderungsansprüche in diesem Zusammenhang gegen LDPD, NDPD und F.D.P. geltend zu machen.

C.IV.2. Abfindungszahlungen

a. Beendigung der Arbeitsverhältnisse

Beginnend mit dem zweiten Quartal 1990 hat der B.F.D. - später dann die F.D.P. - Arbeitsverhältnisse mit Mitarbeitern der LDPD und NDPD beendet.

Zur Beendigung der Arbeitsverhältnisse zahlte der B.F.D. zunächst Überbrückungsgelder. Ab August 1990 wurden durch die F.D.P. Abfindungen gezahlt. Die Abfindungszahlungen beruhten auf Sozialplänen, die jeweils eine Abfindungszahlung in Höhe von maximal zwei Monatsbruttogehältern vorsahen.

Insgesamt wurden von 1990 bis 1992 TDM 2.452 an 903 Mitarbeiter gezahlt (Im Durchschnitt DM 2.715 pro Mitarbeiter).

b. Abfindungszahlungen im einzelnen

Jahr	Anzahl der Mitarbeiter	Summe der Zahlungen (TDM)
1990	691	1.731
1991	198	668
1992	14	52

c. Anerkennung als Altlasten

Nach den Grundsätzen der Unabhängigen Kommission zur "Entflechtung des Vermögens der Parteien und politischen Organisationen" sind Sozialplanleistungen als Altlasten dem Altvermögen zuzuordnen, soweit sie an Mitarbeiter gezahlt wurden, deren Arbeitsverhältnis vor dem 7.10.1989 begründet wurde, und ihre Höhe nicht den Rahmen übersteigt, der sich aus der Gemeinsamen Erklärung von Treuhandanstalt, DGB und DAG über die Begleitung des unvermeidlichen Personalabbaus und die Finanzierung von Sozialplänen vom 13.4.1991 und den Ergänzungen dieser Erklärung ergibt (Volumen von 5 TDM je Person).

Bei der Berechnung des von der F.D.P. übernommenen Altvermögens im Bereich flüssiger Mittel von LDPD / B.F.D. und NDPD wurden die Überbrückungs- und Abfindungszahlungen in voller Höhe als das übernommene Altvermögen mindernde Altlasten anerkannt.

D. Anlagevermögen

Abschnitt D. berichtet in Form gegenständlicher Darstellung über das Anlagevermögen der LDPD. Unterschieden wird zwischen Grundstücken, Kraftfahrzeugen/Mobiliar/Inventar, Kunstgegenständen und Archivunterlagen.

D.I. Grundstücke

Die Darstellung der Grundstücke der LDPD unterscheidet zwischen Grundstücken im Eigentum, volkseigenen Grundstücken, die in Rechtsträgerschaft der LDPD standen, und Grundstücken, an denen ein dingliches oder vertragliches Nutzungsrecht der LDPD bestand. Die Darstellung geht vom Grundstücksbestand zum 7.10.1989 aus und umfaßt den Erwerb der Rechte am Grundstück, die Art der Nutzung und Größe sowie gegebenenfalls den Verbleib/die Verwertung der Rechte am Grundstück. Erfaßt sind nur solche Grundstücke, die am 7.10.1989 noch der LDPD zuzuordnen waren. Angaben zu Grundstücken, die die LDPD erworben, aber vor 1989 wieder veräußert/abgegeben hat, erfolgen nicht.

D.I.1. Ermittlungen und Entscheidungen insgesamt

Die Unabhängige Kommission hat bei der Ermittlung des Vermögens der LDPD insgesamt 31 Grundstücke erfaßt und überprüft. Das Grundvermögen der LDPD und seine Verwertung stellen sich im Überblick wie folgt dar (Stand: 8. März 1996):

Gesamtfläche (qm) *57.678*

davon

- *Eigentum* *11.181*
- *Rechtsträger* *42.538*
- *Dingliches Nutzungsrecht* *778*
- *Schuldrechtliches Nutzungsrecht* *3.181*

Verwertung der Eigentumsgrundstücke

- *Fläche (qm)* *2.264*
- *Erlös (TDM)* *3.180*

Verwertung der Nutzungsrechte
- *Fläche (qm)* *3.181*
- *Erlös (TDM)* *103*

Im einzelnen hat die Unabhängige Kommission zu Grundstücken der LDPD folgende ***Entscheidungen*** getroffen (Stand: 8. März 1996; Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- ***Einvernehmen zur Restitution*** .... ***./.***
- ***Einvernehmen zur ablehnenden Restitutionsentscheidung*** ***1***
- ***Einvernehmen zur Feststellung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** ***1***
- ***Einvernehmen zur Ablehnung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** ***7***
- ***Einvernehmen zur Veräußerung*** ***9***
- ***Abgabe an Bundesvermögensverwaltung*** ***12***
- ***Feststellung, daß kein Sondervermögen vorliegt*** ***3***

Die Grundstücke teilen sich nach dem Recht der LDPD am Grundstück wie folgt auf:

D.I.2. Eigentumsgrundstücke

Am 7.10.1989 verfügte die LDPD über 9 Eigentumsgrundstücke.

- **16547 Birkenwerder, Friedensallee 30 b u. c, 4.999 qm**

  Nutzung als Gästehaus.
  Erwerb mit Kaufvertrag vom 22.12.1986 für 67 TM.
  Die Unabhängige Kommission stellt mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks fest.

- **01219 Dresden, Wasastr. 2, 890 qm**

  Nutzung als Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb mit Kaufvertrag vom 22.11.51 für 45 TM.

Das Grundstück wird der LDPD im Rahmen des mit LDPD und NDPD unter Einbeziehung der F.D.P. geschlossenen Vergleichs (vgl. A.V.5.) wieder zur Verfügung gestellt.

- **01219 Dresden, Julius-Otto-Str. 2a, 620 qm**

Nutzung als Bezirksgeschäftsstelle.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 12.4.1989 für 44 TM.
Die Unabhängige Kommission stellt mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks fest.
Mit Schreiben vom 4.5.1994 erteilt die Unabhängige Kommission ihr Einvernehmen zur (ablehnenden) Restitutionsentscheidung.

- **04105 Leipzig, Kickerlingsberg 16, 1.350 qm**

Nutzung als Bezirksgeschäftsstelle.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 26.6.1963 für 100 TM.
Die Unabhängige Kommission stellt mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks fest.
Die BVS veräußert die Liegenschaft für 3.000 TDM an private Dritte. Die Unabhängige Kommission erteilt ihr Einvernehmen zum Verkauf am 12.12.1995.

- **17139 Malchin, Breitestr. 11, 171 qm**

Nutzung als Kreisgeschäftsstelle.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 3.4.1985 für 9 TM.
Die Unabhängige Kommission stellt mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks fest.
Die BVS veräußert die Liegenschaft für 14 TDM an die F.D.P.. Die Unabhängige Kommission erteilt ihr Einvernehmen zum Verkauf am 27.11.1995.

- **18055 Rostock, Rosa-Luxemburg-Str. 11 (jetzt: Dr.-Wilh.-Külz-Str. 1), 643 qm**

Nutzung als Kreisgeschäftsstelle.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 29.12.1970 für 71 TM.
Die Unabhängige Kommission stellt mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks fest.

- **98529 Suhl, Am Bahnhof 7, 1.322 qm**

  Nutzung als Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb mit Kaufvertrag vom 17.5.1974 für 49 TM.
  Die Unabhängige Kommission stellt mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks fest.
  Die Treuhandanstalt veräußert einen Teil der Liegenschaft (743 qm) für 166 TDM mit Vertrag vom 8.9.1993 an privaten Dritten. Die Unabhängige Kommission erteilt ihr Einvernehmen zum Verkauf am 29.9.1994.

- **17438 Wolgast, Unterwallstr. 10, 94 qm**

  Nutzung als Kreisgeschäftsstelle.
  Erwerb mit Kaufvertrag vom 23.8.1989 für 10 TM.
  Die Unabhängige Kommission stellt mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks fest.

- **17454 Zinnowitz, An der Kastanienallee, 1.092 qm**

  Unbebautes Grundstück.
  Erwerb durch Vermächtnis laut Testament vom 23.2.1986 und Notariatsvertrag vom 19.12.1988.
  Die Unabhängige Kommission stellt mit Beschluß vom 2.11.1993 den materiell-rechtsstaatsmäßigen Erwerb des Grundstücks fest.
  Das Grundstück wird der LDPD im Rahmen des mit LDPD und NDPD unter Einbeziehung der F.D.P. geschlossenen Vergleichs (vgl. A.V.5.) wieder zur Verfügung gestellt.

D.I.3. Volkseigene Grundstücke in Rechtsträgerschaft

Am 7.10.1989 hatte die LDPD an 12 volkseigenen Grundstücken die Rechtsträgerschaft inne. Die Unabhängige Kommission hat bei allen Grundstücken gegenüber der Treuhandanstalt Einvernehmen zur Abgabe in das Bundesfinanzvermögen erteilt. Mit der Abgabe endete die Zuständigkeit der Unabhängigen Kommission, so daß ihr die weitere Entwicklung dieser Grundstücke in der Regel nicht bekannt ist.

Die Rechtsträgergrundstücke im einzelnen:

- **03229 Altdöbern, Schloß Altdöbern, 12.277 qm**

  Geplant als Schulungs- u. Ferieneinrichtung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1986.

- **16868 Bantikow, Dorfstr, 18.520 qm**

  Zentrale Parteischule " Dr. Wilhelm Külz".
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1961.
  Mit Wirkung vom 1.9.1990 wird die Rechträgerschaft auf die Zentrale Arbeitsverwaltung der DDR übertragen; in diesem Zusammhang wird der "parteieigene Anteil" am Objekt von der F.D.P. an den neuen Rechtsträger mit Vertrag vom 26.9.1990 für 1.405 TDM veräußert.

- **10117 Berlin, Taubenstr. 47-49, 1.394 qm**

  Nutzung als Parteizentrale.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 2.2.1979.

- **01069 Dresden, F.-Heckert-Platz 9, 370 qm**

  Nutzung als Kreisgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1982.

- **99096 Erfurt, Gustav-Freytag-Str. 17, 1.547 qm**

  Nutzung als Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.6.1953.

- **07545 Gera, Zschochernstr. 4, 328 qm**

  Nutzung als Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 19.6.1975.

- **06112 Halle, Straße der OdF 3, 2.935 qm**

  Nutzung als Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1955.

- **39106 Magdeburg, Walter-Rathenau-Str. 33b, 749 qm**

  Nutzung als Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1956.

- **17235 Neustrelitz, Töpferstr. 22, 454 qm**

  Nutzung als Kreisgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 18.1.1989.

- **99734 Nordhausen, Stolberger Str. 75, 1.211 qm**

  Nutzung als Kreisgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft 1980.

- **14467 Potsdam, Berliner Str. 89, 2.643 qm**

  Nutzung als Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft 14.3.1955.

- **04808 Wurzen, Sperlingsberg 3, 110 qm**

  Nutzung als Kreisgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft 1987.

D.I.4. Dingliche Nutzungsrechte

Am 7.10.1989 war die LDPD Inhaberin eines am 1.11.1986 erworbenen dinglichen Nutzungsrechts an dem 778 qm großen Grundstück Glinkastraße 18 - 24 in Berlin. Zwischen 1988 und 1991 wurde auf diesem Grundstück ein Bürogebäude (geplant als neue

Parteizentrale der LDPD) errichtet. Für das Gebäude wurde ein Gebäudegrundbuchblatt angelegt mit der LDPD als eingetragener Gebäudeeigentümerin.
Mit Beschluß vom 21.3.1994 stellt die Unabhängige Kommission den materiell rechtsstaatswidrigen Erwerb des Gebäudeeigentums fest.

D.I.5. Schuldrechtliche Nutzungsrechte

Am 7.10.1989 hatten die Bezirksverbände der LDPD an sechs Grundstücken ein schuldrechtliches Nutzungsrecht, auf deren Grundlage auf den Grundstücken Bungalows errichtet oder übernommen wurden. Sie dienten als Ferienobjekte für die Parteimitarbeiter. Nutzungsobjekte, auf denen der Bau von Bungalows lediglich geplant war, werden nicht aufgeführt.

- **19399 Dobbertin, 300 qm**

  Erwerb des Nutzungsrechts 1980.
  Veräußerung mit Vertrag vom 12.7.1993 für 7 TDM.
  Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 19.5.1993 ihr Einvernehmen.

- **17237 Comthurey, 400 qm**

  Erwerb des Nutzungsrechts 1976.
  Veräußerung mit Vertrag vom 25.6.1992 für 39 TDM.
  Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 27.2.1992 ihr Einvernehmen.

- **14715 Ferchesar, 600 qm**

  Erwerb des Nutzungsrechts 1976.
  Veräußerung mit Vertrag vom 12.7.1993 für 10 TDM.
  Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 19.5.1993 ihr Einvernehmen.

- **39218 Grünewalde, 1.288 qm**

  Erwerb des Nutzungsrechts 1979.
  Veräußerung für 28 TDM.
  Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 16.8.1994 ihr Einvernehmen.

- **14548 Caputh, 593 qm**

  Erwerb des Nutzungsrechts 1980.
  Veräußerung mit Vertrag vom 29.11.1994 für 10 TDM.
  Die Unabhängige Kommision erteilt hierzu am 16.8.1994 ihr Einvernehmen.

- **08543 Möschwitz/Neuensalz**

  Erwerb des Nutzungsrechts 1976.
  Veräußerung mit Vertrag vom 5.7.1995 für 9 TDM.
  Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 7.6.1995 ihr Einvernehmen.

D.II. Kraftfahrzeuge/Mobiliar/Inventar

Der folgende Abschnitt berichtet, über welchen Bestand an Kraftfahrzeugen, Mobiliar und Inventar die LDPD am 7.10.1989 verfügte. Die Entwicklung dieses Bestandes in der Vorzeit wird nicht dargestellt.

Im Anschluß wird über die Verwertung der genannten Gegenstände berichtet.

D.II.1. Bestand am 7.10.1989

Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge zum 7.10.1989: 349

Davon:

Zentralvorstand: (2 Citroen, 26 Lada, 16 Wartburg, 1 Trabant, 2 Wolga, 1 Skoda, 5 Barkas, 3 Multicar, 5 Wohnanhänger, 3 Lastenanhänger)	64
Untergliederungen und Zentrale Parteischule: (7 Lada, 25 Wartburg, 4 Wolga, 227 Trabant, 1 Dacia, 3 Barkas, 3 Multicar, 2 LKW, 2 Traktoren, 3 Mopeds, 3 Wohnwagen / Campinganhänger, 5 Lastenanhänger)	285

Die Kraftfahrzeuge hatten ganz überwiegend keinen materiellen Wert. Die betriebsübliche Nutzungsdauer war regelmäßig überschritten.

Die LDPD verfügte am 7.10.1989 über einen umfangreichen Bestand an **Mobiliar und Inventar**. Mobiliar und Inventar hatten ganz überwiegend keinen materiellen Wert. Die betriebsübliche Nutzungsdauer war auch hier regelmäßig überschritten.

D.II.2. Verwertung

Das Mobiliar und Inventar der LDPD wurde ab 1990 regelmäßig als wertlos ausgebucht. Verwertungserlöse wurden nur in Einzelfällen erzielt.

Die veräußerungsfähigen Kraftfahrzeuge der LDPD wurde im Laufe der Jahre 1990 und 1991 - meist an Parteimitarbeiter - veräußert. Die übrigen Kraftfahrzeuge wurden in der Regel kostenlos abgegeben, stillgelegt oder verschrottet.

Aus der Verwertung der Kraftfahrzeuge der LDPD wurden insgesamt folgende Einnahmen erzielt:

Kraftfahrzeuge von	**Verwertungserlöse**
- Zentralvorstand	127 TDM
- Schulungsstätten	27 TDM
- Untergliederungen	42 TDM
Summe	**196 TDM**

D.III. Kunstgegenstände

Im folgenden wird über den Bestand der Kunstgegenstände der LDPD und NDPD am 15.10.1991 berichtet. Die Entwicklung dieses Bestandes in der Vorzeit wird nicht dargestellt.

Der LDPD und NDPD gehörten zahlreiche Kunstgegenstände, die im wesentlichen keine besonderen materiellen Vermögenswerte verkörperten.

Zu den Kunstgegenständen zählten

165 Gemälde, Graphiken, Zeichnungen, Radierungen und Drucke,
6 Skulpturen,
diverse weitere Gegenstände wie Teller und Vasen.

Die Kunstgegenstände wurden zur gemeinnützigen Verwendung auf die neuen Bundesländer und das Land Berlin übertragen.

D.IV. Archivunterlagen

Der folgende Abschnitt berichtet über Bestand und Verbleib der Archivunterlagen der LDPD.

Die LDPD verfügte am 7.10.1989 über umfangreiche Archivunterlagen. Archivunterlagen von historischer Bedeutung befanden sich überwiegend in der Parteizentrale, Finanz- und sonstige allgemeine Geschäftsunterlagen auch bei den Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen.

Nach dem faktischen Beitritt des B.F.D. zur F.D.P. am 12.8.1990 hat die Friedrich-Naumann-Stiftung die Archivunterlagen der LDPD in den neuen Ländern erfaßt, eingesammelt und in das Archiv des deutschen Liberalismus in Gummersbach gebracht. Dort wurden die Unterlagen in den folgenden Jahren für die Nutzung als Archivbestand erschlossen und aufbereitet. Eine Genehmigung von Unabhängiger Kommission oder Treuhandanstalt hierzu wurde nicht erteilt.

Die Unabhängige Kommission erteilte mit Beschluß vom 26.2.1996 ihr Einvernehmen zum Einbringungsvertrag zwischen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, dem Notliquidator der LDPD und dem Bundesarchiv, mit dem das Archivgut der LDPD in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv (SAPMO) eingebracht wird. Die (SAPMO) ist nach dem Einbringungsvertrag berechtigt den Gesamtbestand im Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung zu hinterlegen.

E. Gewerbliche Unternehmung

Die LDPD betrieb Zeitungsverlage, die unter anderem das Zentralorgan der Partei, die Zeitung "Der Morgen", herausgaben, Buchverlage, Druckereien sowie weitere Wirtschaftsbetriebe. Alle Wirtschaftseinrichtungen waren in der Vereinigung organisationseigener Betriebe Aufwärts, der VOB Aufwärts, zusammengefaßt. Die VOB Aufwärts verwaltete darüber hinaus die Schulungs- und Ferieneinrichtungen der LDPD.

Der folgende und letzte Berichtsabschnitt berichtet unter E.I. im Überblick über die in der Zeit von 1945 bis 1989 erworbenen Betriebe und Einrichtungen, die sich zum 7.10.1989 nicht mehr im Eigentum der LDPD/VOB Aufwärts befanden.

Abschnitt E.II. berichtet über die betrieblichen Grundstücke und Ferieneinrichtungen der LDPD zum 7.10.1989.

Abschnitt E.III. berichtet über den Erwerb, die Entwicklung und den Verbleib der Parteibetriebe der LDPD, die am 7.10.1989 im Eigentum der Partei standen.

E.I. Gewerbliche Unternehmung 1945 bis 1989

Der folgende Abschnitt berichtet im Überblick über die in der Zeit von 1945 bis 1989 erworbenen Betriebe und Einrichtungen, die sich zum 7.10.1989 nicht mehr im Eigentum der LDPD/VOB Aufwärts befanden.

E.I.1. Berliner Montag Verlagsgesellschaft

1945 von LDP gegründet. 1956 Einstellung des Geschäftsbetriebs.

E.I.2. Elbe - Saale - Druckerei Eisleben

1945 Enteignung und Zuweisung an die SED. 1947 Zuweisung an den Landesverband Sachsen-Anhalt der LDP. 1956 Auflösung des Betriebs.

E.I.3. Elbe - Saale - Druckerei Schönebeck

1947 Zuweisung an den Landesverband Sachsen-Anhalt der LDP. 1956 Auflösung des Betriebs.

E.I.4. VITA-Verwaltungs- und Betriebsgesellschaft mbH, Weimar

Gründung mit Vertrag vom 11.6.1948. Das Stammkapital i.H.v. 20 TRM wird von zwei Treuhändern des Landesverbandes Thüringen der LDP eingebracht.
Unternehmensgegenstand ist der Erwerb und Betrieb von wirtschaftlichen Unternehmen, die Verwaltung von Vermögen jeder Art und die Beteiligung an Unternehmen jeder Art. Die Gesellschaft fungiert als Holding für die wirtschaftlichen Aktivitäten des Landesverbands Thüringen.
Nach Gründung der VOB Aufwärts und der Übertragung der Verwaltung aller Parteibetriebe an die VOB wird die Gesellschaft zum 13.7.1953 liquidiert.

E.I.5. Gasthof "Zum Löwen", Apolda

1946 enteignet. 1948 der VITA GmbH zugeordnet. 1952 Abgabe an die Gemeinde.

E.I.6. "Schützenhaus" Apolda

1946 enteignet. 1948 der VITA GmbH zugeordnet. 1957 Abgabe an HO des Kreises Apolda.

E.I.7. Cafe "Haus Resi", Weimar

1948 enteignet, 1950 der VITA GmbH zugeordnet. 1956 Abgabe an HO der Stadt Weimar.

E.I.8. Druckhaus Michaelkirchstraße, Berlin

Seit 1945 Teil des VEB Berliner Druckhaus Linienstraße, ab 1952 Eigentum der VOB Aufwärts. 1955 Abgabe des Betriebs im Tausch gegen VEB Peter-Presse (später: Druckhaus Aufwärts Leipzig).

E.I.9. Bermon - Druck Berlin

1952 durch die VOB Aufwärts von der Berliner Montag Verlagsgesellschaft übernommen. 1967 Auflösung des Betriebs.

E.I.10. Goethe - Buchhandlung Weimar

1953 Enteignung und Übernahme durch VOB Aufwärts. 1961 Auflösung des Betriebs.

E.I.11. Goethe - Buchhandlung Schwerin

Eintragung im Handelsregister am 20.3.1956. Die weitere Entwicklung ist unbekannt.

E.I.12. Druckerei Paul Klepsch & Sohn, Bischofswerda

Die LDPD erwirbt durch notariellen Überlassungsvertrag vom 30.5.1956 den Betrieb nebst Grundstück (Johann-Sebastian-Bach-Straße 5, Bischofswerda) von Herrn Adalbert Paul Klepsch gegen Zahlung einer monatlichen Rente von MDN 800,--. Der Betrieb und das Grundstück werden am 16.1.1957 in die VOB Aufwärts eingebracht. Mit Wirkung zum 1.10.1957 werden Betrieb und Grundstück der VOB Zentrag im Tausch gegen die "Niederlausitzer Druckerei Spremberg" überlassen.
Durch die F.D.P. wird die Rückübertragung des Betriebs und des Grundstücks beansprucht. Mit Bescheid vom 31.8.1994 wird der Antrag durch das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission (Beschluß vom 2.11.1993) zurückgewiesen. Über den Widerspruch der F.D.P. ist noch nicht entschieden.

E.I.13. Niederlausitzer Druckerei Spremberg

Erwerb zum 1.10.1957 von der VOB Zentrag im Tausch gegen die Druckerei Paul Klepsch und Sohn. Rückübertragung auf die VOB Zentrag im Zusammenhang mit der Übernahme von 15 im Jahr 1972 enteigneten und der LDPD übertragenen Unternehmen (siehe unten E II).

E.II. Grundstücke zum 7.10.1989

Die Darstellung der betrieblichen Grundstücke der LDPD unterscheidet zwischen Grundstücken im Eigentum, volkseigenen Grundstücken, die in Rechsträgerschaft der VOB Aufwärts oder anderer Parteibetrieben standen, und Grundstücken, an denen ein vertragliches Nutzungsrecht bestand. Die Darstellung geht vom Grundstücksbestand zum 7.10.1989 aus und umfaßt den Erwerb der Rechte am Grundstück, die Art der Nutzung und Größe sowie gegebenenfalls den Verbleib/die Verwertung der Rechte am Grundstück. Erfaßt sind nur solche Grundstücke, die am 7.10.1989 noch der LDPD zuzuordnen waren. Angaben zu Grundstücken, die vor 1989 wieder veräußert oder abgegeben wurden, erfolgen nicht.

E.II.1. Ermittlungen und Entscheidungen insgesamt

Die Unabhängige Kommission hat bei der Ermittlung des betrieblichen Vermögens der LDPD insgesamt 38 Grundstücke erfaßt und überprüft. Das betriebliche Grundvermögen der LDPD und seine Verwertung stellt sich im Überblick wie folgt dar (Stand: 8. März 1996):

Gesamtfläche (qm)*.. *178.830
davon
- ***Eigentum*... *95.004***
- ***Rechtsträger*... *79.390***
- ***Schuldrechtliches Nutzungsrecht*................................ *4.436***

Verwertung der Eigentumsgrundstücke
- ***Fläche (qm)*.. *7.515***
- ***Erlös (TDM)*.. *3.109***

Verwertung der Nutzungsrechte

- *Fläche (qm)* *1.141*
- *Erlös (TDM)* *118*

Im einzelnen hat die Unabhängige Kommission zu den betrieblichen Grundstücken der LDPD folgende *Entscheidungen* getroffen (Stand: 8. März 1996; Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- ***Einvernehmen zur Restitution*** ***1***
- ***Einvernehmen zur ablehnenden Restitutionsentscheidung*** ***1***
- ***Einvernehmen zur Feststellung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** .... ***/.***
- ***Einvernehmen zur Ablehnung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** ***11***
- ***Einvernehmen zur Veräußerung*** ***6***
- ***Abgabe an Bundesvermögensverwaltung*** ***24***

Die Grundstücke teilen sich nach dem Recht der VOB Aufwärts und der einzelnen Betriebe an den Grundstücken wie folgt auf:

E.II.2. Eigentumsgrundstücke

Am 7.10.1989 verfügte die LDPD über 12 betriebliche Eigentumsgrundstücke wie folgt:

- **12555 Berlin, Mahlsdorfer Str. 12, 1.138 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb mit Kaufvertrag vom 3.1.1975 für TM 19.
  Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

Die BVS veräußert die Liegenschaft zusammen mit dem Grundstück Mahlsdorfer Str. 13/14 (vgl. E.II.3.) im Zusammenhang mit der Veräußerung der p. altmann-druck GmbH (vgl. E.III.2.n.) für 1.600 TDM an die F.D.P.. Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 27.11.1995 ihr Einvernehmen.

- **12555 Berlin, Seelenbinderstr. 152, 2.763 qm**

Gewerbliche Nutzung.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 1.3.1974 für TM 60.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **08261 Kottenheide, Am Hämmerling 12, 5.432 qm**

Nutzung als Schulungs- und Erholungsheim.
Erwerb aufgrund Inanspruchnahme nach § 14 Aufbaugesetz mit Wirkung vom 1.1.1976 gemäß Bescheid vom 22.12.1975.
Das Grundstück wurde mit Vereinbarung vom 10.11.1993 gegen Zahlung eines Wertausgleichs i.H.v. TDM 414 restituiert. Die Erteilung des Einvernehmens der Unabhängige Kommission zur Rückübertragungsvereinbarung erfolgte am 28.7.1993.

- **16775 Löwenberg, Am Mont Caprice, 10.599 qm**

Nutzung als Erholungsobjekt.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 28.9.1978 für TM 3.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **06618 Naumburg, Topfmarkt 7/8, ca.1.840 qm**

Gewerbliche Nutzung.
(Teil-) Erwerb durch Zuweisung des Präsidenten der Provinz Sachsen vom 26.4.1946 und Kauf gemäß Kaufvertrag vom 12.5.1961 für TM 2.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 7.4.1994 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

Die BVS veräußert die Liegenschaft mit Vertrag vom 6.7.1993 für TDM 829, die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 19.3.1993 ihr Einvernehmen.
Mit Schreiben vom 19.10.1995 erteilt die Unabhängige Kommission ihr Einvernehmen zur ablehnenden Restitutionsentscheidung.

- **23946 Redewisch, Dorfstr. 10, 3.184 qm**

Nutzung als Ferieneinrichtung.
(Teil-) Erwerb mit Kaufvertrag vom 26.5.1977 für TM 25. Unentgeltliche Überlassung mit Vertrag vom 1.8.1985.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **14547 Stücken, An der Seddiner Str., 6.987 qm**

Nutzung als Ferieneinrichtung.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 15.11.1978 für TM 7.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **14547 Stücken, Dorfstr. 7/8, 4.370 qm**

Nutzung als Ferieneinrichtung.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 20.4.1977 für TM 39.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.
Die BVS veräußert die Liegenschaft mit Vertrag vom 13.11.1995 an privaten Dritten für 600 TDM. Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 30.11.1995 ihr Einvernehmen.

- **04860 Torgau, Elbstr.21, 526 qm**

Gewerbliche Nutzung (Lager).
Erwerb mit Kaufvertrag vom 9.2.1990 für TM 8.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 2.11.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **02799 Waltersdorf, Dr.-Külz-Str. 79 (Teilgrundstück), 206 qm**

  Gewerbliche Nutzung (Lager).
  Erwerb mit Kaufvertrag vom 10.10.1983 für TM 6.
  Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **06502 Warnstedt, Kirchberg 92, 167 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb mit Kaufvertrag vom 29.3.1985 für TM 13.
  Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.
  Das Grundstück wurde mit Vertrag vom 22.6.1993 für TDM 80 veräußert, die Unabhängige Kommission hat hierzu am 19.4.1993 ihr Einvernehmen erteilt.

- **15864 Wendisch Rietz, Beeskower Chaussee, 57.792 qm**

  Nutzung als Ferieneinrichtung.
  Erwerb durch Übereignungsbeschluß der Landesbodenkommission vom 28.2.1948.
  Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 5.10.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

E.II.3. Volkseigene Grundstücke in Rechtsträgerschaft

Am 7.10.1989 hatte die VOB Aufwärts an 24 volkseigenen Grundstücken die Rechtsträgerschaft inne. Die Unabhängige Kommission hat bei allen Grundstücken gegenüber der Treuhandanstalt Einvernehmen zur Abgabe in das Bundesfinanzvermögen erteilt. Mit der Abgabe endete die Zuständigkeit der Unabhängigen Kommission, so daß ihr die weitere Entwicklung dieser Grundstücke in der Regel nicht bekannt ist.

Die Rechtsträgergrundstücke im einzelnen:

- **12555 Berlin, Mahlsdorfer Str. 13/14, 2.066 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.
  Mit Vertrag vom 23.8.1990 erwirbt die Altmann GmbH i.G. die Liegenschaft für 809 TDM.
  Die BVS veräußert die Liegenschaft zusammen mit dem Grundstück Mahlsdorfer Str. 12 (vgl. E.II.2.) im Zusammenhang mit der Veräußerung der p. altmann Druck GmbH (vgl. E.III.2.n.) für 1.600 TDM an die F.D.P.. Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 27.11.1995 ihr Einvernehmen.

- **12555 Berlin, Hinter Seelenbinderstr. 156, 535 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 24.8.1984.

- **15936 Dahme, Niendorfer Weg 10, 2.426 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

- **07973 Greiz, Markt 9, 621 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.6.1948.

- **06917 Jessen, Schloßstr. 21**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

- **06917 Jessen, Wilhelm-Külz-Str. 1, 3.167 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1974.

- **04105 Leipzig, Michaelisstr. 11, 370 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 10.4.1990.

- **04109 Leipzig, Neumarkt 6, 124 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1986.

- **04317 Leipzig, Breitkopfstr. 3/5, 3.070 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1955.

- **04315 Leipzig, Kohlgartenstr. 24, 770 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.8.1987.

- **06618 Naumburg, An der Gutenbergstr., 9 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1962.

- **06484 Quedlinburg, Rathenaustr. 6, 783 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

- **06484 Quedlinburg, Pölle 9, 126 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

- **06484 Quedlinburg, Weberstr. 32, 1.610 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

- **06484 Quedlinburg, Magdeburger Str. 13, 11.645 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.3.1976.

- **06484 Quedlinburg, Konvent 18/19,**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

- **06484 Quedlinburg, Wallstr. 15, 495 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

- **07318 Saalfeld, Käthe-Kollwitz-Str. 5, 2.803 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft 1973.

- **07318 Saalfeld, Sonneberger Str. 2, 870 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

- **07318 Saalfeld, Straße des Friedens 15, 9.681 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

- **02799 Waltersdorf, Dr.-Külz-Str. 79 (Teilgrundstück), 910 qm**

  Gewerbliche Nutzung (Lager).
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.3.1980.

- **02799 Waltersdorf, Ernst-Thälmann-Str. 80, 1.340 qm**

  Nutzung als Ferieneinrichtung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1967.

- **15864 Wendisch Rietz, Am Glubigfließ, 32.824 qm**

  Nutzung als Ferieneinrichtung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft zwischen 1968 und 1982.

- **07570 Wünschendorf, Fuchsthalstr. 8, 3.145 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.7.1972.

E.II.4. Schuldrechtliche Nutzungsrechte

Am 7.10.1989 hatten die VOB Aufwärts und deren Betriebe an 2 Grundstücken ein schuldrechtliches Nutzungsrecht. Auf der Grundlage der Nutzungsrechte wurden auf den Grundstücken Bungalows errichtet oder übernommen. Sie dienten als Ferienobjekte.

Nutzungsobjekte, auf denen lediglich der Bau von Bungalows geplant war, werden nicht aufgeführt.

- **15746 Groß-Köris, 3 Bungalows, 3.295 qm**

  Erwerb des Nutzungsrechts 1969.
  Veräußerung mit Verträgen vom 30.5.1990 an die Herren Fischer (ehemaliger Chefredakteur des Zentralorgans "Der Morgen") und Wieser (Stellvertretender Abteilungsleiter des Sekretariats des Zentralvorstands) zu je 8 TM sowie mit Vertrag vom 5.6.1990 für 18 TM an den früheren Parteivorsitzenden der LDPD, Gerlach.

Mit Anerkenntnisurteil vom 17.11.1994 wurde Prof. Dr. Gerlach gegen Rückzahlung des "Kaufpreises" zur Räumung des Grundstücks und zur Herausgabe des Bungalows verurteilt
In den anderen beiden Fällen hat die BVS mit den Nutzern Vereinbarungen zur Räumung der Bungalows getroffen.
Die Verwertung der Bungalows steht noch aus.

- **18551 Glowe / Rügen, 3 Bungalows, 1.141 qm**

Erwerb des Nutzungsrechts durch Betriebe der VOB Aufwärts.
Veräußerung mit Vertrag vom 24.3.1992 für 118 TDM. Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 16.2.1993 ihr Einvernehmen.

E.III. Gewerbliche Unternehmung zum 7.10.1989

Der folgende Abschnitt berichtet über den Erwerb, die Entwicklung und den Verbleib der von der VOB Aufwärts verwalteten Parteibetriebe der LDPD, die am 7.10.1989 im Eigentum der Partei standen. Für die einzelnen Betriebe werden der Erwerb, die Entwicklung der Bilanzsumme ab dem 31.12.1989, die erhaltenen Zuschüsse, die Entwicklung der Beschäftigtenzahl, die Sozialpläne, der Verbleib sowie die grundlegenden Entscheidungen der Unabhängigen Kommission dargestellt.

Ursprünglich, von 1945 bis 1950, unterstanden die einzelnen Wirtschaftsbetriebe den jeweiligen Landesverbänden oder der Parteileitung. Nach Bildung der VOB Aufwärts im Jahr 1951 wurde das Vermögen der Wirtschaftsbetriebe auf die VOB Aufwärts übertragen (vgl unten E.III.1.a).

Die gewerblichen Unternehmungen der LDPD stammen zum Teil aus Eigengründungen, wie beispielsweise die Zeitungsverlage, zum Teil wurden sie der LDP von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) zugewiesen, andere wiederum wurden von der LDPD käuflich erworben.

Der LDPD wurden darüber hinaus auf Veranlassung der SED Betriebe, die auf der Grundlage des als geheime Verschlußsache eingestuften Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9. Februar 1972 enteignet worden waren, übertragen. Die Unternehmen waren Privatbetriebe mit staatlicher Beteiligung, deren Veräußerung in das Volkseigentum aufgrund des Beschlusses erzwungen wurde. Dem Ministerratsbeschluß war ein entsprechender Beschluß der 4. Tagung des ZK der SED vorhergegangen.

Mit Schreiben vom 29.3.1972 bat der Vorsitzende der LDPD, Gerlach, den Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Sindermann, unter Berufung auf den Ministerratsbeschluß, 24 näher bezeichnete, zu verstaatlichende Betriebe der VOB Aufwärts zuzuordnen.

In der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 wurde dann beschlossen, 15 Unternehmen der LDPD (von dieser später zusammengefaßt in 7 Unternehmen), 5 der NDPD (später zusammengefaßt in 3 Unternehmen) und 10 der CDU der DDR zu übereignen (in das Eigentum der SED sollten 125 Unternehmen übergehen).

E.III.1. Ermittlungen und Entscheidungen insgesamt

Die Unabhängige Kommission hat bei der Ermittlung des betrieblichen Vermögens der LDPD zum 7.10.1989 insgesamt 19 Betriebe erfaßt und überprüft. Die Verwertung der Betriebe der LDPD stellt sich im Überblick wie folgt dar (Stand: 8. März 1996, Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- ***Veräußerungen*** ***18***
- ***Erzielte Erlöse (TDM)*** ***4.291***
- ***Liquidationen*** ***4***
- ***Restitutionen*** ***6***
- ***Zuschüsse der Vercon GmbH (TDM)*** ***13.876***
- ***Zahlungen aus Sozialplänen (TDM)*** ***2.301***

Im einzelnen hat die Unabhängige Kommission zu den Betrieben folgende ***Entscheidungen*** getroffen (Stand: 8. März 1996; Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- ***Einvernehmen zur Restitution*** ***2***
- ***Einvernehmen zur ablehnenden Restitutionsentscheidung*** ***1***
- ***Einvernehmen zur Feststellung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** .... ***./.***
- ***Einvernehmen zur Ablehnung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** ***24***
- ***Einvernehmen zur Veräußerung*** ***12***
- ***Einvernehmen zur Liquidation*** ***2***

E.III.2. Gewerbliche Unternehmung im einzelnen

a. VOB Aufwärts

Anschrift: Taubenstr. 47/49 (früher: J.-Dieckmann-Str. 47/49), 10117 Berlin.

Unternehmensgegenstand: Holding der LDPD, Verwaltung von Liegenschaften der Partei.

Erwerb: Mit notariellem Gesellschaftsvertrag vom 20. März 1951 gründeten die nachfolgend aufgeführten Gesellschaften die VOB Aufwärts GmbH:

- "Morgen"-Druckerei- und Verlags-Gesellschaft in Berlin mit einer Stammeinlage von TDM 5,

- Demokratische Verlags- und Betriebs-Gesellschaft mbH in Dresden mit einer Stammeinlage von TDM 4,

- Elbe-Saale-Druckereien GmbH in Halle/Saale mit einer Stammeinlage von TDM 5,

- Verlagsgesellschaft mbH Thüringen in Weimar mit einer Stammeinlage von TDM 2,

- "Vita" GmbH in Weimar mit einer Stammeinlage von TDM 2,

- Norddeutsche Verlagsgesellschaft mbH in Schwerin mit einer Stammeinlage von TDM 2.

Zum Geschäftsführer wurde der Generalsekretär der LDPD, Täschner, bestellt. Gegenstand des Unternehmens war die "Zusammenfassung und Förderung der grafischen Betriebe der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands zum Zwecke der einheitlichen Verplanung und Materialversorgung und ihre Ausrichtung auf die Ziele der Volkswirtschaftspläne der DDR."

Die Eintragung der VOB Aufwärts GmbH im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte erfolgte am 8.8.1951.

Mit Schreiben vom 12.11.1951 wurde der VOB Aufwärts GmbH durch den Magistrat von Groß-Berlin die Gewerbeerlaubnis erteilt.

Gemäß Beschluß der Finanzkommission der LDPD vom 9.8.1952, der seinerseits auf einem "Appell des politischen Ausschusses des Zentralvorstandes" der LDPD vom 17. Juli 1952 beruhte, wurden die Aktiva und Passiva sämtlicher der LDPD zuzuordnender Betriebe mit Wirkung zum 1.9.1952 an die VOB Aufwärts GmbH übertragen; die gewerbliche Tätigkeit aller Gesellschaften wurde zu diesem Stichtag eingestellt. Nach dem oben genannten Beschluß der Finanzkommission und dem Appell des politischen Ausschusses sind *"klar die Aufgaben umrissen, die der Partei in allen ihren Teilen in der neuen Epoche des Aufbaues des Sozialismus gestellt sind. Voraussetzung für die Erfüllung dieser großen Aufgaben ist eine straffe Organisation auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet innerhalb der Partei"*. Am 29.8.1952 übertrugen sämtliche Gesellschafter der VOB Aufwärts (mit Ausnahme der Norddeutschen Verlagsgesellschaft mbH) ihre Geschäftsanteile an die LDPD e. V. in Berlin; die Abtretung der Anteile der Norddeutschen Verlagsgesellschaft erfolgte am 26.10.1954.

Mit Schreiben des Ministeriums der Finanzen vom 23.12.1963 wurde die VOB Aufwärts "als nutznießender Rechtsträger von Volkseigentum" anerkannt, was ihr generell umfassende Möglichkeiten zur Nutzung von Volkseigentum bestätigte.

Am 28. Mai 1981 wurde die VOB Aufwärts mit Wirkung zum 1.4.1981 im Register der volkseigenen Wirtschaft eingetragen.

Die VOB Aufwärts wurde mit der VOB National ("Holding" der NDPD) in der Folge des faktischen Zusammenschlusses von LDPD und NDPD zum 1. Juli 1990 in der Vercon GmbH zusammengeführt. Hierfür wurden entsprechende Umwandlungserklärungen abgegeben.
Anmerkung: Nach der Rechtsprechung des Kammergerichts Berlin war die Umwandlung organisationseigener Betriebe in GmbHs nach der

Umwandlungsverordnung vom 1. März 1990 oder nach dem Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 nicht möglich; das Vermögen der VOB Aufwärts ist infolgedessen - wie auch das Vermögen der anderen auf dieser Grundlage umgewandelten Parteibetriebe - nicht auf die Vercon GmbH übergegangen.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	173.857	(Gesamt)
		TM	17.174	(Zentrale)

Mitarbeiter:	1989:	1.915	(Gesamt)
		56	(Zentrale)
		81	(Objektverwaltung)

Verbleib: seit 1.7.1990 faktische Zusammenführung mit VOB National zur Vercon GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 2.5.1994:***
Feststellung, daß die LDPD den über das Gründungskapital [20 TDM] hinausgehenden Anteil am Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.

Die weitere Entwicklung nach dem 1.7.1990 gestaltete sich wie folgt:

Vercon GmbH

Bilanzsumme:	01.07.90	TDM	137.684	(Konzern)
		TDM	109.446	(Zentrale)
	31.12.90	TDM	97.993	(Zentrale)
	31.12.91	TDM	77.049	(Zentrale)

Mitarbeiter:	1991	2.015	(Konzern)
		19	(Zentrale)
		50	(Objektverwaltung)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 461.

b. Zeitungsverlag "Der Morgen"

Anschrift: Seelenbinderstr. 152, 12555 Berlin.

Erwerb: 1945 Lizenz der SMAD an die LDP zur Herausgabe einer politischen Tageszeitung.
14.7.1945: Übertragung des Verlagsrechts an die Druckerei und Vetriebs GmbH.
1.7.1950: Übertragung des Verlags an die LDPD.

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 2.447

Mitarbeiter: 1989 133
1990 142 (bei Veräußerung, keine Arbeitsplatzgarantien)

Verbleib: Veräußerung an die Axel Springer Verlag AG mit Vertrag vom 14.5.1990 für TDM 525.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 14.12.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD den Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.
  Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

c. **Buchverlag "Der Morgen"**

Anschrift: Seelenbinderstr. 152, 12555 Berlin.

Unternehmensgegenstand: Herausgabe von politischer und sonstiger Literatur.

Erwerb: Ausgliederung aus dem Zeitungsverlag Der Morgen.
11.10.1951: Erste Lizenz zur Herausgabe von politischer Literatur.
6.11.1959: Eintragung im Handelsregister.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	2.932
	01.07.90	TDM	1.129
	31.12.90	TDM	2.259
Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	1.285
	1991	TDM	413
	1992	TDM	7
Mitarbeiter:	1989	37	
	1990	27	
	1991	6 (Übernahme bei Veräußerung)	

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 150.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Morgenbuch Verlag GmbH
Veräußerung der Verlagsrechte und Buchbestände zum 1.1.1991 für TDM 264.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***22.10.1991: Einvernehmen zum Kaufvertrag***

- ***Beschluß vom 14.12.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD den Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung."

Die weitere Entwicklung nach dem 1.7.1990 gestaltete sich wie folgt:

Prisma - Verlag Leipzig

Anschrift: Leibnizstraße 10, 04105 Leipzig.

Unternehmensgegenstand: Buchverlag.

Erwerb: Ausgliederung zum 1.7.1990 aus dem Buchverlag Der Morgen (Der Buchverlag Der Morgen hatte den Verlag von Privat mit Vertrag vom 31.3.1989 für TM 400 erworben und als Betriebsteil weitergeführt.)

Bilanzsumme:	01.07.90	TDM	112
	31.12.90	TDM	125
	30.04.91	TDM	393
	30.04.93	TDM	307

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	100
	1991	TDM	102
	1992	TDM	320
	1995	TDM	8

Mitarbeiter:	1989	12
	1990	2

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 28.

Verbleib: Liquidiert zum 30.4.1993.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung."

d. Zeitungsverlag "Sächsisches Tageblatt"

Anschrift: Neumarkt 6, 04109 Leipzig.

Erwerb: Erstausgabe 16. Februar 1946.
17.5.1946: Gründung der Demokratischen Verlags- und Betriebsgesellschaft mbH als Herausgeberin durch den Landesverband Sachsen der LDP.

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 3.177

Mitarbeiter: 1989 112

Verbleib: Veräußerung für TDM 225 an die Axel Springer Verlag AG mit Vertrag vom 14.5.1990.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 2.5.1994:***
  Feststellung, daß die LDPD den über das Gründungskapital [20 TRM] hinausgehenden Anteil am Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.

Die weitere Entwicklung nach dem 1.7.1990 gestaltete sich wie folgt:

typofix - Vertrieb Dresden

Anschrift: Altenzeller Str. 50, 01069 Dresden.

Unternehmensgegenstand: Vertrieb der Haftdruckabreibefolie typofix und von Inventarschildern.

Erwerb: Ausgliederung aus dem Verlag bei Veräußerung und Weiterführung als unselbständiger Betriebsteil der VOB Aufwärts. Übergabe der Bestände an den Grafischen Spezialbetrieb Saalfeld.
(Der Zeitungsverlag hatte die Firma Siegfried Baumgart am 2.1.1986 erworben und als Betriebsteil weitergeführt.)

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen, standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

e. Verlag Liberal - Demokratische Zeitung

Anschrift: Große Brauhausstr. 16/17, 06108 Halle/Saale.

Erwerb: 9.12.1947 Gründung der Elbe-Saale-Verlag GmbH (Halle) als Herausgeberin durch Treuhänder der Partei.

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 969

Mitarbeiter: 1989 90

Verbleib: Veräußerung an die Axel Springer Verlag AG mit Vertrag vom 14.5.1990 für TDM 225.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 2.5.1994:***
  Feststellung, daß die LDPD den über das Gründungskapital [TRM 20] hinausgehenden Anteil am Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.

f. Verlag Thüringische Landeszeitung

Anschrift: Marienstr. 14, 99423 Weimar.

Erwerb: Erstausgabe 24. September 1945.
4.9.1945: Übertragung des Herausgaberechts durch den Landesverband Thüringen der Demokratischen Partei an eine Gruppe von Verlagsfirmen (ab 30.10.1945 Thüringische Verlagsgenossenschaft).
24.11.1948: Liquidation der Genossenschaft.
25.1.1946: Gründung der Verlagsgesellschaft mbH Thüringen als Herausgeberin durch Treuhänder der Partei.

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 836

Mitarbeiter: 1989 81
1990 173 (incl. Thüringer Neueste Nachrichten, Übernahme bei Veräußerung)

Verbleib: Veräußerung zusammen mit Thüringer Neueste Nachrichten an den Verlag Thüringische Landeszeitung GmbH, Weimar (WAZ) mit Vertrag vom 30.5.1990 für TDM 475 (Anteil TLZ: TDM 375).

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 2.5.1994:***
Feststellung, daß die LDPD den über das Gründungskapital [TRM 20] hinausgehenden Anteil am Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.

g. Verlag Norddeutsche Zeitung

Anschrift: Graf-Schack-Allee 11, 19053 Schwerin.

Erwerb: Erstausgabe 4. März 1946.
25.2.1946: Lizenz der SMAD an die LDP Provinz Mecklenburg zur Herausgabe der Norddeutschen Zeitung.
1.3.1946: Gründung der Verlagsgesellschaft Norddeutsche Zeitung mbH als Herausgeberin.
29.7.1950: Übertragung der Geschäftsanteile der Verlagsgesellschaft an den Landesverband Mecklenburg der LDPD für TDM 130.

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 961

Mitarbeiter: 1989 82

Verbleib: Veräußerung für TDM 125 an die Axel Springer Verlag AG mit Vertrag vom 14.5.1990.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 2.5.1994:***
  Feststellung, daß die LDPD den über das Gründungskapital [TDM 130] hinausgehenden Anteil am Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.

h. Pahl'sche Buchhandlung

Anschrift: Platz der Jugend 13, 02763 Zittau.

Unternehmensgegenstand: Buchhandlung.

Erwerb: 10.5.1946: Kauf durch LDP Ortsgruppe Zittau für TRM 41. Später interne Zuordnung als unselbständiger Betriebsteil zur VOB Aufwärts.

Mitarbeiter: 1992 1 (Übernahme durch Käuferin)

Verbleib: Veräußerung mit Vertrag vom 31.1.1992 an die Handelsgesellschaft Wort und Werk mbH für TDM 42.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 2.5.1994:***
  Feststellung, daß die LDPD den über den ursprünglichen Kaufpreis [TRM 41] hinausgehenden Anteil am Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.

i. Gutenberg Buchdruckerei Saalfeld

Anschrift: Sonneberger Str. 2, 07318 Saalfeld.

Unternehmensgegenstand: Druckerei.

Erwerb: 17.4.1948 Enteignung der Firma Adolf Niese Nachf. aufgrund der SMAD-Befehle 124/126.
22.7.1948 Übertragung des Verfügungsrechts durch den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen an die Vita GmbH (Verwaltungsgesellschaft des LDP Landesverbands Thüringen).
Von 1.1.1989 bis 1.7.1990 interne Zuordnung zum Grafischen Spezialbetrieb Saalfeld.

Bilanzsumme:	01.07.90	TDM	868
	31.12.90	TDM	966
	31.12.91	TDM	870
	31.12.92	TDM	810

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	50

Mitarbeiter:	1990	28
	1993	11 (Übernahme durch Käuferin, 8 gesichert)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 31.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Gutenberg Buchdruckerei Saalfeld GmbH.
Veräußerung des Anlagevermögens mit Vertrag vom 8.6.1995 an die Gutenberg Druck- und Werbemittel GmbH & Co. KG für TDM 305.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***26.9.1994: Einvernehmen zur Veräußerung***

- ***Beschluß vom 5.10.1993:***
Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatliche erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

j. Gutenberg Buchdruckerei Weimar

Anschrift: Marienstr. 14, 99423 Weimar.

Unternehmensgegenstand: Buch- und Broschürendruck.

Erwerb: 1.6.1948 Enteignung der Firma Wagner & Sohn aufgrund SMAD Befehle 124/126.
Verwaltung durch Treuhänder des LDP Landesverbands Thüringen seit 22.6.1948.
22.7.1948 Übertragung des Verfügungsrechts durch den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen an die Vita GmbH (Verwaltungsgesellschaft des LDP Landesverbands Thüringen).

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	3.350
	01.07.90	TDM	960
	31.12.90	TDM	1.197
	31.12.91	TDM	1.237
	31.12.92	TDM	1.288
	31.12.93	TDM	457

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	774
	1991	TDM	202
	1992	TDM	97

Mitarbeiter:	1989	73
	1990	55
	1993	28 (Übernahme durch Käuferin)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 140.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Gutenberg Buchdruckerei Weimar GmbH.
Veräußerung des Anlagevermögens mit Vertrag vom 29.3.1993 an die Neue Gutenberg Buchdruckerei Weimar GmbH i.G. für TDM 552.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***2.2.1993: Einvernehmen zur Veräußerung***

- ***Beschluß vom 5.10.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen, standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

k. Druckhaus Aufwärts Leipzig

Anschrift: Breitkopfstraße 5, 04317 Leipzig.

Unternehmensgegenstand: Druckerei.

Erwerb: Entstanden aus dem Zusammenschluß folgender Betriebe:

- Druckhaus Ferdinand Peter Nachf.; 1953 Enteignung und Fortführung als VEB Peterpresse; 1955 Übertragung an VOB Aufwärts durch Tausch gegen das MdV Druckhaus - Michael-Kirch-Straße in Berlin.

- Buchdruckerei Emil Glausch; Kauf 1959 gegen Zahlung einer monatlichen Rente i.H.v. TDM 1.

- Uni-Druck GmbH; Kauf durch Demokratische Verlags- und Betriebsgesellschaft mbH (Parteibetrieb) 1948 für TRM 59 und Weiterführung als Demo-Druck Dresden (später als Zweigbetrieb von Druckhaus Aufwärts Leipzig).

- Heinrich Sieling OHG; Enteignung 1945; 1946 Zuweisung an den Landesverband der LDP der Provinz Sachsen (Druckerei Elbe-Saale Zweigniederlassung Naumburg); 1952 Übernahme durch die LDPD e.V. (Berlin); 1964 Zuordnung als Zweigbetrieb zum DAL.

- Vereinsbuchdruckerei Wagner; 1948 Enteignung und Übertragung des Verfügungsrechts auf die VITA GmbH; 1952 Übertragung auf die VOB Aufwärts; 1971 Zuordnung als Zweigbetrieb zum DAL.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	18.450
	01.07.90	TDM	7.148
	31.12.90	TDM	6.359
	31.12.91	TDM	2.749
	31.12.92	TDM	3.477
	31.12.93	TDM	3.261
	31.12.94	TDM	3.291

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	500
	1991	TDM	1.079
	1992	TDM	1.080
	1993	TDM	408
	1994	TDM	25
	1995	TDM	16

Mitarbeiter:	1989	230
	1990	95
	1991	62
	1992	17

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 217.

Verbleib: Entflechtung zum 1.7.1990 in Druckhaus Aufwärts Leipzig GmbH (ehem. Firmen Peter und Glausch), Demo-Druck Dresden GmbH (ehem. Uni Druck), Elbe-Saale Druckerei Naumburg GmbH (ehem. Sieling), Druckerei am Markt GmbH (ehem. Wagner).
Liquidation der Druckhaus Aufwärts Leipzig GmbH zum 30.4.1993.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***23.9.1992: Einvernehmen zur Liquidation***

Die weitere Entwicklung nach dem 1.7.1990 gestaltete sich wie folgt:

Demo - Druck - Dresden

Anschrift: Zwickauer Straße 146, 01187 Dresden.

Unternehmensgegenstand: Druckerei.

Bilanzsumme:	01.07.90	TDM	340
	31.12.90	TDM	303
	31.12.91	TDM	374
	31.12.92	TDM	271
	31.12.93	TDM	91
	31.12.94	TDM	5

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1992	TDM	206
	1993	TDM	195
	1994	TDM	42

Mitarbeiter: 1990: 17

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 79.

Verbleib: Veräußerung des Anlagevermögens für insgesamt TDM 52 gegen Rechnung.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***13.7.1993: Einvernehmen zur Veräußerung gemäß Vertragsentwurf vom 23.6.1993 (nicht realisiert).***

- ***Beschluß vom 2.5.1994:***
Feststellung, daß die LDPD den über den ursprünglichen Kaufpreis [TRM 59] hinausgehenden Anteil am Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.

Elbe - Saale - Druckerei Naumburg

Anschrift: Topfmarkt 7/8, 06618 Naumburg.

Unternehmensgegenstand: Druckerei.

Bilanzsumme:	01.07.90	TDM	2.232
	31.12.90	TDM	1.808
	31.12.91	TDM	1.892

Mitarbeiter:	1990	64
	1992	24 (bei Veräußerung, für 15 Arbeitsplatzgarantie)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 92.

Verbleib: Veräußerung des Anlagevermögens an die Elbe-Saale-Druckerei Naumburg GmbH (MBO) mit Wirkung zum 30.9.1992 für TDM 1.100.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***19.3.1993: Einvernehmen zur Veräußerung.***

- ***Beschluß vom 5.10.1993:***
Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatliche erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

- ***19.10.1995: Einvernehmen zur ablehnenden Restitutionsentscheidung***

Druckerei am Markt GmbH (Vereinsbuchdruckerei Greiz)

Anschrift: Markt 9, 07973 Greiz.

Unternehmens-gegenstand: Druckerei.

Bilanzsumme:	01.07.90	TDM	995
	31.12.90	TDM	855
	31.12.91	TDM	
	31.12.92	TDM	679
	31.12.93	TDM	564
Zuschüsse der Vercon GmbH:	1991	TDM	85
	1992	TDM	170
	1993	TDM	85
	1994	TDM	6
Mitarbeiter:	1990	25	

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 105.

Verbleib: Liquidation.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***23.9.1993: Einvernehmen zur Liquidation.***

- ***Beschluß vom 5.10.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatliche erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

1. Diagrammdruck Quedlinburg

Anschrift: Magdeburger Str. 13, 06484 Quedlinburg

Unternehmensgegenstand: Produktion von diagramm- und medizintechnischen Papieren.

Erwerb: 1.7.1972[1] Zuordnung aufgrund Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 der zum Teil auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9.2.1972 in Volkseigentum übergeleiteten Betriebe:

- Geßler & Strauss OHG (1953 - 1972 VEB Diagrammdruck Quedlinburg),
- Fa. Rudolf Klöppel (1961 Übergang von Zentrag auf VEB Diagrammdruck Quedlinburg),
- Gustav Faßhauer OHG (1972 - 1976 Verpackungsmittel Quedlinburg, VOB Aufwärts; ab 1976 Diagrammdruck Quedlinburg),
- Willy Bethke KG - Buch- und Kunstdruckerei (1972 - 1976 Buchdruck Thale, VOB Aufwärts; ab 1976 Diagrammdruck Quedlinburg),
- Gebrüder Röhl KG (1972 - 1976 Buch- und Offsetdruck Quedlinburg, VOB Aufwärts; ab 1976 Diagrammdruck QuedlinburgDDQ),
- Wendehake, Meyer & Stegmann KG (1972 - 1976 Polygrafischer Betrieb Quedlinburg, VOB Aufwärts; ab 1976 Diagrammdruck Quedlinburg).

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	44.050
	01.07.90	TDM	10.265
	31.12.90	TDM	10.637
	31.12.91	TDM	7.760

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1992	TDM	283
	1993	TDM	565
	1994	TDM	16

Mitarbeiter:	1989	266
	1990	195
	1991	108
	1992	63
	1993	31 (Arbeitsplatzgarantie bei Veräußerung)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 448.

Verbleib: Entflechtung zum 1.7.1990 in Diagrammdruck Quedlinburg GmbH (ehem. Firmen Geßler & Strauss OHG, Gustav Faßhauer OHG und Willy Bethke KG) und Druckhaus Quedlinburg GmbH (ehem. Firmen Klöppel, Röhl KG und Wendehake, Meyer & Stegmann KG).
Veräußerung des Anlagevermögens der Diagrammdruck Quedlinburg an die Quedlinburger Diagramm- und Formulardruck GmbH i.G. (MBO) mit Vertrag vom 22.6.1993 für TDM 216.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***19.4.1993: Genehmigung der Veräußerung.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

- ***7.4.1994: Einvernehmen gegenüber Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen zur Ablehnung des Restitutionsantrags für die ehem. Fa. Klöppel.***

Die weitere Entwicklung nach dem 1.7.1990 gestaltete sich wie folgt:

Druckhaus Quedlinburg

Anschrift: Konvent 18/19, 06484 Quedlinburg.

Unternehmensgegenstand: Werbe- und Geschäftsdrucksachen.

Bilanzsumme:	01.07.90	TDM	1.250
	31.12.90	TDM	1.231
	31.12.91	TDM	1.299
	31.12.92	TDM	1.114
	31.12.93	TDM	749

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1992	TDM	15

Mitarbeiter:	1990	64
	1991	31
	1992	27
	1993	18 (Arbeitsplatzgarantie bei Veräußerung)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 39.

Verbleib: Veräußerung des Anlagevermögens an die Quedlinburg Druck GmbH i.G. (Teil-MBO) mit Wirkung zum 30.9.1992 für TDM 9.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- *26.1.1993: Einvernehmen zur Veräußerung.*

m. Papierverarbeitung Jessen

Anschrift: Wilhelm-Külz-Straße 1, 06917 Jessen.

Unternehmensgegenstand: Druckerei und Papierverarbeitungswerk.

Erwerb: 1. /.1972 Zuordnung der aufgrund Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9.2.1972 in Volkseigentum übergeleiteten Betriebe:

- M Biehl KG (1972 VEB Papierverarbeitung Jessen),
- Wilhelm Klatt KG (1972 VEB Wellpapp-Verpackung Dahme, 1986 Eingliederung in Papierverarbeitung Jessen).

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 12.658

Mitarbeiter: 1989 125
1990 88 (76 Biehl GmbH, 12 Klatt KG)

Verbleib: Ausgliederung der Wilhelm Klatt KG und Übertragung auf Annemarie und Wilhelm Klatt sowie Andrea Niendorf durch Vercon GmbH i.G. mit Wirkung zum 1.6.1990 gem. Umwandlungserklärung vom 24.5.1990 gegen Zahlung von TDM 310.
Ausgliederung M. Biehl GmbH und Übertragung auf Wolf-Dieter und Dietrich Biehl durch Vercon GmbH i.G. mit Wirkung zum 1.7.1990 gem. Umwandlungserklärung vom 20.6.1990 gegen Zahlung von TDM 235.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

n. Verpackungsdruck Berlin

Anschrift: Mahlsdorferstr. 12-14, 12555 Berlin (Köpenick).

Unternehmensgegenstand: Herstellung und Absatz von Ausstattungsetiketten, Geschenkpapier, Werbedrucksachen.

Erwerb: 1.7.1972: Zuordnung aufgrund Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 der auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9.2.1972 in Volkseigentum übergeleiteten Betriebe:

- H. & H. Russ KG,
- Paul Altmann KG.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	13.522
	01.07.90	TDM	1.403
	31.12.90	TDM	2.151
	31.12.91	TDM	3.687
	31.12.92	TDM	3.906
	31.12.93	TDM	4.292
	31.12.94	TDM	4.439

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	1.474
	1991	TDM	1.505
	1992	TDM	580
	1993	TDM	32
	1994	TDM	18
	1995	TDM	189

Mitarbeiter:	1989	89
	1993	13
	1994	12

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 74.

Verbleib: Ausgliederung und Rückübertragung des Betriebsteils der ehem. Russ KG zum 1.7.1990.
Weiterführung des (Rest-) Betriebs als Altmann GmbH durch die Vercon GmbH und die Erben des früheren Inhabers.
Veräußerung der Gesellschaftsanteile durch die Erben an die Altmann GmbH für TDM 46 mit Vertrag vom 23.8.1990.
Bargründung der p. altmann-druck GmbH durch Vercon GmbH am 28.11.1991; 22.5.1992 Eintragung in das Handelsregister.
Die BVS veräußert die Geschäftsanteile für 50 TDM an die F.D.P. im Zusammenhang mit der Veräußerung der Grundstücke Berlin, Mahlsdorfer Str. 12-14 (vgl. E.II.2. und E.II.3.).

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

- ***Beschluß vom 20.12.1994:***

  "Die Unabhängige Kommission stimmt einer Veräußerung der Geschäftsanteile der p.altmann-druck GmbH sowie der betriebsnotwendigen Grundstücke Mahlsdorfer Straße 12-14 an die F.D.P. in Ansehung der Differenz zwischen Liquidationserlös und Verkaufserlös grundsätzlich zu. Der konkrete Veräußerungsvertrag bedarf eines gesonderten Einvernehmens der Unabhängigen Kommission."

- ***16.6.1995: Einvernehmen zur Veräußerung an die F.D.P. unter Ausschluß des Erwerbs der Geschäftsanteile, einer Investitionsverpflichtung der F.D.P. i.H.v. 300 TDM sowie einer Garantie für den Erhalt von 12 Arbeitsplätzen im Betrieb.***

- ***27.11.1995: Einvernehmen zur Veräußerung an die F.D.P. (einschließlich der Geschäftsanteile) für 50 TDM.***

o. Grafischer Spezialbetrieb Saalfeld

Anschrift: Straße des Friedens 15, 07318 Saalfeld.

Unternehmensgegenstand: Herstellung von Haftdruckabreibefolien Typofix, Haftetiketten, Abzieh- und Schiebebildern.

Erwerb: 1.7.1972: Zuordnung der aufgrund Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9.2.1972 in Volkseigentum übergeleiteten Betriebe:

- August Jüttner KG (1972 VEB Grafischer Spezialbetrieb Saalfeld),
- Friebel Druck KG (1972 VEB Verpackungsmitteldruck Saalfeld).

Von 1.1.1989 bis 1.7.1990 interne Zuordnung der Gutenberg Buchdruckerei Saalfeld.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	24.248
	01.07.90	TDM	5.008
	31.12.90	TDM	3.131
	31.12.91	TDM	2.309
	31.12.92	TDM	1.131
	31.12.93	TDM	997
	31.12.94	TDM	0

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1991	TDM	488
	1992	TDM	290
	1993	TDM	41
	1995	TDM	10

Mitarbeiter:	1989	213 (inkl. Gutenberg Buchdruckerei Saalfeld)
	1990	135 (ohne Gutenberg Buchdruckerei Saalfeld)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 417.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Grafischer Spezialbetrieb Saalfeld GmbH.
21.3.1994 Restitutionsvereinbarung (Anteil Jüttner) Rückübertragung des Grundstücks Straße des Friedens 15 gegen Zahlung von TDM 217.
Liquidation der GmbH zum 31.12.1991.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***31.1.1994: Einvernehmen zur Restitutionsvereinbarung***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

p. Papierverarbeitung Erfurt

Anschrift: Am Stadtpark 7, 99096 Erfurt.

Unternehmensgegenstand: Papierverarbeitung (Geschenkpapier, Wegwerfartikel).

Erwerb: 1.7.1972: Zuordnung des aufgrund Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9.2.1972 in Volkseigentum übergeleiteten Betriebs Nordmann & Paerschke KG (1972 VEB Papierverarbeitung Erfurt).

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	4.471
	01.07.90	TDM	944
	31.12.90	TDM	1.159
	31.12.91	TDM	935
	31.12.92	TDM	490
	31.12.93	TDM	592

Zuschüsse durch Vercon GmbH:	1991	TDM	40
	1992	TDM	103
	1993	TDM	171
	1994	TDM	732
	1995	TDM	19

Mitarbeiter:	1989	60
	1990	45
	1992	27

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 136.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Papierverarbeitung Erfurt GmbH.
Veräußerung des Anlagevermögens (Betriebsteil I) an die Zellstoff und Papier Handelsgesellschaft mbH mit Vertrag vom 1.9.1994 für TDM 25 und an die Firma Papierverarbeitung Lippert (Betriebsteil II) mit Vertrag vom 7.12.1994 für TDM 27.
Liquidation der GmbH zum 28.2.1994.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

- ***14.9.1994: Einvernehmen zur Veräußerung (Betriebsteil I)***

- ***27.12.1994: Einvernehmen zur Veräußerung (Betriebsteil II)***

q. **Fotoalben Torgau**

Anschrift: Schloßstr. 26, 04860 Torgau.

Unternehmensgegenstand: Herstellung von Fotoalben, Poesiealben und Gästebüchern.

Erwerb: Zusammenfassung zum 1.1.1982 der zum 1.7.1972 aufgrund Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9.2.1972 in Volkseigentum übergeleiteten und der LDPD zugeordneten Betriebe:

- Karl Hanusch KG (1972 VEB Fotoalben Torgau),
- Firma Mechel & Co. (1972 VEB Buch- und Offsetdruck Luckenwalde).

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	6.748
	01.07.90	TDM	1.596
	31.12.90	TDM	669
	31.12.91	TDM	390
	31.12.92	TDM	355

Zuschüsse durch Vercon GmbH: 1990 TDM 50

Mitarbeiter:	1989	102
	1990	100

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 115.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Fotoalben Torgau GmbH.
Liquidation zum 1.7.1991.
Restitutionsbescheid des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen (Entschädigung) vom 30.8.1994.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

- ***14.6.1994: Einvernehmen zum Restitutionsbescheid.***

r. Druck und Papierverarbeitung Wünschendorf

Anschrift: Fuchstalstr 8, 07570 Wünschendorf.

Unternehmensgegenstand: Herstellung von Briefumschlägen, Beuteln und Drucksachen.

Erwerb: 1.7.1972: Zuordnung des aufgrund Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9.2.1972 in Volkseigentum übergeleiteten Betriebs Formularbedarf Schumann & Co. KG (1972 VEB Druck und Papierverarbeitung Wünschendorf).

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 5.192

Mitarbeiter: 1989 53

Verbleib: Rückübertragung an Wolfgang Fülle und Friedrich Schumann zum 1.7.1990 gegen Zahlung von TDM 359.
Fortführung als Briefodruck Fülle und Schumann KG.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

s. Galerie Prisma

Anschrift: Rosenthaler Straße 19, 10119 Berlin.

Unternehmensgegenstand: Galerie für Kunst und Literatur.

Erwerb: Eigengründung, Eröffnung 2.10.1989.

Mitarbeiter: 1990 2

Verbleib: Veräußerung mit Vertrag vom 19.7.1990 an die Trikot - Service Chemnitz GmbH i.A. für TDM 174.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 1.8.1990: Genehmigung der Veräußerung.***
- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die LDPD die Galerie nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

IV. Teil

Bericht
über das Vermögen
der National-Demokratischen Partei Deutschlands
(NDPD)

Seite:

Gliederung IV. Teil (Bericht zur NDPD)

Seite:

A. Allgemeine Angaben zur Partei

Abschnitt A. enthält Angaben zur Geschichte der NDPD, zu Organisationsstruktur und -grundlagen, zu Mitgliedern und Mitarbeitern sowie zu den organisatorischen Veränderungen der Partei im Jahr 1990 und den sich hieran anknüpfenden Folgen.

A.I. Gründung/Vorsitzende/Selbstverständnis

Die ***Gründung*** der NDPD erfolgte am 21. April 1948 (Bildung des Gründungsauschusses) vornehmlich durch Vertrauenspersonen der Sowjets und der SED sowie durch ehemalige Wehrmachtsoffiziere. Die Zulassung durch die Sowjetische Militär-Administration in Deutschland (SMAD) erfolgte am 16. Juni 1948.

Am 7. September 1948 wurde die NDPD in den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien aufgenommen, der sich am 17. Juni 1949 in Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen umbenannte. Neben den anderen Parteien und Massenorganisationen der DDR war die NDPD Mitglied der Nationalen Front.

Die ***Vorsitzenden*** der NDPD waren:

Dr. Lothar Bolz	1948 - 1972
Prof. Dr. Heinrich Homann	1972 - 1989
Günter Hartmann	1989 - 1990
Wolfgang Gläser	1990
Wolfgang Rauls	1990

Nach ihrem ***Selbstverständnis***, ausgedrückt in ihrer Satzung vom Mai 1987, betrachtete sich die NDPD als

"eine politische Kraft der entwickelten sozialistischen Gesellschaft". Sie ist *"mit der führenden Partei unseres Staates, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in enger Freundschaft und politischer Kampfgemeinschaft verbunden und so dem staatstragenden politischen System der Deutschen Demokratischen Republik unverwechselbar zugehörig."*

Sie ist *"unverzichtbarer Wahrer und Mitgestalter der Nationalgeschichte unserer Deutschen Demokratischen Republik"*. *"Hauptinhalt"* der Partei *"bleibt die Förderung und Ausprägung sozialistischen Staatsbewußtseins aller Parteimitglieder." "Die politisch-moralische Einheit in der DDR sichern und vertiefen zu helfen, gehört zu den wichtigsten Zielen der NDPD." "Bedeutende Mitverantwortung trägt die Partei angesichts der großen Zahl in ihr organisierter Handwerker und Gewerbetreibender sowie ihrer spezifischen Möglichkeiten für die ständige Verbesserung der Reparatur-, Dienst-, Bau-, und Versorgungsleistungen im Interesse umfassender Bedarfsbefriedigung der Bevölkerung."*

(Alle Zitate aus der Satzung vom Mai 1987, vor § 1).

A.II. Organisationsstruktur/-grundlagen

Die NDPD hatte ihre Organisationsgrundlagen in Satzungen, zuletzt in der Satzung vom Mai 1987 geregelt.

Die NDPD gliederte sich zum 31.12.1989 in 3.128 Grundeinheiten (Orts-, Stadt- und Stadtbezirksverbände), 232 Kreisverbände, 15 Bezirksverbände und - auf Zentralebene - den Hauptausschuß und das Präsidium in Berlin.

Die zentrale "Hochschule für Nationale Politik" befand sich auf einem ehemaligen Herrensitz in Waldsieversdorf (Brandenburg).

Ferner betrieb die NDPD Zeitungsverlage, die unter anderem das Zentralorgan der Partei, die Tageszeitung "National-Zeitung", herausgaben, Buch- und Kunstverlage sowie weitere Wirtschaftsbetriebe. Alle Wirtschaftseinrichtungen waren in der VOB (Vereinigung organisationseigener Betriebe) National zusammengefaßt (s.u. E.).

A.III. Mitglieder

A.III.1. Mitgliederzahlen

Jahr	Anzahl	Jahr	Anzahl
1948	2.000	1971	80.710
1949	35.128	1972	80.360
1950	71.000	1973	79.994
1951	101.856	1974	80.537
1952	106.817	1975	81.017
1955	120.000	1976	82.401
1960	80.655	1977	83.927
1961	79.225	1978	85.011
1962	79.064	1979	85.767
1963	78.697	1980	87.080
1964	79.159	1981	89.029
1965	79.428	1982	91.196
1966	79.435	1985	98.000
1967	80.151	1986	103.000
1968	80.430	1987	110.000
1969	80.914	1989	101.512
1970	80.996	31.3.1990	72.768

A.III.2. Soziale Zusammensetzung der Mitglieder 1987

Angestellte	36 %
Intelligenz (Akademiker)	18 %
Handwerker u. Gewerbetreibende	25 %
Sonstige	21 %

Anmerkung: Die Angaben zur sozialen Zusammensetzung der Mitglieder im Jahr 1987 beruhen auf internen Unterlagen des Hauptausschusses der NDPD.

A.IV. Mitarbeiter

Am 1. Januar 1990 beschäftigte die NDPD insgesamt 1.348 Mitarbeiter. Der Personalbestand entwickelte sich wie folgt:

31.05.1990	1.300	Mitarbeiter
31.08.1990	1.430	Mitarbeiter (LDPD und NDPD)
30.09.1990	968	Mitarbeiter (LDPD und NDPD)
31.12.1990	433	Mitarbeiter (LDPD und NDPD)
31.01.1991	246	Mitarbeiter (LDPD und NDPD)

A.V. Entwicklung nach dem 7. Oktober 1989

A.V.1. Faktischer Beitritt zum B.F.D. / Auswirkungen

Am 28. März 1990 beschloß der Parteivorstand der NDPD den Beitritt zum B.F.D..

In der Folge wurden die Geschäftsstellen beider Parteien zusammengeführt. Flüssige Mittel und Geschäftsstellenausstattung wurden durch die jeweiligen Gliederungen des B.F.D. übernommen (zu den übernommenen flüssigen Mitteln siehe unten C.III.3.). Die Grundstücke der NDPD wurden fortan vom Zentralvorstand des B.F.D. verwaltet. Das betriebliche Vermögen wurde ab dem 1. Juli 1990 unter dem Dach der Vercon GmbH (siehe unten E.II.2.a.) zusammengeführt.

A.V.2. Faktischer Beitritt des B.F.D. zur F.D.P. / Auswirkungen

Am 11. August 1990 übergab der Vorsitzende des B.F.D., Prof. Dr. Ortleb, dem Vorsitzenden der F.D.P., Graf Lambsdorff, die Beitrittserklärung des B.F.D. zur F.D.P.. Die Vorsitzenden der Deutschen Forum Partei und der Freien Demokratischen Partei in der DDR erklärten ebenfalls den Beitritt ihrer Parteien zur F.D.P..

In der Folge firmierten die Parteigliederungen auf den unterschiedlichen Ebenen als F.D.P.; sie führten auch die flüssigen Mittel und Geschäftsstellenausstattung weiter. Die Geldbestände auf Zentralvorstandsebene, die Grundstücke und das betriebliche Vermögen von B.F.D. und NDPD wurden vom Bundesvorstand der F.D.P. übernommen (zu den übernommenen flüssigen Mitteln siehe III. Teil, Bericht zur LDPD, C.IV.).

A.V.3. Anträge der F.D.P. auf Wiederzurverfügungstellung

Die F.D.P. hat im April 1992 die Wiederzurverfügungstellung folgender Vermögenswerte der NDPD gemäß §§ 20 a, b PartG der DDR i.V.m. Anlage II Kapitel II Sachgebiet A Abschnitt III Buchstabe d Satz 4 des Einigungsvertrages beantragt: 5 Grundstücke, 9 Verwendungsersatzansprüche für Grundstücksinvestitionen, 4 Betriebe, Erlöse aus 7 Betriebsveräußerungen.

In diesem Zusammenhang hat die Unabhängige Kommission die Rechtsnachfolge der F.D.P. für das Vermögen von NDPD und LDPD geprüft. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung waren sowohl der Beitritt der NDPD zum B.F.D. als auch der des B.F.D. zur F.D.P. im wesentlichen aus folgenden Gründen unwirksam:

Sowohl der Beitritt der NDPD zum B.F.D. als auch der des B.F.D. zur F.D.P. verstießen gegen § 10 Abs.2 PartG der DDR. Hiernach hatte die Mitgliederversammlung oder Delegiertenkonferenz (Parteitag) über die Satzung, die Auflösung und den Zusammenschluß mit anderen Parteien zu entscheiden. Die Satzungen von B.F.D. und NDPD beinhalteten ebenfalls sinngemäße Bestimmungen. Weder die NDPD noch der B.F.D. führten eine Entscheidung durch eine Mitgliederversammlung oder einen Parteitag herbei.

Selbst bei Annahme der Wirksamkeit des jeweiligen Beitritts wären die im Eigentum der NDPD bzw. des B.F.D. stehenden Vermögenswerte nicht auf die F.D.P. übergegangen.

Eine Fusion von Parteien begründet, wie auch Vereinsfusionen allgemein, keine Gesamtrechtsnachfolge der übernehmenden Partei. Die mit Änderungsgesetz vom 22. Juli 1990 eingefügte Bestimmung des § 13a PartG der DDR, die eine Gesamtrechtsnachfolge der durch Zusammenschluß entstandenen gesamtdeutschen Parteien statuierte, trat erst nach dem faktischen Beitritt des B.F.D. zur F.D.P. am 11. August 1990 in Kraft. Ein Übergang der Grundstücke im Wege der Einzelrechtsnachfolge scheitert bereits an der fehlenden Beachtung der entsprechenden Formvorschriften.

In ihrer Sitzung vom 15. Dezember 1992 faßte die Unabhängige Kommission nach eingehender Diskussion der rechtlichen und politischen Aspekte der Vorgänge folgenden Beschluß:

"Die F.D.P. hat keinen Anspruch auf Freigabe von Vermögenswerten der NDPD und der LDPD, weil sie das Vermögen dieser Parteien nicht rechtswirksam erworben hat."

Ein entsprechender Bescheid der Treuhandanstalt gegenüber der F.D.P. zur Umsetzung dieses Beschlusses ist am 12. Februar 1993 ergangen. Den hiergegen eingelegten Widerspruch der F.D.P. hat die Treuhandanstalt im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission mit Widerspruchsbescheid vom 21. Mai 1993 zurückgewiesen. Die F.D.P. hat hiergegen am 17. Juni 1993 beim Verwaltungsgericht Berlin Klage eingereicht.

A.V.4. Bestellung der Notliquidatoren

Mit Beschluß vom 29. Oktober 1993 bestellte das Amtsgericht Charlottenburg zur Wahrnehmung der Rechte an den der ehemaligen DDR-Partei zustehenden Vermögensrechten deren letzten Vorsitzenden, Herrn Wolfgang Rauls, zum Notliquidator für die NDPD. Herr Rauls legte dieses Amt mit Schreiben vom 23. März 1994 gegenüber dem Registergericht nieder. Mit Beschluß des Amtsgerichts Charlottenburg vom 29. Juli 1994 wurde Herr Rechtsanwalt Udo Feser zum Notliquidator bestellt.

A.V.5. Vergleich mit NDPD und LDPD unter Einbeziehung der F.D.P.

Im Anschluß an die Bestellung der Notliquidatoren von NDPD und LDPD wurden in Abstimmung mit diesen zwischen der Unabhängigen Kommission und der F.D.P. Gespräche mit dem Ziel einer vergleichsweisen Lösung der Gesamtthematik geführt. Nach

Zustimmung der Notliquidatoren und der F.D.P. zu einem Vergleichsentwurf faßte die Unabhängige Kommission in ihrer Sitzung am 27. November 1995 folgenden Beschluß:

"Die Unabhängige Kommission erteilt gegenüber der BVS ihr Einvernehmen zum Abschluß eines Vergleichs mit LDPD und NDPD unter Einbeziehung der F.D.P. gemäß beiliegendem Entwurf."

Hiernach werden der LDPD zwei Grundstücke sowie Geldmittel i.H.v. 4,8 Millionen DM wieder zur Verfügung gestellt, die LDPD wiederum verpflichtet sich zur Übertragung dieser Werte an die F.D.P.. Vermögenswerte der NDPD werden dieser nicht wieder zur Verfügung gestellt. Rückforderungsansprüche wegen der Verwendung von Altvermögen nach dem 7. Oktober 1989 werden von der BVS gegen LDPD, NDPD und F.D.P. nicht geltend gemacht.

LDPD, NDPD und F.D.P. verzichten im Gegenzug unwiderruflich auf die Wiederzurverfügungstellung sämtlicher anderer Werte des Altvermögens von LDPD und NDPD. (zu den Einzelheiten vgl. Berichtsteil zur LDPD, A.V.5.).

Der Vergleich wurde am 11. Dezember 1995 vor dem Verwaltungsgericht Berlin im Rahmen des Verfahrens über die Anträge auf Wiederzurverfügungstellung der F.D.P. (vgl. A.V.3.) protokolliert.

Der Abschluß des Vergleichs ermöglicht die zügige Verwendung des Vermögens von LDPD und NDPD zu gemeinnützigen Zwecken in den neuen Ländern und stellt die für Investitionen und die Erhaltung von Arbeitsplätzen notwendige Sicherheit in der Rechtslage streitbefangenen Vermögens her.

B. Art und Weise der Vermögensermittlung

Abschnitt B. stellt dar, auf welchen Grundlagen die Ermittlungen der Unabhängigen Kommission zu dem Vermögen der NDPD beruhen und welche Einzelberichte der Unabhängigen Kommission vorgelegen haben.

B.I. Ermittlungsgrundlagen

Die das Vermögen der NDPD belegenden Originalunterlagen haben nicht vollständig vorgelegen.

Vermögensnachweise für Parteigliederungen unterhalb der Zentralvorstandsebene - insbesondere Finanzunterlagen - liegen nur teilweise vor.

Nach den Erkenntnissen der Unabhängigen Kommission ist das Fehlen von Originalunterlagen auf die strukturellen Veränderungen der NDPD ab 1990 zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der faktischen Zusammenführung von B.F.D. und NDPD am 28. März 1990 wurden Finanzunterlagen teilweise unzureichend archiviert. Ab 1990 begann der starke Personalabbau beim B.F.D.. Gleichzeitig wurden erhebliche Bestände an Originalunterlagen in den neuen Ländern von sach- und fachunkundigem Personal erfaßt und teilweise in das Bundesarchiv gebracht. Hierdurch sind in Einzelbereichen Unterlagen verloren gegangen.

Das Fehlen allgemeiner Finanzunterlagen konnte durch die Einholung von Saldenbestätigungen zu Parteikonten bei Banken, durch Plausibilitätsprüfungen der von der Unabhängigen Kommission beauftragten Wirtschaftsprüfer sowie durch weitere Angaben Dritter zum Teil ausgeglichen werden. Ferner hat das Sekretariat der Unabhängigen Kommission zahlreiche Auskunftspersonen befragt sowie Archivunterlagen gesichtet und hierdurch weitere "Ermittlungslücken" geschlossen. Darüber hinaus wurden durch Mitarbeiter der F.D.P. Auskünfte erteilt und Unterlagen vorgelegt.

Fehlende Unterlagen zur Entwicklung der gewerblichen Unternehmungen im Zeitraum von 1945 bis 1989 konnten teilweise durch Einsicht in Unterlagen von Handelsregistern sowie durch Auswertung von im Zusammenhang mit Durchsuchungen gegen Verantwortliche der PDS sichergestellten Unterlagen geschlossen werden.

B.II. Vorliegende Einzelberichte

Der Bericht der Unabhängigen Kommission zur NDPD stützt sich auf eine Vielzahl von Einzelberichten, die die Unabhängige Kommission in ihre Arbeit einbezogen, überprüft und ausgewertet hat. Hierbei handelt es sich zum einen um Berichte, die von oder im Auftrag des B.F.D. oder der F.D.P. erstellt wurden, und zum anderen um im Auftrag der Unabhängigen Kommission erstellte Berichte von Wirtschaftsprüfern.

B.II.1. Parteieigene Berichte

- *Vermögensübersicht des B.F.D. zum 31. 12. 1989*

  Vom B.F.D. wurde mit Schreiben vom 28.6.1990 eine erste, in weiten Teilen noch unvollständige Vermögensübersicht zum 31.12.1989 übersandt. In der Folgezeit wurden diese Angaben von der F.D.P. auf Nachfragen der Unabhängigen Kommission vielfach ergänzt, erweitert und berichtigt.

- *Schlußbilanz des B.F.D. zum 12. 8 1990*

Die F.D.P. hat in ihren Rechenschaftsberichten gegenüber dem Deutschen Bundestag gemäß § 23 Parteiengesetz ab dem Kalenderjahr 1990 auch über das Vermögen von LDPD/B.F.D. wie folgt berichtet:

- *Rechenschaftsbericht der NDPD zum 31.3.1990*

- *Rechenschaftsbericht des B.F.D. zum 30.6.1990 und 12.8.1990*

- *Rechenschaftsberichte der F.D.P. für die Kalenderjahre 1990* (Bundestagsdrucksache 12/2165, Seiten 106 ff.), *1991* (Bundestagsdrucksache 12/3950, Seiten 82 ff.), *1992* (Bundestagsdrucksache 12/6140, Seiten 98 ff.) und *1993* (Bundestagsdrucksache 13/145, Seiten 98 ff.

B.II.2. Berichte zu den Jahresabschlüssen der Unternehmen

Für nahezu alle Parteibetriebe (siehe unten E.III.) liegen ab dem 1.7.1990 (Stichtag für die DM - Eröffnungsbilanz) von Wirtschaftsprüfern testierte Berichte vor.

B.II.3. Wirtschaftsprüferberichte im Auftrag der Unabhängigen Kommission

Ab März 1991 beauftragte die Unabhängige Kommission Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung des Vermögens der LDPD und NDPD. Die Wirtschaftsprüfer haben ihre Aufträge nach umfangreichen Vorgaben des Sekretariates der Unabhängigen Kommission und in Abstimmung mit diesem wahrgenommen.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Susat & Partner, Hamburg, hat im Oktober 1993 ihren "Bericht über die Prüfung des Vermögens der LDPD und NDPD der ehemaligen DDR für die Zeit vom 7. Oktober 1989 bis 31. Dezember 1990" vorgelegt. Teil I des Berichts betrifft das Vermögen der Parteien, Teil II das Vermögen der früheren VOB Aufwärts und VOB National.

C. Entwicklung der flüssigen Mittel

Abschnitt C. berichtet über die flüssigen Mittel der NDPD.

Dargestellt werden die Einnahmen und Ausgaben der NDPD von 1948 bis 1989, der Bestand der flüssigen Mittel am 7. Oktober 1989, die Einnahmen und Ausgaben vom 7. Oktober 1989 bis zum 31. März 1990 sowie der Verbleib der flüssigen Mittel ab dem 1. April 1990.

C.I. Einnahmen/Ausgaben 1948 bis 1989

Im folgenden Abschnitt werden die kalenderjährlichen Einnahmen und Ausgaben der NDPD seit ihrer Gründung im Jahr 1948 bis zum letzten vollständigen Geschäftsjahr, 1989, dargestellt. Angaben für die Jahre 1953 bis 1961 erfolgen nicht, da für diesen Zeitraum keine Unterlagen vorliegen.

Für den Zeitraum von 1948 bis 1952 beschränkt sich die Darstellung auf die Einnahmen und Ausgaben der Parteileitung (Parteivorstand, ab 1964 Hauptausschuß). Zu den Untergliederungen der NDPD liegen für diesen Zeitraum keine aussagekräftigen Unterlagen vor.

Ab 1962 betreffen die Einnahmen und Ausgaben die gesamte Partei. Die Darstellungen ab 1962 schlüsseln die Einnahmen und Ausgaben nach Parteivorstand/Hauptausschuß (PV/HA) und Bezirksverbänden (BVe) auf. In den Angaben für die Bezirksverbände sind die weiteren Parteiuntergliederungen sowie die zentrale Parteischule enthalten.

Im Anschluß an die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben werden die wesentlichen Einnahmeposten "Staatszuschüsse" und "Verlagsabführungen" und ihr prozentualer Anteil an den Gesamteinnahmen gesondert dargestellt.

C.I.1. Einnahmen/Ausgaben des Parteivorstands 1948 bis 1952

Einnahmen in TDM

	1948	1949	1950
Abführungen Verlage	1.847	2.343	3.400
Staatszuschüsse	*355	*1.738	5.840
Mitgliedsbeiträge Spenden	-	49	38
Sonstige	-	253	62
Summe	2.202	4.383	9.340
Einnahmenüberschuß:	1.368		816
Ausgabenüberhang:		395	

Ausgaben in TDM

	1948	1949	1950
Personal, Verwaltung, politische Arbeit	131	1.113	1.639
Investitionen	-	-	-
Zuschüsse an Untergliederungen	703	3.665	6.885
Sonstige	-	-	-
Summe	834	4.778	8.524

	1951	1952
Abführungen Verlage	1.923	2.756
Staatszuschüsse	9.675	13.535
Mitgliedsbeiträge Spenden	170	1.713
Sonstige	391	1.413
Summe	12.159	19.417
Ausgabenüberhang:	386	801

	1951	1952
Personal, Verwaltung, politische Arbeit	2.849	9.567
Investitionen	-	-
Zuschüsse an Untergliederungen	9.696	10.651
Sonstige	-	-
Summe	12.545	20.218

Erläuterungen:

TDM = tausend Deutsche Mark der Deutschen Notenbank
* Die Einnahmen sind als Spenden ausgewiesen, es handelt sich jedoch wahrscheinlich um Zuschüsse der SMAD

C.I.2. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1962

Einnahmen in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.365	-	1.365
Staatszuschüsse	10.900	-	10.900
Mitgliedsbeiträge Spenden	42	1.881	1.923
Sonstige	403	223	626
Summe	12.710	2.104	14.814
Ausgabenüberhang:			21

Ausgaben in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.520	8.091	9.611
Politische Arbeit Verwaltung	1.299	3.373	4.672
Investitionen	33	116	149
Sonstige	93	310	403
Summe	2.945	11.890	14.835

C.I.3. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1963

Einnahmen in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.408	-	1.408
Staatszuschüsse	11.000	-	11.000
Mitgliedsbeiträge Spenden	45	1.999	2.044
Sonstige	370	288	658
Summe	12.823	2.287	15.110
Einnahmenüberschuß:			537

Ausgaben in TDM

	PV	BVe	Gesamt
Personal	1.493	7.808	9.301
Politische Arbeit Verwaltung	1.254	3.481	4.735
Investitionen	22	95	117
Sonstige	97	323	420
Summe	2.866	11.707	14.573

C.I.4. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1964

Einnahmen in TDM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.265	-	1.265
Staats-zuschüsse	10.800	-	10.800
Mitgliedsbeiträge Spenden	50	2.103	2.153
Sonstige	292	314	606
Summe	12.407	2.417	14.824
Einnahmen-überschuß:			799

Ausgaben in TDM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.463	7.440	8.903
Politische Arbeit Verwaltung	1.083	3.442	4.525
Investitionen	29	99	128
Sonstige	128	341	469
Summe	2.703	11.322	14.025

C.I.5. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1965

Einnahmen in TMDN

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.202	-	1.202
Staats-zuschüsse	10.800	-	10.800
Mitgliedsbeiträge Spenden	52	2.131	2.183
Sonstige	304	255	559
Summe	12.358	2.386	14.744
Einnahmen-überschuß:			1.309

Ausgaben in TMDN

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.440	7.324	8.764
Politische Arbeit Verwaltung	1.028	3.062	4.090
Investitionen	35	87	122
Sonstige	126	333	459
Summe	2.629	10.806	13.435

C.I.6. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1966

Einnahmen in TMDN

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.200	-	1.200
Staatszuschüsse	10.700	-	10.700
Mitgliedsbeiträge Spenden	48	2.181	2.229
Sonstige	275	229	504
Summe	12.223	2.410	14.633
Einnahmenüberschuß:			1.324

Ausgaben in TMDN

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.462	7.238	8.700
Politische Arbeit Verwaltung	939	3.085	4.024
Investitionen	32	137	169
Sonstige	101	315	416
Summe	2.534	10.775	13.309

C.I.7. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1967

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.300	-	1.300
Staatszuschüsse	10.800	-	10.800
Mitgliedsbeiträge Spenden	42	2.255	2.297
Sonstige	116	209	325
Summe	12.258	2.464	14.722
Einnahmenüberschuß:			589

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.543	7.462	9.005
Politische Arbeit Verwaltung	961	3.556	4.517
Investitionen	34	207	241
Sonstige	80	290	370
Summe	2.618	11.515	14.133

C.I.8. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1968

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.938	-	1.938
Staatszuschüsse	10.800	-	10.800
Mitgliedsbeiträge Spenden	43	2.349	2.392
Sonstige	126	141	267
Summe	12.907	2.490	15.397
Einnahmenüberschuß:			795

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.581	7.612	9.193
Politische Arbeit Verwaltung	1.157	3.726	4.883
Investitionen	39	137	176
Sonstige	97	253	350
Summe	2.874	11.728	14.602

C.I.9. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1969

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.772		1.772
Staatszuschüsse	10.800	-	10.800
Mitgliedsbeiträge Spenden	40	2.427	2.467
Sonstige	122	136	258
Summe	12.734	2.563	15.297
Einnahmenüberschuß:			639

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.672	7.690	9.362
Politische Arbeit Verwaltung	1.090	3.591	4.681
Investitionen	64	222	286
Sonstige	96	233	329
Summe	2.922	11.736	14.658

C.I.10. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1970

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.800	-	1.800
Staats-zuschüsse	10.800	-	10.800
Mitgliedsbeiträge Spenden	45	2.523	2.568
Sonstige	117	110	227
Summe	12.762	2.633	15.395
Einnahmen-überschuß:			735

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.645	7.713	9.358
Politische Arbeit Verwaltung	1.114	3.689	4.803
Investitionen	111	214	325
Sonstige	156	18	174
Summe	3.026	11.634	14.660

C.I.11. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1971

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	1.983	-	1.983
Staats-zuschüsse	10.800	-	10.800
Mitgliedsbeiträge Spenden	45	2.616	2.661
Sonstige	131	99	230
Summe	12.959	2.715	15.674
Einnahmen-überschuß:			596

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.713	7.874	9.587
Politische Arbeit Verwaltung	1.166	3.877	5.043
Investitionen	78	171	249
Sonstige	183	16	199
Summe	3.140	11.938	15.078

C.I.12. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1972

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	2.752	-	2.752
Staatszuschüsse	10.800	-	10.800
Mitgliedsbeiträge Spenden	44	2.720	2.764
Sonstige	145	97	242
Summe	13.741	2.817	16.558
Einnahmenüberschuß:			735

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.885	8.150	10.035
Politische Arbeit Verwaltung	1.205	4.019	5.224
Investitionen	53	200	253
Sonstige	301	10	311
Summe	3.444	12.379	15.823

C.I.13. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1973

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	2.970	-	2.970
Staatszuschüsse	11.150	-	11.150
Mitgliedsbeiträge Spenden	45	2.854	2.899
Sonstige	242	19	261
Summe	14.407	2.873	17.280
Einnahmenüberschuß:			1.147

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	1.970	7.948	9.918
Politische Arbeit Verwaltung	1.245	4.391	5.636
Investitionen	87	247	334
Sonstige	223	22	245
Summe	3.525	12.608	16.133

C.I.14. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1974

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	4.174	-	4.174
Staatszuschüsse	12.000	-	12.000
Mitgliedsbeiträge Spenden	46	3.003	3.049
Sonstige	148	102	250
Summe	16.368	3.105	19.473
Einnahmenüberschuß:			296

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.089	9.618	11.707
Politische Arbeit Verwaltung	2.380	4.501	6.881
Investitionen	129	253	382
Sonstige	189	18	207
Summe	4.787	14.390	19.177

C.I.15. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1975

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	4.958	-	4.958
Staatszuschüsse	13.700	-	13.700
Mitgliedsbeiträge Spenden	50	3.244	3.294
Sonstige	284	59	343
Summe	18.992	3.303	22.295
Einnahmenüberschuß:			208

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.207	11.024	13.231
Politische Arbeit Verwaltung	3.276	4.881	8.157
Investitionen	178	293	471
Sonstige	212	16	228
Summe	5.873	16.214	22.087

C.I.16. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1976

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	6.800	-	6.800
Staats-zuschüsse	14.400	-	14.400
Mitgliedsbeiträge Spenden	50	3.399	3.449
Sonstige	207	151	358
Summe	21.457	3.550	25.007
Einnahmen-überschuß:			1.771

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.745	11.171	13.916
Politische Arbeit Verwaltung	3.960	4.213	8.173
Investitionen	396	557	953
Sonstige	170	24	194
Summe	7.271	15.965	23.236

C.I.17. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1977

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	7.750	-	7.750
Staats-zuschüsse	12.000	-	12.000
Mitgliedsbeiträge Spenden	64	3.640	3.704
Sonstige	211	165	376
Summe	20.025	3.805	23.830
Einnahmen-überschuß:			541

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.687	11.856	14.543
Politische Arbeit Verwaltung	3.109	4.451	7.560
Investitionen	399	582	981
Sonstige	178	27	205
Summe	6.373	16.916	23.289

C.I.18. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1978

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National			8.383
Staatszuschüsse			11.800
Mitgliedsbeiträge Spenden			3.951
Sonstige			367
Summe			24.501
Einnahmenüberschuß:			415

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal			15.109
Politische Arbeit Verwaltung			7.951
Investitionen			815
Sonstige			211
Summe			24.086

C.I.19. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1979

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	10.600	-	10.600
Staatszuschüsse	11.000	-	11.000
Mitgliedsbeiträge Spenden	56	4.258	4.314
Sonstige	144	219	363
Summe	21.800	4.477	26.277
Einnahmenüberschuß:			399

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.911	13.267	16.178
Politische Arbeit Verwaltung	3.999	4.570	8.569
Investitionen	313	538	851
Sonstige	137	143	280
Summe	7.360	18.518	25.878

Erläuterung: Anhand der vorhandenen Unterlagen ist für das Jahr 1978 keine Aufteilung möglich

C.I.20. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1980

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	10.800	-	10.800
Staatszuschüsse	10.200	-	10.200
Mitgliedsbeiträge Spenden	65	4.191	4.256
Sonstige	224	234	458
Summe	21.289	4.425	25.714
Einnahmenüberschuß:			705

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.784	13.284	16.068
Politische Arbeit Verwaltung	3.739	4.009	7.748
Investitionen	397	493	890
Sonstige	174	129	303
Summe	7.094	17.915	25.009

C.I.21. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1981

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	5.400	-	5.400
Staatszuschüsse	15.800	-	15.800
Mitgliedsbeiträge Spenden	65	4.354	4.419
Sonstige	172	266	438
Summe	21.437	4.620	26.057
Einnahmenüberschuß:			405

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.779	13.877	16.656
Politische Arbeit Verwaltung	3.463	4.171	7.634
Investitionen	526	527	1.053
Sonstige	179	130	309
Summe	6.947	18.705	25.652

C.I.22. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1982

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	6.000	-	6.000
Staats-zuschüsse	18.700	-	18.700
Mitgliedsbeiträge Spenden	66	4.601	4.667
Sonstige	227	259	486
Summe	24.993	4.860	29.853
Einnahmen-überschuß:			796

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.801	14.276	17.077
Politische Arbeit Verwaltung	6.459	4.194	10.653
Investitionen	558	478	1.036
Sonstige	167	124	291
Summe	9.985	19.072	29.057

C.I.23. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1983

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	5.400	-	5.400
Staats-zuschüsse	16.460	-	16.460
Mitgliedsbeiträge Spenden	65	4.860	4.925
Sonstige	175	283	458
Summe	22.100	5.143	27.243
Einnahmen-überschuß:			361

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.857	14.729	17.586
Politische Arbeit Verwaltung	3.599	4.553	8.152
Investitionen	423	480	903
Sonstige	111	130	241
Summe	6.990	19.892	26.882

C.I.24. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1984

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	5.100	-	5.100
Staats-zuschüsse	17.400	-	17.400
Mitgliedsbeiträge Spenden	70	5.133	5.203
Sonstige	164	239	403
Summe	22.734	5.372	28.106
Einnahmen-überschuß:			179

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.967	14.954	17.921
Politische Arbeit Verwaltung	4.286	4.616	8.902
Investitionen	402	476	878
Sonstige	110	116	226
Summe	7.765	20.162	27.927

C.I.25. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1985

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	-	-	-
Staats-zuschüsse	24.300	-	24.300
Mitgliedsbeiträge Spenden	66	5.447	5.513
Sonstige	169	265	434
Summe	24.535	5.712	30.247
Einnahmen-überschuß:			49

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	2.958	15.330	18.288
Politische Arbeit Verwaltung	3.739	4.916	8.655
Investitionen	402	515	917
Sonstige	2.217	121	2.338
Summe	9.316	20.882	30.198

C.I.26. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1986

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	-	-	-
Staats-zuschüsse	27.000	-	27.000
Mitgliedsbeiträge Spenden	71	5.792	5.836
Sonstige	171	287	458
Summe	27.242	6.079	33.294
Einnahmen-überschuß:			18

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	3.644	16.356	20.000
Politische Arbeit Verwaltung	5.973	5.123	11.096
Investitionen	513	517	1.030
Sonstige	1.028	122	1150
Summe	11.158	22.118	33.276

C.I.27. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1987

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	-	-	-
Staats-zuschüsse	27.200	-	27.200
Mitgliedsbeiträge Spenden	76	6.080	6.156
Sonstige	205	259	464
Summe	27.481	6.339	33.820
Ausgaben-überhang:			64

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	3.849	17.238	21.087
Politische Arbeit Verwaltung	3.725	5.286	9.011
Investitionen	590	552	1.142
Sonstige	2.528	116	2.644
Summe	10.692	23.192	33.884

C.I.28. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1988

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	-	-	-
Staats-zuschüsse	26.760	-	26.760
Mitgliedsbeiträge Spenden	76	6.299	6.375
Sonstige	180	290	470
Summe	27.016	6.589	33.605
Ausgaben-überhang:			50

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	3.977	17.285	21.262
Politische Arbeit Verwaltung	4.073	5.509	9.582
Investitionen	616	632	1.248
Sonstige	1.437	126	1.563
Summe	10.103	23.552	33.655

C.I.29. Einnahmen/Ausgaben der Gesamtpartei 1989

Einnahmen in TM

	HA	BVe	Gesamt
Abführungen VOB National	-	-	-
Staats-zuschüsse	27.065	-	27.065
Mitgliedsbeiträge Spenden	74	6.168	6.242
Sonstige	200	216	416
Summe	27.339	6.384	33.723
Ausgaben-überhang:			456

Ausgaben in TM

	HA	BVe	Gesamt
Personal	4.604	17.322	21.926
Politische Arbeit Verwaltung	4.308	5.334	9.642
Investitionen	485	574	1.059
Sonstige	1.438	114	1.552
Summe	10.835	23.344	34.179

C.I.30. Einnahmen aus Staatszuschüssen und Abführungen der VOB National 1962 bis 1989

Die Einnahmen der NDPD aus Staatszuschüssen und Abführungen der VOB National setzten sich in der Zeit von 1962 bis 1989 (in Zusammenfassung der voranstehenden Darstellung der Einnahmen und Ausgaben in dieser Zeit) wie folgt zusammen:

Jahr (Währung)	Staats-zuschüsse	Anteil an Gesamteinn.	Abführungen VOB National	Anteil an Gesamteinn.
1962 (TDM[1])	10.900	74 %	1.365	9 %
1963 (TDM)	11.000	73 %	1.408	9 %
1964 (TDM)	10.800	73 %	1.265	9 %
1965 (TMDN[2])	10.800	73 %	1.202	8 %
1966 (TMDN)	10.700	73 %	1.200	8 %
1967 (TM[3])	10.800	73 %	1.300	9 %
1968 (TM)	10.800	70 %	1.938	13 %
1969 (TM)	10.800	71 %	1.772	12 %
1970 (TM)	10.800	70 %	1.800	12 %
1971 (TM)	10.800	69 %	1.983	13 %
1972 (TM)	10.800	65 %	2.752	17 %
1973 (TM)	11.150	65 %	2.970	17 %
1974 (TM)	12.000	62 %	4.174	21 %
1975 (TM)	13.700	61 %	4.958	22 %
1976 (TM)	14.400	58 %	6.800	27 %
1977 (TM)	12.000	50 %	7.750	33 %
1978 (TM)	11.800	48 %	8.383	34 %
1979 (TM)	11.000	42 %	10.600	40 %
1980 (TM)	10.200	40 %	10.800	42 %
1981 (TM)	15.800	61 %	5.400	21 %

Jahr (Währung)	Staats-zuschüsse	Anteil an Gesamteinn.	Abführungen VOB National	Anteil an Gesamteinn.
1982 (TM)	18.700	63 %	6.000	20 %
1983 (TM)	16.460	60 %	5.400	20 %
1984 (TM)	17.400	62 %	5.100	18 %
1985 (TM)	24.300	80 %	-	
1986 (TM)	27.000	81 %	-	
1987 (TM)	27.200	80 %	-	
1988 (TM)	26.760	80 %	-	
1989 (TM)	27.065	80 %	-	

1. TDM = tausend Mark der Deutschen Notenbank
2. TMDN = tausend Mark der Deutschen Notenbank
3. TM = tausend Mark (der DDR)

C.II. Flüssige Mittel am 7.10.1989 (Altvermögen)

Am 7.10.1989, dem Stichtag des § 20a Absatz 2 Ziffer b) Parteiengesetz der DDR, verfügte die NDPD auf allen Organisationsebenen über flüssige Mittel (Kassenbestände und Bankguthaben) in Höhe von insgesamt 33.432 TM. Hiervon entfielen auf den Zentralvorstand 31.170 TM und auf die Untergliederungen 2.262 TM.

C.III. Einnahmen/Ausgaben vom 7.10.1989 bis 31.3.1990

Im folgenden wird berichtet über die Einnahmen und Ausgaben der NDPD in der Zeit vom 7.10.1989 bis zum faktischen Beitritt zum B.F.D. am 28. März 1990.

Weiterhin wird berichtet, über welche flüssigen Mittel die NDPD am 28. März 1990 verfügte. Schließlich werden in Zusammenfassung der voranstehenden Abschnitte allgemeine Aussagen zur Finanzierung der NDPD getroffen.

Ab dem 1. April 1990 erfolgt die Berichterstattung zur Entwicklung der flüssigen Mittel im Berichtsteil LDPD (C.III.3.).

Die Berichterstattung zur NDPD erfolgt in der dargestellten eingeschränkten Form, da mit der Übernahme der flüssigen Mittel der NDPD durch den B.F.D. eine uneingeschränkte Berichterstattung der Unabhängigen Kommission über die weitere Entwicklung der flüssigen Mittel der NDPD ab dem 1. April 1990 nicht mehr möglich ist. Mit der Übernahme der Mittel der NDPD durch den B.F.D. gingen diese im Vermögen des B.F.D. auf.

Die Beendigung von Arbeitsverhältnisse mit Mitarbeitern der NDPD erfolgte im wesentlichen nach dem faktischen Beitritt der NDPD zum B.F.D.. Auch hierüber wird deshalb im Teil LDPD (C.IV.2.) berichtet.

C.III.1. Einnahmen/Ausgaben vom 7.10.1989 bis 31.3.1990

Einnahmen in TM		Ausgaben in TM	
Abführungen VOB	1.500	Personal	10.814
Staatszuschüsse	6.775	Abfindungen	-
Mitgliedsbeiträge	3.328	Investitionen	923
Sonstige	898	Sonstige	7.245
Summe	12.501	Summe	18.982

Erläuterung:

Die sonstigen Ausgaben beinhalten im wesentlichen die Ausgaben für politische Arbeit und Verwaltung.

C.III.2. Konten außerhalb des Rechnungswesens der NDPD

a. Konto Nr. 6651 - 14 - 699/7 beim Berliner Stadtkontor der Staatsbank der DDR (sog. Reservekonto).

Es handelt sich um ein Unterkonto eines außerhalb des Rechnungswesens der SED geführten Hauptkontos. Das Unterkonto bestand bereits 1973; einziger Verfügungsberechtigter war der seinerzeitige Vorsitzende der NDPD, Prof. Dr. Homann.

Die Bewegungen auf diesem Konto sind bis zum 1. Januar 1980 nachvollziehbar. Auf der Einnahmenseite sind in erster Linie Überweisungen der VOB National zu verzeichnen. Auf der Ausgabenseite wurden neben Zinsen Abgänge für Valuta-Ankauf (vgl hierzu C.III.2.b.) sowie Überweisungen an die VOB National und andere Parteibetriebe verbucht.

Das Konto wurde zum 22. Dezember 1989 aufgelöst und der Bestand von TM 21.271 dem Hauptkonto der NDPD gutgeschrieben.

b. Konto Nr. 9608-1566-0010 bei der Deutschen Außenhandelsbank AG, Berlin (Valutakonto)

Das Konto wurde am 22. November 1977 eingerichtet und lautete auf den Namen von Prof. Dr. Homann; ab dem 3. November 1989 war zusätzlich auch der damalige Generaldirektor der VOB National, Dr. Trysna, zeichnungsberechtigt.

Auf diesem Konto wurden dem Parteivorsitzenden zunächst TDM 240 zur privaten Verwendung zur Verfügung gestellt. Nach Darstellung von Prof. Dr. Homann wurden ihm die Valutabeträge im Vorgriff auf eine Erbschaft, die er in der Bundesrepublik gemacht hatte, vom Finanzministerium unaufgefordert zur Verfügung gestellt. Das Konto wurde am 8. November 1989 durch die VOB National übernommen. Der Bestand am 30. November 1989 betrug TDM 483.

Mit den Devisen wurden z.B der wöchentliche Bezug des Magazins " Der Spiegel", der Kauf von Medikamenten sowie der Erwerb mehrerer PKW Volvo für den Vorsitzenden und diverser anderer PKW für führende Funktionäre der NDPD finanziert. Der Gegenwert wurde im Verhältnis 1:1 dem sog. Reservekonto gutgebracht. Die private Inanspruchnahme des Valutakontos betrug insgesamt rd. TDM 238.

Darüber hinaus wurden aus diesen Mitteln technische Geräte nebst Ersatzteilen für die Partei und ihre Betriebe, aber auch die Abwicklung von Aufträgen für das Ministerium für Nationale Verteidigung und für die Firma Technopromimport Moskau finanziert.

Die Vorgänge im Zusammenhang mit den genannten Konten waren Gegenstand zwischenzeitlich eingestellter staatsanwaltlicher Ermittlungsverfahren.

C.III.3. Flüssige Mittel zum 31.3.1990

Zum Zeitpunkt des faktischen Beitritts zum B.F.D. am 28. März 1990 verfügte die NDPD über flüssige Mittel (Kassenbestände und Bankguthaben) in Höhe von 26.951 TM (Zentralvorstand 25.514 TM, Untergliederungen 1.437 TM). Sie wurden vom B.F.D. übernommen.

C.III.4. Zusammenfassende Aussagen zur Finanzierung

Zur Finanzierung der NDPD läßt sich zusammenfassend feststellen:

Die Einnahmen der NDPD setzten sich im wesentlichen (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung) aus Staatszuschüssen, Abführungen der VOB National und Mitgliedsbeiträgen zusammen.

Die Staatszuschüsse und die Abführungen der VOB National bildeten im gesamten Berichtszeitraum mit ca. 80 % der Gesamteinnahmen die Haupteinnahmequelle der Partei. Die Gewichtung zwischen den Staatszuschüssen und den Abführungen der VOB National unterlag jedoch starken Schwankungen.

Die Einnahmen aus Abführungen der gewerblichen Unternehmung stiegen von 1962 (9 %) bis 1980 auf 42 % der Gesamteinahmen an und fielen dann bis 1984 auf 18 % der Gesamteinahmen. Ab 1985 erhielt die VOB National Zuschüsse der Partei.

Den wesentlichen Einnahmebereich bildeten die Staatszuschüsse. Ihr durchschnittlicher Anteil an den Gesamteinnahmen betrug in den Jahren 1962 bis 1989 66 %.

Den Staatszuschüssen bis 1989 lagen Pläne der NDPD für den Jahresfinanzbedarf (voraussichtliche Einnahmen und Ausgaben) zugrunde. Die NDPD reichte die Pläne bei der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK der SED ein. Diese Abteilung stimmte die Pläne mit dem Ministerium der Finanzen ab. Das Ministerium der Finanzen zahlte den Jahresfinanzbedarf an das ZK der SED aus. Das ZK der SED zahlte seinerseits an die NDPD. Bis 1981 holte der Vorsitzende der NDPD das Geld in bar bei dem Leiter der Abteilung Finanzverwaltung und Betriebe des ZK der SED ab. Danach wurden die Zuschüsse überwiesen. In den Jahresfinanzberichten der Partei sind die Staatszuweisungen nicht erkennbar, sie wurden als Finanzausgleich, später als "Abführungen VOB II" ausgewiesen.

Ab 1990 wurden Staatszuschüsse unmittelbar aus dem Staatshaushalt auf der Grundlage des Parteiengesetzes der DDR gewährt.

D. Anlagevermögen

Abschnitt D. berichtet in Form gegenständlicher Darstellung über das Anlagevermögen der NDPD. Unterschieden wird zwischen Grundstücken, Kraftfahrzeugen/Mobiliar/Inventar, Kunstgegenständen und Archivunterlagen.

D.I. Grundstücke

Die NDPD verfügte über keine Eigentumsgrundstücke. Die Darstellung der übrigen Grundstücke der NDPD unterscheidet zwischen volkseigenen Grundstücken, die in Rechsträgerschaft der NDPD standen, und Grundstücken, an denen ein vertragliches Nutzungsrecht der NDPD bestand. Die Darstellung geht vom Grundstücksbestand zum 7.10.1989 aus und umfaßt den Erwerb der Rechte am Grundstück, die Art der Nutzung und Größe sowie gegebenenfalls den Verbleib/die Verwertung der Rechte am Grundstück. Erfaßt sind nur solche Grundstücke, die am 7.10.1989 noch der NDPD zuzuordnen waren. Angaben zu Grundstücken, die die NDPD erworben, aber vor 1989 wieder veräußert/abgegeben hat, erfolgen nicht.

D.I.1. Ermittlungen und Entscheidungen insgesamt

Die Unabhängige Kommission hat bei der Ermittlung des Vermögens der NDPD insgesamt 10 Grundstücke erfaßt und überprüft. Das Grundvermögen der NDPD und seine Verwertung stellen sich im Überblick wie folgt dar (Stand: 8. März 1996):

Gesamtfläche (qm)... 219.170

davon

- *Rechtsträger.. 189.725*
- *Schuldrechtliches Nutzungsrecht........................... 29.409*

Verwertung der Nutzungsrechte

- *Fläche (qm)... 29.409*
- *Erlös (TDM).. 10*

Im einzelnen hat die Unabhängige Kommission zu Grundstücken der NDPD folgende *Entscheidungen* getroffen (Stand: 8. März 1996; Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- *Einvernehmen zur Veräußerung 1*
- *Einvernehmen zur Aufhebung des Nutzungsrechts 2*
- *Abgabe an Bundesvermögensverwaltung 5*
- *Feststellung, daß kein Sondervermögen vorliegt 3*

Die Grundstücke teilen sich nach dem Recht der NDPD am Grundstück wie folgt auf:

D.I.2. Volkseigene Grundstücke in Rechtsträgerschaft

Am 7.10.1989 hatte die NDPD an 3 volkseigenen Grundstücken die Rechtsträgerschaft inne. In der Aufstellung berücksichtigt werden zwei weitere Grundstücke, an denen die NDPD die Rechtsträgerschaft zum 1.1.1990 erwarb. Die Unabhängige Kommission hat bei allen Grundstücken gegenüber der Treuhandanstalt Einvernehmen zur Abgabe in das Bundesfinanzvermögen erteilt. Mit der Abgabe endete die Zuständigkeit der Unabhängigen Kommission, so daß ihr die weitere Entwicklung dieser Grundstücke in der Regel nicht bekannt ist.

Die Rechtsträgergrundstücke im einzelnen:

- **13156 Berlin, Homeyerstraße 32/34, 2.144 qm**

  Wohnhaus.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 11.6.1971.

- **01219 Dresden, Tiergartenstraße 38, 2.090 qm**

  Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1988.

- **99084 Erfurt, Kartäuser Straße 27a, 697 qm**

  Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1990.

- **15345 Kienbaum, "Herrenhaus Neumühle", 182.253 qm**

  Ferieneinrichtung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 11.6.1949.

- **14469 Potsdam, Joh.-Dieckmann-Allee 12, 2.541 qm**

  Bezirksgeschäftsstelle.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1990.

D.I.3. Schuldrechtliche Nutzungsrechte

Am 7.10.1989 hatte die NDPD an 2 Grundstücken ein schuldrechtliches Nutzungsrecht, auf deren Grundlage auf den Grundstücken Bungalows errichtet oder übernommen wurden. Sie dienten als Ferienobjekte für die Parteimitarbeiter.

- **07338 Reitzengeschwenda, 3 Bungalows, 14.734 qm**

  Erwerb des Nutzungsrechts durch Bezirksverband Gera zum 1.1.1981.
  Veräußerung für 10 TDM.
  Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 5.4.1994 ihr Einvernehmen.

- **16359 Biesenthal, 12 Bungalows, 14.400 qm**

  Erwerb des Nutzungsrechts zum 1.1.1970.
  Einvernehmliche Beendigung des Nutzungsverhältnisses.
  Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 20.7.1995 ihr Einvernehmen.

- **39619 Arendsee, 1 Bungalow, 275 qm**

  Erwerb des Nutzungsrechts zum 1.6.1975.
  Einvernehmliche Beendigung des Nutzungsverhältnisses.
  Die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 21.12.1995 ihr Einvernehmen.

D.II. Kraftfahrzeuge/Mobiliar/Inventar

Der folgende Abschnitt berichtet, über welchen Bestand an Kraftfahrzeugen, Mobiliar und Inventar die NDPD am 7.10.1989 verfügte. Die Entwicklung dieses Bestandes in der Vorzeit wird nicht dargestellt.

Im Anschluß wird über die Verwertung der genannten Gegenstände berichtet.

D.II.1. Bestand am 7.10.1989

Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge zum 7.10.1989: 344

Davon:

Parteivorstand: *31*
(3 Peugeot, 1 Citroen, 1 Mazda, 13 Lada,
5 Wartburg, 2 Trabant, 2 Barkas,
1 Multicar, 3 Anhänger)

Untergliederungen und Zentrale Parteischule: 313
(22 Lada, 1 Skoda, 33 Wartburg, 1 Shiguli,
2 Moskwitsch, 230 Trabant, 2 Multicar,
6 Mopeds, 1 Wohnwagen/Campinganhänger,
15 Anhänger)

Die Kraftfahrzeuge hatten ganz überwiegend keinen materiellen Wert. Die betriebsübliche Nutzungsdauer war regelmäßig überschritten.

Die NDPD verfügte am 7.10.1989 über einen umfangreichen Bestand an **Mobiliar und Inventar**. Mobiliar und Inventar hatten ganz überwiegend keinen materiellen Wert. Die betriebsübliche Nutzungsdauer war auch hier regelmäßig überschritten.

D.II.2. Verwertung

Das Mobiliar und Inventar der NDPD wurde ab 1990 regelmäßig als wertlos ausgebucht. Verwertungserlöse wurden nur in Einzelfällen erzielt.

Die veräußerungsfähigen Kraftfahrzeuge der NDPD wurde im Laufe der Jahre 1990 und 1991 - meist an Parteimitarbeiter - veräußert. Die übrigen Kraftfahrzeuge wurden in der Regel kostenlos abgegeben, stillgelegt oder verschrottet.

Aus der Verwertung der Kraftfahrzeuge der NDPD wurden insgesamt folgende Einnahmen erzielt:

Kraftfahrzeuge von	**Verwertungserlöse**
- Hauptausschuß (Vorstand)	117 TDM
- Schulungsstätten	./. TDM
- Untergliederungen	110 TDM
Summe	**227 TDM**

D.III. Kunstgegenstände

Im folgenden wird über den Bestand der Kunstgegenstände der NDPD und LDPD am 15.10.1991 berichtet. Die Entwicklung dieses Bestandes in der Vorzeit wird nicht dargestellt.

Der NDPD und LDPD gehörten zahlreiche Kunstgegenstände, die im wesentlichen keine besonderen materiellen Vermögenswerte verkörperten.

Zu den Kunstgegenständen zählten

165 Gemälde, Graphiken, Zeichnungen, Radierungen und Drucke,
6 Skulpturen,
diverse weitere Gegenstände wie Teller und Vasen.

Die Kunstgegenstände wurden zur gemeinnützigen Verwendung auf die neuen Bundesländer und das Land Berlin übertragen.

D.IV. Archivunterlagen

Die NDPD verfügte am 7.10.1989 über umfangreiche Archivunterlagen. Archivunterlagen von historischer Bedeutung befanden sich überwiegend in der Parteizentrale, Finanz- und sonstige allgemeine Geschäftsunterlagen auch bei den Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen.

Die Unabhängige Kommission erteilte mit Beschluß vom 26.2.1996 ihr Einvernehmen zum Einbringungsvertrag zwischen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, dem Notliquidator der NDPD und dem Bundesarchiv, mit dem das Archivgut der NDPD in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv (SAPMO) eingebracht wird.

E. Gewerbliche Unternehmung

Die NDPD betrieb Zeitungsverlage, die unter anderem das Zentralorgan der Partei, die "National-Zeitung", herausgaben, Buch und Kunstverlage, Druckereien sowie weitere Wirtschaftsbetriebe. Alle Wirtschaftseinrichtungen waren in der Vereinigung organisationseigener Betriebe National, der VOB National, zusammengefaßt. Die VOB National verwaltete darüber hinaus die Schulungs- und Ferieneinrichtungen der NDPD.

Der folgende und letzte Berichtsabschnitt berichtet unter E.I. über die betrieblichen Grundstücke und Ferieneinrichtungen der NDPD zum 7.10.1989.

Abschnitt E.II. berichtet über den Erwerb, die Entwicklung und den Verbleib der Parteibetriebe der NDPD, die am 7.10.1989 im Eigentum der Partei standen.

E.I. Grundstücke

Die Darstellung der betrieblichen Grundstücke der NDPD unterscheidet zwischen Grundstücken im Eigentum, volkseigenen Grundstücken, die in Rechsträgerschaft der VOB National oder anderer Parteibetriebe standen, und Grundstücken, an denen ein dingliches Nutzungsrecht bestand. Die Darstellung geht vom Grundstücksbestand zum 7.10.1989 aus und umfaßt den Erwerb der Rechte am Grundstück, die Art der Nutzung und Größe sowie gegebenenfalls den Verbleib/die Verwertung der Rechte am Grundstück. Erfaßt sind nur solche Grundstücke, die am 7.10.1989 noch der NDPD zuzuordnen waren. Angaben zu Grundstücken, die vor 1989 wieder veräußert oder abgegeben wurden, erfolgen nicht.

E.I.1. Ermittlungen und Entscheidungen insgesamt

Die Unabhängige Kommission hat bei der Ermittlung des betrieblichen Vermögens der NDPD insgesamt 20 Grundstücke erfaßt und überprüft. Das betriebliche Grundvermögen der NDPD und seine Verwertung stellt sich im Überblick wie folgt dar (Stand: 8. März 1996):

Gesamtfläche (qm) *262.632*
davon
- *Eigentum* *27.402*
- *Rechtsträger* *196.310*
- *Dingliches Nutzungsrecht* *38.920*

Verwertung der Eigentumsgrundstücke
- *Fläche (qm)* *5.307*
- *Erlös (TDM)* *3.155*

Im einzelnen hat die Unabhängige Kommission zu den betrieblichen Grundstücken der NDPD folgende ***Entscheidungen*** getroffen (Stand: 8. März 1996; Mehrfachnennungen sind möglich):

- ***Einvernehmen zur Restitution*** ***1***
- ***Einvernehmen zur Feststellung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** .... ***./.***
- ***Einvernehmen zur Ablehnung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** ***8***
- ***Einvernehmen zur Veräußerung*** ***3***
- ***Abgabe an Bundesvermögensverwaltung*** ***11***

Die Grundstücke teilen sich nach dem Recht der VOB National und der einzelnen Betriebe an den Grundstücken wie folgt auf:

E.I.2. Eigentumsgrundstücke

Am 7.10.1989 verfügte die NDPD über folgende 8 betriebliche Eigentumsgrundstücke:

- **13156 Berlin, Rolandstraße 18/19, 1.859 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb mit Kaufvertrag vom 16.8.1976 für TM 80.

Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **12435 Berlin, Kiefholzstraße 394-396, 2.236 qm**

Gewerbliche Nutzung.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 25.1.1971 für TM 85.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **13156 Berlin, Klothildestraße 14, 844 qm**

Gewerbliche Nutzung.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 12.2.1987 für TM 17.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **13089 Berlin, Romain-Rolland-Straße 78-80, 3.781 qm**

Gewerbliche Nutzung.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 19.3.1987 für TM 36.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.
Das Grundstück wurde mit Vertrag vom 22.7.1994 für TDM 1.850 veräußert; die Unabhängige Kommission hat hierzu am 1.7.1994 ihr Einvernehmen erteilt.

- **18356 Bodstedt, An Pruchten, 12.982 qm**

Nutzung als Ferieneinrichtung.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 9.3.1962, Preis unbekannt.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

- **01324 Dresden, Bautzener Landstraße 114, 2.180 qm**

Gewerbliche Nutzung.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 8.12.1977 für TM 5.

Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.
Die Unabhängige Kommission erteilt mit Schreiben vom 11.8.1995 ihr Einvernehmen zum stattgebenden Rückübertragungsbescheid des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vom 19.9.1995.

- **18225 Kühlungsborn, Straße des Friedens 23, 1.526 qm**

Nutzung als Ferieneinrichtung.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 11.5.1962 für TM 41.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.
Die Unabhängige Kommission erteilt mit Schreiben vom 18.10.1994 ihr Einvernehmen zum ablehnenden Rückübertragungsbescheid des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vom 3.11.1994.
Das Grundstück wird mit Vertrag vom 6.4.1995 für TDM 1.305 veräußert; die Unabhängige Kommission erteilt hierzu am 19.5.1995 ihr Einvernehmen.

- **16341 Zepernick, An der Goslarer Straße, 1.994 qm**

Wohnhaus.
Erwerb mit Kaufvertrag vom 27.11.1968 für TM 3.
Die Unabhängige Kommission hat mit Beschluß vom 24.8.1993 den materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb des Grundstücks festgestellt.

E.I.3. Volkseigene Grundstücke in Rechtsträgerschaft

Am 7.10.1989 hatte die VOB National an 11 volkseigenen Grundstücken die Rechtsträgerschaft inne. Die Unabhängige Kommission hat bei allen Grundstücken gegenüber der Treuhandanstalt Einvernehmen zur Abgabe in das Bundesfinanzvermögen erteilt. Mit der Abgabe endete die Zuständigkeit der Unabhängigen Kommission, so daß ihr die weitere Entwicklung dieser Grundstücke in der Regel nicht bekannt ist.

Die Rechtsträgergrundstücke im einzelnen:

- **01816 Bad Gottleuba, Rudolf-Breitscheidt-Straße 14, 14.403 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft an den einzelnen Flurstücken zwischen dem 1.1.1975 und dem 21.8.1990.

- **01768 Bärenstein, Schloß Bärenstein, 101.039 qm**

  Nutzung als Bildungseinrichtung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.6.1952.

- **10117 Berlin, Mohrenstraße 19-21, 4.047 qm**

  Nutzung als Parteizentrale.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 20.11.1950.

- **10117 Berlin, Friedrichstraße 113, 1.037 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 25.4.1977.

- **99752 Bleicherode, Talstraße 56, 16.430qm**

  Nutzung als Schulungs- und Ferieneinrichtung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.6.1980.

- **01099 Dresden, Otto-Buchwitz-Straße 70, 1.249 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 25.5.1977.

- **01097 Dresden, Antonstraße 8, 795 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 11.2.1953.

- **01187 Dresden, Altplauen 1, 1.580 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 28.3.1984.

- **98693 Ilmenau, Marktstraße 5, 268 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 1.1.1989.

- **15377 Waldsieversdorf, Kindermannstraße 1, 54.112 qm**

  Nutzung als zentrale Parteischule.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 14.10.1952.

- **09517 Zöblitz, Bahnhofstraße 40, 1.350 qm**

  Gewerbliche Nutzung.
  Erwerb der Rechtsträgerschaft am 6.12.1972.

E.I.4. Dingliche Nutzungsrechte

Mit Wirkung vom 1. Juni 1985 wurde der VOB National an dem 38.920 qm großen Grundstück Altenburgstraße 29 in 06642 Nebra ein urkundliches Nutzungsrecht verliehen und ein Gebäudegrundbuchblatt angelegt. Durch die VOB National wurde in der Folge mit dem Bau eines Bettenhauses und eines Terrassenrestaurants begonnen. Die Gebäude wurden nicht fertiggestellt. Die Unabhängige Kommission hat am 23.1.1996 ihr Einvernehmen zur Aufhebung des Nutzungsrechts gegen Zahlung von TDM 60 erteilt.

E.II. Gewerbliche Unternehmung zum 7.10.1989

Der folgende Abschnitt berichtet über den Erwerb, die Entwicklung und den Verbleib der von der VOB National verwalteten Parteibetriebe der NDPD, die am 7.10.1989 im Eigentum der Partei standen. Für die einzelnen Betriebe werden der Erwerb, die Entwicklung der Bilanzsumme ab dem 31.12.1989, die erhaltenen Zuschüsse, die Entwicklung der

Beschäftigtenzahl, die Sozialpläne, der Verbleib sowie die grundlegenden Entscheidungen der Unabhängigen Kommission dargestellt.

Die gewerblichen Unternehmungen der NDPD stammen zum Teil aus Eigengründungen, wie beispielsweise die Zeitungsverlage, zum Teil wurden sie der NDPD vom Staat übertragen, andere wiederum wurden von der NDPD käuflich erworben. Der NDPD wurden darüber hinaus auf Veranlassung der SED 5 Betriebe, die auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9. Februar 1972 enteignet wurden, übertragen (vgl. hierzu im einzelnen III. Teil, Bericht zur LDPD, E.III.).

E.II.1. Ermittlungen und Entscheidungen insgesamt

Die Unabhängige Kommission hat bei der Ermittlung des betrieblichen Vermögens der NDPD zum 7.10.1989 insgesamt 17 Betriebe erfaßt und überprüft. Die Verwertung der Betriebe der NDPD stellt sich im Überblick wie folgt dar (Stand: 8. März 1996, Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- ***Veräußerungen*** ***13***
- ***Erzielte Erlöse (TDM)*** ***5.683***
- ***Liquidationen*** ***2***
- ***Restitutionen*** ***4***
- ***Zuschüsse der Vercon GmbH (TDM)*** ***15.132***
- ***Zahlungen aus Sozialplänen (TDM)*** ***1.493***

Im einzelnen hat die Unabhängige Kommission zu den Betrieben folgende ***Entscheidungen*** getroffen (Stand: 8. März 1996; Mehrfachnennungen sind wegen unterschiedlicher Entscheidungsinhalte möglich):

- ***Einvernehmen zur Restitution*** ***5***
- ***Einvernehmen zur Feststellung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** .... ***./.***
- ***Einvernehmen zur Ablehnung des materiell-rechtsstaatlichen Erwerbs*** ***16***
- ***Einvernehmen zur Veräußerung*** ***12***

E.II.2. Gewerbliche Unternehmung im einzelnen

Nachfolgend wird über die einzelnen Betriebe berichtet:

a. VOB National

Anschrift: Mohrenstraße 20-21, 10117 Berlin.

Unternehmensgegenstand: Holding der NDPD, Verwaltung von Liegenschaften der Partei.

Erwerb: Mit notariellem Gesellschaftsvertrag vom 15. Juli 1949 gründeten die nachfolgend aufgeführten Personen die "Demos" Grundstücks- und Vermögensverwaltungs - GmbH:

- Dr. Lothar Bolz (Vorsitzender der NDPD) mit einer Stammeinlage von TDM 10,
- Vincenz Müller (politischer Geschäftsführer der NDPD, kurz darauf erster stellvertretender Vorsitzender der NDPD) mit einer Stammeinlage von TDM 5,
- Curt A. Brauns mit einer Stammeinlage von TDM 5.

Die Gesellschafter bestellten sich zu Geschäftsführern. Gegenstand des Unternehmens war die *"Verwaltung von Grundstücks- und Vermögenswerten der National-Demokratischen Partei Deutschlands."*

Die Eintragung der "Demos" im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte erfolgte am 21. Oktober 1949.

In seiner Sitzung vom 10.November 1953 beschloß der Parteivorstand der NDPD mit Wirkung vom 1. Januar 1954 "analog der 2. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung" die Vereinigung Organisationseigener Betriebe der NDPD mit Wirkung zum 1. Januar 1954 zu errichten.

Am 9. Januar 1954 wurde die VOB National im Handelsregister, Abteilung C, eingetragen.

Die "Demos" wurde im Anschluß der VOB National unterstellt und mit Wirkung zum 31.12.1959 aufgelöst. Rechtsnachfolger war die VOB National.

Die VOB National wurde mit der VOB Aufwärts ("Holding" der LDPD) in der Folge des faktischen Zusammenschlusses von NDPD und LDPD zum 1. Juli 1990 in der Vercon GmbH zusammengeführt. Hierfür wurden entsprechende Umwandlungserklärungen abgegeben. (Anmerkung: Nach der Rechtsprechung des Kammergerichts Berlin war die Umwandlung organisationseigener Betriebe in GmbHs nach der Umwandlungsverordnung vom 1. März 1990 oder nach dem Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 nicht möglich; das Vermögen der VOB National ist infolgedessen - wie auch das Vermögen der anderen auf dieser Grundlage umgewandelten Parteibetriebe - nicht auf die Vercon GmbH übergegangen).

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	246.427	(Gesamt)
		TM	91.211	(Zentrale)
		TM	26.340	(Objektverwaltung)
Mitarbeiter:	1989		1.414	(Gesamt)
			24	(Zentrale)
			61	(Objektverwaltung)

Verbleib: seit 1.7.1990 faktische Zusammenführung mit VOB Aufwärts zur Vercon GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 2.11.1993:***
  Feststellung, daß die NDPD die VOB National nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.

Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

Die weitere Entwicklung nach dem 1.7.1990 gestaltete sich wie folgt:

Vercon GmbH

Bilanzsumme:	01.07.90	TDM	137.684	(Konzern)
		TDM	109.446	(Zentrale)
	31.12.90	TDM	97.993	(Zentrale)
	31.12.91	TDM	77.049	(Zentrale)
Mitarbeiter:	1991:		2.015	(Konzern)
			19	(Zentrale)
			50	(Objektverwaltung)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 461.

b. Verlag National-Zeitung (Berliner Allgemeine)

Anschrift: Prenzlauer Allee 36, 10405 Berlin.

Erwerb: 12.4.1948: Gründung der National Zeitung Verlagsgesellschaft mbH durch Treuhänder der Partei.
28.12.1949: Liquidation der Gesellschaft.
1.1.1950: Weiterführung der Zeitung durch den Verlag der Nation.
30.6.1954: Herauslösung aus dem Verlag der Nation und Bildung des Verlages National - Zeitung, Betrieb der VOB National.

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 4.945

Mitarbeiter: 1989 76
1990: 71 (keine Arbeitsplatzgarantien bei Veräußerung)

Verbleib: Veräußerung an die Morgen Verlagsgesellschaft mbH mit Vertrag vom 29.6.1990 für TDM 250.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***1.8.1990: Genehmigung der Veräußerung.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die NDPD den Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

c. **Zeitungsverlag Thüringer Neueste Nachrichten**

Anschrift: Goetheplatz 9a, 99423 Weimar.

Erwerb: 25.5.1951: Handelsregisteranmeldung als Zweigstelle des Verlags der Nation.
3.12.1968: Aufhebung der juristischen Selbständigkeit und Eingliederung in die VOB National.

Bilanzsumme: 31.12.89: TM 2.001

Mitarbeiter: 1989: 57
1990: 173 (incl. Thüringischer Landeszeitung, Übernahme bei Veräußerung)

Verbleib: Veräußerung zusammen mit Thüringischer Landeszeitung an den Verlag Thüringische Landeszeitung GmbH, Weimar (WAZ), mit Vertrag vom 30.5.1990 für TDM 475 (Anteil TNN: TDM 100).

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***19.7.1990: Genehmigung der Veräußerung.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die NDPD den Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

d. **Zeitungsverlag Sächsische Neueste Nachrichten**

Anschrift: Antonstr. 8, 01097 Dresden.

Erwerb: 25.5.1951: Handelsregisteranmeldung als Zweigstelle des Verlags der Nation ("NZ Sachsen-Ost").
15.4.1952: Zusammenschluß mit "NZ Leipzig" zu SNN.
2.2.1954: Eintragung im Register der Volkseigenen Wirtschaft
3.12.1968: Aufhebung der juristischen Selbständigkeit und Eingliederung in die VOB National.

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 2.188

Mitarbeiter: 1989 47

Verbleib: Veräußerung mit Verträgen vom 22.6 (Dr.Schramm/Neubert) und 27.6.1990 (Axel Springer Verlag AG) für insgesamt TDM 250.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommisiion:

- ***19.7.1990: Genehmigung der Veräußerung.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die NDPD den Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

e. Zeitungsverlag Mitteldeutsche Neueste Nachrichten

Anschrift: Thomasiusstr. 2, 04109 Leipzig.

Erwerb: 25.5.1951: Handelsregisteranmeldung als Zweigstelle des Verlags der Nation ("Hallesche NZ").
8.2.1954: Eintragung der MNN im Handelsregister Halle.
17.2.1956: Verlagerung nach Leipzig.

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 1.426

Mitarbeiter: 1989 50

Verbleib: Veräußerung an Mitteldeutsches Druck- und Verlagshaus GmbH i.Gr. mit Vertrag vom 29.6.1990 für TDM 250.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission

- ***19.7.1990: Genehmigung der Veräußerung.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die NDPD den Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

f. Zeitungsverlag Brandenburgische Neueste Nachrichten

Anschrift: Otto-Nuschke-Str. 28/29, 14471 Potsdam.

Erwerb: 25.5.1951: Handelsregisteranmeldung als Zweigstelle des Verlags der Nation.
8.2.1954: Eintragung im Register der Volkseigenen Wirtschaft.
31.12.1968: Aufhebung der juristischen Selbständigkeit und Eingliederung in die VOB National

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 1.177

Mitarbeiter: 1989 42
1990 55 (Übernahme bei Veräußerung)

Verbleib: Veräußerung zusammen mit Norddeutsche Neueste Nachrichten an Neueste Nachrichten GmbH & Co. KG (Heinrich Bauer Verlag) mit Wirkung zum 1.7.1990 (Vertrag vom 11.7.1991) für zusammen TDM 300.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***2.10.1990: Genehmigung der Veräußerung.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die NDPD den Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

g. Zeitungsverlag Norddeutsche Neueste Nachrichten

Anschrift: Kröpeliner Straße 21, 18055 Rostock.

Erwerb: 25.5.1951: Handelsregisteranmeldung der NZ Mecklenburg als Zweigniederlassung des Verlags der Nation.
3.2.1954: Eintragung im Register der Volkseigenen Wirtschaft.
31.12.1968: Aufhebung der juristischen Selbständigkeit und Eingliederung in die VOB National.

Bilanzsumme: 31.12.89 TM 1.548

Mitarbeiter: 1989: 46
1990: 49 (Übernahme bei Veräußerung)

Verbleib: Veräußerung zusammen mit Brandenburgische Neueste Nachrichten an Neueste Nachrichten GmbH & Co. KG (Heinrich Bauer Verlag) mit Wirkung zum 1.7.1990 (Vertrag vom 11.7.1991) für zusammen TDM 300.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission

- ***2.10.1990: Genehmigung der Veräußerung.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die NDPD den Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

h. Verlag der Nation

Anschrift: Friedrichstr. 113, 10117 Berlin.

Unternehmensgegenstand: Verlag von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen.

Erwerb: 21.9.1948: Gründung der Verlag der Nation GmbH durch Treuhänder der NDPD.

Bilanzsumme:

31.12.89	TM	4.539
01.07.90	TDM	4.026
31.12.90	TDM	6.357
31.12.91	TDM	6.944
31.12.92	TDM	7.070
31.12.93	TDM	7.014
31.12.94	TDM	7.019

Zuschüsse der Vercon GmbH:

1990	TDM	1.849
1991	TDM	1.246
1992	TDM	251
1993	TDM	38
1994	TDM	19

Mitarbeiter:

1989	57
1990	53
1991	11
1992	1

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 318.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Verlag der Nation GmbH.
Veräußerung von Buchbeständen, Namen und Signet des Verlags an die Bücher GmbH Bayreuth mit Vertrag vom 7.3.1992 für TDM 100.
Liquidation der GmbH mit Wirkung zum 31.6.1991.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die NDPD den Verlag nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

i. Nationales Druckhaus

Anschrift: Prenzlauer Allee 36, 10405 Berlin.

Unternehmensgegenstand: Druckerei für Bücher, Zeitschriften, Prospekte, Zeitungen.

Erwerb: Übertragung des VEB Berliner Druckhaus, Betrieb I, an die NDPD, vertreten durch die Demos GmbH, mit Wirkung zum 20.12.1949. 17.4.1950: Gründung der Nationales Druckhaus GmbH durch Treuhänder der NDPD.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	26.032
	01.07.90	TDM	9.755
	31.12.90	TDM	12.080
	31.12.91	TDM	8.756
	31.12.92	TDM	8.696

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	1.855
	1991	TDM	209
	1993	TDM	12
	1995	TDM	12

Mitarbeiter:	1989	275
	1990	189
	1991	115
	1992	98
	1993	53 (Arbeitsplatzgarantie bei Veräußerung)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 100.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Nationales Druckhaus GmbH.
Veräußerung von Anlagevermögen an die ALBUS XLVI Betriebs- und Beteiligungs GmbH mit Vertrag vom 29.3.1993 für TDM 1.080.
Veräußerung von Anlagevermögen aus dem Bereich Schnelldruck an die Druckpunkt Birkenwerder Offsetdruckerei und Verlag GBR mit Vertrag vom 8.7.1993 für TDM 170.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***24.3.1993: Einvernehmen zum Verkauf vom 29.3.1993.***

- ***3.5.1993: Einvernehmen zum Verkauf vom 8.7.1993.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die NDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

j. **Deutsche Bücherstube**

Anschrift:	Friedrichstraße 63, 10117 Berlin.		
Unternehmensgegenstand:	Buchhandel.		
Erwerb:	5.3.1951 Gründung durch Treuhänder der NDPD.		
Bilanzsumme:	31.12.89	TM	1.234
Mitarbeiter:	1989	20	
	1990	14 (Arbeitsplatzgarantie bei Veräußerung)	
Verbleib:	Veräußerung mit Vertrag vom 18.10.1990 an den Buchhändler Andreas Kiepert für TDM 499.		

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***5.10.1990: Genehmigung der Veräußerung.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die NDPD die Bücherstube nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

k. Druckerei Zöblitz

Anschrift: Bahnhofstr. 40, 09517 Zöblitz.

Unternehmensgegenstand: Druckerei.

Erwerb: 1.7.1972: Zuordnung des aufgrund Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9.2.1972 in Volkseigentum übergeleiteten Betriebs Paul Knäbchen KG (1972 VEB Druckerei Zöblitz).

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	1.220
	01.07.90	TDM	245
	31.12.90	TDM	510
	31.12.91	TDM	562
	31.12.92	TDM	636

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	338
	1991	TDM	105
	1992	TDM	148
	1993	TDM	29

Mitarbeiter:	1989	19
	1990	18

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 65.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Druckerei Zöblitz GmbH.
Liquidation der GmbH zum 31.12.1992.
Restitutionsvereinbarung vom 9.6.1994 (Übertragung des Grundstücks gegen Zahlung von TDM 23); Bescheid des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vom 25.10.1994.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die NDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

- ***12.1.1994: Einvernehmen zur Restitutionsvereinbarung.***

I. Kunstbuchbinderei Leipzig

Anschrift: Hohe Straße 9-11, 04107 Leipzig.

Unternehmensgegenstand: Herstellung von Kleinlederwaren.

Erwerb: 1.7.1972: Zuordnung des aufgrund Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 9.8.1972 auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats vom 9.2.1972 in Volkseigentum übergeleiteten Betriebsteils der PGH Moderne Werbung.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	2.032
	01.07.90	TDM	699
	31.12.90	TDM	672
	31.12.91	TDM	581

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	156

Mitarbeiter:	1989	54
	1991	27 (Übernahme durch Käufer)

Verbleib: Ab 1.7.1990 Kunstbuchbinderei Leipzig GmbH.
Veräußerung des Geschäftsbetriebs mit Vertrag vom 14.11.1991 an Jakob Göschl für TDM 218.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***28.9.1992: Einvernehmen zum Verkauf.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die NDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

m. Buchkunst Leipzig

Anschrift: Göschenstraße 2/4, 04317 Leipzig.

Unternehmensgegenstand: Druckerei.

Erwerb: Zusammenschluß zum 1.1.1987 der durch die VOB National erworbenen Betriebe:

- PGH Moderne Werbung, 1972 Überleitung in Volkseigentum als VEB Druck- und Kulturwaren Leipzig und Zuordnung zur VOB National,

- PGH Polygraph, 1972 Überleitung in Volkseigentum als VEB Papier- und Plastverarbeitung und Zuordnung zur VOB National,

- Martin Heller KG, 1972 Überleitung in Volkseigentum als VEB Buchband Leipzig und Zuordnung zur VOB National, 1978 Auflösung Buchband Leipzig und Weiterführung als Betriebsteil der Druck- und Kulturwaren Leipzig,

- Firma E. P. Berger, 1972 Überleitung in Volkseigentum als VEB Röderdruck und Zuordnung zur VOB National.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	30.627
	01.07.90	TDM	9.225
	31.12.90	TDM	9.317
	31.12.91	TDM	9.956
	31.12.92	TDM	6.612
	31.12.93	TDM	6.683

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	688
	1991	TDM	3.521
	1992	TDM	137
	1995	TDM	16

Mitarbeiter:	1989	173
	1990	98
	1991	42 (Übernahme bei Veräußerung)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 231.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Buchkunst Leipzig GmbH.
Veräußerung der Assets mit Vertrag vom 19.12.1991 an die Gundlach GmbH & Co. KG für TDM 2.375.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommisson:

- ***22.12.1992: Einvernehmen zur Veräußerung.***

- ***14.6.1994: Einvernehmen zu 2 Restitutionsbescheiden (anteilige Auskehr des Veräußerungserlöses).***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
Feststellung, daß die NDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

n. Kolibri Gottleuba

Anschrift: Rudolf-Breitscheidt-Straße 14, 01816 Bad Gottleuba.

Unternehmensgegenstand: Papier- und Plastikverarbeitung und Druckerei.

Erwerb: Zuordnung durch Ministerrat zum 1.1.1975 nach Überleitung der Hans Scholz KG in Volkseigentum 1972 (VEB Kolibri).

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	17.428
	01.07.90	TDM	11.315
	31.12.90	TDM	12.382

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	625	(Darlehen)

Mitarbeiter:	1989	102
	1990	86

Verbleib: Rückübertragung an Hans-Dieter und Heinz Scholz mit Wirkung zum 1.1.1991 (Restitutionsvereinbarung vom 14.8.1991) gegen Zahlung von TDM 6.428.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***5.12.1991: Einvernehmen zur Rückübertragung.***

o. Betriebsorganisation Dresden

Anschrift: Einsteinstraße 3, 01069 Dresden.

Unternehmensgegenstand: Herstellung und Vertrieb von Bürobedarf und Organisationsmitteln.

Erwerb: Zusammenschluß zum 1.1.1986 der durch die VOB National erworbenen Betriebe:

- ASB Organisation Mildner KG (1936 - 1968 Mildner und Knorr KG), Kauf 1975 für TM 307, ab 1975 ASB - Organisation Dresden,
- Betriebsorganisation Karl Frech, Dresden, Kauf 1974 für TM 558 ab 1975 Festa Betriebsorganisation Dresden,
- Wacker & Reich KG, 1985 Übernahme durch VEB Robotron, Zuordnung zu BOD zum 1.1.1989,
- Bauer & Steinmüller KG, 1972 Überleitung in Volkseigentum als Pharmapack Dresden, 1975 Zuordnung durch den Ministerrat der DDR an die VOB National.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	48.339
	01.07.90	TDM	8.126
	31.12.90	TDM	7.518
	31.12.91	TDM	8.621
	31.08.92	TDM	8.478
	31.12.92	TDM	2.633

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	1.207
	1991	TDM	226
	1992	TDM	156
	1995	TDM	34

Mitarbeiter:	1989	203
	1990	143
	1992	42

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 299 (Bereich Unidruck).

Verbleib: Ab 1.7.1990 Betriebsorganisation Dresden GmbH.
Herauslösung des Bereichs Unidruck (früher Bauer & Steinmüller KG) zum 1.7.1990 und Einstellung zum 31.12.1991.
Herauslösung des Bereichs Wacker & Reich zum 1.7.1990 und Übertragung auf die Restitutionsberechtigten (Übernahme von 15 Arbeitnehmern).
Rückübertragungsvereinbarung für die früheren Betriebsteile Mildner und Frech zum 31.8.1992 inkl. 3 Grundstücke gegen Zahlung von TDM 2.706.
Liquidation der GmbH.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***26.7.1993: Erteilung des Einvernehmens zur Rückübertragungsvereinbarung Mildner.***

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die NDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

- ***22.9.1995: Erteilung des Einvernehmens zum Rückübertragungsbescheid des Bundesamtes zu Regelung offener Vermögensfragen entsprechend der Rückübertragungsvereinbarung Mildner.***

p. **Demos**

Anschrift: Rolandstr. 18/19, 13156 Berlin.

Unternehmens-gegenstand: Baubetrieb, Tischlerei, Modellbau.

Erwerb: Zusammenschluß zum 1.1.1977 der durch die VOB National zum 1.1.1976 erworbenen Betriebe:

- Klaus Jörn Modellbau,
- Tischlerei Paul Molzahn,
- Helmut Royek Modellbau.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	8.619
	01.07.90	TDM	4.367
	31.12.90	TDM	4.750
	31.12.91	TDM	4.553
	31.12.92	TDM	4.561
	31.12.93	TDM	4.089

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	129
	1991	TDM	250
	1994	TDM	1.539

Mitarbeiter:	1989	90
	1990	74
	1991	68
	1992	61
	1993	54
	1994	40 (Arbeitsplatzgarantie bei Veräußerung)

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 200.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Contact - Bau GmbH.
Veräußerung des Anlagevermögens und der Vorräte mit Vertrag vom 22.7.1994 an die WKI Hiller Bau GmbH i.G. für TDM 91.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die NDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

- ***1.7.1994: Einvernehmen zur Veräußerung.***

q. Kunstbuchbinderei Berlin

Anschrift: Wöhlertstr. 12/13, 10115 Berlin.

Unternehmensgegenstand: Herstellung von buchbinderischen Lederwaren.

Erwerb: Kauf von privat mit Vertrag vom 29.4.1985 für TM 423.

Bilanzsumme:	31.12.89	TM	795
	01.07.90	TDM	397
	31.12.90	TDM	484
	31.12.91	TDM	520
	31.12.92	TDM	523
	31.12.93	TDM	487

Zuschüsse der Vercon GmbH:	1990	TDM	133
	1991	TDM	122
	1992	TDM	111

Mitarbeiter:	1989	13
	1990	12

Sozialplan: Gesamtsumme TDM 50.

Verbleib: Ab 1.7.1990 Literars Kunstbuchbinderei Berlin GmbH.
Liquidation mit Wirkung zum 1.11.1991.

Entscheidungen der Unabhängigen Kommission:

- ***Beschluß vom 24.8.1993:***
  Feststellung, daß die NDPD das Unternehmen nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat. Für Investitionen standen materiell-rechtsstaatlich erworbene Mittel nicht zur Verfügung.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333